

OGPP

Österreichische Gesellschaft für Politikberatung und Politikentwicklung



Fakten
Motive
Beispiele

REKOMMUNALISIERUNG in Europa

Rekommunalisierung in Europa

Februar 2019

VerfasserInnen:

Österreichische Gesellschaft für Politikberatung und Politikentwicklung

Alexander Furtner, BA

Mag.^a Susanne Halmer, BA

Selma Kaya, BA

Dipl.Ing. Laurentius Terzic

Liam Wülbeck

Gastautor:

Mag. Ronald Scheucher

(Teil 1 - Volkswirtschaftliche Bedeutung des kommunalen Sektors)



EINLEITUNG

7



TEIL 1: VOLKSWIRTSCHAFTLICHE BEDEUTUNG DES KOMMUNALEN SEKTORS 11

Die Bedeutung des öffentlichen Kapitals im Wirtschaftssystem	13
Öffentliches Kapital und Infrastruktur - Eine Klärung der Begriffe	13
Evidenz des Zusammenhangs zwischen öffentlicher Infrastruktur und BIP	15
Einfluss des öffentlichen Kapitals in der kurzen und langen Frist	15
Voraussetzungen für die Produktivität öffentlichen Kapitals	16
Wachstumseffekte des öffentlichen Kapitals im internationalen Vergleich	17
Die Rolle des öffentlichen Kapitals in der regionalen Entwicklung	17
Wachstumsmechanismen auf lokaler bzw. regionaler Ebene	19
Finanzierung der Infrastruktur	20
Privates Kapital und Infrastruktur	21
Die Bedeutung der Kommunen für Wachstum und Entwicklung (Eine Input-Output-Analyse des Gemeinsektors in Österreich)	23
Gemeindeausgaben	24
Auswertungen	25
Volkswirtschaftlicher Output (Brutto-Produktionswert)	25
Wertschöpfung	26
Einkommen (Arbeitnehmerentgelte)	27
Beschäftigung (Vollzeit-Äquivalente)	28



TEIL 2: MOTIVE FÜR REKOMMUNALISIERUNG 31

Einleitung	32
Versagen privater Dienstleister	33
Politisch-strategische Motive	33
Gemeinwohlorientierte Daseinsvorsorge	33
Steuerungshoheit	33
Arbeitsmarktpolitische Ziele	34
Umweltpolitische Ziele	34
BürgerInneninitiativen	35
Finanzielle Motive	36



TEIL 3: REKOMMUNALISIERUNG DER ENERGIEVERSORGUNG 37

Liberalisierung und Privatisierung im Energiesektor	39
Big Player der Energieversorgung	40
Rekommunalisierungen im Energiesektor in Europa	41
Rekommunalisierungsbeispiele aus der Praxis	43
Hamburg	43
Vilnius	45
Dresden	46
Solingen	47

Springe	48
Daisendorf/Überlingen	50
Nümbrecht	51
Wolfhagen	52
Rekommunalisierung deutscher Energieriesen	54
Steag	55
Thüga	56



TEIL 4: REKOMMUNALISIERUNG DER WASSERVERSORGUNG

57

Liberalisierung und Privatisierung im Wassersektor	59
Big Player der Wasserversorgung	60
Rekommunalisierungen im Wassersektor in Europa	60
Rekommunalisierungsbeispiele aus der Praxis	63
Berlin	63
Paris	65
Budapest	67
Nizza	68
Montpellier	69
Terrassa	70
Potsdam	71
Grenoble	73
Rekommunalisierung eines deutschen Wasserriesen: Gelsenwasser AG	74



TEIL 5: REKOMMUNALISIERUNG DER ABFALLENTSORGUNG

78

Liberalisierung und Privatisierung im Abfallsektor	80
Big Player der Abfallentsorgung	81
Rekommunalisierungen im Abfallsektor in Europa	82
Rekommunalisierungsbeispiele aus der Praxis	83
Düren und Aachen	83
Oslo	84
Böblingen (Landkreis)	85
North Tyneside	87
Uckermark (Landkreis)	88
Rhein-Hunsrück-Kreis	89
Bergkamen	91



TEIL 6: REKOMMUNALISIERUNG IN WEITEREN SEKTOREN

94

Einleitung	96
Rekommunalisierungsbeispiele aus der Praxis	96
London: U-Bahn	96
Madrid: Bestattungsinstitut	98
Madrid: Städtischer Radverleih	99
Bergen: Pflegeheim	100

Freiburg und Wilhelmshaven: Öffentliche Gebäudereinigung	101
Kiel: Öffentlicher Personennahverkehr	103
Islington: Gebäudereinigung	104
Cadiz: Dienstleistungen am Strand	105
Düren: Straßenbeleuchtung	106

TEIL 7: REKOMMUNALISIERUNG IN ÖSTERREICH **107**

Einleitung	109
Organisation der Daseinsvorsorge in Österreich	109
Rekommunalisierungsbeispiele aus der Praxis	112
Linienbuskonzessionen (Wien)	112
Sicherheitsteam der Wiener Linien (Wien)	113
Theater an der Gumpendorfer Straße (Wien)	114
Wipark Garagen (Wien)	115
Skigebiet Forsteralm (Oberösterreich)	116
Patscherkofelbahnen Innsbruck (Tirol)	118

TEIL 8: AKTUELLE ENTWICKLUNGEN IM BEREICH DER DASEINSVORSORGE **120**

Austeritätspolitik	122
4. Eisenbahnpaket	123
Freihandelsabkommen: CETA, TTIP, TiSA	123
Herausforderungen für die Stadtwerke	125
Digitalisierung als Chance für Sparten-übergreifende KundInnenlösungen	126
Erschließung neuer Geschäftsfelder durch Apps	128
Daseinsvorsorge im Internet-Zeitalter	128
Die Chance nutzen	138

ZUSAMMENFASSUNG **130**

ENDNOTEN **137**

QUELLEN **145**

Liebe Leserin! Lieber Leser!

Eine zuverlässige Versorgung mit gutem Trinkwasser, eine sichere Energieversorgung, eine funktionierende Entsorgung von Abwasser und Müll, ein pünktlicher und leistbarer öffentlicher Nahverkehr, ein vielfältiges Angebot an erschwinglichen, öffentlich geförderten Wohnungen und ein freier Zugang zu Gesundheitsversorgung und sozialen Dienstleistungen sind Teil des täglichen Lebens und Wohlbefindens in Österreich. Diese Leistungen der sogenannten Daseinsvorsorge werden in Österreich überwiegend von den Ländern, Städten und Gemeinden erbracht und scheinen uns selbstverständlich.

Der Blick über Österreichs Grenzen hinaus zeigt aber ein anderes Bild. In den vergangenen vier Jahrzehnten wurden in Europa, ausgehend von Großbritannien, viele Dienstleistungen dieser öffentlichen Daseinsvorsorge privatisiert. Durch neue private Eigentümer und Betreiber sollten mehr marktwirtschaftlicher Wettbewerb und dadurch mehr Angebot und Vorteile für die KonsumentInnen entstehen. Für die durch Spardiktate geschwächten öffentlichen Haushalte brachte der Verkauf öffentlicher Dienstleistungsunternehmen zudem eine finanzielle Entlastung.

Bereits zu Beginn des Jahrtausends zeigte sich aber vielerorts, dass die erhofften Verbesserungen nicht eintraten. Vor allem Preis- und Tarifierhöhungen, aber auch mangelnde Investitionen in die Erhaltung und Verbesserung der Infrastruktur bei gleichzeitig hohen Dividenden für die neuen Eigentümer, erweckten zunehmend den Unmut der Bevölkerung. Die Folge war eine Welle von Rekommunalisierungen von Dienstleistungsbereichen durch Städte und Gemeinden, die bis heute anhält.

Diese Studie entstand im Auftrag des Büros für Daseinsvorsorge und Kommunalwirtschaft der Stadt Wien in Zusammenarbeit mit der Österreichischen Gesellschaft für Politikberatung und Politikentwicklung (ÖGPP). Sie dokumentiert wichtige Beispiele der Rekommunalisierung von Dienstleistungen in der Europäischen Union. Sie weist aber auch den volkswirtschaftlichen Wert öffentlicher Infrastrukturen und Investitionen sowohl wissenschaftstheoretisch wie an praktischen Beispielen nach.

Mit diesen Erkenntnissen soll zur hierzulande oft einseitig geführten Diskussion um staatliche Investitionen und öffentliche Ausgaben und Verschuldung beigetragen werden. Die zu wenig beachteten positiven Effekte öffentlichen Kapitals auf Wirtschaftswachstum und Arbeitsmarktentwicklung werden genauso beleuchtet wie direkte und indirekte Wohlfahrtseffekte. Die Beispiele zeigen, dass die Diskussion über die Rolle der öffentlichen Hand vor allem auch aus wirtschaftspolitischer Sicht in Österreich oft zu wenig differenziert geführt wird. Die positive Rolle als Schaffer von Infrastruktur, Stabilisator in Krisenzeiten und Konjunkturmotor als Auftraggeber bleibt unterbelichtet, der Staat wird undifferenziert auf „Schuldenmachen“ und bürokratische Belastungen reduziert. Dieser Fokus greift vor allem zu kurz, wenn es um einen gleichberechtigten und leistbaren Zugang von Menschen zu qualitätsvollen Leistungen der Daseinsvorsorge geht. Der Trend der Rekommunalisierung zeigt, dass die Kommunen Europas dies in zunehmendem Maße wieder leisten können und leisten wollen.

Wien, im Februar 2019

Mag. Renate Brauner

Bevollmächtigte der Stadt Wien für

Daseinsvorsorge und Kommunalwirtschaft



7000

Rekommunalisierungen



20

L ä n d e r

EINLEITUNG

REKOMMUNALISIERUNG IN EUROPA





„Mehr privat, weniger Staat“ lautete das wirtschaftspolitische Dogma der vergangenen Jahrzehnte. Seit den 1980er-Jahren wurden radikal wirtschaftsliberale Theorien von Ökonomen wie Milton Friedman und Friedrich von Hayek zum wirtschaftspolitischen Mainstream. Propagiert wurde ein „schlanker Staat“, der Dienstleistungen nicht selbst bereitstellen, sondern an private Unternehmen auslagern soll. Diese könnten die Leistungen innovativer, effizienter und günstiger erbringen. Selbst Aufgaben der Daseinsvorsorge wie Wasserversorgung, Energieversorgung und öffentlicher Verkehr könnten von Privaten besser erledigt werden.

Auch in Europa setzte sich die Idee durch, bei öffentlichen Dienstleistungen nationale bzw. lokale Monopole abzubauen und private Mitbewerber zur Förderung des Wettbewerbs zuzulassen. Ab dem Ende der 1980er-Jahre beschloss die Europäische Union zahlreiche Liberalisierungsrichtlinien. Diese betrafen vor allem netzbezogene Dienstleistungssektoren (wie Strom, Gas, Telefon). Der eingeleitete Liberalisierungsprozess verlief sektoral ungleichmäßig, zu unterschiedlichen Zeitpunkten und in unterschiedlichem Ausmaß.

Öffentliches Eigentum wurde in großem Stil auf Ebene der Staaten, Länder und Kommunen privatisiert. Kaum ein Bereich der Daseinsvorsorge blieb dabei verschont. Zahlreiche Unternehmen der Energieversorgung, Wasserversorgung, Telekommunikation, Post, des öffentlichen Verkehrs und anderer Branchen waren betroffen. Gerade für Kommunen und Staaten in budgetär schwierigen Situationen schien dies ein verlockendes Geschäft zu sein.

Doch bei weitem nicht alle Privatisierungen öffentlicher Dienstleistungen haben ihre Versprechen erfüllt. Übereilte und schlecht kalkulierte Verkäufe waren ebenso die Folge wie höhere Preise für die KundInnen oder schlechtere Dienstleistungsqualität. Vielfach kam es zu einem Verlust der Steuerungshoheit der öffentlichen Hand, erwartete Kosteneinsparungen sind oft nicht eingetreten.

Diese Enttäuschungen führten zu einem Stimmungsumschwung in der öffentlichen Meinung. Immer mehr BürgerInneninitiativen engagieren sich gegen neue Privatisierungen, wie etwa bei der europaweiten Kampagne *right2water* im Jahr 2014 zu sehen war, die sich gegen die Privatisierung von Trinkwasser einsetzte und europaweit über 1,8 Millionen Unterschriften sammelte.

Auch die (Kommunal-)Politik reagiert zunehmend auf den größer werdenden medialen und zivilgesellschaftlichen Druck. Immer mehr Kommunen haben in den letzten 20 Jahren den Schritt zurück gewagt und zuvor privatisierte Leistungen rekommunalisiert. Und das durchaus erfolgreich.

Unter (Re-)Kommunalisierung versteht man den Kauf bzw. Rückkauf eines Unternehmens durch Kommunen (bzw. Unternehmen in kommunalem Eigentum). Der Begriff kann auch die Übernahme bzw. erneute Übernahme einer Leistung durch Kommunen bezeichnen. Auch werden Rückverstaatlichungen unter dem Begriff der Rekommunalisierung subsumiert.

In Europa sind bislang 700 Fälle von Rekommunalisierungen in 20 verschiedenen Staaten bekannt. Den stärksten Trend zurück zur öffentlichen Hand gibt es im Energie- und im Wassersektor, aber auch in zahlreichen anderen Branchen wurden Dienstleistungen rekommunalisiert. Die meisten bekannten Fälle gibt es in Deutschland (347), Frankreich (152) und Großbritannien (64). Auch in Österreich sind 17 Rekommunalisierungen dokumentiert.¹

Dass die Rekommunalisierung öffentlicher Dienstleistungen auch ökonomisch Sinn macht, zeigt Teil 1 „Daseinsvorsorge aus ökonomischer Sicht“. Makroökonomisch, regionalökonomisch und mikroökonomisch wird der Wert öffentlicher Daseinsvorsorge (am Beispiel Österreich) betrachtet. Die Berechnungen zeigen, dass der Einsatz öffentlichen Kapitals auch in Volkswirtschaften des 21. Jahrhunderts ein sinnvoller Ansatz ist. Die Bereitstellung von Leistungen durch Kommunen und durch in ihrem Einflussbereich liegende Einheiten wird als ökonomisch effizient ausgewiesen.



Teil 2 betrachtet die Motive und Ursachen für Rekommunalisierungen. Die Rolle gescheiterter Privatisierungen in der Vergangenheit wird ebenso beleuchtet wie der Druck von BürgerInnenbewegungen auf die Sicherstellung einer sozial gerechten und ökologischen Daseinsvorsorge. Auch finanzielle Motive spielen eine wichtige Rolle, hat doch die Auslagerung an Private die Hoffnung auf Kosteneinsparungen für Gemeinden oft nicht erfüllt.

In Teil 3 bis 6 sollen Fallbeispiele aus der Energieversorgung, der Wasserversorgung, der Abfallentsorgung und anderen Dienstleistungssektoren zeigen, wie eine Rekommunalisierung gelingen kann, welche Risiken es gibt und welche Chancen sie mit sich bringt. Keine Rekommunalisierung verläuft gleich. Besonderheiten, Beweggründe und Effekte einzelner Rekommunalisierungen unterscheiden sich von Fall zu Fall.

Mit der Situation in Österreich befasst sich Teil 7. Im Vergleich zu den meisten anderen europäischen Ländern gab es hierzulande wenige Privatisierungen öffentlicher Dienstleistungen. Dennoch finden sich auch in Österreich Beispiele von Gemeinden, die in so unterschiedlichen Bereichen wie der Kinderbetreuung, von Theatern oder dem Bestattungswesen ihre Leistungen mittlerweile wieder selbst erbringen.

Wie es mit der Daseinsvorsorge weitergeht und welche neuen Herausforderungen auf Kommunen und Stadtwerke im 21. Jahrhundert zukommen, behandelt abschließend Teil 8.

In Europa ist jedenfalls ein Umdenken zu beobachten wieder hin zu mehr „citizen value“ statt „shareholder value“. Der hier gebotene Überblick soll die bisherige Entwicklung der Rekommunalisierungsbewegung beleuchten und so einen Beitrag zur Diskussion über die Zukunft der Daseinsvorsorge leisten.

TEIL 1

VOLKSWIRTSCHAFTLICHE BEDEUTUNG DES KOMMUNALEN SEKTORS



Zusammenfassung

Der Ruf nach Interventionen der öffentlichen Hand wird speziell in Krisenzeiten oder Zeiten nachlassender Produktivität laut. Öffentliche Gelder sollen dann Markt-getriebene Systeme stützen und Wachstum sichern. Vor dem Hintergrund dramatischer Ereignisse wie der globalen Finanz- und Bankenkrise, die den Staaten sehr viel abverlangt hat, wird vergessen, dass öffentliches Kapital tagtäglich in jedem Winkel unseres Landes, in jeder Region, in jeder Stadt, gemeinsam mit privatem Kapital produktiv ist.

Ein Einblick in die hohe Wirkung öffentlicher Infrastrukturinvestitionen, auf nationaler, regionaler und lokaler Ebene, zeigt, warum es heute öffentliches Engagement im Infrastrukturbereich braucht. Öffentliches Kapital hat einen bedeutenden Effekt auf das Wachstum unserer Wirtschaft und die Beschäftigung. Kommunen heben über lokale Infrastruktur und Infrastruktur-gebundene Services die Produktivität von Faktormärkten und die Wettbewerbsfähigkeit des Standorts. Es ist wichtig, dass die öffentliche Hand weiter als "sozialer Unternehmer" im Bereich der Grundversorgung der Bevölkerung mit Investitionen präsent ist.

Eine Input-Output-Analyse zeigt die Effekte der Ausgaben österreichischer Gemeinden auf volkswirtschaftliche Aggregate und wie expansiv die öffentliche Nachfrage der Kommunen – kurz- und mittelfristig - auf den volkswirtschaftlichen Output, die Wertschöpfung im System, die Einkommen und die Beschäftigungssituation wirken. Es zeigt sich, dass der Gemeindesektor ein entscheidender Akteur in der heimischen Wirtschaft ist und entscheidend zu Wachstum und Entwicklung beiträgt. Gleichzeitig können signifikante Unterschiede in der diesbezüglichen Leistungsfähigkeit zwischen Wien und anderen österreichischen Gemeinden nachgewiesen werden. Sie sind in erster Linie abhängig von den Schwerpunktsetzungen im Budget und der spezifischen Ausgabenstruktur der heimischen Gemeinden.



Die Bedeutung des öffentlichen Kapitals im Wirtschaftssystem

Die Bedeutung des öffentlichen Engagements in der Wirtschaft ist in unserem Land oft Gegenstand politischer Polemik. Befürworter und jene, die den Einfluss des Staates auf das wirtschaftliche Geschehen skeptisch sehen, treffen sich auf einem Feld der Vermutungen, der Anschuldigungen und übersteigter Erwartungen. Folgt man hingegen der internationalen wissenschaftlichen Diskussion oder dem strategischen Diskurs auf supra-nationaler Ebene (EU-Kommission, IMF oder Weltbank), so scheint die Rolle des Staates dann doch ein deutliches Stück weiter geklärt. Eben dieser Rolle und der damit verbundenen Bedeutung für Wachstum und Entwicklung wollen wir uns in der Folge über Fakten systematisch nähern.

Öffentliches Kapital und Infrastruktur - Eine Klärung der Begriffe

Die politische und wissenschaftliche Praxis zeigt, dass die Begriffe Öffentliches Kapital oder Infrastruktur oft sehr unterschiedlich definiert und verwendet werden. Daher ist an dieser Stelle – als Ausgangspunkt unserer Diskussion über die Wirkung öffentlicher Investitionen auf das Wachstum von Volkswirtschaften – vorerst eine Klärung der Begrifflichkeiten und der dahinterstehenden Konzepte notwendig.

Infrastruktur ist Teil des öffentlichen Kapitals, das als Summe der Assets begriffen werden kann, die sich in öffentlichen Händen befinden; darunter u.a. klassische Komponenten wie Straßen, das



Bahnnetz, Fernwärmesysteme, Wasserleitungen und Kanalisation, aber auch Schulen, Krankenhäuser oder Gefängnisse. Unter Infrastruktur soll hier allerdings nur jener Teil des öffentlichen Kapitals verstanden werden, der unmittelbar mit privaten Investitionen und privaten Produktionsfaktoren im ökonomischen Prozess interagiert, i.e. physische Assets², wie z.B. Stromnetze, die (in der Regel über die mit ihnen verbundenen Services) als Vorleistung in die Produktion de facto jedes einzelnen Sektors der Volkswirtschaft eingehen.³ Diese Eigenschaften haben in der wissenschaftlichen Literatur auch zur häufigen Unterscheidung in öffentliches Kernkapital (physische Infrastruktur) und öffentliches Residualkapital geführt.⁴

Wie lassen sich Infrastruktur-Güter nun grundsätzlich charakterisieren?⁵ Erstens, sie werden als Kapitalgüter nicht direkt konsumiert (von Abnutzung abgesehen), sondern die an sie geknüpften Services, die in Kombination mit anderen (privaten) Produktionsfaktoren, z.B. Arbeit, produktiv sind. Diese Services sind es auch, an denen der politische Entscheidungsprozess im Idealfall ausgerichtet ist und die ökonomisch in erster Linie interessant sind. In Abhängigkeit vom Mitteleinsatz in der Bereitstellung der Infrastruktur wird dabei zwischen kapitalintensiven und weniger kapitalintensiven Dienstleistungen unterschieden.

Zweitens bestehen bei dieser Art von Kapitalgütern technische Unteilbarkeiten in der Erstellung. Ist z.B. die Talsperre (Staudamm) einmal errichtet, ist die (technische) Kapazität (zur Verstromung einsetzbare Wassermenge) festgelegt, eine flexible Ausdehnung des Fassungsvermögens bzw. der Produktivität (in der Regel) nicht möglich. Auch sind Assets dieser Art nicht frei dimensionierbar (Mindestgröße), was die Produktion im Rahmen von Infrastruktur von anderen (flexibleren) Produktionsprozessen deutlich unterscheidet. Eine 80m-lange Brücke über eine 100 Meter-breite Schlucht wird nicht produktiv sein können. Allerdings entwickelt sich die Nachfrage nach den mit Infrastruktur verbundenen Services im Gegensatz zum Angebot graduell, was die Abstimmung zwischen Bedarf und Kapazität über die Zeit äußerst schwierig gestaltet.

Drittens sind Infrastruktur-Güter in der Regel sehr langlebig bzw. haben eine lange Mindestlebensdauer (Jahrzehnte). Dies stellt eine große Herausforderung für die (Re-)Finanzierungsregime dar, speziell auch im Zusammenhang mit dem Bedarf an Investitionen in den durchgängigen Erhalt der Leistungsfähigkeit der Assets. Viertens, Infrastruktur ist ortsgebunden (lokalisiert) und damit ein nicht-mobiles Gut. Sie beeinflusst die räumliche Struktur und Muster der ökonomischen Aktivität nachhaltig und ist daher ein zentrales Planungselement in der Regionalpolitik.

Fünftens, an Infrastruktur geknüpfte Services sind durch Eigenschaften gekennzeichnet, die oftmals mit Marktversagen in Verbindung gebracht werden, d.h. Märkte können Güter dieser Art nicht bzw. nicht effizient bereitstellen. Gründe für Marktversagen sind u.a. die Charakterisierung als öffentliches Gut (speziell als nicht-reines öffentliches Gut), die Existenz von Externalitäten (Angebots- und Nachfrageseitig) oder das Phänomen abnehmender Durchschnittskosten (was größere Einheiten bevorzugt und zu "natürlichen" Monopolen führen kann; Monopole dieser Art sind – falls effektiv reguliert - jedoch im Vergleich zu alternativen Marktformen effizient bzw. nachhaltig). Mit den genannten Eigenschaften in Zusammenhang steht in der Regel auch die Notwendigkeit von Interventionen der öffentlichen Hand, einmal durch die Bereitstellung der genannten Güter und Services und andererseits auch durch die Etablierung eines leistungsfähigen Regulierungsregimes. Sechstens werden Infrastruktur-Services von privaten Haushalten und Unternehmen genutzt. Dabei entstehen Wohlfahrtseffekte einmal durch direkte Nutzenstiftung im Rahmen des Konsums und indirekt über das Zusammenwirken mit privaten Produktionsfaktoren im Rahmen betrieblicher Prozesse (Wirkung auf Produktionswert). Beide Seiten müssen daher im Rahmen des politischen Prozesses adäquat berücksichtigt werden.



Evidenz des Zusammenhangs zwischen öffentlicher Infrastruktur und BIP

Über diese Charakterisierung zeigt sich bereits, dass wir es hier mit Kapitalgütern zu tun haben, die potenziell eine entscheidende Rolle im Rahmen von Volkswirtschaften spielen. Und tatsächlich wurde in den letzten Jahrzehnten viel zum Einfluss öffentlichen Kapitals bzw. von Infrastruktur auf Output und Wachstum publiziert. Davor, bis hinein in die 1980er Jahre, ist der Begriff "Infrastruktur" jedoch noch kaum in der wirtschaftswissenschaftlichen Literatur verankert. Dies ändert sich erst mit neuen Schwerpunktsetzungen der Vereinten Nationen, und dem Versuch, Produktivitätsrückgänge in den USA über die Struktur des Kapitalstocks zu erklären.⁶

Diese erste "Welle" an Analysen der Rolle und Bedeutung von Infrastruktur für die wirtschaftliche Entwicklung ist geprägt von einer großen Heterogenität der Befunde; die Bandbreite der Schätzungen der ökonomisch entscheidenden Output-Elastizität des öffentlichen Kapitalstocks⁷ reicht dabei von negativen bis zu deutlich positiven Werten. So finden sich z.B. für empirische Arbeiten zwischen 1983 und 2008⁸ Elastizitäten zwischen -1,7 bis +2,04.⁹ Gründe dafür liegen einmal in Variationen in der zugrunde gelegten Konzeption des öffentlichen Kapital, im unterschiedlichen Umgang mit möglichen Finanzierungseffekten (Verzerrungen durch Steuerfinanzierung und Verdrängung privaten Kapitals), aber auch in verschiedenen methodischen Schwächen der Studien.

Nach viel Polemik auf beiden Seiten des Spektrums zeichnet sich heute jedoch eine konzisere Beurteilung der Bedeutung des öffentlichen Kapitals für die volkswirtschaftliche Entwicklung ab. Dabei ist festzuhalten, dass die Hypothese einer deutlich positiven Beziehung zwischen dem Ausbau der öffentlichen Infrastruktur und Wirtschaftswachstum (effektiver und potenzieller Output) inzwischen als gesichert gelten kann. Der langfristige Effekt ist in diesem Zusammenhang typischerweise stärker ausgeprägt als der Effekt in der kurzen Frist. So schätzen z.B. Bom/Ligthart (2014) die jeweiligen Output-Elastizitäten des öffentlichen Kapitals auf durchschnittlich 0,122 bzw. 0,083. Núñez/Serrano/Velazquez (2017) bestätigen in ihrem Meta-Analysis-Survey (Einbeziehung von 145 Studien zum Thema) grundsätzlich diese Relationen. Für die lange Frist werden hier mittlere Output-Elastizitäten von 0,16 geschätzt, mit 0,13 liegt der kurzfristige Effekt des öffentlichen Kapitalstocks darunter.

Einfluss des öffentlichen Kapitals in der kurzen und langen Frist

In der kurzen Frist zeigen sich vor allem Nachfrage-seitige Effekte, die über den Fiskalmultiplikator quantifizierbar sind. Der Multiplikator beschreibt dabei die Relation zwischen fiskalischem Impuls (Ausgaben) und zuordenbarem Output-Effekt (BIP-Wachstum). Letzterer entsteht einmal über die Ausdehnung der Fertigung bestimmter Endprodukte (z.B. Kläranlage), aber auch - über technologische Relationen - durch die Produktion der dafür notwendigen Vorleistungen (z.B. Planungsleistungen, Stahlprodukte, Chemikalien oder Computer-Hard- und Software). Auch die, über öffentliche Investitionen ausgelösten Einkommensströme, und die dadurch in weiterer Folge angestoßene Produktion können mitberücksichtigt werden. Die Effekte einer Ausweitung des öffentlichen Kapitalstocks auf die Aggregierte Nachfrage unterscheiden sich dabei im Prinzip¹⁰ nicht von jenen anderer öffentlicher Ausgaben.

In der langen Frist spielen die öffentlichen Investitionen in Infrastruktur vor allem in Bezug auf die Entwicklung des Potenzialoutputs eine entscheidende Rolle (angebotsseitiger Aspekt einer Ausdehnung des öffentlichen Kapitalstocks). Der Potenzialoutput stellt dabei jenen Produktionswert dar, der maximal (i.e. theoretisch) unter Vollbeschäftigung aller Ressourcen erreicht werden kann. Zusätzliche Ressourcen erhöhen die Produktionskapazität des Systems und schieben diese Grenze nach außen. Darüber hinaus aktivieren Infrastrukturinvestitionen nicht oder nicht-effizi-



ent genutzte (private) Ressourcen und sorgen nachhaltig¹¹ für Wachstum des effektiven Outputs (BIP). So kann einerseits die bestehende Output-Lücke (Differenz zwischen aktuellem Output und dem Potenzial des Systems) besser bewirtschaftet und andererseits Raum für zukünftiges Wachstum geschaffen werden.

Voraussetzungen für die Produktivität öffentlichen Kapitals

Mehrere Faktoren bestimmen in diesem Zusammenhang die Wirkung einer Ausdehnung des öffentlichen Kapitalstocks.¹² Erstens, der Grad der Effizienz des betreffenden volkswirtschaftlichen Produktionssystems, d.h., das Ausmaß, der zum Investitionszeitpunkt nicht optimal genutzten privaten Produktionsfaktoren. In diesem Zusammenhang spielt zudem der Grad der Komplementarität von privaten Inputs und errichteter öffentlicher Infrastruktur eine entscheidende Rolle (z.B. im Falle privater Anschlussinvestitionen in Logistikzentren rund um die öffentliche Errichtung eines Güterbahnhofs). Ist er gering bzw. ist die Substituierbarkeit zwischen öffentlicher und privater Infrastruktur hoch, kann es zu Verdrängungseffekten (Crowding-Out privaten Kapitals) kommen, mit entsprechend geringerem Wachstum als Folge.

Zweitens, der Grad der Effizienz des öffentlichen Investments. Dies betrifft speziell die Qualität des Auswahl- bzw. Entscheidungsprozesses und die Übereinstimmung der geplanten öffentlichen Infrastrukturprojekte mit dem tatsächlichen Bedarf. Prud'Homme (2004) spricht in diesem Zusammenhang von einer relativ hohen mittleren Rentabilität öffentlicher Investitionen im Bereich von 15%, allerdings ist die Varianz der Rentabilität (Streuung der Rentabilitätswerte) in diesem Fall entsprechend hoch. Damit ist davon auszugehen, dass ein bedeutender Anteil der realisierten Projekte die erwarteten Ertragsraten nicht trifft; ein wichtiger Hinweis auf die große Bedeutung effizienter Planungs- und Entscheidungsprozesse im öffentlichen Bereich.

Drittens, die Art der Finanzierung der öffentlichen Investitionen. Grundsätzlich stehen der öffentlichen Hand zwei Wege in der Finanzierung offen, einmal die Refinanzierung der Ausgaben über Steuereinnahmen (Budget-neutral), und andererseits die Beschaffung des Kapitals auf den Finanzmärkten (Schuldenaufbau). Bei Steuerfinanzierung sind Verzerrungen in den Märkten mit zu kalkulieren, die negative Feedback-Effekte auf das Wachstum haben (können), das potenziell durch die Ausdehnung des öffentlichen Kapitalstocks angestoßen wird. Abhängig ist die Stärke des Feedbacks bzw. das effektiv erreichbare Wachstum dabei u.a. von der Stoßrichtung der Steuer (z.B. Konsum-, Einkommens- oder Vermögenssteuer). Zahlreiche Beispiele aus entwickelten Volkswirtschaften zeigen dann auch, dass im Falle der Finanzierung der Investments über "Fremdkapital" höhere Wachstumsraten erreicht werden können.

Viertens, die Größe des öffentlichen Kapitalstocks. Ihr Einfluss auf das Ausmaß und den Trend der Wachstumseffekte ist nicht eindeutig. So gibt es z.B. keinen gesicherten Zusammenhang zwischen Infrastrukturniveau und BIP pro Kopf. Allerdings ist davon auszugehen, dass mit der Ausdehnung des öffentlichen Kapitals auch dessen Grenzproduktivität schließlich abnimmt (nicht-lineare Beziehung zwischen Kapitalstock und wirtschaftlichem Wachstum). Die Annahme eines optimalen öffentlichen Kapitalstocks (wenn auch unterschiedlich von System zu System) ist damit grundsätzlich gerechtfertigt. Allerdings hängt dieser wiederum von der Verfügbarkeit privater Produktionsfaktoren ab, speziell wenn man davon ausgeht, dass öffentliches und privates Kapital in Produktionsprozessen potenziell als komplementäre Inputs eingehen. Die Frage ist also, welche Evidenz gibt es in Bezug auf das Zusammenwirken der beiden Kapital-Teile, und wie entwickelt sich in diesem Zusammenhang (in der kurzen und langen Frist) der Einfluss öffentlicher Infrastruktur-Investitionen auf das BIP-Wachstum.



Wachstumseffekte des öffentlichen Kapitals im internationalen Vergleich

De Jong, Ferdinand, Funda (2018) beschreiben auf Basis von OECD-Daten die Entwicklung des öffentlichen Kapitalstocks von Industriestaaten zwischen 1960 und 2013. Dabei zeigt sich für einen Gutteil der Länder über die letzten drei Jahrzehnte eine sukzessive Abnahme des Anteils des Kapitalstocks am BIP, wobei die Rückgänge ab 2000 deutlicher ausfallen. Dies gilt speziell für Japan und Irland (sehr hohe Ausgangswerte), aber auch für zentral- und nordeuropäische Staaten wie Deutschland, Belgien, Finnland und auch Österreich. Deutlich später (ab 2010) folgen Länder diesem Trend, die besonders hart von der Finanz- bzw. Eurokrise getroffen wurde, z.B. Italien und Spanien.¹³

Die Studie zeigt allerdings auch, dass öffentliches Kapital in den meisten Ländern tatsächlich produktiv sein kann, da die durch Investment-Impulse ausgelösten langfristigen Wachstumseffekte positiv zu sein scheinen (ibid, 5550). Statistisch signifikant sind die Werte jedoch nur für wenige der analysierten Länder. Für viele Staaten werden zudem große Unterschiede in den kurzfristigen und langfristigen Effekten eines Investitionsimpulses ausgewiesen; für manche wenige sogar durchgehend negative Effekte, z.B. Spanien. Für Österreich liefert die Studie allerdings Argumente für die Ausdehnung des öffentlichen Kapitalstocks; die Beziehung zwischen Investition und BIP-Wachstum ist in der kurzen und langen Frist durchgehend positiv.

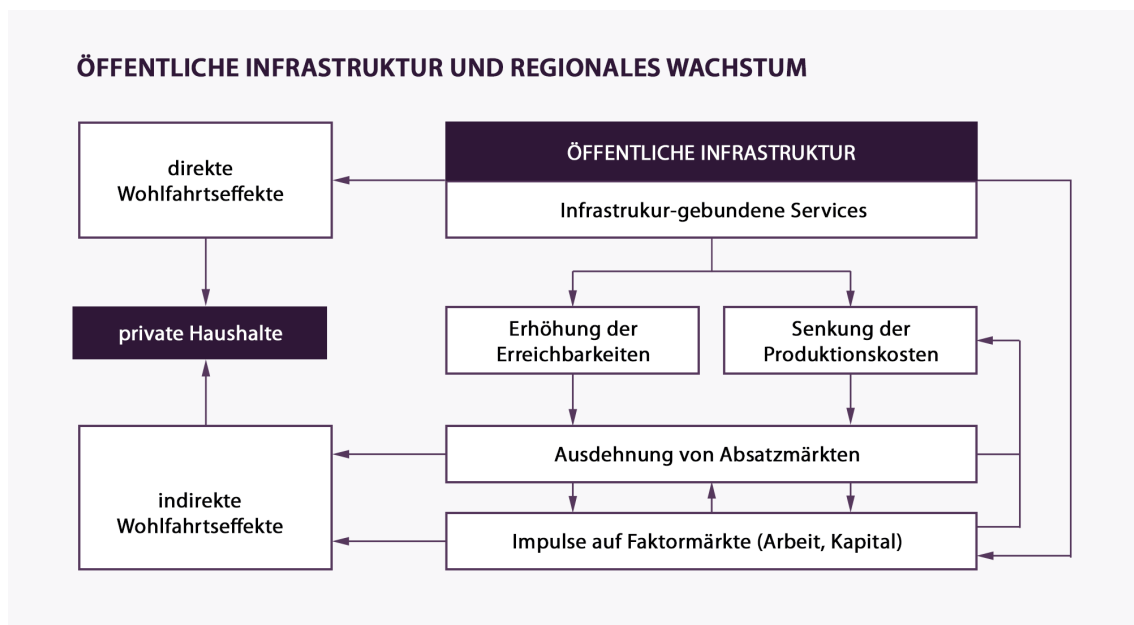
Die Studie untersucht u.a. auch die Beziehungen zwischen privatem und öffentlichem Kapital. Grundsätzlich lassen sich in diesem Zusammenhang zwei mögliche Konstellationen darstellen: (a) Substitution, in der private Investitionen durch öffentliche quasi ersetzt werden (Crowding-Out), oder (b) Komplementarität (siehe oben), wo öffentliches und privates Kapital gemeinsam produktiv sind; private Investitionen werden in diesem Fall durch Ausdehnung des öffentlichen Kapitalstocks angestoßen (Crowding-In). Auch wenn die De Jong -Studie hierzu keine durchgehend einheitlichen Ergebnisse liefert, gilt für den Großteil der analysierten Staaten dennoch der zweite Fall. Öffentliche Infrastruktur-Investitionen erzeugen Wachstum in der kurzen Frist – nachfrageseitig – durch direkte und indirekte Effekte der öffentlichen Ausgaben (unter Einbindung des privaten Sektors), und sie erhöhen das produktive Potenzial der Volkswirtschaft in der langen Frist – angebotsseitig – u.a. auch dadurch, dass sie die Produktivität privater Produktionsfaktoren auf ein neues Niveau heben.

Neben der Diskussion der empirischen Evidenz des Zusammenhangs zwischen einer Ausdehnung des öffentlichen Kapitalstocks und eventuellen Wachstumseffekten, und der Beziehung zwischen öffentlichem und privatem Kapital in der Volkswirtschaft, stellt sich jedoch vor allem auch die Frage, wie öffentliche Investitionen die oben abgegrenzten nachfrage- und angebotsseitigen Effekte in den Markt bringen können. Dabei ist wichtig zu sehen, dass – abgesehen von eher kurzfristigen Multiplikator-Effekten¹⁴ durch öffentliche Ausgaben – es Infrastruktur-gebundene Services (Dienstleistungen) sind, die die Produktivität und Effizienz (i.e. das Wohlfahrtsniveau) eines Systems mittel- und langfristig erhöhen und damit nachhaltige Wachstumsimpulse erzeugen.

Die Rolle des öffentlichen Kapitals in der regionalen Entwicklung

In diesem Zusammenhang ist in der ökonomischen Diskussion der richtige räumliche Bezug zu wählen. Nachdem die meisten Infrastrukturgüter mit Services verbunden sind, die räumlich einen eher eingeschränkten Wirkungskreis haben,¹⁵ wollen wir in der Folge speziell auf Aspekte der Infrastruktur bzw. der Infrastruktur-Services im lokalen und regionalen Setting, d.h. im Bereich von Kommunen bzw. Agglomerationen, eingehen. Dies ist vor allem auch durch die aktuellen demographischen Trends und durch die rasch fortschreitende Urbanisierung der Erde gerechtfertigt,

die eine weitere deutliche Steigerung der Bedeutung der Kommunen bringt. Schon heute leben 55% der Weltbevölkerung in urbanen Räumen,¹⁶ in denen rund 80% der volkswirtschaftlichen Leistung (BIP) erbracht wird.¹⁷ Die europäische Bevölkerung findet sich zu 74% in Agglomerationen, während dieser Anteil in Österreich mit knapp 60% doch deutlich niedriger ist.¹⁸ Um diese Räume in ihrer (demographischen und ökonomischen) Entwicklung leistungsfähig zu halten, muss nun auch über eine neue Qualität und Quantität von öffentlicher Infrastruktur nachgedacht werden. In der Auswahl der Projekte bzw. im Umgang mit bereits gebildetem öffentlichem Kapital stehen Wohlfahrtsziele (Maximierung des sozialen Nutzens) im Vordergrund.¹⁹ Sie werden über Wachstum auf lokaler und regionaler Ebene erreicht. Die Abbildung gibt einen Überblick über die Wirkungskanäle öffentlicher Infrastruktur-Investitionen bzw. der mit ihnen verbundenen Services.



(1) Direkte Wohlfahrtseffekte durch Ausdehnung des öffentlichen Kapitalstocks: Wertmäßig in der Regel schwer zu fassen (wenn auch theoretisch eindeutig abgrenzbar) sind dies alle (vor allem positiven) Effekte, die von neuen (und alten) Infrastruktur-Investitionen bzw. von den mit ihnen verbundenen Services ausgehen. So bringen z.B. Wasser- bzw. Abwassersysteme, Stromversorgung oder Angebote des öffentlichen Verkehrs zweifellos direkte Vorteile (Nutzenzugewinne) für die jeweiligen potenziellen Konsumenten der Leistungen, speziell in verdichteten Räumen wie Kommunen. In der Regel werden die entsprechenden Effekte als Beiträge zur Lebensqualität (und auch Lebenserwartung) geführt, obwohl sie durchaus auch signifikante Auswirkungen auf die unmittelbare Produktivität, in erster Linie den Faktor Arbeit, haben können und so Relevanz in Bezug auf wirtschaftliches Wachstum besitzen.

(2) Indirekte Wohlfahrtseffekte über langfristiges Wachstum: Infrastruktur-Investitionen bzw. Infrastruktur-gebundene Leistungen wirken einmal auf die Produktionskosten der Unternehmen (Verschiebung der Produktionsfunktion) und in weiterer Folge über die Ausweitung des lokalen bzw. regionalen produktiven Potentials. So bringt z.B. eine neu errichtete regionale Straßenverbindung kürzere Transportwege (geringere variable Kosten, u.a. Abnutzung des Fahrzeugs und Treibstoffkosten) und kürzere Transportzeiten (kann sich auf den Maßstab von Logistikteilen, u.a. die Größe von Lagerhäusern, auswirken²⁰). Resultierende geringere Stückkosten drücken sich in der Regel auch in niedrigeren Preisen aus,²¹ was dazu führt, dass mehr Konsumenten am Marktgeschehen partizipieren können bzw. Zugang zu den Produkten finden. Gemeinsam mit



der Auflösung von räumlichen Barrieren (Erhöhung der Erreichbarkeiten), wie eben im Falle von Transportsystemen, ergibt sich über diesen Mechanismus eine Ausdehnung der lokalen und regionalen Märkte. Höhere Absatzzahlen setzen dabei höheren Output voraus; die unmittelbare Folge ist ein Anstieg der Nachfrage (Struktur und Menge) nach privaten Produktionsfaktoren wie Arbeit und Kapital. Dies führt wiederum mittel- und langfristig zu einer qualitativen und quantitativen Weiterentwicklung der betroffenen Faktormärkte; sie werden effizienter (speziell auch in Bezug auf den lokalen bzw. regionalen Bedarf) und steigern dadurch die Leistungsfähigkeit des urbanen Raums.

Moreno et.al. (2015), zum Beispiel, weisen für 17 autonome Kommunen (i.e. Regionen) in Spanien den großen Einfluss nach, den die Ausdehnung des öffentlichen Kapitalstocks auf lokale Arbeitsmärkte hat. Die Ergebnisse ihrer empirischen Studie für die Jahre 1980 bis 2007 zeigen, dass die Produktivität des Faktors Arbeit vor Ort (im Mittel) zu einem bedeutenden Teil (zu 62%) von öffentlichen Investitionen bestimmt wird. Die steigende Produktivität der Produktionsfaktoren wirkt wieder zurück auf die Produktionskosten und stößt damit Mehrrenden-Effekte an. Gleichzeitig übt sie jedoch auch Druck auf die Faktorentlohnung (z.B. "Lohn"-Steigerung) aus. Faktormärkte sind damit ein zentraler Bestandteil der Dynamik regionalen Wachstums. Die Leistungsfähigkeit dieser Märkte ist dabei eng an die räumliche Verdichtung von ökonomischer Aktivität gebunden, an der wiederum öffentliche Infrastruktur maßgeblich beteiligt ist.

Wachstumsmechanismen auf lokaler bzw. regionaler Ebene

Die räumliche Verdichtung der Produktion bzw. die lokalisierte horizontale und vertikale Vernetzung ökonomischer Aktivitäten schafft die Voraussetzungen dafür, dass ökonomische Systeme steigende Skalenerträge²² realisieren. Die Produktivität des Systems nimmt also mit steigendem räumlichem Konzentrationsgrad zu. Damit verbundene Kostensenkungen (sinkende Stückkosten) werden in diesem Zusammenhang oft unter dem Titel Agglomerationsvorteile ("Agglomeration Economies") zusammengefasst.

Agglomerationsvorteile entstehen durch positive Externalitäten des räumlichen Konzentrationsprozesses, die auf die Aktivitäten der einzelnen ökonomischen Akteure (Unternehmen und Haushalte) wirken. Die externen Effekte leiten sich dabei aus den spezifischen lokalen bzw. regionalen Rahmenbedingungen, u.a. Infrastrukturangebot, Industriestruktur oder Output-Niveau des regionalen Systems, ab. Traditionell werden in diesem Zusammenhang Lokalisations- und Urbanisierungsvorteile unterschieden. Urbanisierungsvorteile stehen dabei in engem Zusammenhang mit dem Grad der Entwicklung des betreffenden urbanen Raums. Sie hängen einmal von der Größe der Agglomeration ab, werden jedoch auch entscheidend von der Diversität der ökonomischen Aktivität und der lokalisierten (öffentlichen) Infrastruktur²³ beeinflusst. Urbanisierungsvorteile sind, über ihre Wirkung auf die Produktions- und Transaktionskosten, Quelle endogenen Wachstums für jede Agglomeration.

Dasselbe gilt für die zweite Untergruppe der Agglomerationsvorteile, den Lokalisationsvorteilen, auch wenn hier die Betonung auf Industrie-spezifischen Aspekten liegt. Dies betrifft einmal lokalisierte Pools industrie-spezifischer Produktionsfaktoren, die den Zugang zu Arbeitskräften und Kapital erleichtern (einfaches Matching von Angebot und Nachfrage), engere Abstimmung mit Vorleistern (Arbeitsteilung und Spezialisierung) oder auch Transfer von Wissen als Grundlage von Innovation und dynamischer Effizienz. Auch hier spielt Infrastruktur quasi als Rückgrat der intra-industriellen Aktivitäten eine entscheidende Rolle und ist maßgeblich am nachhaltigen wirtschaftlichen Wachstum von Agglomerationen beteiligt. In der Praxis verschmelzen beide Phänomene im Konzept einer modernen diversifizierten und industrialisierten Stadt.²⁴



Finanzierung der Infrastruktur

Die positive Rolle von Infrastruktur in der Ausbildung von Externalitäten und als Wachstum-treibender Faktor in urbanen Räumen (und damit auch auf nationaler Ebene) ist wissenschaftlich gut dokumentiert.²⁵ Dennoch ist die Frage zu diskutieren, wie Infrastruktur in die Welt kommt bzw. wie die Bereitstellung und Finanzierung erfolgt bzw. wie sie erfolgen soll. Prud'Homme gibt in diesem Zusammenhang einen Überblick über die verschiedenen Optionen.²⁶

- (a) Rein öffentliche Bereitstellung von Infrastruktur: Hier übernimmt die öffentliche Hand die Errichtung und den Betrieb der Anlage. Die Nutzung ist dabei für den Bürger unmittelbar kostenlos.
- (b) Rein private Bereitstellung der Infrastruktur: Dabei werden Errichtung und Betrieb von privaten Investoren übernommen. Die Nutzung selbst ist kostenpflichtig, wobei die Preise die Rentabilitätserwartung der Betreiber erfüllen sollen.
- (c) Rein öffentliche Bereitstellung mit Nutzungsgebühr: Im Gegensatz zu Option (a) wird hier ein Entgelt in Abhängigkeit von der Nutzung bzw. Nutzungsintensität eingehoben. Das Projekt bleibt in Erstellung und Betrieb vollständig in öffentlicher Hand.
- (d) Subventionierte private Lösung: Die betreffende Infrastruktur wird privat errichtet und betrieben. Die erteilte Konzession regelt jedoch die maximalen Nutzungsentgelte. Um das Projekt langfristig ökonomisch tragfähig zu halten, kann es notwendig sein, den Betrieb öffentlich zu subventionieren.
- (e) Private Lösung auf Basis von Schattenpreisen: Hier erfolgen die Erstellung und der Betrieb wieder auf private Initiative. Finanziert wird die Investition über öffentliche Zahlungen, die in ihrer Höhe von der Nutzung (den Nutzerzahlen) abhängen.

Während private Investoren Errichtung und laufenden Betrieb, durchgängig und unabhängig vom Infrastrukturtyp, über Nutzungsentgelte, die sich an formulierten Rentabilitätserwartungen orientieren, refinanzieren, ist die nutzungsabhängige Abrechnung der Services im Bereich der öffentlichen Hand vor allem in Verbindung mit Netzwerk-Infrastrukturen (z.B. Kanalisation, Wasserleitungen, Stromnetze oder Straßen) zu finden. Während einige dieser Infrastrukturen bzw. die mit ihnen verbundenen Leistungen marktgängig²⁷ sind und in der Regel über ausgegliederte private Unternehmen im Eigentum der öffentlichen Hand bewirtschaftet werden, ist für andere Bereiche (zumindest zum Teil) eine öffentliche Finanzierung notwendig. Die kann nun über das Budget (Steuereinnahmen) oder außerhalb des Budgets (Schuldenaufnahme) aufgebracht werden.

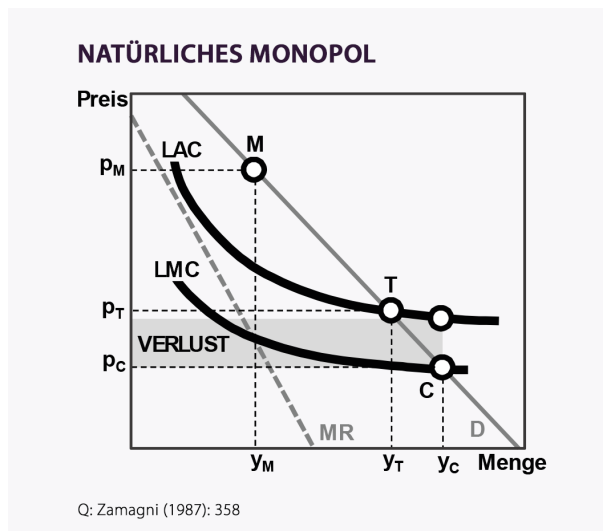
Die Steuerfinanzierung (Budget-Finanzierung) wird in der Regel mit Verzerrungen bzw. mit Veränderungen der ökonomischen Anreize im System in Zusammenhang gebracht, mit den daran geknüpften Wohlfahrtseinbußen und reduzierten Wachstumschancen. Finanzierungen außerhalb des Budgets werden im Gegensatz dazu von der ökonomischen Forschung deutlich positiver gesehen.²⁸ Letztendlich muss die Finanzierung auf Basis des Netto-Effekts auf das Wohlfahrtsniveau entschieden werden. Prud'Homme²⁹ modelliert die Finanzierungseffekte der oben gelisteten Optionen und isoliert die bestmögliche Lösung des Infrastruktur-Problems. Gemessen an den Netto-Wohlfahrtseffekten schneidet dabei die private Lösung, finanziert über öffentliche Zahlungen (Schattenpreise pro Nutzer), am besten ab. Berücksichtigt man weiters Effekte im Bereich der öffentlichen Budgets, so rückt schließlich die rein private Lösung auf die Top-Position. Wie kann es dann sein, dass speziell die jüngere Geschichte privater Versorgungsprojekte gekennzeichnet ist von finanziellen Schwierigkeiten und oftmals wenig nachhaltigem Engagement?

Privates Kapital und Infrastruktur

Infrastruktur unterscheidet sich deutlich von anderen Kapitaltypen. Diese Aussage scheint banal, ist aber der zentrale Grund für das Scheitern vieler privater Investoren und für eine differenzierte bis negative volkswirtschaftliche Beurteilung privater Infrastrukturprojekte. In diesem Zusammenhang sind vor allem 3 Charakteristika von Infrastruktur (hier speziell Netzwerk-Infrastruktur) relevant:

- (1) Die in der Regel hohe Kapitalintensität und - damit verbunden - die hohen Finanzierungskosten (Einpreisung des aufgrund der langen Lebensdauer der Projekte hohen Risikos und Mitberücksichtigung der Opportunitätskosten der Investition).
- (2) Refinanzierungsbeschränkungen durch Regulierung des betreffenden Marktes (z.B. Wasser oder Fernwärme).
- (3) Der spezifische Charakter des an die Infrastruktur gebundenen Services (Öffentliches Gut).

Punkte (1) und (2) sind eng miteinander verbunden, umso bemerkenswerter daher, dass das Regulierungsrisiko (ex-post betrachtet) im Rahmen vieler Projektfinanzierungen nicht akkurat berücksichtigt wurde. Denn für Netzwerk-Infrastruktur gilt, dass sie im Betrieb durch (in der langen Frist) abnehmende Durchschnittskosten gekennzeichnet ist (steigende Skalenerträge mit zunehmender Systemgröße). Dies ist nun in zweifacher Hinsicht relevant: (a) Fallende (langfristige) Durchschnittskosten (LAC) gehen Hand in Hand mit vorlaufenden fallenden Grenzkosten (LMC). Nachdem sich konkurrierende Anbieter in der Preissetzung p_c an den Grenzkosten orientieren, ist Verlust im Geschäft vorprogrammiert. Das Service wird nicht angeboten. Die Versorgung kann in diesem Falle alleine durch Interventionen der öffentlichen Hand gewährleistet werden (eigene Bereitstellung oder Regulierung inklusive der Option Subvention). (b) Selbst wenn trotz der zu erwartenden Verluste mehrere Anbieter am Markt auftreten würden (z.B. um sich gegenseitig über den Einsatz des Eigenkapitals aus dem Markt zu drängen), wäre es bei dieser Kostenkonstellation auch volkswirtschaftlich ineffizient, den Markt zwischenzeitlich mehreren Ver-



sonner zu überlassen, weshalb man diese Konstellation auch als "Natürliches Monopol" bezeichnet. Beispiele dafür sind etwa die Transmissions- und Verteilnetze in Strombereich. Natürliche Monopole werden reguliert. Der regulierte Preis p_T deckt dabei mindestens die langfristigen Durchschnittskosten (Produktionskosten inklusive fixer Rendite). Wird das Monopol nicht reguliert, wird die Versorgungsleistung empfindlich teurer (p_M) und in vergleichsweise geringerer Menge (y_M) bereitgestellt.

In der Praxis gibt es also in Fällen dieser Art einen Anbieter (öffentlich oder privat), der den Markt über regulierte Preise (und in der Regel auch regulierte Produkte) bedient. Die Regulierung selbst birgt jedoch Risiken, die vom prospektiven Monopolisten in die Investitionsentscheidung miteinzubeziehen sind. Oft werden die Wachstumsraten der regulierten Tarife überschätzt bzw. die Durchsetzbarkeit eigener Rentabilitätsziele (beinhalten auch laufenden Investitionsbedarf³⁰) überschätzt. Vielfach ist jedoch auch ein strategisches Kalkül ("Umwegrentabilität") die Ursache für ein Scheitern privater Versorger bzw. für einen Ausstieg aus dem Geschäft (Rekommunali-



sierung). Mit dem Engagement im Infrastrukturbereich (viele gebundene Nutzer) wollen Unternehmen oftmals rasch Marktmacht aufbauen, die sich über Preisbündelung bzw. Cross Selling auf andere Märkte übertragen lässt, wo die Durchdringung mit eigenen Produkten noch deutlich geringer ist (Market Foreclosure). Der Kauf von Thames Water durch die deutsche RWE ist dafür ein gutes Beispiel. Übernommen wurde das Unternehmen – abgesehen davon, dass es damals gut in das Portfolio des deutschen Versorgers passte – vor allem aus strategischem Kalkül (Kundenstock und Einstieg in den lukrativen Markt für Softdrinks bzw. den Mineralwassermarkt), das sich kurzfristig nicht realisieren ließ. Unerwartet hoher Investitionsbedarf hat schließlich dem Projekt die Ertragsperspektive genommen.

Punkt (3) bringt einen weiteren Aspekt ins Spiel, warum die Bereitstellung von Infrastruktur bzw. der mit ihnen verbundenen Leistungen durch private Akteure kritisch zu sehen ist. Infrastrukturgüter (lokalisiert oder Netzwerk) ändern mit dem Grad ihrer Auslastung ihre ökonomischen Eigenschaften. Unter der Kapazitätsgrenze besitzen sie bestimmte Merkmale öffentlicher Güter. Dies ist speziell die "Nicht-Rivalität" in der Nutzung, die bedeutet, dass der Konsum der Infrastruktur-gebundenen Leistung (z.B. Talquerung über eine Brücke, oder elektrische Energie) nicht die Möglichkeiten anderer, eben diese Leistung auch zu nutzen, beeinflusst. Im Gegensatz zu "reinen" öffentlichen Gütern (bei denen die betreffende Leistung als Externalität verfügbar ist), kann der Zugang zu Infrastrukturgütern bzw. den damit verbundenen Services jedoch beschränkt werden. Dies macht auch ab einer bestimmten Nutzungsintensität technisch und ökonomisch Sinn, weshalb man in diesem Zusammenhang auch von "Klubgütern" spricht.

Hier kommt nun der private Betreiber ins Spiel.³¹ Nach der Errichtung (oder Übernahme) der Anlage ist es das Ziel des privaten Investors, die Kosten der Leistung über Nutzungsentgelte (Tarife) zu refinanzieren. In diesem Zusammenhang wird der Zugang zur Infrastruktur so vom Betreiber (Monopolist) reguliert, dass er (auf Basis gegebener Nachfragekonstellationen³²) seinen Erlös maximiert. Auf Basis dieses Kalküls wird jedoch aus zwei Gründen zu wenig angeboten: (a) Obwohl private Investoren Infrastruktur-Kapazitäten auf Basis der voraussichtlichen Nachfragebedingungen planen, ist das Risiko der technischen Unterauslastung groß. Wenn nun die Nutzung freier Kapazitäten über den für den Monopolisten optimalen Punkt hinaus durch die Tarifsetzung verhindert wird, werden Effizienzpotenziale (Wohlfahrtseffekte) nicht gehoben. (b) In der Regel sind (positive und negative) externe Effekte eine Begleiterscheinung von Infrastrukturprojekten. So kann z.B. ein Tunnel neben dem damit verbundenen Mobilitätsangebot auch für eine Reduktion der Belastung umliegender Wohngebiete sorgen. Diese Beiträge zum sozialen Nutzen werden von privaten Investoren in der Regel nicht in die Projektbewertung (Kapazitätsplanung) oder in der Tarifsetzung berücksichtigt. Dies schlägt sich letztlich in einem Unterangebot der Infrastrukturservices und zu geringen verfügbaren Kapazitäten nieder.

All diese Argumente sprechen nun dafür, dass die öffentliche Hand (weiterhin) eine signifikante Rolle in der Bereitstellung von Infrastruktur bzw. der damit verbundenen Leistungen spielen soll. Die konkrete Form des Engagements hat sich dabei nach Finanzierungsgesichtspunkten zu entscheiden, wobei die Risiken der Investition, externe Effekte des Projekts und (im Falle einer Dotierung über das Budget) allfällige Opportunitätskosten zu berücksichtigen sind. Private Investoren können hier helfen, Infrastruktur zum richtigen Zeitpunkt und auch Kosten-effizient zu realisieren, müssen jedoch gemeinsam mit der öffentlichen Regulierung zunehmend gemeinwirtschaftliche Zielsetzungen in die Projektauswahl, die Kapazitätsplanung und die Tarifierung von Infrastruktur-Leistungen integrieren.



Die Bedeutung der Kommunen für Wachstum und Entwicklung - Eine Input-Output-Analyse des Gemeindesektors in Österreich

Dieser Abschnitt beschäftigt sich mit der Wirkung der Ausgaben österreichischer Gemeinden auf zentrale volkswirtschaftliche Aggregate, u.a. auf den Output, und damit auch mit Wachstumseffekten, die potenziell durch Aktivitäten der öffentlichen Hand ausgelöst werden. Wir analysieren in diesem Zusammenhang die Reagibilität von (a) Brutto-Produktionswert (BPW), (b) Wertschöpfung, (c) Einkommen (hier Einkommen aus unselbständiger Beschäftigung bzw. Arbeitnehmerentgelte), und (d) Beschäftigung (hier Vollzeit-Äquivalente/VZÄ). Berechnet werden der Industrieeffekt der Gemeindeausgaben (kurzfristiger Effekt) und der durch neue Einkommen innerhalb der Volkswirtschaft getriebene Induktionseffekt (kurz- bis mittelfristiger Effekt).

(1) Industrieeffekt: Darunter versteht man die Wirkung, die ein Nachfrageimpuls (in unserem Fall die Ausgaben der Gemeinden) in den, in der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung abgegrenzten produktiven Sektoren (Industrie, Handel, Gewerbe bzw. Produkte und Dienstleistungen) entfaltet. In den primären Zielsektoren der Nachfrage wird dabei unmittelbar Produktion ausgelöst (direkter Industrieeffekt), während der Vorleistungsbedarf dieser Sektoren die Produktion in vorgelagerten Bereichen erhöht (indirekter Industrieeffekt). So stimuliert ein öffentlicher Auftrag über den Bau einer neuen Straßenbahntrasse nicht allein die Produktionsleistung des beauftragten Bauunternehmens, sondern (über Vorleistungsbeziehungen) auch die Stahlerzeugung, die eisenverarbeitende Industrie, den Bereich Steine und Erden, Zivilingenieur-Büros bis hin zu Dienstleistungen rund um Baumaschinen (z.B. Vermietung oder Reparatur).

(2) Induktionseffekt: Die Ausdehnung der Produktion im Rahmen des Industrieeffekts generiert Einkommen. Dieses ist allerdings (in Abhängigkeit von Konsumquote und Konsumstruktur) nun selbst Ausgangspunkt von (neuen) Nachfrageimpulsen, die eine weitere Ausdehnung der Produktion notwendig machen. Über mehrere Feedback-Schleifen (Runden), in denen immer wieder auch die Produktion angestoßen wird und damit neue Einkommen entstehen, wird der volkswirtschaftliche Output letztendlich deutlich über den ursprünglichen Industrieeffekt gehoben. Um unser obiges Beispiel weiterzuführen: der Bau einer Straßenbahn-Trasse wird Einkommen erzeugen, die u.a. über den Konsum des im Rahmen des Projekts eingesetzten Personals neue Produktion in anderen Bereichen der Wirtschaft und damit auch neue Einkommen, z.B. im Einzelhandel, im Gesundheitsbereich oder in Hotels und gastronomischen Betrieben, initiiert. Diese Produktionen sind jedoch wieder in eine Vorleistungsmatrix eingebunden, so dass die Mechanik von Neuem wirken kann.³³

Der Betrachtungszeitraum unserer Analyse orientiert sich damit am Wirkungszeitraum der Gemeindehaushalte und ist damit nicht auf das Budgetjahr 2017 allein beschränkt. Neben dem Industrie- und Induktionseffekt wird zudem die Hebelwirkung bzw. der Multiplikator (i.e. die Relation zwischen öffentlichen Nachfrageimpuls und Effekt im Bereich der volkswirtschaftlichen Aggregate) ermittelt. Datenbasis für die Berechnungen sind die Übersichten über die Gemeindegebarung für das Jahr 2017 (Statistik Austria 2018a). Die Voranschlagsgruppen, nach denen die Gemeindehaushalte strukturiert sind, wurden in diesem Zusammenhang in eine Gliederung nach dem ÖNACE 2008-Schlüssel übergeführt, um eine Modellierung der Nachfrageeffekte anhand der aktuellen Input-Output-Tabellen des heimischen Produktionssystems (Statistik Austria 2018b) zu ermöglichen. Dabei wurden folgende Anpassungen vorgenommen: (a) Die Voranschlagsgruppe Finanzwirtschaft wurde nur zum Teil in die Betrachtungen aufgenommen. Berücksichtigt wurde hier allein der Bereich "Gesonderte Verwaltung", nicht allerdings Finanztransaktionen, Verstärkungsmittel, Abschluss-technische Posten, o.Ä. Die Investitionen und Ausgaben der Gemeinden

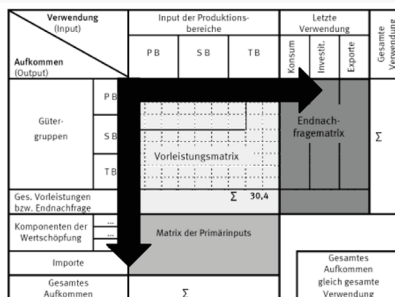
wurden entsprechend den dahinter liegenden wirtschaftlichen Aktivitäten in eine ÖNACE-fähige Struktur gebracht; in jenen Fällen, wo, u.a. aufgrund des hohen Aggregationsniveaus, eine eindeutige Zuordnung nicht möglich war, wurde ein Mix aus relevanten ÖNACE-Codes genutzt.

Im Rahmen der Berechnungen kommt ein nachfrageorientiertes Input-Output-Modell in einer offenen und einer partiell-geschlossenen Variante³⁴ zum Einsatz, um die kurz- und mittelfristigen Effekte der Gemeindeausgaben zu isolieren. Wirkungsrahmen der vorliegenden Modellierung ist die inländische Produktion, d.h. die Importnachfrage der einzelnen Sektoren wird in den Berechnungen nicht berücksichtigt.

Methode: Input-Output-Analyse

Bei der Input-Output-Analyse handelt es sich um einen leistungsfähigen analytischen Rahmen, der die Wechselbeziehungen ("forward and backward linkages") zwischen den Sektoren einer Volkswirtschaft abbildet. Ausgangspunkt sind nationale Aufkommens- und Verwendungstabellen, die zusammengenommen das Tableau der inter-industriellen Transaktionen darstellen. In seiner (um Endnachfrage und Wertschöpfung) erweiterten Form beschreibt das Tableau horizontal gelesen (Reihen) die Verteilung des von Sektor i ($i=1$ bis n) produzierten Outputs unter den einzelnen Nachfragekomponenten der Volkswirtschaft (z.B. Nachfrage nach Vorleistungen, Konsumnachfrage oder Exporte); vertikal gelesen (Spalten), die Vorleistungen anderer Sektoren in den Sektor i und weitere nicht-industrielle Inputs (z.B. Arbeitskräfte oder Kapital), die notwendig sind, damit Sektor i seinen Output erzeugen kann.

Auf Basis detaillierter Input-/Output-Tabellen lässt sich der Weg eines exogenen Nachfrageschocks (z.B. eines Budgetimpulses) durch die Verflechtungen der einzelnen vorleistenden Sektoren (abgebildet durch Koeffizienten) nachverfolgen und seine Wirkungen auf verschiedene ökonomische Aggregate (z.B. Produktionswert, Wertschöpfung oder Beschäftigung) aufzeichnen. In diesem Zusammenhang können sogenannte "Multiplikatoren" definiert werden,



Q: Statistisches Bundesamt 2010

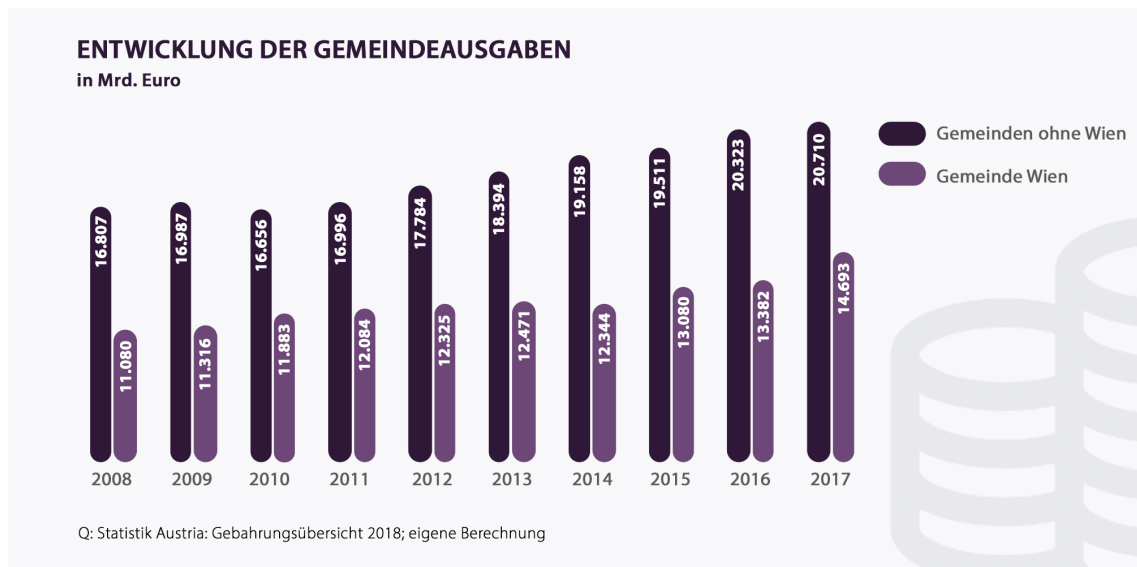
die quantitativ die Relation zwischen dem initialen Nachfrageimpuls und dem ausgelösten Effekt im Bereich der untersuchten volkswirtschaftlichen Aggregate beschreiben. Die Höhe der Multiplikatoren hängt dabei im Rahmen der Input-/Output-Analyse von mehreren Faktoren ab: (a) dem Ausmaß der Verflechtungen jenes Sektors, in dem der initiale Impuls gesetzt wird, (b) der Beschäftigung in den betroffenen Sektoren, und (c) von Abflüssen aus dem nationalen System, z.B. bei Importanteilen im Bereich der Vorleistungen.

Gemeindeausgaben

#	Voanschlagsgruppen (in Mio. EUR)	Gemeinden ohne Wien	Wien
0	Vertretungskörper und allgemeine Verwaltung	2.468,06	2.371,91
1	Öffentliche Ordnung und Sicherheit	533,29	186,71
2	Unterricht, Erziehung, Sport und Wissenschaft	3.407,77	2.437,08
3	Kunst, Kultur und Kultus	673,76	317,46
4	Soziale Wohlfahrt und ohnbauförderung	2.418,40	2.747,75
5	Gesundheit	1.505,37	2.444,51
6	Straßen- und Wasserbau, Verkehr	1.641,58	1.053,89
7	Wirtschaftsförderung	295,18	93,44
8	Dienstleistungen	5.910,18	824,12
9	Finanzwirtschaft	1.856,71	2.216,49

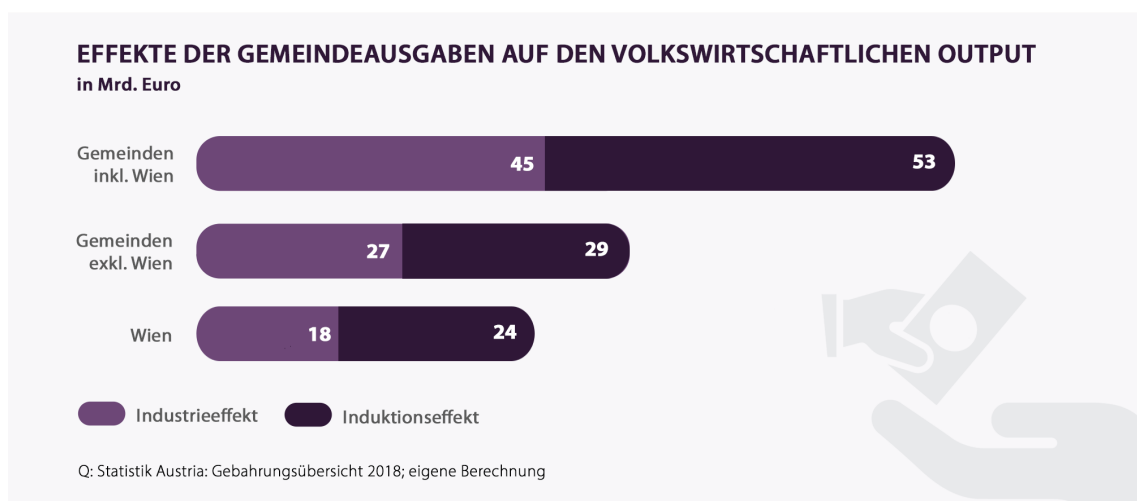


Die Tabelle gibt einen Überblick über das im Rahmen der Bewertung eingesetzte Data-Set. Dargestellt sind die Ausgaben der Gemeinden exklusive Wien und die Ausgaben des Landes Wien in der Struktur eines Gemeindehaushaltes für das Jahr 2017. Die einzelnen Voranschlagsabschnitte (90) sind dabei in Voranschlagsgruppen aggregiert abgebildet. Es zeigt sich die Schwerpunktsetzung der Kommunen generell, aber auch die Unterschiede zwischen der Gemeinde Wien und kleineren österreichischen Gemeinden. So z.B. im Gesundheitswesen, wo Wien im Gegensatz zum restlichen kommunalen Sektor, deutlich stärker auf eigene Krankenanstalten setzt (VA-Gruppe 4), oder auch in der rechtlichen Organisation von Betrieben der öffentlichen Hand (VA-Gruppe 8). Die Abbildung der Gemeindeausgaben im Zeitverlauf gibt einen Überblick über die Entwicklung der Gemeindeausgaben zwischen 2008 und 2017.



Auswertungen

Volkswirtschaftlicher Output (Brutto-Produktionswert)

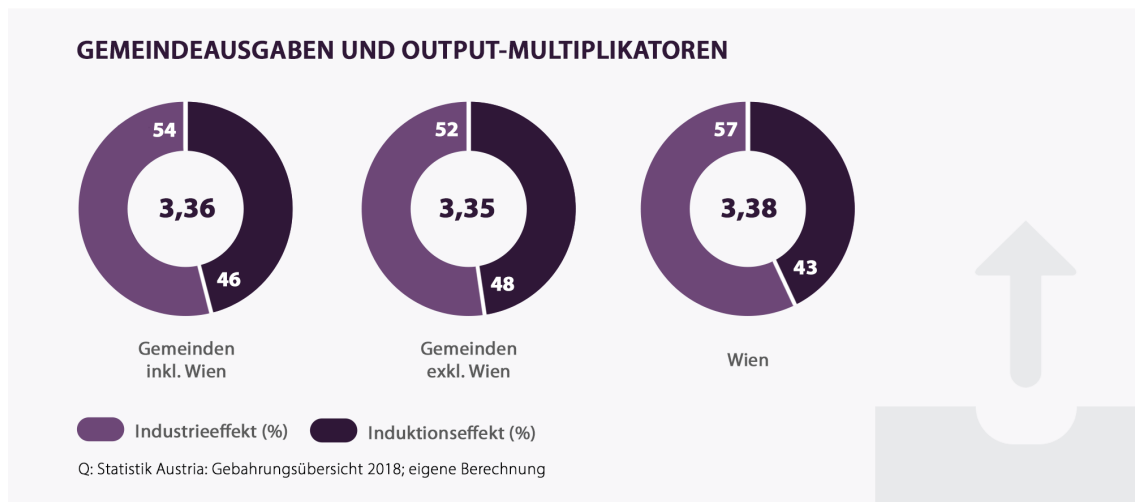


Der Nachfrageimpuls, der von den öffentlichen Ausgaben im Bereich der österreichischen Gemeinden (inklusive Wien) ausgeht, rd. 29 Mrd. Euro, generiert in der mittleren Frist einen Brutto-Produktionswert von rd. 98 Mrd. Euro (Abbildungen: Effekte der Gemeindeausgaben auf den volkswirtschaftlichen Output, Gemeindeausgaben und Output-Multiplikatoren). Davon entfallen



auf den Industrieeffekt etwa 45 Mrd. Euro oder 46% des Gesamteffekts im Bereich BPW, und auf den Induktionseffekt (mittelfristig) 53 Mrd. Euro (54%). Dies bedeutet gleichzeitig auch, dass die Gemeinden über ihre Ausgabenstruktur und die bewegten Volumina einen Hebel in Bezug auf den volkswirtschaftlichen Output (i.e. der Output-Multiplikator der Gemeindeausgaben) von rund 3,4 haben. Jeder ausgegebene Euro erhöht damit den BPW um 3,40 Euro.

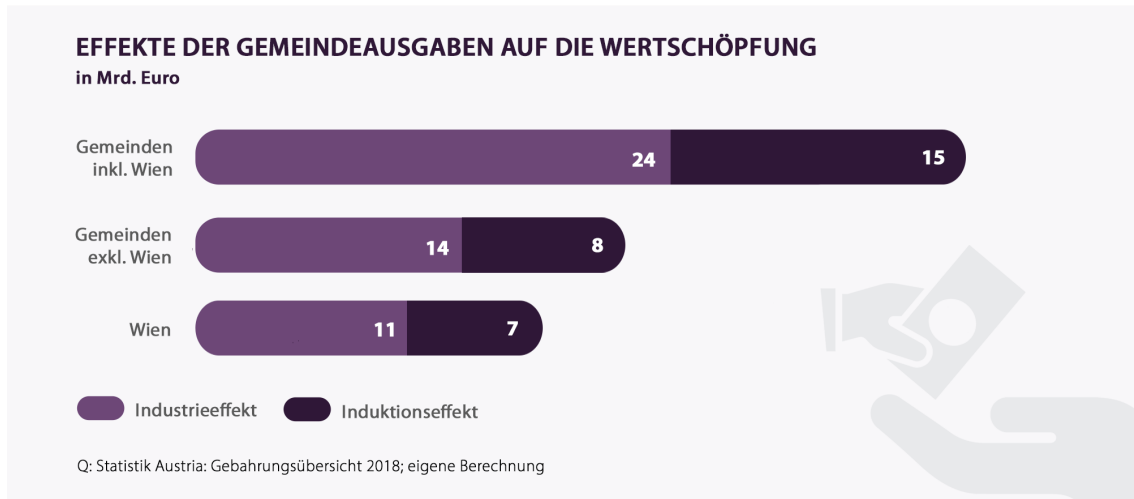
Die Ausgaben der Gemeinden exklusive Wien (rd. 17 Mrd. Euro) haben einen Gesamteffekt auf den heimischen Output von fast 56 Mrd. Euro. Dem Industrieeffekt (kurze Frist) entsprechen dabei über 27 Mrd. Euro oder 48% des Gesamteffekts; auf den Induktionseffekt (mittlere Frist), wiederum, entfallen rund 29 Mrd. Euro oder 52%. Der Multiplikator auf Gemeindeebene (exklusive Wien) lässt sich mit 3,35 berechnen.



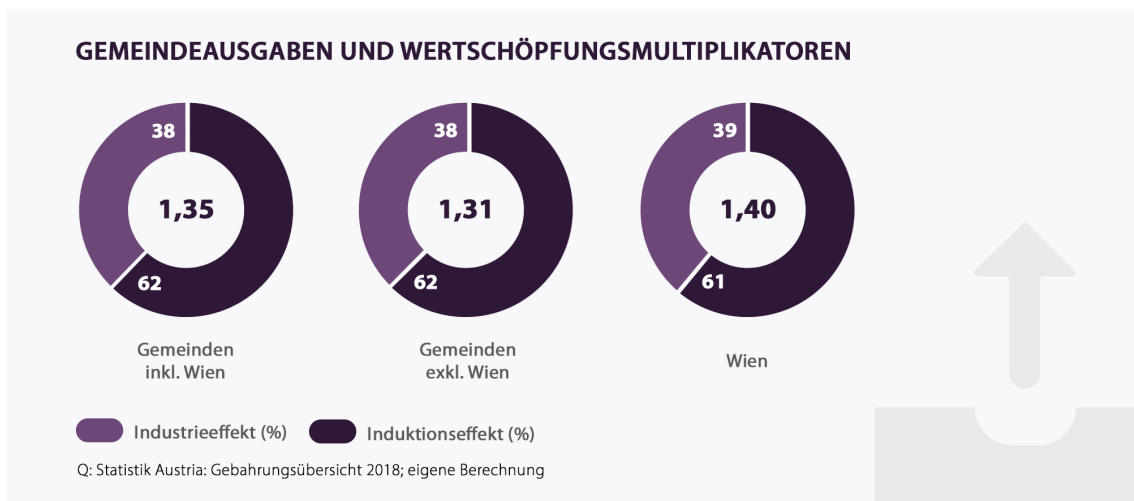
Bei einem Nachfrageimpuls über die Gemeindeausgaben von knapp 13 Mrd. Euro ergibt sich für Wien ein Gesamteffekt (mittlere Frist) auf den volkswirtschaftlichen Output von rund 43 Mrd. Euro. Der Industrieeffekt erreicht 18 Mrd. Euro oder 43% des Gesamteffekt der Wiener Ausgaben auf den BPW. Der Induktionseffekt fällt mit 24 Mrd. Euro oder 57% des Gesamteffekts dabei deutlich stärker aus. Dies gilt auch im Vergleich zu anderen heimischen Gemeinden. Teil der Erklärung sind hier die teilweise unterschiedlichen Schwerpunktsetzungen in den jeweiligen Budgets (natürlich beeinflusst durch Größenunterschiede zwischen Wien und anderen Gemeinden). So führen vergleichsweise höhere Ausgaben (gemessen in Anteilen am Budget) in arbeitsintensiven Bereichen, wie Gesundheit, Soziales oder Unterricht, auch zu größeren Multiplikatoreffekten. Wien hat so in unserem Vergleich auch den größten Output-Multiplikator von 3,38.

Wertschöpfung

Wertschöpfung ist eine zentrale Komponente des Brutto-Produktionswerts und enthält u.a. die Beiträge (bzw. Entlohnung) der Produktionsfaktoren Arbeit (Arbeitnehmerentgelte), Land (Mieten und Pacht) und Kapital (Zinsen). Die Größe des Aggregats ist ein Indikator für die Produktivität dieser Faktoren. Der ursprüngliche Nachfrageimpuls über die Ausgaben aller Gemeinden (29 Mrd. Euro) löst einen Gesamteffekt im Bereich der Wertschöpfung von 39,5 Mrd. Euro aus. Davon entfallen auf den Industrieeffekt (kurze Frist) über 24 Mrd. Euro oder 62%. Der Induktionseffekt ist hier mit rund 15 Mrd. (38%) deutlich geringer. Der Wertschöpfungsmultiplikator der Gemeindeausgaben des Jahres 2017 (inklusive Wien) beträgt dabei 1,35 (Abbildung Effekte der Gemeindeausgaben auf die Wertschöpfung, Gemeindeausgaben und Wertschöpfungsmultiplikatoren).



Die Ausgaben der Gemeinden ohne Wien (rd. 17 Mrd. Euro) erzeugen einen Gesamteffekt im Bereich Wertschöpfung von 22 Mrd. Euro. Fast zwei Drittel des Gesamteffekts, 62% bzw. knapp 14 Mrd. Euro, fallen in die kurze Frist (Industrieeffekt). Der Induktionseffekt (mittlere Frist) liegt bei über 8 Mrd. Euro oder 38%. Der Wertschöpfungsmultiplikator der Gemeinden exklusive Wien liegt bei 1,31.



Der Nachfrageimpuls über die Wiener Gemeindeausgaben 2017 (rd. 13 Mrd. Euro) erzeugt einen Gesamteffekt im Bereich Wertschöpfung von rund 18 Mrd. Euro. Der Industrieeffekt (kurze Frist) beträgt dabei 11 Mrd. Euro oder 61%, während der Induktionseffekt (mittlere Frist) bei ca. 7 Mrd. Euro liegt (39% des Gesamteffekts). Der Wertschöpfungsmultiplikator der Ausgaben der Gemeinde Wien liegt mit 1,40 im Vergleich mit anderen Gemeinden deutlich höher.

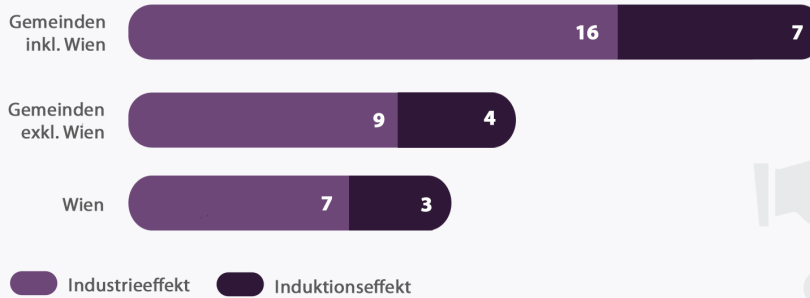
Einkommen (Arbeitnehmerentgelte)

Die Ausgaben der Gemeinden generieren über die Stimulation des volkswirtschaftlichen Outputs auch Einkommen (als Teil der Wertschöpfung). Auf Basis der Gemeindegebarung 2017 (inklusive Wien) ergibt sich im Bereich Arbeitnehmerentgelte ein Gesamteffekt von 22,5 Mrd. Euro. Dieser Effekt teilt sich auf in einen kurzfristigen Industrieeffekt von fast 16 Mrd. (70%) und einen mittelfristigen Induktionseffekt von fast 7 Mrd. Euro (30%) auf. Der Multiplikatoreffekt im Bereich der Einkommen liegt bei 0,77, d.h. jeder Euro, der von den Gemeinden ausgegeben wird, führt über die angestoßene Produktion zu 77 Euro-Cent an Arbeitnehmerentgelten (Abbildungen Effekte der Gemeindeausgaben auf die Einkommen, Gemeindeausgaben und Einkommensmultiplikatoren).



EFFEKTE DER GEMEINDEAUSGABEN AUF DIE EINKOMMEN

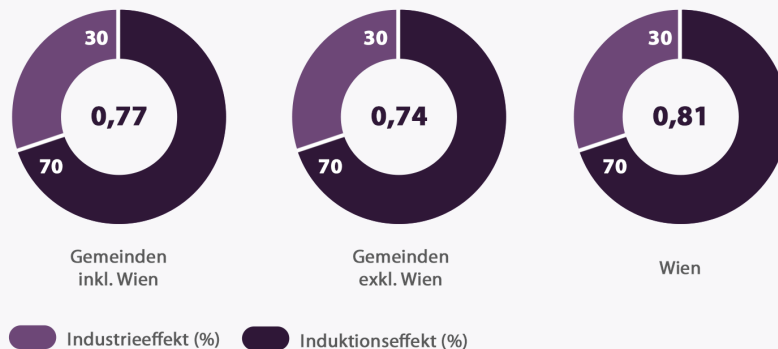
in Mrd. Euro



Q: Statistik Austria; Gebahrungsübersicht 2018; eigene Berechnung

Der Gesamteffekt der Ausgaben der Gemeinden exklusive Wien auf das volkswirtschaftliche Aggregate Einkommen liegt bei knapp 23 Mrd. Euro. Davon entfallen rund 70% (oder 16 Mrd. Euro) auf den kurzfristigen Industrieeffekt und 30% (oder rd. 7 Mrd. Euro) auf den längerfristigen Induktionseffekt. Der Einkommensmultiplikator der Ausgaben österreichischer Gemeinden (ohne Wien) liegt damit im Vergleich zu Wien (siehe unten) mit 0,74 deutlich niedriger.

GEMEINDEAUSGABEN UND EINKOMMENSMULTIPLIKATOREN



Q: Statistik Austria; Gebahrungsübersicht 2018; eigene Berechnung

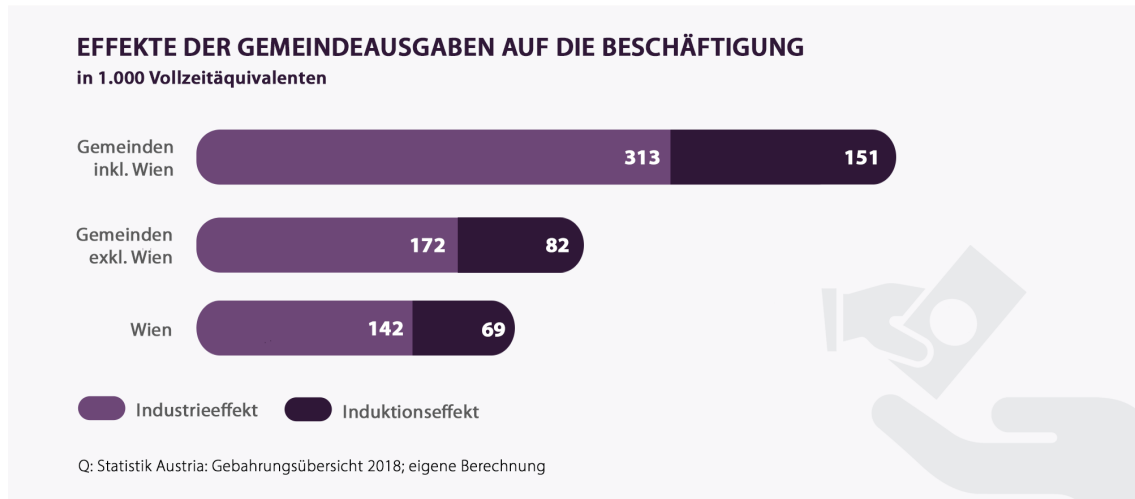
Der Gesamteffekt der Ausgaben der Gemeinde Wien im Bereich der Einkommen wird mit 10 Mrd. Euro berechnet. Auf den kurzfristigen Effekt (Industrieeffekt) entfallen dabei rund 7 Mrd. Euro oder 70%, auf den längerfristigen Induktionseffekt 3 Mrd. Euro oder 30%. Im Falle Wiens ergibt sich damit ein Multiplikatoreffekt auf die Einkommen von 0,81 (d.h. jeder ausgegebene Euro generiert über den Industrie- und Induktionseffekt 80 Euro-Cent an Einkommen).

Beschäftigung (Vollzeit-Äquivalente)

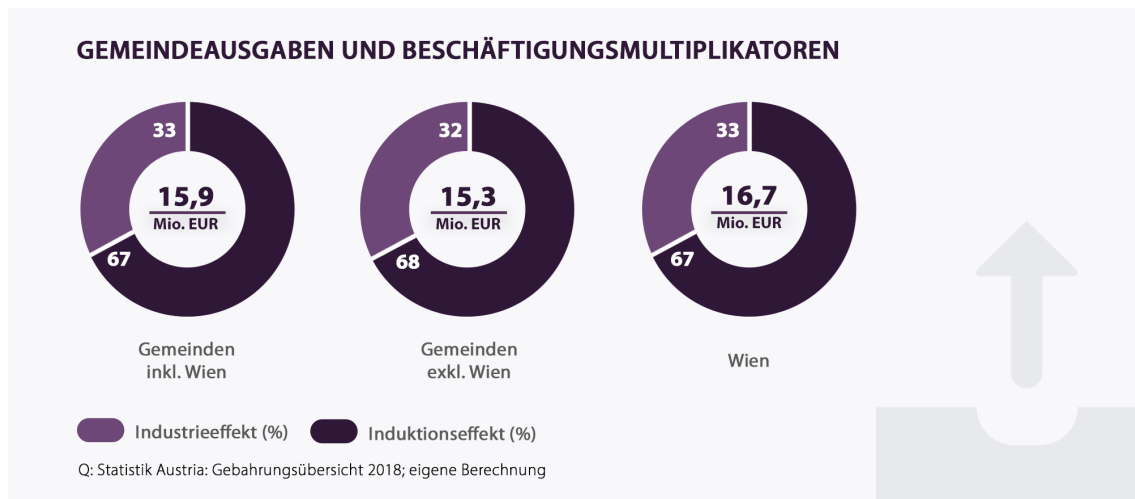
Die Gemeindeausgaben haben nicht nur unmittelbare Effekte auf die Beschäftigung im eigenen Bereich bzw. im Bereich der vorleistenden Unternehmen, sondern entfalten ihre Wirkungen über die oben beschriebenen Feedback-Schleifen (Produktion-Einkommen-Konsum-Produktion) im gesamten Wirtschaftssystem. Der Gesamteffekt der Gemeindeausgaben auf die Beschäftigung soll in diesem Zusammenhang über Vollzeit-Äquivalente gemessen werden. Die klassische Messgröße "Arbeitsplätze" scheint in Zeiten mit hohem Anteil an nicht-traditionellen Beschäftigungsverhältnissen wenig leistungsfähig.



Die Ausgaben der österreichischen Gemeinden im Jahr 2017 führen zu einem Gesamteffekt im Bereich der Beschäftigung von über 460.000 Vollzeit-Äquivalenten (VZÄ). Davon entfallen auf den kurzfristigen Industrieeffekt rund 310.000 VZÄ oder 67%, und auf den längerfristigen Induktionseffekt 150.000 VZÄ oder 33%. Der Beschäftigungsmultiplikator der Gemeindeausgaben (inklusive Wien) liegt in diesem Zusammenhang bei rund 16 Vollzeit-Äquivalente pro 1 Mio. Euro Gemeindeausgaben (Abbildungen Effekte der Gemeindeausgaben auf die Beschäftigung, Gemeindeausgaben und Beschäftigungsmultiplikatoren).



Die Ausgaben der Gemeinden exklusive Wien (rd. 17 Mrd. Euro) erzeugen einen Gesamteffekt im Bereich der Beschäftigung von über 250.000 Vollzeit-Äquivalenten. Der Anteil des (kurzfristigen) Industrieeffekts beträgt dabei 68% oder 172.000 VZÄ. Auf den längerfristigen Induktionseffekt entfallen rund 80.000 VZÄ, was einem Anteil am Gesamteffekt von 32% entspricht. Jede Million Euro, die von den Gemeinden (auf Basis der bestehenden Ausgabenstruktur) ausgegeben wird, schafft bzw. sichert Beschäftigung im Ausmaß von 15 Vollzeit-Äquivalenten (Beschäftigungsmultiplikator).



Der Nachfrageimpuls über die Ausgaben der Gemeinde Wien (2017: rd. 13 Mrd. Euro) erzeugt einen Gesamteffekt von rund 210.000 Vollzeit-Äquivalenten. In der kurzen Frist (Industrieeffekt) werden über die Ausgaben rund 140.000 VZÄ gesichert oder geschaffen (67%), in der mittleren Frist (Induktionseffekt) sind es zusätzlich 69.000 VZÄ (33%). Der Beschäftigungsmultiplikator liegt im Fall der Gemeinde Wien bei fast 17 VZÄ pro Million an öffentlichen Ausgaben.

TEIL 2

MOTIVE FÜR REKOMMUNALISIERUNG



Zusammenfassung

Rekommunalisierungen haben unterschiedliche Motive, die sich grob in Versagen privater Dienstleister, politisch-strategische Motive sowie finanzielle Motive klassifizieren lassen.

Privatisierungen hatten in vielen Fällen Tarifierhöhungen für die KundInnen zur Folge. Besonders schwer treffen Preiserhöhungen einkommensschwache Bevölkerungsgruppen. Gleichzeitig ist die Liste von Fällen lang, in denen sich die Qualität nach der Übernahme durch ein privates Unternehmen verschlechtert hat. Mit der Zunahme von Privatisierungen haben Kommunen erlebt, dass politische Handlungsspielräume drastisch eingeschränkt werden, wenn immer weniger kommunale Angelegenheiten von den demokratisch legitimierten Organen entschieden werden können. Viele politische Entscheidungsträger streben daher die Rückgewinnung kommunaler Einflussmöglichkeiten auf die Aufgabenerledigung an. Eigene öffentliche Unternehmen leisten einen wesentlichen Beitrag, arbeitsmarktpolitische, soziale oder ökologische Ziele zu erreichen.

Durch managementorientierte Verwaltungsreformen haben Kommunen in den vergangenen Jahren zudem ihr Handeln stärker nach ökonomischen Leitbildern ausgerichtet. Es hat sich gezeigt, dass sie auch in puncto Kosten den Vergleich mit privaten Anbietern nicht scheuen müssen. Hieraus ist ein neues Selbstbewusstsein in den Städten und Gemeinden entstanden.



Einleitung

Trotz des ökonomischen Mehrwerts, den Daseinsvorsorgeleistungen durch öffentliche Leistungserbringung erzeugen, haben eine Vielzahl an Kommunen die verschiedensten Leistungen in den letzten Jahrzehnten privatisiert. Eingeläutet wurde die neoliberale Wende unter Margaret Thatcher, die Großbritannien zum Vorzeigebispiel des schlanken Staates, der auf seine Kernfunktion beschränkt werden sollte, machte. Die Europäische Union sprang auf den Zug auf und trieb die Liberalisierung „mit dem Ziel und Postulat, einen gemeinsamen Markt [...] europaweit herzustellen“³⁵ voran. „Mit einer immer weiter gefassten Interpretation der so genannten ökonomischen Grundfreiheiten [...] sind diejenigen Bereiche der öffentlichen Daseinsvorsorge, die nicht dem europäischen Wettbewerbsrecht unterstellt sind, immer kleiner geworden.“³⁶ Die Rahmenbedingungen ermöglichten den privaten Unternehmen also in immer mehr Bereiche der Daseinsvorsorge vorzudringen. Ab den 1980er-Jahren gab es einen wahren Privatisierungsboom.

Die Möglichkeiten, die sich den Kommunen durch Privatisierungen boten, schienen verlockend. Budgetlöcher konnten mit einer Leistungsvergabe an Private gestopft werden, auch notwendige Investitionen in die Infrastruktur versuchte man durch Auslagerungen an Private zu übertragen. Die KundInnen sollten durch den Wettbewerb von Anbietern auf einem liberalisierten Markt von günstigen Preisen profitieren.

Es gibt Privatisierungen, die die in sie gesetzten Erwartungen erfüllen konnten. Auch einige Public Private Partnerships, wo sich die öffentliche Hand die Leistungserbringung mit privaten Anbietern teilt, funktionieren gut. Jedoch gibt es ebenso eine Vielzahl von Kommunen, die mit der privaten Leistung nicht zufrieden sind. Das hat in den letzten Jahren zu dem neuen Trend der Rekommunalisierung geführt. Immer mehr Kommunen erwerben verkaufte Eigentum zurück und übernehmen die Leistungen der Daseinsvorsorge wieder selbst. Die Gründe, warum rückübertragen wird, sind unterschiedlich und reichen vom Versagen des privaten Dienstleisters über politisch-strategische Motive bis hin zu finanziellen Motiven.



Versagen privater Anbieter

Die Zunahme der Rekommunalisierungen liegt zu einem Teil an nicht erfüllten Erwartungen in Hinblick auf Qualität und Preise, die mit Privatisierungsentscheidungen verbunden waren.³⁷

Privatisierungen hatten in vielen Fällen Tarifierhöhungen für die KundInnen zur Folge. Besonders schwer treffen Preiserhöhungen einkommensschwache Bevölkerungsgruppen und tragen damit zu einer Verschärfung des sozialen Ungleichgewichts bei.

Preiserhöhungen führen nicht automatisch zu einer besseren Qualität der Leistung. Die Liste von Fällen, in denen sich die Qualität nach der Übernahme durch ein privates Unternehmen verschlechtert hat, ist lang. Die Leistungen werden entweder unzureichend erbracht oder die Infrastruktur wird vernachlässigt. Fehlende Investitionen und Wartung führen zu drastischen Qualitätseinbußen. Der „private Leistungserbringer [wird] am Markt dazu gezwungen, möglichst hohe Gewinne an seine Shareholder ausschütten zu können. Die Orientierung erfolgt daher nicht in erster Linie an möglichst hoher Qualität der Leistung und an langfristigen Investitionsstrategien, sondern an kurzfristigen Profitmöglichkeiten, selbst wenn sie zu Lasten der Bevölkerung gehen mögen.“³⁸ Dies stellt oft ein Problem bei der Rückübertragung in die öffentliche Hand dar. Die Kommune muss dann über Jahre hinweg nicht getätigte Infrastrukturinvestitionen nachholen und für eine Sanierung aufkommen.

Politisch-strategische Motive

Gemeinwohlorientierte Daseinsvorsorge

Eine zentrale Idee der Daseinsvorsorge ist die Orientierung am Gemeinwohl. Dieser Gedanke besagt, dass lebensnotwendige Dienstleistungen allen Menschen erschwinglich zur Verfügung stehen sollen. Berücksichtigt werden sollen dabei überdies Aspekte wie Ver- und Entsorgungssicherheit, Nachhaltigkeit, Transparenz sowie Erhalt von Qualitäts-, Umwelt- und Sozialstandards.³⁹

In den vergangenen Jahren war eine „Rückbesinnung auf Leitbilder öffentlicher Daseinsvorsorge“⁴⁰ zu beobachten, „citizen value“ trat zunehmend an die Stelle von „shareholder value“.⁴¹ Der betriebswirtschaftliche Gewinn soll bei der kommunalen Leistungserbringung nicht alleine im Mittelpunkt stehen, sondern nur eines von mehreren Zielen sein. Dies ist insofern logisch, als KommunalpolitikerInnen befürchten müssen, bei Wahlen abgestraft zu werden, wenn die Leistung der kommunalen Dienstleistungen nicht entspricht. Private Unternehmen sind hingegen primär ihren EigentümerInnen verpflichtet, die monetäre Gewinne bzw. Ausschüttungen erwarten. Gemeinwohlorientierte Ziele geraten unter diesen Voraussetzungen leichter in den Hintergrund.

Steuerungshoheit

Die Kommunen haben die Erfahrung gemacht, „dass die kommunale Selbstverwaltung trotz grundgesetzlicher Garantie faktisch dadurch ausgehöhlt wird, dass immer mehr öffentliche Aufgaben Schritt für Schritt aus der Kernverwaltung ausgelagert werden.“⁴² Mit der Zunahme der Privatisierungen haben Kommunen erlebt, dass politische Handlungsspielräume drastisch eingeschränkt werden, wenn immer weniger kommunale Angelegenheiten von den demokratisch legitimierten Organen entschieden werden können.⁴³ Viele politische Entscheidungsträger streben daher die „Rückgewinnung kommunaler Steuerungsoptionen und Einflussmöglichkeiten auf die Aufgabenerledigung einschließlich der dazugehörigen Kontrolle“⁴⁴ an. Damit soll „mehr politische[r] Einfluss auf die Qualität und Sicherung der Leistungserstellung“⁴⁵ gewährleistet werden.

Stadteigene Betriebe bieten eine Reihe von Einflussmöglichkeiten, die von beschäftigungspolitischen Maßnahmen bis zur Gestaltung der Energiewende reichen. Zudem bieten kommunale Unternehmen einen direkten Einfluss auf die Stadtentwicklung. Bei Privatisierungen ist die Kommune hingegen gezwungen, Absprachen mit den privaten Unternehmen zu treffen, um politische Vorgaben einhalten und gewährleisten zu können. Denn politisch bleiben die Kommunen auch im Falle einer Privatisierung in der Verantwortung.

Viele Kommunen, die Rekommunalisierungen bereits durchgeführt haben oder diese anstreben, wollen die strategische Position der Kommunalwirtschaft gerade dort besonders stärken, wo die Liberalisierung des Marktes weit vorangeschritten ist.⁴⁶ Die Vergangenheit hat gezeigt, dass Steuerungsverluste vor allem in marktnahen, wettbewerbsintensiven Sektoren auftreten, weil „durch Einführung von Markt und Wettbewerb politisches Handeln durch wirtschaftliches Handeln ersetzt wird.“⁴⁷ Bei öffentlichen Gütern und Dienstleistungen, die nicht einem strikten Marktregime unterliegen, könne demgegenüber leichter politisch eingegriffen und gesteuert werden.

Arbeitsmarktpolitische Ziele

Die regionalen arbeitsmarktpolitischen Ziele Schaffung bzw. Erhalt von Arbeitsplätzen⁴⁸ sowie die Stärkung des regionalen Arbeitsmarkts und der lokalen Wirtschaft⁴⁹ können in kommunalen Unternehmen einfacher implementiert und umgesetzt werden.⁵⁰

In eigenen Unternehmen können Kommunen prekäre Beschäftigungsformen verhindern und reguläre, fair entlohnte, sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze schaffen. Ebenso können benachteiligte Gruppen (z.B. MigrantInnen oder Menschen mit Behinderung) in den Arbeitsmarkt integriert werden.

Besonders für Regionen mit schwacher Wirtschaftsstruktur können Kommunen als Arbeit- und Auftraggeber auch zur Steigerung der örtlichen Wirtschaftskraft beitragen. Öffentliche Unternehmen werden „wieder vermehrt als ein Instrument angesehen, mit dem sich der regionale Arbeitsmarkt und die lokale Wirtschaft durch Vermeidung von Lohndumping stärken lassen.“⁵¹ Mit gezielten Auftragsvergaben an kleine und mittlere Betriebe aus der Region kann die lokale Wirtschaft gezielt gestärkt werden. „Rekommunalisierung kann also zu einem Motor der Wirtschaftsförderung werden (insbesondere in ländlichen Regionen), wenn lokale Akteure die entsprechenden Rahmenbedingungen schaffen.“⁵²

Umweltpolitische Ziele

In bestimmten Branchen spielen Ökologie- und Ressourcenaspekte eine wichtige Rolle in (Re-)Kommunalisierungsverfahren. Dieser Aspekt wurde in zahlreichen Fällen auch von BürgerInneninitiativen sehr stark thematisiert. Umweltpolitische Zielsetzungen können mittels kommunaler Betriebe unmittelbarer umgesetzt werden, da die Kommunen nicht auf den guten Willen privater Anbieter angewiesen sind. Zudem ergeben sich umweltschonende Synergieeffekte, wenn die kommunale Leistungserbringung mehrere Bereiche umfasst.

Besonders stark sind umweltpolitische Überlegungen im Energiesektor. In Deutschland etwa gibt es bereits seit vielen Jahren intensive Bestrebungen, Kohle- und Atomstrom durch erneuerbare Energien zu ersetzen. Die großen privaten Energiekonzerne traten in dieser Debatte vorwiegend als Verteidiger fossiler und nuklearer Energiegewinnung auf. Dadurch haben sie den Unmut vieler BürgerInnen auf sich gelenkt. (Re-)Kommunalisierung hat sich als eine Option erwiesen, den Energiekonzernen den Rücken zu kehren und auf kommunaler oder regionaler Ebene selbst eine saubere Energieversorgung aufzubauen. Viele Kommunen tun dies auch und setzen bei ihrer (re-)



kommunalisierten Energieversorgung auf Wasserkraft, Windkraft, Solaranlagen und Biomasse.⁵³ Eine umweltfreundliche Energieversorgung unter kommunaler Verwaltung kann zudem einen wichtigen Beitrag zur Stadtentwicklung leisten: „Rekommunalisierte Energieversorgungsstrukturen eröffnen den Kommunen [...] die Möglichkeit, den Ausbau volkswirtschaftlich relevanter Infrastrukturen lokal zu steuern und damit einen stärkeren Einfluss auf ihre Stadtentwicklung auszuüben. In diesem Rahmen spielen beispielsweise die Umsetzung von integrierten Klimaschutzkonzepten, die Realisierung einer nachhaltigen Energieversorgung oder die Ausweisung von Fernwärmeverranggebieten eine wichtige Rolle.“⁵⁴

Ein weiterer Bereich, wo durch öffentliche Leistungserbringung klimafreundliche Politik umgesetzt werden kann, ist der öffentliche Verkehr. Über kommunale Verkehrsbetriebe kann die öffentliche Hand direkt auf Angebot und Preisgestaltung der öffentlichen Verkehrsmittel einwirken und so positiv auf die Attraktivität des öffentlichen Verkehrs einwirken und damit zur Reduktion des CO₂-Ausstoßes beitragen.

BürgerInneninitiativen

Privatisierungen konnten die in sie gesetzten Erwartungen oft nicht erfüllen. Das spüren vor allem die KundInnen. Entweder weil die Preise steigen oder die Qualität sinkt. Im schlimmsten Fall beides. Die Skepsis der Bevölkerung vor weiteren Privatisierungen ist daher in den letzten Jahren spürbar gewachsen. Meinungsumfragen⁵⁵ aus Deutschland und Österreich bestätigen, dass die Erfahrungen der BürgerInnen mit Privatisierungen mehrheitlich negativ beurteilt werden.

Im Gegenzug bringen die Menschen kommunalen Dienstleistungen weitaus mehr Vertrauen entgegen, wenn es um Kriterien wie Zuverlässigkeit, Sicherheit, Nachhaltigkeit, Gemeinwohlorientierung und Förderung der Region geht.⁵⁶ Sie erwarten sich auch einen Mehrwert von der Versorgung durch ein kommunales Unternehmen. So wollen sich etwa in Deutschland „75 Prozent aller Bundesbürger eher von Kommunalunternehmen versorgen lassen [...] als von rein privaten Eigentümern. Die Bürger erwarten von den Kommunalen stabilere Preise, mehr Versorgungssicherheit und dass die Gewinne – sofern es sie gibt – dem Nahverkehr, Kitas und Schwimmbädern zugutekommen.“⁵⁷

Insofern überrascht es nicht, dass sich in den vergangenen Jahren in den mehreren Ländern regionale und überregionale (BürgerInnen)Initiativen gebildet haben, um gegen den Verkauf öffentlichen Eigentums vorzugehen.⁵⁸ Zu beobachten war dies etwa in mehreren deutschen Städten, wo „ganz massive Bürgerproteste, Bürgerbegehren und Bürgerentscheide Privatisierungsmaßnahmen verhindert“⁵⁹ haben. In Italien (2011) und in Thessaloniki (2014) wurden geplante Wasserprivatisierungen durch Volksabstimmungen verhindert, wobei in beiden Fällen mehr als 95 Prozent der WählerInnen für Wasser in öffentlicher Hand stimmten.⁶⁰ Auch in Wien hatten sich bei einer Volksbefragung im Jahr 2013 über 87 Prozent gegen die Privatisierung wichtiger öffentlicher Dienstleistungen ausgesprochen. Dazu kommen nationale und internationale Initiativen wie „Right2Water“, die für alle EU-BürgerInnen den freien Zugang zu Wasser und Sanitäreinrichtungen sowie den Stopp der Privatisierung der Wasserversorgung forderte. „Hinter dieser breiten Unterstützung für den öffentlichen Sektor steht vor allem der Anspruch an eine nach sozialen und gemeinwohlorientierten Kriterien organisierte öffentliche Daseinsvorsorge, die nicht primär privatem Gewinnstreben unterliegt.“⁶¹

Engagement der Bevölkerung ist nicht nur gegen Privatisierungen, sondern auch für (Re-)Kommunalisierungen zu beobachten. Oft bringen Bürgerinitiativen die Rückübertragung überhaupt erst auf die politische Agenda oder unterstützen diesbezügliche Bestrebungen der Politik. Pro-

minentes Beispiel ist die Volksinitiative für den Rückkauf der Hamburger Energieversorgung. Sie führte in eine Volksbefragung, die von den RekommunalisierungsbefürworterInnen knapp gewonnen wurde.

Finanzielle Motive

„Gemeinwohlorientierung steht zwar im Widerspruch zum Ziel reiner Profitmaximierung, nicht aber zu betriebswirtschaftlichem Denken oder Gewinnerzielung.“⁶² Die Kommunen haben durch managementorientierte Verwaltungsreformen ihr Handeln stärker nach ökonomischen Leitbildern ausgerichtet. Das Kostenmanagement zeigt, dass „ihre Leistungen nicht generell teurer sind als die von privaten Anbietern.“⁶³ Hieraus ist auch ein neues Selbstbewusstsein in den Städten und Gemeinden entstanden. Sie müssen den Wettbewerb mit privaten Konkurrenten nicht scheuen und können sich zutrauen, „ihre eigenen Betriebe organisatorisch und wirtschaftlich erfolgreich aufzustellen“.⁶⁴

Als finanziell nachteilig haben sich Privatisierungen für die Kommunen erwiesen, wenn sie Budgetlöcher stopfen sollten. Der Einmaleffekt, der sich kurzfristig positiv auf den kommunalen Haushalt auswirkt, führt langfristig zu einem Verlustgeschäft. Den Kommunen entgehen dauerhaft Einnahmen aus lukrativen Geschäftsbereichen, an denen gerade Private Interesse zeigen.

Viele kommunale VerantwortungsträgerInnen sind inzwischen davon überzeugt, dass sich die Privatunternehmen nicht nach der „Theorie des Rosinenpickens“ die lukrativen Geschäftsfelder sichern und den Kommunen allein die defizitären Bereiche überlassen können.⁶⁵ Private Unternehmen können selbst entscheiden, welche Leistungen der Daseinsvorsorge sie übernehmen wollen. Ihre Auswahl erfolgt primär nach den zu erwartenden Gewinnen. Die Kommunen hingegen tragen Gesamtverantwortung für die Gesellschaft und das Gemeinwohl. Sie müssen daher alle Bereiche der Daseinsvorsorge abdecken, auch die unprofitablen. Wenn ihnen aber nur die defizitären Bereiche bleiben, führt das langfristig zu einer budgetären Schieflage. Das bringt die Daseinsvorsorge in Gefahr. Für Kommunen, die bereits in dieser misslichen Situation sind, kann die (Re-)Kommunalisierung profitabler Bereiche der Daseinsvorsorge interessant sein, da eigene Strom- und Gasversorger wichtige Einnahmequellen sein können.⁶⁶

Bei bestimmten öffentlichen Dienstleistungen handelt es sich um natürliche Monopole, etwa bei der Wasserversorgung. Übernimmt ein privates Unternehmen ein Monopol, bringt dies für die KundInnen zumeist einen Anstieg der Preise mit sich. Dies führte zu Fällen, wo private Unternehmen unverhältnismäßig hohe Gewinne abschöpfen konnten. Zudem kann sich der private Monopolist qualitativ an Minimalstandards orientieren, da die KundInnen keine Möglichkeit haben den Betreiber zu wechseln.⁶⁷ In einer solchen Situation kann eine (Re-)Kommunalisierung nicht nur für den Haushalt der Kommunen interessant sein, sondern auch für die KundInnen.⁶⁸

Schließlich engt sich der (finanzielle) Handlungsspielraum für die Kommunen ein, je weniger Aufgaben der Daseinsvorsorge in der eigenen Hand sind. Effizienzvorteile und Synergieeffekte können nicht mehr erfolgreich ausgeschöpft werden. Denn es werden durch die Auslagerung „Koordination und Kontrolle der Leistungserbringung [...] komplexer und komplizierter, was gerade kleinere Kommunen vor Probleme stellt.“⁶⁹ Die mit Privatisierungen in Zusammenhang stehenden Transaktionskosten werden häufig nicht berücksichtigt.⁷⁰ Handlungsspielräume und Kooperationen zwischen verschiedenen Bereichen sind einfacher und effizienter möglich, wenn viele Dienstleistungen unter dem Dach der Kommune zusammengefasst sind.⁷¹ Dadurch sind vorhandene Wirtschaftlichkeitspotenziale und folglich budgetäre Einsparungen realisierbar.⁷²



297

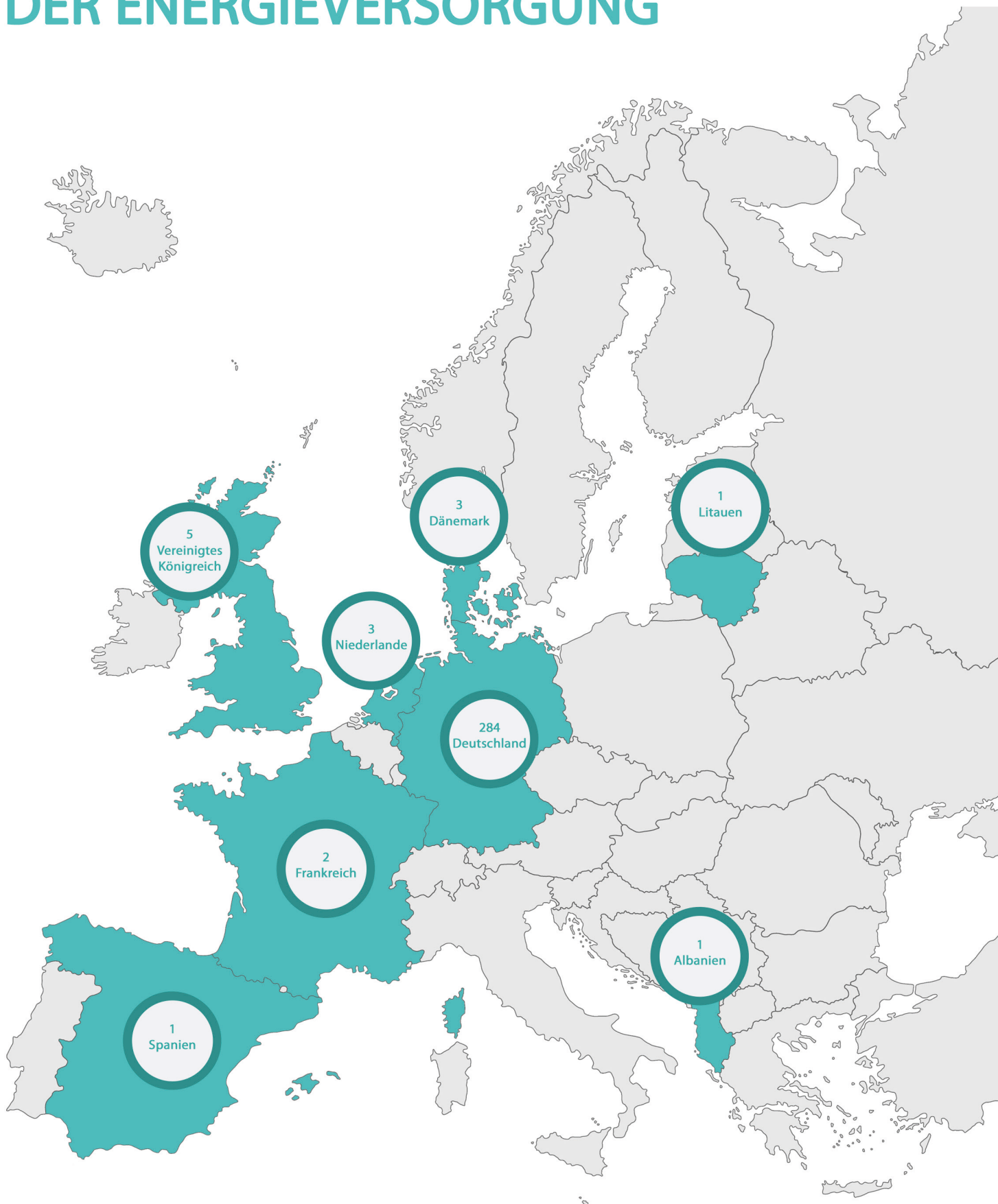
Rekommunalisierungen

7

L ä n d e r

TEIL 3

REKOMMUNALISIERUNG DER ENERGIEVERSORGUNG





Zusammenfassung

In den letzten zwanzig Jahren konnten 298 Fälle von Rekommunalisierungen im europäischen Energiesektor gezählt werden. 284 davon fanden in Deutschland statt: In keinem anderen Land oder Sektor lässt sich eine vergleichbare Rekommunalisierungswelle feststellen. Begünstigt wurde dies durch das Auslaufen zahlreicher Konzessionsverträge, die Kommunen in den 1990er-Jahren mit privaten Anbietern abgeschlossen hatten. Eine entscheidende Rolle spielte auch die Energiewende. Durch neue und rekommunalisierte Stadtwerke können die Kommunen Energie durch Erneuerbare Energie klimaschonend erzeugen. Mittels kleinmaßstäblicher Windkraft-, Wasserkraft- oder Solaranlagen sorgen sie regional für eine ökologische Transformation. Rekommunalisierungen gab es in Großstädten wie Hamburg ebenso wie in zahlreichen Klein- und Mittelstädten. Oftmals durch den Einfluss von BürgerInneninitiativen, die sich für öffentliche und saubere Energie einsetzten.

In anderen europäischen Ländern lassen sich bisher nur vereinzelt Beispiele von Rekommunalisierungen von Stromunternehmen finden.



Liberalisierung und Privatisierung im Energiesektor

Die Energieversorgung wurde lange Zeit als natürliches Monopol der öffentlichen Hand betrachtet. Im Zuge der neoliberalen Wende wurde der europäische Energiesektor ab Mitte der 1990er-Jahre von einer Liberalisierungs- und Privatisierungswelle erfasst.

Das Europäische Parlament und der Europäische Rat verabschiedeten 1996 auf Vorschlag der Kommission unter dem konservativen Kommissionspräsidenten Jacques Santer die erste Elektrizitätsbinnenmarkttrichtlinie und zwei Jahre später die erste Erdgasbinnenmarkttrichtlinie. Im Jahr 2003 wurde auch die zweite Elektrizitäts- und Erdgasbinnenmarkttrichtlinie angenommen, 2009 das darauf aufbauende Dritte Energiepaket. Die Europäische Kommission wollte damit „eine vollständige Öffnung der Märkte [...] bei gleichzeitiger Gewährleistung hoher Standards öffentlicher Dienstleistungen und der Beibehaltung universaler Dienstleistungsverpflichtungen“⁷³ erreichen. Direkte Folge davon ist, dass heute vor allem der europäische Strommarkt starkem Wettbewerb bei der Erzeugung, dem Handel und Vertrieb ausgesetzt ist. Die Wertschöpfungsstufen Transport und Verteilung sind jedoch weiterhin als natürliche Monopole reguliert.

Die Liberalisierung des Energiemarktes versprach Effizienzgewinne und wirtschaftliche Vorteile, die jedoch Großteils ausblieben. Der Markteintritt neuer Unternehmen, der den Wettbewerb ankurbeln sollte, wurde durch hohe Netzgebühren der (oft privaten) Netzbetreiber verhindert. Der fehlende Wettbewerb führte in den meisten Märkten zu einer Verteuerung der Energie, vor allem für KleinverbraucherInnen. So wird der Strom etwa in Deutschland „statt billiger (...) immer teurer. Von etwa 15 Cent pro Kilowattstunde im Jahr 2000 ist er aktuell auf über 29 Cent geklettert.“⁷⁴ Und das ist keine Folge der Energiewende.

Von BefürworterInnen der Liberalisierung wird ins Treffen geführt, sie hätte neuen, ökologischen Stromanbietern den Markteintritt ermöglicht. Der Anteil erneuerbarer Energie sei in jenen Ländern besonders stark gestiegen, wo sich durch die Liberalisierung viele neue Anbieter am Markt etablieren konnten.⁷⁵ Demgegenüber gibt es aber auch kritische Stimmen, die fürchten, dass die „Liberalisierung am Ende die guten Intentionen der Energiewende vernichten wird.“⁷⁶ In Deutschland, einem Vorzeigeland der Energiewende, sehe man bereits, „wie sich die Energiewende vom demokratischen Basisprojekt zum Projekt der großen Firmen wandelt.“⁷⁷ Es werde



zwar durch das Erneuerbare-Energien-Gesetz Ökostrom gefördert, dieser Sorge aber unter den Rahmenbedingungen der Liberalisierung nicht für die Abschaltung von Kohle- und Atomkraftwerken. Die Grenzkosten von Kohle- oder Nuklearstrom sind geringer als etwa bei Strom aus modernen Gaskraftwerken. Unter dem ökonomischen Druck gehen nun in Schwachlastzeiten die ökologischeren Gaskraftwerke anstatt der schmutzigen Atom- und Kohlekraftwerke vom Netz.⁷⁸

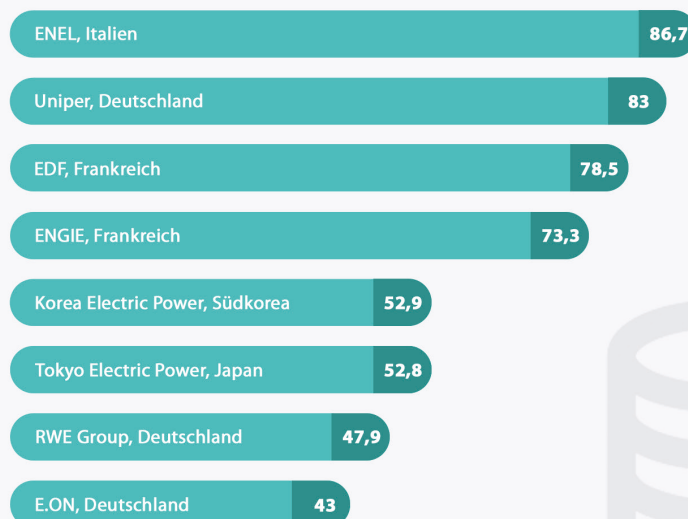
Generell verlor die Politik mit zunehmender Liberalisierung und Privatisierung auch im Energiesektor an Gestaltungsmöglichkeiten. Übergeordnete volkswirtschaftliche und gesellschaftliche Ziele drohen in den Hintergrund zu geraten. Es kommt „zu Abstrichen bei der Sicherheit, Zuverlässigkeit und Verfügbarkeit [...], begleitet von signifikanten, verborgenen volkswirtschaftlichen Schäden.“⁷⁹ Die volkswirtschaftlichen Schäden sind umso größer, da die finanziellen Gewinne durch den Verkauf bzw. die Vergabe kommunaler Unternehmen weit niedriger waren als ursprünglich erwartet: „Die Verträge waren oft undurchsichtig, die finanziellen Entlastungen für die Gemeinden selten so groß wie erhofft.“⁸⁰ Darüber hinaus entgehen den Kommunen laufende Einnahmen aus dem Energiesektor.

Big Player der Energieversorgung⁸¹

Die Liberalisierungs- und Privatisierungswelle im Energiesektor brachte große, weltweit operierende Konzerne hervor, die Umsätze in Milliardenhöhe erwirtschaften.

Das umsatzstärkste Energieversorgungsunternehmen der Welt war zuletzt (2017) der italienische Konzern ENEL, der einen Umsatz von 86,7 Mrd. US-Dollar erwirtschaftet hat. Auf Platz zwei befindet sich der deutsche Energieversorgungskonzern Uniper mit einem Umsatz von 83 Mrd. US-Dollar. Unter den Top fünf finden sich außerdem zwei französische Unternehmen, EDF und ENGIE, mit einem Umsatz von 78,5 und 73,3 Mrd. USD.

PRIVATE ENERGIEVERSORGER: WELTWEITER UMSATZ IN MRD. 2017



Q: Statista (I)





Rekommunalisierungen im Energiesektor in Europa

In den letzten zwanzig Jahren konnten 298 Fälle von Rekommunalisierungen im europäischen Energiesektor gezählt werden.

284 davon fanden in Deutschland statt.⁸² In keinem anderen Land oder Sektor lässt sich eine vergleichbare Rekommunalisierungswelle feststellen.

Dabei haben nach der Novellierung des Energiewirtschaftsgesetzes (EnWG) im Jahr 1998, die eine Aufhebung der Gebietsmonopole nach sich zog, eine Vielzahl an deutschen Kommunen ihre Energieversorger (teil-)privatisiert. 2001 hatte bereits jede zweite deutsche Stadt mit mehr als 50.000 EinwohnerInnen zumindest Anteile an ihren Stadtwerken privatisiert.⁸³ Die Privatisierungen brachten jedoch nicht den erhofften Erfolg. Die Verbraucherpreise sind gestiegen, profitiert haben lediglich große private Akteure. Ein plakatives Beispiel für diese Entwicklung ist der deutsche Stromsektor: „Die Verbraucherpreise in Deutschland verdoppelten sich zwischen 2002 und 2008; im selben Zeitraum verdreifachten die Energiekonzerne Eon, Vattenfall, RWE und EnBW ihre Gewinne.“⁸⁴ Trotz der mehr als 1.000 Stromanbieter in Deutschland hatten im Jahr 2012 diese vier Konzerne 80 Prozent des deutschen Strommarktes für sich.

Nur fünf Jahre später, im Jahr 2017, zeigte sich schon ein anderes Bild. Im Zuge der umfassenden Rekommunalisierungen ist die Zahl der Stromanbieter auf über 1.100 gestiegen und der Erzeugungsmengenanteil der vier größten Stromanbieter (RWE, E.ON, EnBW und Vattenfall) ist von 80 auf 67 Prozent der gesamten Stromerzeugungsmenge gesunken.⁸⁵ Ein Erfolg der flächendeckenden Rekommunalisierung, für deren Entwicklung in Deutschland eine besondere Konstellation begünstigender Faktoren verantwortlich war.

1. Tradition der deutschen Stadtwerke.

Kommunale Versorgungsleistungen im Energie-, Wasser- und Transportsektor haben in Deutschland eine lange Tradition. In den Städten als „Stadtwerke“ bekannt, verfügen sie über einen gewissen Vertrauensbonus in der Bevölkerung, wodurch sie stets als valide Alternative zu den neuen privatwirtschaftlichen Energieversorgern verstanden wurden.⁸⁶

2. Auslaufende Konzessionsverträge.

Konzessionsverträge bezeichnen Vertragsverhältnisse zwischen Gebietskörperschaften und Versorgungsunternehmen. Sie regeln die Nutzung öffentlicher Straßen, Wege und Plätze für jegliche Aktivitäten der Energie- oder Wasserversorgung auf kommunaler Ebene. Zahlreiche dieser Konzessionsverträge mit privaten Anbietern liefen nach der Jahrtausendwende aus, das stellte sich als besonders begünstigend für die umfassende Rekommunalisierung des deutschen Energiesektors dar. Denn damit bot sich für die Kommunen eine neue Handlungsoption, um die Energieversorgung der Bevölkerung wieder in die eigene Hand zu nehmen. Diese wurde auch wahrgenommen. Immerhin hängen mehr als zwei Drittel der 284 bekannten Rekommunalisierungsfälle im Energiesektor mit dem Auslaufen von Konzessionsverträgen zusammen.⁸⁷

3. Die Energiewende.

Die großen vier Energiekonzerne RWE, E.ON, EnBW und Vattenfall haben die Umstellung auf erneuerbare Energien versäumt. Sie setzen nach wie vor überwiegend auf Energieerzeugung aus Kohle und Gas sowie Atomstrom. Die Energiewende wurde vorwiegend durch dezentrale Energieerzeugung kleinerer Anbieter vorangetrieben. Hier spielen neue und rekommunalisierte Stadtwerke eine wesentliche Rolle. Mittels kleinmaßstäblicher Windkraft-, Wasserkraft- oder Solaranlagen sorgen sie regional für eine ökologische Transformation und ökonomische Unabhängigkeit. Wirtschaftlich möglich gemacht wurde die deutsche Energiewende maßgeblich durch die Einspeisetarifregelungen des von der rot-grünen Bundesregierung im Jahr 1998 initiierten Erneuer-



bare-Energien-Gesetzes (EEG). Indirekt hat diese Förderung der Energiewende so auch der Rekommunalisierungsbewegung einen Schub verliehen.⁸⁸

4. Initiative von Politik und BürgerInnen.

Neben günstigen wirtschaftlichen, rechtlichen und sozioökologischen Bedingungen - die zweifelsfrei durch das weitreichende Auslaufen von Konzessionsverträgen, die Bestrebungen im Zuge der Energiewende und die ebenfalls niedrigen Zinssätze für Kommunalkredite, herrschten - braucht es vor allem den Willen der lokalen Entscheidungsträger und oftmals das Engagement der lokalen Bevölkerung, um Rekommunalisierungen voranzutreiben. Eine steigende Anzahl der Kommunen wollte durch die Bereitstellung von Energie und die Verwaltung des Stromnetzes nicht nur ihren Einfluss auf den Energiesektor, sondern auch die öffentlichen Einnahmen erhöhen.⁸⁹ Politische Einflussverluste traten als starker Antrieb für Rekommunalisierungsbestrebungen in Erscheinung. Denn die Kommunen verloren durch die weitreichenden Privatisierungen nicht nur ihre relativ stabilen Einkünfte durch ihre Energieunternehmen, sondern auch den Einfluss auf die Servicequalität, Versorgungssicherheit und das Vorantreiben der Energiewende durch die Einführung alternativer Energiesysteme. Einen nicht zu unterschätzenden Einfluss auf die Entwicklung des deutschen Energiesektors hatten zudem Bürgerinitiativen. Tatsächlich waren diese häufig ausschlaggebend, um Rekommunalisierungen durchzusetzen oder auch geplante Privatisierungen zu verhindern. Ein bekanntes Beispiel dafür ist die Initiative in Hamburg zum Wiederaufbau einer öffentlichen Energieversorgung.

Auch im Vereinigten Königreich fanden in den letzten Jahren fünf Rekommunalisierungen im Energiesektor statt.⁹⁰ Die gesamte Strom- und Gasversorgung wird seit dem Privatisierungsboom unter Margaret Thatcher zu Beginn der 1990er-Jahre von privaten Unternehmen beherrscht. Während die internationalen Big Player am Energiemarkt wie E.ON, Iberdrola, RWE und E.ON in Großbritannien eine bestimmende Rolle spielen, hat die Bedeutung der Kommunen stark abgenommen. Durch die anhaltende Unzufriedenheit der KonsumentInnen mit den Energiepreisen und die steigende Nachfrage nach Energie aus nachhaltigen Quellen verstärkten die Kommunen in den letzten Jahren ihr Engagement. Seither sind einige progressive energiepolitische Projekte in britischen Städten entwickelt worden.

So beschloss der Nottingham City Council im Jahr 2015, den neuen lokalen Energieversorger Robin Hood Energy zu gründen, um energiearme Familien finanziell zu entlasten. Das Unternehmen bietet energiearmen Haushalten die niedrigsten Energiepreise in Großbritannien, eine Initiative, die sich auf die gesamte Region auswirkt, deren durchschnittliche Energiepreise nun die niedrigsten im Land sind. Die Stadt Leeds orientierte sich am Beispiel Nottingham und rief 2016 mit White Rose Energy ein neues kommunales Energieunternehmen ins Leben, das in der Region Yorkshire Strom zu leistbaren Tarifen anbietet. Auch in Bristol wurde mit der Bristol Energy ein neues kommunales Versorgungsunternehmen etabliert, das sich zum Ziel gesetzt hat, günstig Energie anzubieten und in erneuerbare, nachhaltige Stromproduktion zu investieren.


Zwar sind dies erst die Anfänge eines möglichen Rekommunalisierungstrends im Energiesektor in Großbritannien, trotzdem erreichen diese neuen Kommunalunternehmen mittlerweile über zwei Millionen Menschen.⁹¹

In anderen europäischen Ländern lassen sich bisher nur vereinzelt Beispiele von Rekommunalisierungen von Stromunternehmen finden: in den Niederlanden drei, in Frankreich zwei und in Dänemark, Spanien, Litauen und Albanien ist bis jetzt jeweils nur ein Fall bekannt.⁹²









Rekommunalisierungsbeispiele aus der Praxis


Hamburg



KEY FACTS

-  Vattenfall
-  Hamburg Energie
-  2014-2019

-  Rekommunalisierung von breiter Bürgerbewegung getragen
-  Erfolgreicher Volksentscheid
-  100% Ökostrom, innovative erneuerbare Energien Projekte



Hamburg ist mit 1,8 Mio. EinwohnerInnen die zweitgrößte Stadt Deutschlands. Ab Ende der 1990er-Jahre wurde Hamburg von einer Privatisierungswelle erfasst. Davon betroffen waren auch die Hamburgischen Electricitäts-Werke (HEW). Im Jahr 2002 wurden die restlichen noch bei der Stadt verbliebenen Anteile an das private Unternehmen Vattenfall veräußert.⁹³

Die Energiepreise für die KonsumentInnen stiegen in Folge an. Bereits wenige Jahre nach der Privatisierung kritisierte der damalige Bürgermeister Ole von Beust (CDU) diese Entscheidung: „Wir haben einen Fehler gemacht mit der Privatisierung. Und man möchte dieses Rad gerne zurück drehen.“⁹⁴ Diese Unzufriedenheit mündete Ende des Jahres 2008 in einem Senatsbeschluss zum Aufbau eines neuen städtischen Energieversorgers. Das städtische Unternehmen Hamburg Wasser wurde beauftragt, ein Konzept zur Erzeugung und Vermarktung von umweltfreundlicher Energie (Strom und Gas) auszuarbeiten. Entstanden ist 2009 das Unternehmen Hamburg Energie, ein Tochterunternehmen der Hamburger Wasserwerke.

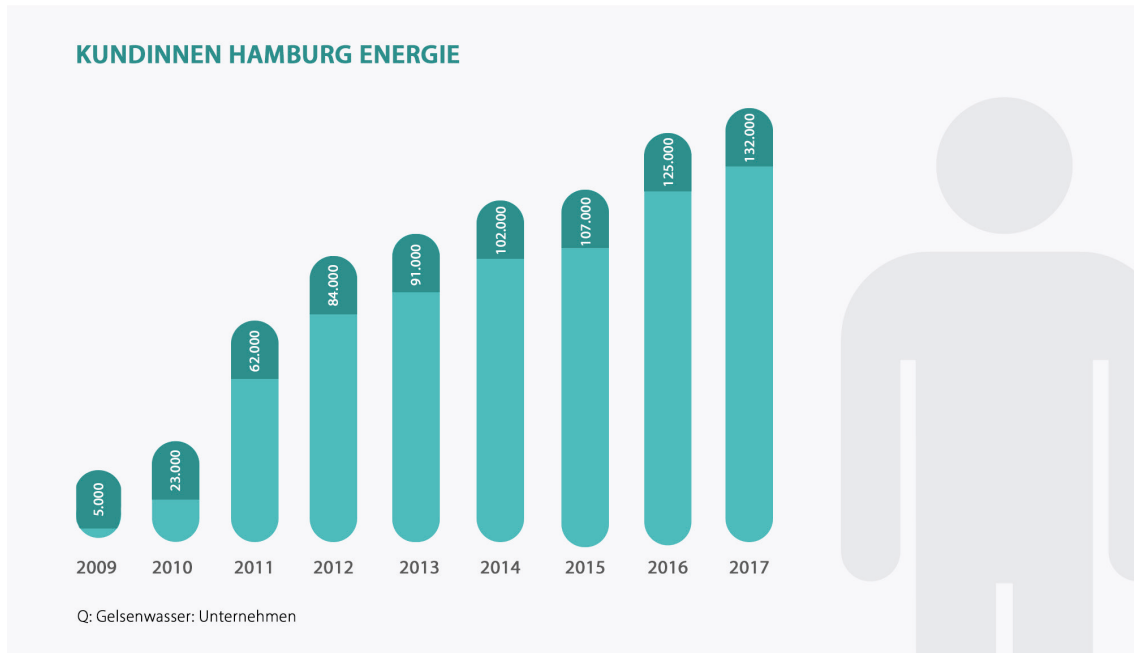
Im „Gründungsmanifest“ der Hamburg Energie bekennt sich die Stadt Hamburg zur Rekommunalisierung der Energieerzeugung unter dem besonderen Aspekt des Umweltschutzes, der ökologischen Nachhaltigkeit und der sozialen Preisgestaltung. Die Energieerzeugung unterliegt dabei der Souveränität der Stadt. Der Schwerpunkt der Energiegewinnung liegt in der Windenergie, jedoch wird auch in Biomasse, Blockheizkraftwerke und Photovoltaikanlagen investiert. 100 Prozent des Stroms werden aus erneuerbaren Energien hergestellt.⁹⁵ Damit nimmt Hamburg wie viele andere deutsche Kommunen die Chance wahr, die Energiewende aktiv mitzugestalten, denn die „kommunalpolitischen Handlungsmöglichkeiten zur Umsetzung örtlicher Klimaschutzmaßnahmen steigen durch eigene Stadtwerke enorm an.“⁹⁶ Hamburg Energie hat verschiedene innovative Projekte im Bereich erneuerbare Energie gestartet, die auch Aspekte der BürgerInnen- und Unternehmensbeteiligung berücksichtigen.

Ein Beispiel ist der Energieberg Georgswerder. Auf der ehemaligen Deponie errichtete Hamburg Energie Windräder und Photovoltaikanlagen, die mittlerweile 4.000 Haushalte mit Energie versorgen. Gleichzeitig hat sich der Energieberg Georgswerder zu einem beliebten Ausflugsziel entwickelt, bietet er doch einen Blick über ganz Hamburg. Derartige Projekte erfüllen nicht nur eine Vorbildfunktion bei der Nutzung erneuerbarer Energien, Hamburg Energie ist auch auf eine breite Palette von Energielieferungsmöglichkeiten angewiesen, um den Strombedarf zu decken.

Hamburg Energie hat sich mittlerweile nicht nur als nachhaltiger Energieversorger etabliert, sondern auch als Arbeitgeber. Aktuell hat das Unternehmen 75 MitarbeiterInnen. Die Grundlage dafür ist eine ständig wachsende Zahl an KundInnen. Im Jahr 2010 versorgte Hamburg Energie 20.000 Haushalte mit Strom und 3.500 mit Gas. Nur zwei Jahre später, im Jahr 2012, wurden



bereits 74.600 Haushalte mit Strom und 9.700 Haushalte mit Gas versorgt. 2017 zählte Hamburg Energie schon 132.000 KundInnen, darunter nicht nur PrivatkundInnen sondern auch Gewerbetunden. Mittlerweile hat sich das Unternehmen zum zweitgrößten Energieanbieter der Hansestadt entwickelt.⁹⁷



Im Gegensatz zu vielen anderen Rekommunalisierungen im Energiesektor handelte es sich bei Hamburg Energie um eine Stadtwerkgründung ohne eigenes Versorgungsnetz. Denn dieses war im Eigentum des schwedischen Unternehmens Vattenfall (Strom) bzw. E.ON (Gas). Die 2010 ins Leben gerufene Initiative „Unser Hamburg – unser Netz“ setzte sich für die Rekommunalisierung der Hamburger Netze ein. Im Jahr 2012 hat der Hamburger Senat schließlich den Rückkauf von 25,1 Prozent der Netze beschlossen. Die BürgerInneninitiative forcierte jedoch einen vollständigen Rückkauf der Netze und erwirkte einen Volksentscheid. Am 22. September 2013 stimmten 50,9 Prozent der Hamburger BürgerInnen für einen Rückkauf der Energienetze.

Aus diesem Volksentscheid resultierte ein in drei Etappen aufgeteilter Plan zum Rückkauf der Energienetze der Hansestadt. Die drei Stufen beziehen sich auf die Rekommunalisierung der drei Säulen der Energieversorgung: Strom, Gas und Fernwärme. KritikerInnen befürchteten, dass die Kosten für den Rückkauf der Netze eine zu hohe finanzielle Belastung für die Stadt Hamburg bedeuten könnten. Auch wenn die Kosten für den Rückkauf eine kurzfristige Belastung für das städtische Budget darstellen würde, war die langfristige Sicht positiv. Der Netzbetreiber Vattenfall konnte im Jahr 2012 immerhin 48 Mio. Euro Gewinn (vor Steuern) erwirtschaften.⁹⁸

Der erste Schritt des Plans wurde Anfang 2014 mit dem Rückkauf des Stromnetzes für insgesamt 495,5 Mio. Euro (dies inkludierte die zuvor gekauften 25,1 Prozent) umgesetzt.⁹⁹ Seitdem ist das Stromnetz zu 94,9 Prozent im Besitz der Hamburger Energienetze GmbH und zu 5,1 Prozent der Hamburger Gesellschaft für Vermögens- und Beteiligungsmanagement mbH.¹⁰⁰ Bereits nach einem Jahr schrieb das rekommunalisierte Unternehmen schwarze Zahlen. 2015 konnten nach Steuern 6,4 Mio. Euro Gewinn erzielt werden, 2016 waren es 11,4 Mio. Euro und 2017 21,6 Mio. Euro. Somit ist mehr als nur die Kostendeckung gewährleistet.¹⁰¹

Der zweite Schritt wurde Anfang 2018 mit dem Rückkauf des Gasnetzes umgesetzt. Für 275 Mio. Euro verkaufte E.ON seine Anteile. Nun ist die Gasversorgung wieder zu 100 Prozent in öffentlicher Hand.¹⁰²



Dem soll die letzte Phase des Volksentscheids, die Rekommunalisierung des Fernwärmenetzes, folgen. Zuletzt gab es in diesem Vorhaben Uneinigkeiten zwischen dem bisherigen Betreiber Vattenfall und der Stadt Hamburg. Für den Rückkauf wurde ein Mindestpreis von 825 Mio. Euro festgelegt, Vattenfall fordert jedoch 1,3 Mrd. Euro.¹⁰³ Details müssen also noch geklärt werden, der Plan für die vollständige Umsetzung des Volksentscheides steht aber. Anfang 2019 soll das Fernwärmenetz die Besitzerin wechseln.

Die Stadt Hamburg hat die Energieversorgung damit wieder komplett in eigene Hände genommen. Nach der Gründung eines neuen, städtischen Energieunternehmens wird sie in Kürze auch wieder Eigentümerin der Netze sein. Damit ist die Stadt nicht nur ein Garant für die kommunale Daseinsvorsorge, sondern kann langfristig auch wirtschaftlich von dem eingeschlagenen Weg profitieren. Hamburg Energie bilanziert seit Jahren positiv und erwirtschaftet dadurch „mittelfristig Deckungsbeiträge für den öffentlichen Haushalt.“¹⁰⁴

Vilnius



KEY FACTS

-  Vilnius Energija (Veolia)
-  Vilnius šilumos tinklai
-  2017
-  Hohe Schadensersatzforderung von Veolia vor internationalem Schiedsgericht
-  Senkung der Energiepreise



Die litauische Hauptstadt Vilnius ist mit knapp 580.000 die größte Stadt des Landes. Im Jahr 2016 entschied sich die Stadt gegen die Verlängerung des 15-jährigen Konzessionsvertrages mit Vilnius Energija, einem Tochterunternehmen des global agierenden französischen Energieanbieters Veolia.

Ausschlaggebend für diese Entscheidung war der signifikante Anstieg der Energiepreise für Privathaushalte in den Jahren 2012 bis 2014. Durch eine Manipulation der Heizölpreise erzielte Vilnius Energija zudem einen unredlich zustande gekommenen Gewinn von 24,3 Millionen Euro. Nachdem die litauische Regulierungsbehörde dies feststellte, erhöhte sich der öffentliche Druck auf die Stadt für leistbare Energiepreise, finanzielle Transparenz und Unterbindung von Betrug zu sorgen. Der Druck der Zivilgesellschaft veranlasste Vilnius, den Vertrag mit Vilnius Energija nicht mehr zu verlängern und die zentrale Fernwärmeversorgung zu rekommunalisieren.¹⁰⁵

Veolia verklagte auf Basis eines bilateralen Investitionsschutzabkommens zwischen Frankreich und Litauen, die litauische Regierung. Das private Unternehmen warf der litauischen Regierung „Mobbing“ und „Enteignung“ vor und zog vor ein internationales Schiedsgericht mit der Absicht, ein Streitschlichtungsverfahren zwischen Investor und Staat (ISDS – Investor-state dispute settlement) zu eröffnen.¹⁰⁶ Litauen strich außerdem die Subventionen für die Nutzung von Gas im Energiesektor - laut Veolia musste Vilnius Energija deswegen eines seiner Kraftwerke schließen.¹⁰⁷ Veolia verlangte Schadensersatz in Höhe von 120 Millionen Euro. Die litauische Regierung wiederum verklagte Veolia auf 130 Millionen Euro - die Verfahren laufen noch.¹⁰⁸

Die litauischen Behörden hielten trotzdem an ihren Plänen zur Rekommunalisierung der zentralen Fernwärme fest, welche 2017 vollzogen wurden.¹⁰⁹ Die „Nationale Kommission für Energie-



kontrolle und Preise“ Litauens ordnete eine Rückzahlung des von Vilniaus Energija unrechtmäßig verlangten Differenzbetrages an die KonsumentInnen an. Bereits im Dezember 2016 konnten die Energiepreise wieder gesenkt werden.¹¹⁰

Der Fall Vilnius zeigt exemplarisch mögliche Hürden, die sich bei der Rekommunalisierung von öffentlichen Dienstleistungen ergeben können. Private InvestorInnen versuchen, Bestrebungen von Kommunen, bestimmte Güter und Dienstleistungen wieder in die öffentliche Hand rückzuführen, durch die Androhung von ISDS-Verfahren abzuwehren. Im Fall Vilnius gelang es Veolia nicht, die Rekommunalisierung zu verhindern. Dennoch ist nach wie vor offen, ob Litauen im Rahmen des eingeleiteten ISDS-Verfahrens vom Schiedsgericht zu einer Strafzahlung verurteilt werden wird. Unter solchen Umständen kann sich Rekommunalisierung als langwieriges, potenziell kostspieliges Unterfangen erweisen.¹¹¹

Dresden



KEY FACTS

-  EnBW
-  Drewag
-  2010

-  Gewinn von 80 Mio. Euro. (2017)
-  Strom-Grundtarif liegt unter dem sächsischen Durchschnitt (2018)
-  Interkommunale Kooperation in Vorbereitung



Die deutsche Stadt Dresden im Bundesland Sachsen mit rund 550.000 EinwohnerInnen hat Ende der 1990er-Jahre große Teile des kommunalen Energieversorgers Drewag privatisiert. 45 Prozent des Unternehmens wurden damals um 82 Mio. Euro an private Unternehmen veräußert. Den größten Anteil davon, nämlich 35 Prozent der Drewag, sicherte sich die Energie Baden-Württemberg (EnBW) über ihre Tochterfirma Geso. Im Jahr 2010 kam es zum Rückkauf dieser Anteile.

Die EnBW hatte im Jahr 2007 wesentliche Anteile am Oldenburger Energiekonzern EWE gekauft. Als Bedingung für diesen Deal verlangte das deutsche Bundeskartellamt von der EnBW den Verkauf des süddeutschen Energieversorger Geso. Die Geso hielt nicht nur 35 Prozent der Anteile an der Drewag, sondern auch 50,11 Prozent an der Energie Sachsen Ost AG (ENSO) sowie Beteiligungen an diversen Stadtwerken.¹¹² Beim anschließenden Bieterverfahren nutzte die Stadt Dresden die Chance, ihre Anteile am kommunalen Energieversorger wieder zu erhöhen. Dazu kaufte sie den Energieversorger Geso um 836 Mio. Euro.¹¹³ Wenn auch der Kaufpreis der Geso 10 Mal höher war als der Verkaufspreis der Drewag-Anteile, so hat sich Dresden mit diesem Deal auch zum Anteilseigner an anderen Stadtwerken und Versorgungsunternehmen gemacht. Mit dem Kauf der Geso, die in die Stadtwerkeholding Technische Werke Dresden (TWD) eingliedert wurden, hält die Stadt Dresden nun wieder 90 Prozent am Energieversorger Drewag. Die restlichen 10 Prozent der Anteile an der Drewag hält weiterhin die Thüga.¹¹⁴

Während der 12 Jahre der Privatisierung haben die Miteigentümer rund 203 Mio. Euro an Gewinnanteilen lukrieren können. Vom Kauf der Geso und der damit verbundenen Rekommunalisierung der Drewag profitieren nun die Stadt und die BürgerInnen gleichermaßen. Die Drewag schreibt schwarze Zahlen, im Jahr 2017 lag der Gewinn bei 80 Mio. Euro.¹¹⁵ Die Leistungen werden dennoch zu angemessenen Preisen angeboten, der Strom-Grundtarif liegt im Jahr 2018 unter dem sächsischen Durchschnitt.¹¹⁶



Die kommunale Energiewirtschaft in Sachsen möchte sich in den kommenden Jahren noch stärker aufstellen. Dazu wird angedacht, die Drewag mit dem kommunalen Energieversorger Enso zu fusionieren. Enso steht im gemeinsamen Eigentum der Stadt Dresden und kleineren sächsischen Kommunen.¹¹⁷

Solingen



KEY FACTS

-  MVV Energie AG
-  Stadtwerke Solingen
-  2012

-  Anteil erneuerbarer Energien liegt über dem deutschen Schnitt
-  Über 70% der Einnahmen des Stadtwerks bleiben in der Region
-  Sponsoring von 80 lokalen Projekten (Kultur, Sport, ...)



Solingen ist eine kreisfreie Stadt in Nordrhein-Westfalen mit knapp 160.000 EinwohnerInnen. Im Jahr 2001 entschied sich die Stadt, 49,9 Prozent der Stadtwerke Solingen (SWS) für 125 Mio. Euro an die MVV Energie AG zu verkaufen.

Die MVV Energie AG, früher Mannheimer Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft mbH, gehört zu den führenden Energieversorgungsunternehmen Deutschlands. Im März 1999 wurde sie als erstes kommunales Versorgungsunternehmen durch den Börsengang teilprivatisiert. Die Stadt Mannheim ist mit Anteilen von 50,1 Prozent nach wie vor Mehrheitseigentümerin, weitere Anteile an der MVV Energie AG halten aber Energieriesen wie EnBW, Rheinenergie und Suez.

Die Erwartungen durch die Privatisierung war groß: Solingen sollte zum „Brückenkopf“ der Energieversorgung in Nordrhein-Westfalen werden.¹¹⁸ Stattdessen wurden 200 der 750 Arbeitsplätze abgebaut,¹¹⁹ die MVV AG forderte „immer höhere Renditen, versuchte die verschiedenen Geschäftsbereiche von Solingen nach Mannheim auszulagern und die Netzgewalt zu erlangen. Investitionen für die Erzeugung dezentraler nachhaltiger Energie wurden von der MVV AG stets blockiert.“¹²⁰

Die Unzufriedenheit mit dieser Entwicklung sowie der sich rasch wandelnde Energiemarkt führten am 25. März 2010 zum Beschluss des Stadtrates, „die Verkaufsentscheidung von 2001 ergebnisoffen auf den Prüfstand zu stellen.“¹²¹ Der Untersuchungsprozess dauerte rund ein Jahr und kam zum Ergebnis, die Kooperation mit der MVV in eine neue Form zu bringen. Der Oberbürgermeister wurde mit den Verhandlungen beauftragt und sollte für den Fall, dass es keine Einigung zur Erneuerung und Weiterentwicklung gab, einen neuen Partner suchen. Ende des Jahres 2011 präsentierte der Oberbürgermeister dem Stadtrat das Verhandlungsergebnis und schlug vor, die Zusammenarbeit fortzusetzen. „Der Stadtrat folgte dem Vorschlag mehrheitlich nicht, sondern beauftragte die Verwaltung, Alternativen zu prüfen, insbesondere den ,(Teil)-Rückkauf der von MVV erworbenen Anteile und möglicher alternativer Kooperation/Partnerschaften bzw. eine Rekommunalisierung der SWS.“¹²²


Nach intensiven Beratungen entschied sich der Stadtrat im September 2012 schließlich zum Rückkauf der Anteile um 115 Mio. Euro. „Die schwache Verhandlungssituation Solingens bei einseitiger Kaufinitiative in einem laufenden Vertrag ohne Kündigungsmöglichkeit hat sich zweifelsfrei preistreibend ausgewirkt.“¹²³ Unterstützt wurde das Vorgehen des Stadtrates von der BürgerIn-








neninitiative „Solingen gehört uns“, die sich ebenfalls für den Rückkauf der Anteile einsetzte. Im Gegensatz zu vielen anderen Städten hatte Solingen die Gewinne durch den damaligen Verkauf nicht zur Schuldentilgung verwendet, sondern gewinnbringend veranlagt. Dadurch mussten für den unplanmäßigen Rückkauf keine Schulden gemacht werden.


Die Stadtwerke Solingen sind heute ein wirtschaftlich erfolgreiches Unternehmen, das auch soziale und ökologische Verantwortung für die Region wahrnimmt. Der Anteil erneuerbarer Energien liegt heute deutlich über dem deutschen Schnitt.¹²⁴ Über 70 Prozent der Einnahmen des Stadtwerks bleiben in der Region.¹²⁵ Durch Sponsoring unterstützen die Stadtwerke Solingen jährlich über 80 lokale Projekte in den Bereichen Kultur, Sport und Wissensvermittlung.¹²⁶ Für ihre Arbeit wurden die Stadtwerke Solingen vom Branchenbeobachter „energieverbraucherportal“ mehrmals mit dem Preis „Top-Lokalversorger“ ausgezeichnet.¹²⁷

Springe



KEY FACTS

-  E.ON
-  Stadtwerke Springe GmbH (PPP-Modell)
-  2008
-  Keine Kernenergie mehr: Bau einer Photovoltaik-Anlage, Bau zweier Biogas-Blockheizkraftwerke
-  Sponsoring und Spenden in den Bereichen Sport, Kultur und Soziales



In der Region Hannover in Niedersachsen liegt Springe, eine etwa 29.000 EinwohnerInnen zählende deutsche Stadt. Die Stromversorgung leistete über Jahrzehnte hinweg E.ON Avacon, ein regionaler Energieversorger in Niedersachsen und Sachsen-Anhalt, der aus diversen Fusionen entstand und seit 2005 zum E.ON-Konzern gehört. Der letzte Konzessionsvertrag der Stadt Springe mit E.ON Avacon lief im Jahr 2006 aus.¹²⁸

Im Jahr 2004 begann die Stadt Springe Alternativen zur Vertragsverlängerung zu erwägen. Eine davon war die Übertragung der Stromversorgung an die eigenen Stadtwerke. Die Stadtwerke Springe hatten seit ihrer Gründung im Jahr 1901 lange Zeit die Strom-, Gas- und Wasserversorgung der Stadt übernommen. Nach der Privatisierung der Stromversorgung fiel aber schließlich im Jahr 1988 auch die Wasser- und Gasversorgung in private Hände. Die Stadtwerke wendeten sich von da an dem sozialen Wohnungsbau als einzig verbliebener Aufgabe zu.¹²⁹ Eine Rechtsanwaltskanzlei und ein energiewirtschaftlich-technisches Beratungsbüro prüften, ob die Übernahme der Stromversorgung durch die Stadtwerke eine wirtschaftlich realistische Option darstellt. Das Resultat war ein Gutachten im Jahr 2007, „dass eine Netzübernahme nur gemeinsam mit einem strategischen Partner“¹³⁰ empfahl. An einem daran anschließenden Auswahlverfahren nahmen neben E.ON Avacon ein Bieterkonsortium aus den Stadtwerken Braunschweig (BS|ENERGY), Veolia Wasser und den Stadtwerken Hameln teil. Die Berater empfahlen nach Prüfung der Angebote die Betriebsführungslösung durch das Bieterkonsortium, dem schloss sich der Stadtrat im Juli 2008 an. Die Kriterien, die bei der Entscheidung besonders berücksichtigt wurden, waren „der kommunale Einfluss auf die Investitionstätigkeit, das Engagement im Klimaschutz, das Engagement vor Ort und die unmittelbaren (Preis-)Vorteile für die BürgerInnen.“¹³¹ Das Bieterkonsortium erhielt einen Anteil an der Stadtwerke Springe GmbH von 49,5 Prozent, die restlichen 50,5 Prozent blieben im Eigentum der Stadt. Im Oktober 2008 wurde mit dem Vertrieb von Strom und Gas begonnen.



Die Netzübernahme von E.ON Avacon gestaltete sich allerdings schwierig. E.ON Avacon hatte selbst auch ein Angebot zur Betriebsführung gelegt und verweigerte nach der Niederlage gegen das Bieterkonsortium die Übertragung des Netzes an die Stadtwerke. Die überhöhten Pachtzahlungen an Avacon belasteten indes die finanzielle Situation der Stadtwerke, bis im Oktober 2017 in einem außergerichtlichen Vergleich eine Einigung zwischen der Avacon AG und den Stadtwerke Springe GmbH erzielt und die Übergabe des Stromnetzes an die Stadtwerke umgesetzt werden konnte.¹³²

„Die Stadtwerke Springe legen großen Wert auf den Bezug nachhaltig produzierter Energie, die ressourcenschonend und mit hohem Wirkungsgrad erzeugt wird.“¹³³ Der Anteil an Kernenergie betrug bis zur Rekommunalisierung 18 Prozent. Dieser Anteil wurde mittlerweile durch Strom aus erneuerbarer Energie ersetzt, sodass seit April 2011 nur noch ein kernkraftfreier Energieträgermix angeboten wird – und das ohne Strompreiserhöhung.¹³⁴ Von den Stadtwerken initiierte Projekte sollen die umweltschonende Stromproduktion weiter vorantreiben. Der Bau einer Photovoltaik-Anlage am Schulzentrum war eines der ersten Projekte der Stadtwerke, das Ende 2009 fertig gestellt wurde. Die Anlage erzeugt Strom für 50 Zwei-Personen-Haushalte.¹³⁵ Ergänzend dazu wurde in Springe auch die Stromproduktion mit Biomasse vorangetrieben. Im Jahr 2011 wurden zwei Biogas-Blockheizkraftwerke fertig gestellt, diese produzieren Energie für rund 3.000 Haushalte und Bio-Wärme für zwei lokale Einrichtungen.¹³⁶ Auch die erste Elektrotankstelle, wo kostenlos mit Springe Naturstrom getankt werden kann, stammt von den Stadtwerken Springe.¹³⁷


Das ökologische Engagement der Stadtwerke seit ihrer Neuaufstellung hat sich bereits bezahlt gemacht. Immer mehr KundInnen konnten gewonnen werden, seit Ende des Jahres 2012 sind die Stadtwerke Strom- und Gasgrundversorger und versorgen damit die meisten Haushalte in der Stadt.¹³⁸ Neben der Vergrößerung des Kundenstamms hat sich auch das Geschäftsfeld der Stadtwerke Springe ausgeweitet. Mittlerweile haben sie die Abwasserabrechnung und die Betriebsführung der Straßenbeleuchtung als Aufgaben übernommen.¹³⁹

Die Stadtwerke sind über ihren eigentlichen Tätigkeitsbereich hinaus aktiv und engagieren sich in der Gemeinde. „Als Stadtwerke verstehen wir uns als ein Teil der Stadt und möchten die Gemeinschaft in Springe und der Region fördern. Daher engagieren wir uns auf der gesamten gesellschaftlichen Breite als Sponsor und mit Spenden [...] und leisten so einen wichtigen Beitrag zum Stadtleben.“¹⁴⁰ Die Stadtwerke Springe unterstützen Institutionen und Vereine aus den Bereichen Sport (z.B. Handballfreunde Springe, Fußballmuseum Springe) und Kultur (z.B. Musikschule Springe), spenden für soziale Zwecke (z.B. Insektenhotel für Naturschutzbund Springe, Spende für Kinderschutzbund Springe) und bieten eine kostenlose Umweltbildung an Schulen und Kindergärten an.¹⁴¹

Die Stadtwerke Springe sind ein Beispiel für ein funktionierendes PPP-Modell. „Die Erfahrungen zeigen, dass die Rekommunalisierung letztlich dadurch wirtschaftlich effizient gestaltet werden kann, dass zur Durchführung der operativen Tätigkeiten ein erfahrener Partner und Betriebsführer einbezogen wird. Durch eine partnerschaftliche Kooperation zwischen kommunalen Dienstleistern lassen sich Synergieeffekte erzielen, wobei die kommunalpolitische Steuerung und Flankierung aufrechterhalten wird.“¹⁴² Andere Beispiele zeigen jedoch die Gefahr von PPP-Modellen. Es ist also im Vorhinein zu prüfen, ob sich dieses Modell wirklich als gewinnbringend für die Kommune erweist.




Daisendorf/Überlingen



KEY FACTS

- EnBW
- Stadtwerk am See
- 2014/15
- Synergien durch interkommunale Zusammenarbeit
- Beteiligungsmodell für weitere Kommunen
- Mehrere Auszeichnungen für Innovationen



Im deutschen Bundesland Baden-Württemberg liegen am Bodenseeufer die beiden Gemeinden Daisendorf (1.600 EinwohnerInnen) und Überlingen (23.000 EinwohnerInnen).

Im Oktober 2012 haben zwei andere Gemeinden am Bodenseeufer, die benachbarten Städte Überlingen und Friedrichshafen, durch die Fusion ihrer Stadtwerke das Stadtwerk am See gegründet. Dem ging ein einjähriger Prozess voraus, in dem die Kommunalpolitik beider Städte sowie die beiden bisherigen Gesellschaften eingebunden waren, um unter mehreren Kooperationsvarianten die effizienteste zu finden. Ziel war, Synergien zwischen beiden Stadtwerken besser zu nutzen. Nun profitieren die KundInnen aus beiden Städten durch „drei Kundenzentren, Ansprechpartner vor Ort, kurze Wege unserer Techniker und Berater, Verantwortung für Vereine und Initiativen vor Ort“.¹⁴³

Das Stadtwerk am See versorgt mit rund 300 MitarbeiterInnen über 60.000 Haushalte im Bodenseekreis mit Strom, Erdgas, Wärme und Trinkwasser. Überdies betreibt es den öffentlichen Stadtverkehr Friedrichshafen, die Bodensee-Oberschwaben-Bahn und die Katamaran-Reederei Bodensee.¹⁴⁴

Bemerkenswert ist die Gesellschafterstruktur des Stadtwerk am See. Durch die Stadtwerk am See Beteiligungsgesellschaft haben andere Kommunen in der Umgebung die Möglichkeit, als Gesellschafter in das bestehende Stadtwerk einzusteigen. Dabei wurde besonders an Kommunen gedacht, die für ein eigenes Stadtwerk zu klein sind. Die erste Kommune, die sich am Stadtwerk am See beteiligte, war im Jahr 2013 die 2.700-Einwohner-Gemeinde Frickingen.¹⁴⁵ Im Jahr 2016 folgte die 1.500-Einwohner-Gemeinde Hagnau.¹⁴⁶ In der Region hat sich das Stadtwerk am See in kurzer Zeit einen Ruf als verlässlicher Dienstleister erworben.

Das Stadtwerk am See konnte auch zwei Rekommunalisierungen in der Stromversorgung durchführen. Im Jahr 2014 übernahmen die Stadtwerke das Netz in Daisendorf von EnBW. Geplant ist, in das Netz zu investieren, um die Qualität und Versorgungssicherheit zu erhöhen.¹⁴⁷ Im Jahr 2015 ist das Stadtwerk am See auch der Stromnetzbetreiber für das gesamte Überlinger Stadtgebiet. Auch hier wurde die Stromnetz-Konzession von EnBW übernommen. Damit bekommen seither alle Überlinger BürgerInnen Strom, Gas, Wasser, Wärme und Internet aus einer Hand.¹⁴⁸

Das Stadtwerk am See hat inzwischen überregionale Bekanntheit als besonders innovatives und ökologisches Unternehmen erlangt. So wurde etwa ein Nahwärmenetz errichtet und die Erzeugung von Strom aus Windkraft und Photovoltaik forciert.¹⁴⁹ Für seinen innovativen digitalen Geschäftsbericht wurde das Stadtwerk am See mit dem Red Dot Design Award und dem German Design Award ausgezeichnet.¹⁵⁰ Zuletzt wurde man für das Projekt „Elektromobilität als ganzheitlicher Ansatz für kommunale Unternehmen“ für den Stadtwerke Award 2018 nominiert. Das Stadtwerk am See entwickelt dabei „einen ganzheitlichen Ansatz zur Beratung, Planung, Umset-



zung sowie zum Vertrieb und Betrieb von Elektromobilität.“¹⁵¹

Auch finanziell läuft es für das Stadtwerk am See gut. Seit der Gründung wurden jedes Jahr Überschüsse erzielt, die den Kommunen zugutekommen.¹⁵²

Nümbrecht



KEY FACTS

-  RWE
-  Gemeindewerk Nümbrecht
-  1998

-  Schaffung von Arbeitsplätzen in der Region
-  Alle Haushalte werden mit TÜV-zertifiziertem Naturstrom beliefert
-  Unterstützung lokaler Vereine, Feuerwehr und Schulen



Im deutschen Energiesektor sind in den letzten Jahren nicht nur Großstädte zur öffentlichen Erbringung zurückgekehrt, auch in kleinen Gemeinden wurde dieser Trend aufgenommen. So haben etwa Bad Vilbel, Ahrenburg, Rüsselsheim, mehrere Gemeinden am Bodensee und eben auch Nümbrecht die Energieversorgung rekommunalisiert.¹⁵³

Nümbrecht ist eine Stadt mit etwa 17.000 EinwohnerInnen im deutschen Bundesland Nordrhein-Westfalen, etwa 40 km östlich von Köln. Die Energieversorgung wurde in Nümbrecht bis Mitte der 1990er-Jahre durch den privaten Betreiber RWE erbracht. Bereits seit Anfang der 1980er-Jahre gab es jedoch die Idee des Netzzurückkaufes, die von GemeinderätInnen immer wieder propagierte wurde. Die alten Verträge, die der Gemeinde kaum Geld einbrachten, waren der Hauptgrund für die Unzufriedenheit mit dem privaten Betreiber. In den 1990er-Jahren wurde die Rekommunalisierung des Stromnetzes vorangetrieben, da der Konzessionsvertrag mit RWE dem Ende zuzuging. Es entbrannte ein langjähriger juristischer Streit zwischen der Kommune und RWE, da diese das Stromnetz nicht abgeben wollte und von Nümbrecht einen für die Kommune zu hohen Kaufpreis von 13,8 Mio. DM forderte. Erst das Oberlandesgericht Düsseldorf ordnete in zweiter Instanz im Jahr 1995 „durch eine einstweilige Verfügung an, dass der Konzern sein Stromnetz der Gemeinde vorläufig für die geforderten 13,8 Millionen Mark überlassen musste. Die Parteien wurden ferner verpflichtet, sich innerhalb von zehn Jahren auf einen neuen Kaufpreis zu einigen.“¹⁵⁴ So einigte man sich schließlich im Jahr 1996 auf einen Kaufpreis von 11 Mio. DM. Die Infrastruktur befand sich jedoch teils in desolatem Zustand. Die Kommune musste deshalb 2,5 Mio. Euro in Modernisierung des Stromnetzes investieren.

Das Stromnetz wird seit dem 1. Mai 1998 durch die Gemeindewerke Nümbrecht (GWN), die im Jahr 1994 gegründet wurden, betrieben.¹⁵⁵ Diese „sind ein lokales Unternehmen, welches der Gemeinde Nümbrecht gehört.“¹⁵⁶ Damit fließen alle finanziellen Gewinne sowie die Gewerbesteuer wieder in die Gemeinde zurück. „Gewinne, die sonst für einen großen Konzern entstanden, können nunmehr sinnvoll in der Gemeinde Nümbrecht genutzt werden.“¹⁵⁷ Außerdem erhält „die örtliche Politik durch die Gemeindewerke die Entscheidungsgewalt für die lokale Energieversorgung“¹⁵⁸ wieder zurück, was gerade in Zeiten des Energiewandels eine besondere Rolle spielt. Die GWN engagieren sich seit Jahren für die Ausweitung von erneuerbaren Energien (EEG). „Bereits seit dem Jahr 2008 werden alle Haushalte der Gemeinde Nümbrecht ausschließlich (und ohne besonderen Tarif) mit TÜV-zertifizierten Naturstrom beliefert.“¹⁵⁹ Seit 2011 wurde dies auch auf die gewerblichen KundInnen ausgeweitet.



2015 wurde die Konzession für das Stromnetz erneut an die Gemeindewerke Nümbrecht vergeben. Erstmals sind sie seit 2016 im gesamten Gemeindegebiet Konzessionsinhaber. „Damit wurde ein bereits 1980 formuliertes Ziel der Gemeinde, nämlich die einheitliche Stromversorgung in ganz Nümbrecht, umgesetzt.“¹⁶⁰

Die Gemeindewerke Nümbrecht sind mittlerweile ein Mehrspartenunternehmen. Neben der Wasserversorgung beliefern die GWN seit 2011 ihre KundInnen auch mit Gas, was davor von einem privaten Betreiber durchgeführt wurde. 2017 haben sie auch den Auftrag bekommen, die gesamte Gemeinde mit Breitbandinternet zu versorgen. Die von Bund und Land Nordrhein-Westfalen kofinanzierten Arbeiten zur Errichtung des Glasfasernetzes haben 2017 begonnen und sollen bis Ende 2019 abgeschlossen sein. 90 Prozent der Nümbrechter Bevölkerung haben sich dazu entschlossen, sich an das neue Netz anschließen zu lassen.¹⁶¹

Das Konzept der Gemeindewerke Nümbrecht ist „die starke Verwurzelung in der Region, der persönliche Service, die Schaffung von Arbeits- und Ausbildungsplätzen [...] vor Ort und die konsequenten Anstrengungen, um alternative und langfristig sichere Energiekonzepte zu entwickeln.“¹⁶² Mit persönlichem Service (im Gegensatz zu einem RWE-Callcenter) soll ausgeglichen werden, dass man bei der Konkurrenz durch Billiganbieter nicht das günstigste Angebot machen kann. Die Geschäftsführerin der GWN sieht darin aber auch nicht die primäre Aufgabe: „Wir können der Partner der Bürger werden. Das hat mit Gemeinwohl zu tun, nicht mit dem Strompreis.“¹⁶³

Die GWN engagieren sich auch im sozialen und kulturellen Leben der Gemeinde: „Inzwischen können die Gemeindewerke [...] Aufgaben übernehmen, für die in der Kommune keinerlei Mittel mehr vorhanden sind.“¹⁶⁴ So stellen sie einen Teil der Weihnachtsbeleuchtung zur Verfügung, „spenden für Vereine, die Feuerwehr und Schulen in Nümbrecht, unterstützen Vereine mit Rat und Tat bei Dorffesten und ähnlichem und haben einen [...] Anteil am Nümbrechter Musik- und Lichterfest.“¹⁶⁵

Die Gemeindewerke Nümbrecht sind ein gutes Beispiel dafür, dass auch kleine Kommunen ihre Energieversorgung wieder in eigene Hand nehmen können. Davon profitiert die ganze Gemeinde. Die GWN tragen dazu bei, die „Lebensqualität in Nümbrecht aufrecht zu erhalten“.¹⁶⁶ Sie fördern Beschäftigung in der Gemeinde, da „viele Leistungen an eigenständige dritte Unternehmen vergeben werden. Dieses ‚Outsourcing‘ kommt den Firmen vor Ort zugute und schafft weitere Arbeitsplätze.“¹⁶⁷

Wolffhagen



KEY FACTS

-  E.ON
-  Stadtwerke Wolffhagen
-  2006
-  Jahrelange Kaufpreisverhandlungen mit E.ON
-  Bürgergenossenschaft wird bei Projekten miteinbezogen
-  Ortsansässige Betrieben profitieren von Investitionen

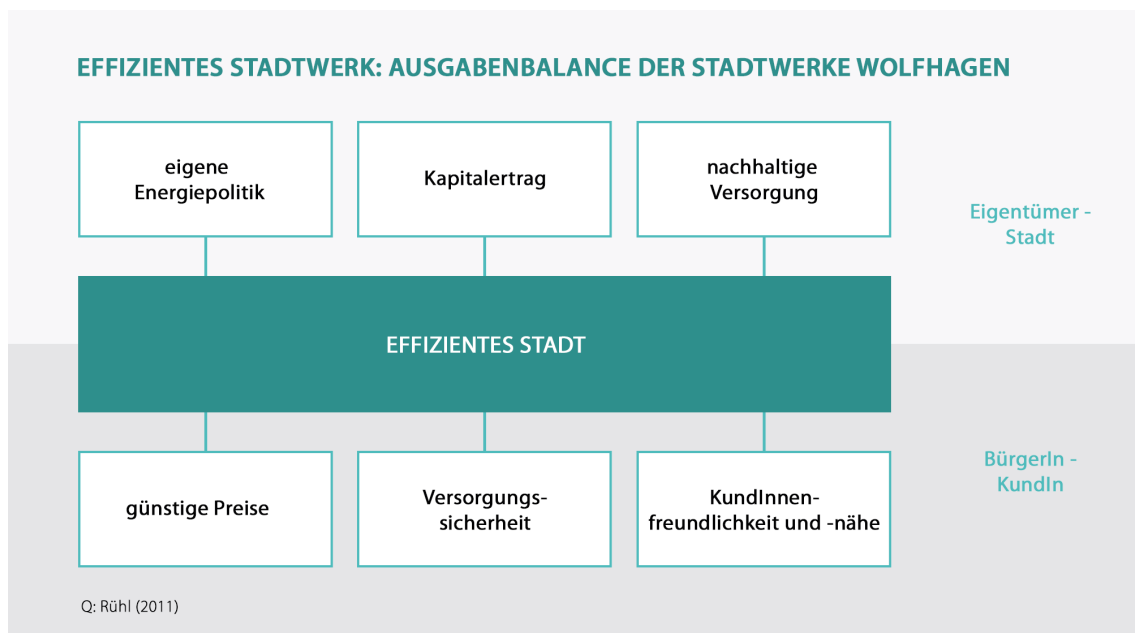


Wolffhagen ist eine Kleinstadt im Norden des deutschen Bundeslandes Hessen mit etwa 13.800 EinwohnerInnen. Die Stadt besteht aus insgesamt 13 Stadtteilen und der Kernstadt. Die Stromver-



sorgung erfolgte in elf Stadtteilen über E.ON¹⁶⁸, nur in der Kernstadt und zwei weiteren Stadtteilen wurde sie von den Stadtwerken Wolfhagen erbracht, die damit aber zwei Drittel der EinwohnerInnen Wolfhagens mit Strom versorgten.¹⁶⁹ Die Stadtwerke Wolfhagen GmbH befindet sich zu 100 Prozent im Besitz der Stadt Wolfhagen. Neben der Stromversorgung beliefern die Stadtwerke die Bevölkerung auch mit Wasser.¹⁷⁰

Der Konzessionsvertrag mit E.ON lief am 31.12.2004 aus. Bereits im Vorfeld des Vertragsendes wurde die Rückübertragung der Versorgung der anderen elf Stadtteile an die Stadtwerke politisch diskutiert. Als Risiken galten der unkalkulierbare Kaufpreis sowie eventuell langwierige Verhandlungen. Dem standen Effizienzpotentiale für die Stadtwerke als Argument entgegen. Schließlich beschloss die Stadtverordnetenversammlung im Jahr 2002 einstimmig, den Vertrag mit E.ON nicht mehr zu verlängern und die Stromversorgung für die elf Stadtteile durch die Stadtwerke Wolfhagen selbst zu erbringen.¹⁷¹ „Diese klare Willensbildung und Geschlossenheit gab den handelnden Akteuren in der Verwaltung und den Stadtwerken bei den langwierigen Verhandlungen die nötige Sicherheit, um die Netzübernahme standhaft voranzutreiben.“¹⁷² Dies war auch notwendig, denn die Verhandlung des Kaufpreises war ein schwieriger und langwieriger Prozess, der sich von 2002 bis 2006 hinzog. Die erste Forderung von E.ON lag fast 100 Prozent über der schlussendlich bezahlten Summe. Letztlich konnte im Februar 2006, mehr als ein Jahr nach Ende des Konzessionsvertrages, das Stromnetz durch die Stadtwerke Wolfhagen erworben werden.¹⁷³



Die Stadtwerke Wolfhagen können durch die Rekommunalisierung ihre Aufgaben effizienter erledigen und dabei gleichzeitig eine Balance zwischen den Anliegen der Stadtwerke und den BürgerInnen verfolgen. Die Grafik zeigt – auch stellvertretend für andere Stadtwerke – das Konzept eines effizienten Stadtwerkes. Der Besitz der Stadtwerke ermöglicht die Umsetzung energiepolitischer Ziele auf politischer Ebene. In Wolfhagen wird dabei in erster Linie auf ökologische Nachhaltigkeit durch die Förderung erneuerbarer Energien gesetzt. Die Erträge, die nun in die Stadtkasse und nicht an ein privates Unternehmen fließen, kommen letzten Endes der Bevölkerung zugute. Denn die Stadtwerke versuchen, ihren KundInnen Strom zu billigen Preisen anzubieten. Immer wieder gilt als Vorteil der kommunalen Versorgung auch eine größere Bürgernähe und dadurch besseres KundInnenservice.



Wolfhagen gilt als Musterbeispiel in der Förderung erneuerbarer Energie. Ein zentrales Projekt für die lokale Energiewende ist etwa der Solarpark Wolfhagen, der rund 42.000 Solarmodule umfasst. Damit kann derzeit Strom für ca. 3.000 3-Personen-Haushalte erzeugt werden. „Weil der saubere Solarstrom klimaschädlichen Strom aus dem Strommix drängt, werden im Jahr etwa 5.700 Tonnen Kohlendioxid eingespart.“¹⁷⁴ Die Investitionskosten, die 6 Mio. Euro betragen, rechnen sich für die Stadtwerke: „Dem Gutachten des Wirtschaftsprüfers ist zu entnehmen, dass eine durchschnittliche Eigenkapitalrendite von 5 bis 6 % zu erwarten ist.“¹⁷⁵ Der Solarpark zeigt, wie kommunale Unternehmen die regionale Wertschöpfung steigern können. In das Projekt waren ausschließlich regionale Akteure involviert: „Regionale Unternehmen [...] lieferten hocheffiziente Solarmodule [...]. Ortsansässige Banken finanzierten und zahlreiche örtliche Betriebe wurden mit dem Bau beauftragt.“¹⁷⁶ Von den Investitionen profitierten damit vor allem die ortsansässigen Betriebe. „Im Ergebnis werden mit dem Solarpark über 20 Jahre rund 24,5 Mio. Euro an Wertschöpfung in der Region generiert.“¹⁷⁷ Gleichzeitig konnte durch die Rekommunalisierung „die Zahl der örtlichen Arbeitsplätze [...] erhöht“¹⁷⁸ werden.

2014 wurde der Windpark mit vier großen Windkraftanlagen eröffnet. Damit ist es seither möglich, mehr als den gesamten Stromverbrauch Wolfhagens durch erneuerbare Energien zu decken. An der Errichtung des Windparks beteiligten sich zahlreiche Wolfhager Bürger über eine Bürgergenossenschaft. Sie profitieren nun gemeinsam mit den Stadtwerken von den Erträgen.¹⁷⁹

Die Stadtwerke Wolfhagen bewerten „die Übernahme der Stromnetze [...] als vollen Erfolg.“¹⁸⁰ Die Netzübernahme führte zu den angestrebten Effizienzsteigerungen und die Aufgaben konnten gebündelt und kostenneutral umgesetzt werden. „Durch die Vergrößerung des Netzgebietes können sowohl Allgemekosten als auch Aufwendungen zur Vorhaltung des Bereitschaftsdienstes, die Verbrauchsabrechnung und die Kundenberatung auf eine größere Anzahl an Kunden umgelegt werden. Dies führt zu Effizienzsteigerungen im Kerngebiet und zur Senkung der spezifischen Kosten pro Kunde und pro kWh.“¹⁸¹ Es ist den Stadtwerken auch gelungen, ihre KundInnenzahl zu vergrößern. Mittlerweile haben viele BürgerInnen von Wolfhagen einen Stromliefervertrag mit dem öffentlichen Unternehmen abgeschlossen.¹⁸² Die Liberalisierung des Strommarktes nutzen aber auch die Stadtwerke Wolfhagen und beliefern StromkundInnen außerhalb ihres kommunalen Einzugsgebietes.

Rekommunalisierung deutscher Energieriesen

„Die Stadtwerke feiern auf dem deutschen Energiemarkt ein aufsehenerregendes Comeback.“¹⁸³ Zur Jahrtausendwende „wurden viele staatliche Stromanbieter privatisiert, nachdem die gesamte Energiebranche liberalisiert worden war. Jetzt übernehmen Kommunen wieder selbst die Versorgung, verbünden sich gegen die Branchenriesen Eon und RWE – und gehen selbst auf Einkaufstour.“¹⁸⁴ In den letzten Jahren haben deutsche Kommunen bzw. kommunale Zusammenschlüsse zwei große Energieversorgungsunternehmen wieder rekommunalisiert: die Steag und die Thüga. Zusätzlich hat das Land Baden-Württemberg 45 Prozent der Anteile an der EnBW vom französischen Energieriesen Électricité de France (EdF) zurückgekauft. Diese Rekommunalisierungen sind ob ihrer Ergebnisse aber nicht unumstritten: Verschuldete Kommunen, die hunderte Millionen Euro für den Kauf der Energieunternehmen in die Hand nehmen, Engagements im Ausland, was den Auftrag der kommunalen Daseinsvorsorge in Frage stellt und fragwürdige Ein-Personen-Entscheidungen haben Rekommunalisierungen von großen deutschen Energieunternehmen auch in die Kritik geraten lassen, wie die nachfolgenden Beispiele zeigen.



Steag



KEY FACTS

-  Evonik
-  Sechs Stadtwerke
-  2011

-  Stadtwerke können wieder mehr Strom selbst produzieren
-  Renditeerwartungen bisher nicht erfüllt
-  Spannungsfeld lokale Daseinsvorsorge vs. internationales Geschäft



Die Steag (ursprünglich Steinkohlen Elektrizitäts AG) ist einer der größten deutschen Stromerzeugungsunternehmen mit Sitz in Essen. Seit dem Jahr 2002 gehörte das Unternehmen vollständig dem RAG-Konzern (ehemals Ruhrkohle AG). Dieser hatte die Anteile von den großen deutschen Energieversorgern E.ON und RWE erworben. Die Steag war in der RAG Tochterfirma RAG Beteiligungs-AG untergebracht, die im Jahr 2007 in Evonik Industries umbenannt wurde. Als Geschäftsfeld von Evonik Industries wurde die Steag in Evonik Steag umbenannt.

Im Jahr 2010 formierte sich ein Bieterkonsortium des Rhein-Ruhrgebietes von sechs Kommunalversorgern (Dortmund, Duisburg, Bochum, Essen, Oberhausen, Dinslaken) und kaufte 51 Prozent der Anteile an der Evonik Steag von Evonik Industries für einen Kaufpreis von 649 Mio. Euro. Der Vertrag wurde im März 2011 wirksam, mit Juni 2011 entfiel der Namensteil Evonik. Unterstützt hat den Deal die Landesregierung von SPD und Grüne, die die nordrhein-westfälische Gemeindeordnung ändern mussten, damit der Kauf möglich wurde.¹⁸⁵

Nach der ersten Tranche im Jahr 2011 wurden im September 2014 auch die restlichen 49 Prozent durch das Konsortium der sechs Stadtwerke übernommen.¹⁸⁶ Evonik besitzt seither keine Anteile an der Steag mehr. Indirekt ist jedoch RWE beteiligt: Der börsennotierte Energiekonzern besitzt über sein Tochterunternehmen innogy Beteiligungen an den Stadtwerken Duisburg, den Stadtwerken Essen und der Energieversorgung Oberhausen.¹⁸⁷ Die Stadtwerke Bochum, Dortmund und Dinslaken sind hingegen zu 100 Prozent in kommunalem Eigentum.

Das Ziel hinter der Rekommunalisierung war die Schwäche in der Stromproduktion der Stadtwerke des Bieterkonsortiums, die in einem Ballungsraum mit 5 Mio. KundInnen an Rhein und Ruhr operieren. Mit dem Kauf der Steag sollten die Engpässe bei der Stromproduktion überwunden werden.¹⁸⁸

Öffentlich wurde der Kauf der Steag vielfach kritisiert. Der Kaufpreis wurde als finanzielle Überbelastung der defizitären Kommunen betrachtet. Die Übernahme eines Versorgers, der 60 Prozent seines Umsatzes im Ausland macht, habe wenig mit örtlicher Daseinsvorsorge zu tun. Die Steag, die sich selbst als „international tätiges Unternehmen“¹⁸⁹ bezeichnet, betreibt neben mehreren Steinkohlekraftwerken in Deutschland auch drei in Kolumbien, der Türkei und auf den Philippinen.¹⁹⁰ Die Vereinbarkeit der Übernahme mit der Gemeindeordnung wurde angezweifelt. Im Februar 2015 – also im Nachhinein – genehmigte die zuständige Bezirksregierung den Deal. Dies geschah jedoch nur mit der Begründung, dass „eine erzwungene Rückabwicklung des Erwerbs der Steag zum jetzigen Zeitpunkt mit erheblichen Verlusten für das Stadtwerke-Konsortium verbunden wäre und diese Unternehmen nachhaltig schädigen würde.“¹⁹¹

Neben der Kritik an der weltweiten Ausweitung des Geschäftsfeldes konnte der Energiekonzern aber auch die Renditenerwartungen nicht gänzlich erfüllen. Denn mit der Steag-Übernahme wa-



ren zunächst auch finanzielle Gewinnerwartungen der Kommunen verbunden. „Just im Jahr eins nach der Übernahme brach der Gewinn des Stromerzeugers ein – auf nur noch fünf Millionen Euro nach Steuern.“¹⁹² Den Kommunen und der Evonik wurden trotzdem Dividenden in Höhe von 120 Mio. Euro ausgeschüttet.¹⁹³ Auch in den folgenden Jahren liefen die Geschäfte nicht immer nach Wunsch. Im Jahr 2016 machte die Steag einen Verlust von 220 Millionen Euro, 2017 einen Gewinn von 58 Millionen Euro.¹⁹⁴ Die Oberbürgermeister der beteiligten Kommunen haben daher 2018 angekündigt, „einen Prozess zur nachhaltigen finanziellen Ausstattung“¹⁹⁵ aufzusetzen. Schon jetzt ist ein Sparkurs notwendig, mit dem bis 2020 bis zu 1.000 der 6.100 Jobs wegfallen könnten.¹⁹⁶ Fraglich ist, ob dieser Arbeitsplatzabbau bei einem privaten Eigentümer nicht ebenso durchgeführt worden wäre.

Thüga



KEY FACTS

-  E.ON
-  Integra und Kom9
-  2009

-  Konsortium aus rund 100 Stadtwerken
-  seit Jahren Gewinne, die den Kommunen zugutekommen
-  Beteiligung an Start-ups im Bereich erneuerbare Energien



Die Thüga AG (Thüringer Gas AG) ist ein Versorgungsunternehmen, mit Sitz in München, das die Geschäftsfelder Gas und Strom bedient. Versorgt werden durch die Thüga AG insbesondere die deutschen Bundesländer Bayern, Thüringen und Sachsen. Die Thüga AG war die Tochterfirma eines der größten privaten Energieversorger Europas - der E.ON AG.¹⁹⁷ Neben E.ON besaßen auch viele kommunale Unternehmen Anteile an der Thüga AG (z.B. N-Energie Nürnberg, Mainova Frankfurt).¹⁹⁸ Sie stellt somit eine historisch gewachsene Mischform zwischen öffentlichem und privatem Eigentum dar.

Der E.ON-Konzern geriet jedoch unter zunehmenden Druck der EU-Kommission, die wettbewerbsrechtliche Bedenken hinsichtlich der starken Machtkonzentration des Konzerns hatte.¹⁹⁹ Deshalb verkaufte E.ON im Jahr 2009 seine lokale Stadtwerke-Tochtergesellschaft Thüga um 2,9 Mrd. Euro an zwei kommunale Konsortien.²⁰⁰ Einerseits an die KOM09 (ein Zusammenschluss 45 regionaler Stadtwerke vor allem kleinerer Kommunen), die 38 Prozent an der Thüga erlangte, andererseits an die Integra (ein Verbund aus den Stadtwerken Nürnberg (N-ERGIE AG), Stadtwerken Frankfurt (Mainova) und Stadtwerken Hannover (energcity), die 62 Prozent an der Thüga erwarben.²⁰¹ Insgesamt haben durch den Verkauf rund 100 regionale Versorgungsunternehmen über die beiden kommunalen Bieterkonsortien KOM09 und Integra Anteile an der Thüga.²⁰² Damit ist die Thüga wieder zur Gänze in der Hand kommunaler Unternehmen. Der E.ON-Konzern brachte jedoch nicht die komplette Tochtergesellschaft zum Verkauf, sondern behielt sich gezielt einige Teile der Thüga vor. So wurden etwa die Berliner Gaswerke durch Nutzung von Vorkaufsrechten durch die E.ON AG selbst erworben.

Seit dem Jahr 2009 konnte die Thüga Holding ihren kommunalen Anteilseignern jedes Jahr Gewinne ausschütten und ein hohes Maß an Investitionen in die Infrastruktur und besonders in die Erzeugung erneuerbarer Energie aufweisen. Dafür investiert die Thüga in den vergangenen Jahren stark in Onshore-Windkraft und hat sich auch an mehreren Start-up-Unternehmen beteiligt.²⁰³



166

Rekommunalisierungen

12

L ä n d e r

TEIL 4

REKOMMUNALISIERUNG DER WASSERVERSORGUNG





Zusammenfassung

Seit dem Jahr 2010 ist sauberes Trinkwasser ein Menschenrecht. Als lebenswichtige Ressource und nicht substituierbares Gut hat Wasser in der Daseinsvorsorge eine besondere Stellung. Dies ist auch den Kommunen bewusst, weshalb der europäische Wassersektor nie von einer derart weitreichenden Privatisierungswelle wie der Energiesektor erfasst wurde.

In den letzten zwei Jahrzehnten gab es im Wassersektor 166 Rekommunalisierungen in 12 Ländern Europas. Die meisten davon (106) fanden in Frankreich statt. Dort hat die private Wasserversorgung seit dem 19. Jahrhundert Tradition. In den letzten Jahrzehnten brachen jedoch immer mehr Kommunen mit dieser Tradition. Steigende Wasserpreise und mangelhafte Wasserqualität führten zu einem Umdenken. Oftmals getragen durch eine starke Zivilgesellschaft wurden Rekommunalisierungen sowohl in der Hauptstadt Paris als auch in kleinen und mittelgroßen Städten umgesetzt. Der private Anteil an der Wasserversorgung ist seit 1970 von 82 auf 61% zurückgegangen.

In Spanien haben seit 2010 27 Kommunen ihre Wasserversorgung rekommunalisiert. Auch hier spielt das hohe zivilgesellschaftliche Engagement eine entscheidende Rolle. In den Post-Krisen Jahren sind eine Reihe sozialer Bewegungen entstanden, die sich für einen egalitären Zugang zu Ressourcen und eine inklusive Kommunalpolitik einsetzen.

In Deutschland sind Wasser- und Abwasserversorgung primär in kommunaler Hand, weshalb hier keine breite Rekommunalisierungswelle beobachtet werden kann. Dennoch gibt es mittlerweile 17 Fallbeispiele, wo die Kommunen die Wasserversorgung wieder rückübertragen haben. Prominentestes Beispiel ist die Rekommunalisierung der Wasserversorgung Berlins.



Liberalisierung und Privatisierung im Wassersektor

Wasser ist eine nicht substituierbare Ressource. Die Besonderheit von gutem Wasser veranlasste die Generalversammlung der Vereinten Nationen, am 28. Juli 2010 „das Recht auf einwandfreies und sauberes Trinkwasser und Sanitärversorgung als ein Menschenrecht“ anzuerkennen, „das unverzichtbar für den vollen Genuss des Lebens und aller Menschenrechte ist.“

Die EU-Kommission hat jedoch bereits Mitte der 1990er-Jahre die Liberalisierung des EU-Wassersektors als Ziel postuliert. Zu Beginn des neuen Jahrtausends waren nur fünf Prozent der weltweiten Wasserversorgung in privater Hand, „die Erwartung an eine schnelle Kommerzialisierung des Wassersektors“²⁰⁴ waren hoch. Private Firmen erhofften sich rasche Gewinne und die Ausweitung ihrer Geschäftsgebiete. Dies gelang ihnen zu Beginn auch. Denn die Kostenintensität der notwendigen Infrastruktur zur Wasserver- und Abwasserentsorgung stellte vor allem kleine Gemeinden oft vor finanzielle Probleme und so war die Versuchung einer Privatisierung groß.

Zu einer weitreichenden Privatisierungswelle wie etwa im Energiesektor kam es bei der Wasserversorgung aber nicht. Soziale Bewegungen und politische Parteien waren gegen Privatisierungen zunehmend kritisch eingestellt, was immer öfter zur Verhinderung von Privatisierungsvorhaben oder zu Rekommunalisierungen geführt hat. Die Unternehmen änderten durch den zunehmenden Widerstand ihre Strategie und tendieren jetzt stärker in Richtung Public-Private-Partnerships, „in denen ihre unternehmerischen Risiken minimiert sind, da diese meist von der öffentlichen Hand getragen werden.“²⁰⁵ Die Konzerne verlagern zudem ihr Arbeitsfeld und „investieren mehr in die ‚zweite Linie‘, in Technologie und Beratung, in die Abwasseraufbereitung und Meerwasserentsalzung, also in Felder, in denen sie weniger potentiell Protest [...] ausgesetzt sind.“²⁰⁶



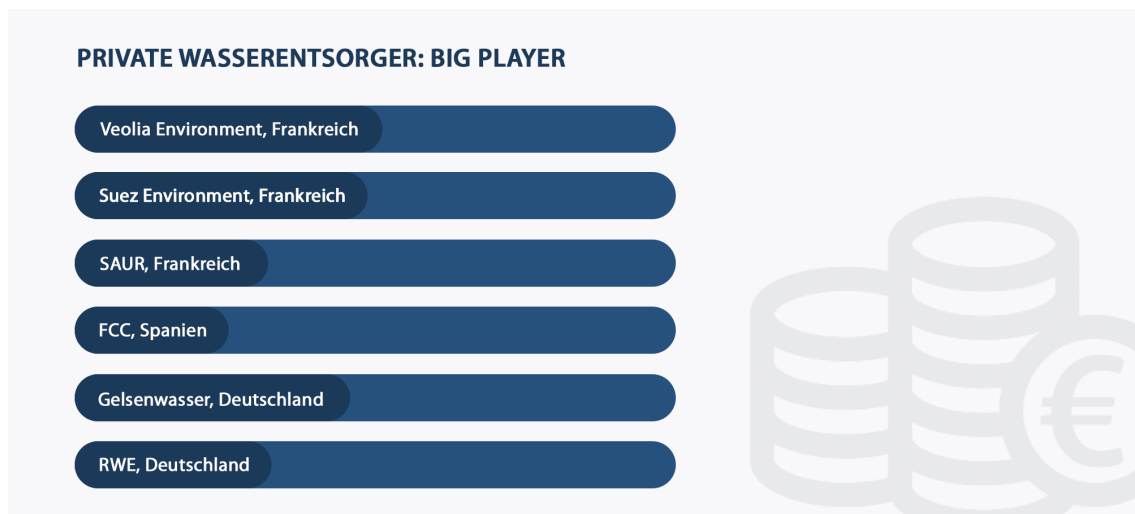
Wie die Entwicklung im Wassersektor in Europa weitergeht, ist derzeit nicht abschätzbar. Derzeit steht die Skepsis der BürgerInnen den Interessen privater Akteure gegenüber. Eine neue Facette könnte in einigen Jahr(zehnt)en hinzukommen, wenn der Klimawandel in manchen europäischen Ländern eine flächendeckende Wasserversorgung nicht mehr ermöglicht. Das sollte die EU bei ihrem weiteren Vorgehen im Hinterkopf behalten.

Big Player der Wasserversorgung

Die größten internationalen Wasserversorger stammen aus Frankreich, wobei die beiden Konzerne Veolia und Suez marktführend sind. Beide sind Mehrspartenunternehmen und sind neben der Wasserwirtschaft auch noch in anderen Sparten (wie der Abfall- und Energiewirtschaft und dem Öffentlichen Personennahverkehr) tätig. An beiden Unternehmen besitzt der französische Staat auch indirekte Beteiligungen.

Der Wasserzweig von Veolia (Veolia Water) hatte im Jahr 2015 weltweite Einnahmen von 11,3 Mrd. Euro. Davon stammten 37,2 Prozent aus Frankreich und weitere 30,2 Prozent aus anderen Ländern Europas. Insgesamt konnten damit in Europa Einnahmen von etwa 8 Mrd. Euro erwirtschaftet werden.²⁰⁷ Die Einnahmen von Suez lagen in Europa im Jahr 2015 bei rund 4,7 Mrd. Euro.

Neben französischen gibt es auch noch andere größere europäische Wasserunternehmen. Dazu gehören etwa das spanische Wasserunternehmen FCC oder die beiden deutschen Konzerne Gelsenwasser und RWE .



Rekommunalisierungen im Wassersektor in Europa

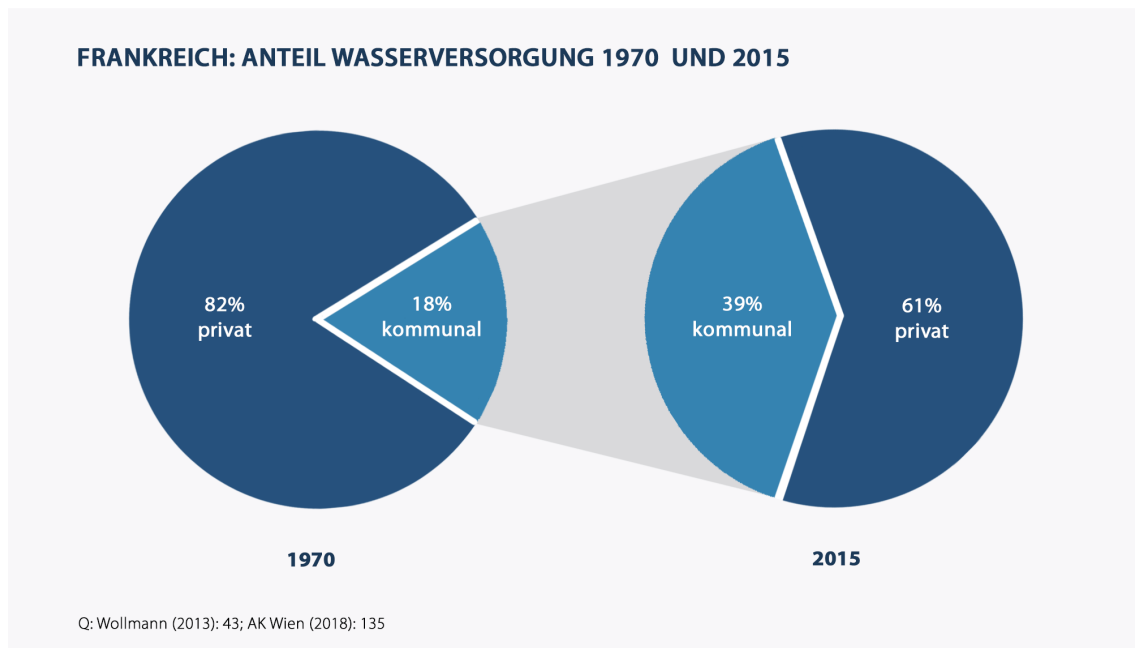
In den letzten zwei Jahrzehnten gab es nicht weniger als 166 Rekommunalisierungen im Wassersektor in Europa.²⁰⁸

Die meisten davon (106) fanden in Frankreich statt. In Frankreich hat die private Wasserversorgung eine lange Tradition, die ins 19. Jahrhundert zurückreicht und ihren „Ursprung in der fehlenden operativen Fähigkeit der für Frankreich typischen Vielzahl kleiner und kleinster Gemeinden“²⁰⁹ hatte. Dies hat die Herausbildung von großen privaten Wasserversorgern begünstigt und vorangetrieben. Bereits in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts wurden die Vorgängerunternehmen von Veolia Environnement und Suez Environnement gegründet, die sich mittlerweile



zu multi-utility-Unternehmen ausgeweitet haben.²¹⁰

Die Wasserversorgung in Frankreich besitzt die Organisationsform der *gestion déléguée*, bei der „die Kommunen in einer Variante funktionaler Privatisierung zwar Eigentümerinnen des Leitungsnetzwerks bleiben, jedoch die Wasserlieferung auf Basis zeitlich befristeter Konzessionsverträge an externe Dienstleister vergeben.“²¹¹ Die Kommunen können nach Ablauf der Konzession die Versorgung wieder in Eigenregie zu übernehmen, „jedoch sehen sie sich hierbei [mit] der überlegenen Marktmacht“²¹² der Großkonzerne konfrontiert. Spätestens seitdem die Hauptstadt Paris im Jahr 2010 die Wasserversorgung rekommunalisiert hat, ist in Frankreich eine Trendwende zu beobachten. Mittlerweile hat sich der Anteil der Bevölkerung „deren Wasserversorgung von den Kommunen selber [...] betrieben wird, von 18% im Jahr 1970“²¹³ auf 39% im Jahr 2015 erhöht.²¹⁴



In Spanien haben seit 2010 27 Kommunen ihre Wasserversorgung rekommunalisiert. Sie sind das Resultat eines hohen zivilgesellschaftlichen Engagements. In den Post-Krisen Jahren sind eine Reihe sozialer Bewegungen entstanden, die sich für einen egalitären Zugang zu Ressourcen und eine inklusive Kommunalpolitik einsetzen. Diese Initiativen trugen zur Stärkung der Lokalpolitik und in weiterer Folge zu Rekommunalisierungen bei. Vor allem in der Region Katalonien führte das zu umfassenden Änderungen in der Wasserversorgung. Für etwa die Hälfte der sieben Millionen EinwohnerInnen der Region wird sie in den nächsten Jahren wieder von der öffentlichen Hand erbracht.

In Deutschland lässt sich bei der Wasserversorgung bis dato keine derartige „Breite Bewegung hin zur Rekommunalisierung“²¹⁵ wie im Energiesektor beobachten. Ausschlaggebend dafür ist, dass die Wasser- und Abwasserversorgung ohnehin primär in kommunaler Hand ist, also kein Bedarf für eine Rückführung besteht. Trotzdem gibt es mittlerweile 17 Fallbeispiele, wo die Kommunen die Wasserversorgung wieder rückübertragen haben.²¹⁶

Der Anteil von privaten Beteiligungen wächst aber in der deutschen Wasserversorgung. Vor allem in urbanen Zentren sind die Leistungen oftmals ausgelagert. Da über 70 Prozent der deutschen Bevölkerung in urbanen Gebieten lebt, haben private Unternehmen eine gesicherte Position im deutschen Wasserversorgungssektor.²¹⁷ Der deutsche Wassermarkt ist im internationalen Vergleich stark fragmentiert. Eine kleine Zahl großer Dienstleister steht einer großen Zahl kleiner



Betriebe, die vorwiegend in dünn besiedelten Gebieten zu finden sind, gegenüber.²¹⁸ 40 Prozent der Bevölkerung werden von Anbietern mit privater Beteiligung versorgt. Das ist ein Unterschied zur Abwasserentsorgung, wo nur 5 Prozent der Bevölkerung von Privaten versorgt werden.²¹⁹

In Italien gab es in den letzten Jahren drei Rekommunalisierungen im Wassersektor.²²⁰ Den Grundstein dafür legte ein abrogatives Referendum²²¹ im Juni 2013 zur Abschaffung eines Gesetzes zur Privatisierung. Das Gesetz wurde von der Berlusconi-Regierung verabschiedet und beinhaltete die Ausschreibungspflicht von Leistungen der Daseinsvorsorge, darunter auch (Ab)Wasser, sowie das Verbot der Inhouse-Vergabe. An der Abstimmung nahmen 54 Prozent der Wahlberechtigten teil, von denen 95 Prozent für die Abschaffung des Gesetzes stimmten. „The vote has also prevented the Italian government from selling water services as part of the privatisation programme required under the EU rescue deal, and the constitutional court has ruled against subsequent attempts to reintroduce the rejected law. There are now new campaigns to re-municipalise water and reduce water prices.“²²² Als Reaktion auf das Referendum wurde etwa in Neapel im Jahr 2012 mit ABC Napoli ein neuer öffentlicher Wasserversorger gegründet. In seinen Statuten verweist das Unternehmen auf Wasser als öffentliches Gut und zollt damit dem Referendum Tribut.²²³

In Ungarn wurde in vier Kommunen die Wasserversorgung wieder rekommunalisiert.²²⁴ Erst in der zweiten Hälfte der 1990er-Jahre wurde im ungarischen Wassersektor vermehrt privatisiert. Gründe dafür waren die beschränkten finanziellen Mittel der Kommunen sowie die positiven Erwartungen, die zu dieser Zeit noch mit Privatisierungen verbunden wurden.²²⁵ Viele Privatisierungen aus den 1990ern wurden mittlerweile rückgängig gemacht. Die Machtübernahme Viktor Orbáns im Jahr 2010 und sein nationalistischer Kurs der „illiberalen Demokratie“ hat diesen Prozess weiter verstärkt. Während zuerst einzelne Städte ihre Wasserversorgung zurückkauften, war es in der Folge die Regierung, die übrige Rekommunalisierungen einleitete. Während in anderen Ländern die Stärkung der Kommunen im Vordergrund steht, ist hier die Durchsetzung einer neuen nationalistischen Ideologie die Triebfeder.

Neben Budapest wurde auch die Wasserversorgung der fünftgrößten ungarischen Stadt Pecs mit ihren 157.000 EinwohnerInnen rückgeführt. Dies wurde vom Gemeinderat im September 2009 beschlossen. Seit 1993 wurde die Wasserversorgung von Peci Vizmu, das sich zu 48 Prozent im Besitz von Suez und zu 52 Prozent in jenem der Kommune befand, durchgeführt. Hohe Unternehmensgewinne bei gleichzeitig hohen Wasserpreisen veranlassten die Kommune zur Gründung eines neuen kommunalen Wasseranbieters (Tettye Forrásház Zrt) und zur Rückführung der Leistung.²²⁶

Auch in Kaposvár, einer 68.000 EinwohnerInnen zählenden Stadt, wurde im Jahr 2009 der auslaufende Vertrag mit Suez nicht mehr verlängert und die Wasserversorgung rekommunalisiert.²²⁷

In den anderen europäischen Ländern lassen sich bisher nur vereinzelt Beispiele von Rekommunalisierungen finden: in der Ukraine und der Türkei zwei und in Schweden, Belgien, Portugal, Albanien und Russland jeweils ein Fall.²²⁸



Rekommunalisierungsbeispiele aus der Praxis

Berlin



KEY FACTS

-  RWE, Vivendi (Veolia) - teilprivatisiert
-  Berliner Wasserbetriebe
-  2013
-  starke BürgerInneninitiative
-  von einem der teuersten zu einem der günstigsten Tarife Deutschlands



Berlin war nach der Wiedervereinigung vor immense finanzielle Herausforderungen gestellt, die durch Privatisierungen kommunaler Leistungen gelöst werden sollten. Neben den städtischen Energieversorgern und der Berliner Wohnbaugesellschaft waren auch die Berliner Wasserbetriebe (BWB) von der Privatisierungswelle betroffen. Die finanziellen Ressourcen der BWB waren für die Aufrechterhaltung des operativen Betriebs (Wartung, Reparaturen, etc.) nicht ausreichend. Dieser Ressourcenmangel ergab sich jedoch nicht aufgrund einer defizitären Unternehmensführung der BWB, sondern vielmehr durch politische Entscheidungen. Der entstandene Eigenkapitalmangel war auf Transaktionen des Eigenkapitals der BWB in das Budget der Stadt zurückzuführen.²²⁹ Neben dem Schuldenabbau der Stadt sollte durch einen Teilverkauf auch ein weiterer Ausbau der Berliner Wasserversorgung finanziert und ein strategischer Partner mit betriebswirtschaftlichem Know-how gewonnen werden.²³⁰ Darum wurden die Berliner Wasserbetriebe im Jahr 1999 unter Oberbürgermeister Eberhard Diepgen (CDU) teilprivatisiert. Eine Entscheidung mit Folgen: „Mehrere Verfassungsgerichtsverfahren, ein erfolgreicher Volksentscheid zur Offenlegung der damals vertraulich geschlossenen Privatisierungsverträge, ein parlamentarischer Sonderausschuss, ein Verfahren des Bundeskartellamts wegen Preismissbrauchs und schließlich Bestrebungen zur Rekommunalisierung markieren die Meilensteine dieser [...] Auseinandersetzung um die Privatisierung von Deutschlands größtem Wasserunternehmen.“²³¹

Für die Durchführung der Teilprivatisierung wurde ein komplexes juristisches Gebilde ausgestaltet. Als problematisch stellte sich im Nachhinein vor allem das zur Teilprivatisierung geschaffene Holdingmodell heraus. Die BWB waren wenige Jahre vor der Teilprivatisierung als „Anstalt des öffentlichen Rechts“ (AöR) organisiert worden. Diese Rechtsform lässt eine Beteiligung Privater jedoch nicht zu. Deshalb wurden die BWB einer privatrechtlich organisierten Holding unterstellt. 50,1 Prozent der Anteile behielt das Land Berlin, die restlichen 49,9 Prozent wurden im Juni 1999 um 1,63 Mrd. Euro (damals 3,3 Mrd. Mark) an ein Konsortium aus RWE und Vivendi (später Veolia) verkauft.

Der Preis für den Verkauf ergab sich aus Kalkulationsgrundsätzen für die künftigen Wasserpreise und den zu erwartenden Gewinnen für die privaten Investoren. Um beim Verkauf hohe Einnahmen für das Haushaltsbudget zu lukrieren, wurden die erwarteten Gewinne hoch angesetzt – was jedoch nur über hohe Wasserpreise erreicht werden konnte. Teile der damals geschlossenen Vereinbarungen zwischen RWE, Vivendi und dem Berliner Stadtsenat unterlagen einer strengen Geheimhaltungsklausel. Der Öffentlichkeit wurden somit wichtige Informationen in Bezug auf die Teilprivatisierung vorenthalten, etwa die den beiden privaten Teilhabern eingeräumte „Gewinngarantie“. Im Falle einer gänzlichen oder teilweisen Nichtigerklärung der Kalkulationsgrundsätze für den zukünftigen Wasserpreis hat sich das Land Berlin damals dazu verpflichtet, den privaten



Investoren den entgangenen Gewinn direkt auszugleichen.²³² Die Opposition kritisierte die Vorgehensweise schon damals: „Indem das Land ‚ein öffentliches Monopolunternehmen einer privatwirtschaftlichen Leistung (unterstellt) und den privaten Investoren eine feste Verzinsung ihres eingesetzten Kapitals (garantierte)‘, bilde man eine ‚Gemeinschaft von Staat und Investoren zur Ausplünderung der Berliner Gebührenzahlerinnen und Gebührenzahler.‘“²³³ Um die Diskussion zu beruhigen, wurden die Wasserpreise bis Ende 2003 festgeschrieben.

Im Jahr 2004 stieg der Tarif jedoch um 15 Prozent. Dieser Anstieg setzte sich in den Folgejahren stetig fort. Die neue rot-rote Koalition zwischen SPD und Linkspartei setzte sich im Jahr 2006 daher die Rekommunalisierung der BWB zum Ziel. Wie dieses Ziel erreicht werden sollte, war zum damaligen Zeitpunkt noch völlig unklar. Denn für Veolia und RWE gab es keinen Grund, aus dem für sie lukrativen, vertraglich abgesicherten und weitgehend risikolosen Geschäft auszusteigen.²³⁴ Doch die Stimmung zwischen den Vertragspartnern wurde in den folgenden Monaten schlechter.

Der wachsende Unmut der Bevölkerung über die hohen Wasserpreise führte zur Bildung der BürgerInneninitiative „Berliner Wassertisch“, die im Jahr 2007 ein Volksbegehren zur Offenlegung aller „Geheimverträge“ startete. Im November 2010 hatte das Volksbegehren 280.000 Unterschriften erreicht. Mittlerweile teilten auch der Senat und die Koalitionsparteien die Initiative zur Offenlegung, doch RWE und Veolia verweigerten weiterhin die Veröffentlichung der Verträge. Eine Änderung des „Berliner Informationsfreiheitsgesetzes“ sollte die Veröffentlichung im November 2010 möglich machen. Letztlich kam die „Tageszeitung“ (TAZ) der Offenlegung jedoch zuvor und veröffentlichte bereits einige Tage davor große Teile der bis dahin geheim gehaltenen Verträge.²³⁵ Dennoch ist mit dieser Gesetzesänderung eine entscheidende Weiche für die Zukunft gestellt, denn das Gesetz hält fest, „dass im Falle einer Übertragung von Aufgaben der öffentlichen Daseinsvorsorge an Private die entsprechenden Verträge [...] zu veröffentlichen sind.“²³⁶

Im Jahr 2011 kam es schließlich zu einem Volksentscheid, bei dem 98,2 Prozent der WählerInnen (Beteiligung 27,5 Prozent) für eine Offenlegung aller Verträge in Bezug auf den Teilverkauf der Berliner Wasserbetriebe und mehr Transparenz im Umgang mit dem Verkauf öffentlichen Eigentums stimmten.²³⁷ Etwa zeitgleich veröffentlichte das Kartellamt die vorläufigen Ergebnisse der kartellrechtlichen Überprüfung der Wasserpreise. Demnach war der Wasserpreis in Berlin im Vergleich zu anderen deutschen Millionenstädten um 50 Cent pro m³ überhöht. 2012 erließ das Kartellamt schließlich eine Preissenkung des Trinkwasserpreises um 18,2 Prozent.²³⁸

Bereits im November 2010 hatte sich RWE bereit erklärt, ihre Anteile an den Berliner Wasserbetrieben dem Land zu verkaufen. Begründet wurde dieser Entschluss mit der Konzentration des Unternehmens auf sein Kerngeschäft im Bereich der Stromerzeugung und Stromnetze. Nach einem ersten Angebot der RWE von 844 Mio. Euro, einigte man sich nach längeren Verhandlungen im Juli 2012 auf einen Rückkaufpreis von rund 650 Mio. Euro.²³⁹

Ein Problem blieb: Solange Veolia noch Anteile hielt, blieb die Konstruktion als Holding erhalten „und damit alle in der Kritik stehenden Regelungen wie die garantierte Verzinsung und die Ausgleichspflicht des Landes.“²⁴⁰ Um dieses Problem zu lösen, musste das Land/die Stadt Berlin wieder alleiniger Eigentümer der Berliner Wasserbetriebe sein. Am 15. Juni 2013 beauftragte der Berliner Senat den Finanzsenator mit den Vertragsverhandlungen zum Rückkauf der Veolia-Anteile. Mitte September 2013 konnte man sich mit Veolia über eine Rückkaufsumme von 590 Mio. Euro (zuzüglich 12 Mio. Euro allfälliger Zahlungen und anteiliger Gewinn- und Zinsansprüche) einigen.²⁴¹ Die vollständige Rekommunalisierung erfolgte mit der Vertragsunterzeichnung am 2. Dezember 2013.²⁴²

Finanziell war die Teilprivatisierung für die Stadt Berlin ein schlechtes Geschäft. Die privaten



Anteilseigner haben allein zwischen 1999 und 2009 einen Gewinn von 784 Mio. Euro erzielt, außerdem weitere Einnahmen durch die Kapitalherabsetzung im Jahr 2008 von 263 Mio. Euro erwirtschaftet. Diesen (insgesamt) 1,047 Mrd. Euro stehen ein Zinsersparnis des Landes Berlin von 620 Mio. Euro gegenüber. Diese hätte das Land aufbringen müssen, hätte sie den Verkaufserlös von 1,63 Mrd. Euro durch einen Kredit finanzieren müssen.²⁴³

Die Privatisierung der BWB ist eines der vielen abschreckenden Beispiele für die Beteiligung privater Akteure im Bereich der Daseinsvorsorge.²⁴⁴ „Die Auseinandersetzung um Teilprivatisierung und Rekommunalisierung der BWB [...] zeigt beispielhaft, wie Kommunen unter dem Druck der Finanznot fatale Privatisierungsentscheidungen treffen, sich durch einen verengten Blick auf kurzfristig erzielbare hohe Privatisierungserlöse nachhaltiger und größerer Finanzierungsmöglichkeiten begeben und wie Public-Private-Partnership-Modelle die Kommune des Einflusses und der Gestaltungsmöglichkeiten auf Unternehmen der Daseinsvorsorge berauben.“²⁴⁵

Der Rückkauf war ein langwieriger Prozess. Mittlerweile gibt es aber keine Zweifel mehr an den positiven Effekten der Rekommunalisierung. Im Jahr 2005 war der Berliner Wasserpreis noch einer der höchsten in Deutschland. Seit damals sind die Wasserpreise im deutschen Durchschnitt um mehr als 25 Prozent gestiegen, während im gleichen Zeitraum in Berlin durch die Rekommunalisierung die Wasserpreise um fast 20 Prozent gesenkt wurden. War in Berlin der Kubikmeter Wasser 2005 mit 2,07 Euro noch einer der teuersten in Deutschland, ist der Tarif im Jahr 2018 mit 1,69 Euro unter den günstigsten Deutschlands.²⁴⁶

Die günstigen Wasserpreise in Berlin wurden unter anderem durch einen Gewinnverzicht möglich, den die Stadt Berlin als neuer Eigentümer 2014 beschloss. Bis mindestens 2019 werden alle Einnahmen direkt ins Unternehmen reinvestiert. Das ermöglicht Modernisierungen, die einen effizienteren Betrieb und bessere Wasserqualität sichern. Um eine halbe Milliarde Euro bekommen etwa die sechs Berliner Klärwerke eine zusätzliche Klärstufe, die für eine noch bessere Reinigung des Abwassers von Giftstoffen sorgen wird. Insgesamt sollen in den nächsten fünf Jahren 2,3 Milliarden Euro für die Modernisierung des Netzes ausgegeben werden. Laut Berliner Wasserbetrieben sind all diese Investitionen bereits eingepreist – ohne Wasserpreiserhöhung bis 2021.²⁴⁷

Paris



KEY FACTS

-  Veolia, Suez
-  Eau de Paris
-  2010
-  Reinvestition der Gewinne ins Unternehmen
-  Verbesserte Arbeitsbedingungen für die MitarbeiterInnen



Die französische Hauptstadt Paris ist für die Wasserversorgung von rund 2,2 Mio. EinwohnerInnen verantwortlich. Im Jahr 1984 hatte die konservative Mehrheit im Pariser Stadtsenat unter Führung von Jacques Chirac die Wasserversorgung (operativer Betrieb, Wartung, Investitionen) an die zwei größten privaten Wasserversorger Frankreichs vergeben: Veolia und Suez. Während die Veolia-Tochter Compagnie des eaux de Paris (CEP) für den Stadtteil nördlich der Seine verantwortlich war, erhielt die Tochterfirma von Suez, Eau et Force (EF) die Kontrolle über den südlichen Teil der Stadt, links der Seine. Der Konzessionsvertrag wurde über eine Laufzeit von 25



Jahren geschlossen. Drei Jahre später, im Jahr 1987, erfolgte die Teilprivatisierung der städtischen Wasserwerke, wobei Suez und Veolia jeweils 14 Prozent der neuen Betreiberfirma SAGEP erwarben. Der Rest der Anteile verblieb im Besitz der Stadt Paris (70 Prozent) bzw. der staatsnahen französischen Investitionsbank (CDC, 2 Prozent).

Das Hauptmotiv für die Privatisierung waren die dringend notwendigen Investitionen in das Versorgungsnetz, die das kommunale Haushaltsbudget massiv belastet hätten. Die privaten Unternehmen kamen den getroffenen Vereinbarungen jedoch nicht ausreichend nach und investierten in den ersten Jahren kaum in die Infrastruktur. So hat sich der Anteil der Rohrbrüche, der im Jahr 1985 noch bei 22 Prozent lag, bis 2003 nur auf 17 Prozent reduziert. Erst auf massiven Druck der Stadt Paris haben Suez und Veolia ihr Investitionsvolumen erhöht, so dass der Anteil der Rohrbrüche im Jahr 2009 auf 3,5 Prozent gesenkt werden konnten. Im Gegenzug kam es allerdings zu einer deutlichen Verteuerung der Wasserpreise. Von 1985 bis 2009 nahm der Preis pro Kubikmeter Wasser um 265 Prozent zu, die Inflation betrug im selben Zeitraum allerdings nur 70,5 Prozent. Die Kunden spürten diesen Preisanstieg durch deutliche Preissprünge alle drei Monate.²⁴⁸

Ein Problem war das intransparente Vorgehen von Veolia und Suez. Die zwei privaten Firmen teilten die anstehenden Arbeiten untereinander ohne Kontrolle durch die Stadt Paris auf.²⁴⁹ „There was a serious lack of financial transparency, and no control over any work that was carried out.“²⁵⁰ Die Entwicklung zeigt, dass „the simplistic idea that the private sector is naturally better equipped to manage urban water systems was proven wrong in Paris, where a private duopoly by powerful companies was operating at the expense of the residents of the city.“²⁵¹

Im Jahr 2001 verkündete der neu gewählte Pariser Bürgermeister Bertrand Delanoë (Parti socialiste) das Ziel, dass die öffentlichen Dienstleistungen wieder stärker durch die kommunale Hand kontrolliert werden sollten. In einem Beschluss des Stadtsenates im Jahr 2007 bekannte sich die Stadt zur vollständigen Verantwortung für die Wasserversorgung (vom operativen Betrieb bis hin zum Netzausbau). Um dieser Verpflichtung nachkommen zu können, wurde die kommunale Betreibergesellschaft Eau de Paris (EP) gegründet. Nach Ende der regulären Verträge mit Veolia und Suez übernahm die Stadt Paris mit 1. Januar 2010 die Wasserversorgung wieder selbst.²⁵²

Eau de Paris ist eine halb-autonome Körperschaft, bei der alle operativen Entscheidungen vom Stadtsenat bestätigt werden müssen. „Ein partizipatives Kontrollgremium, ‚L’Observatoire parisien de l’eau‘, in dem Vereine des Verbraucher- und Umweltschutzes und unabhängige Wissenschaftler vertreten sind, sichert, vorerst mit beratender Funktion, die demokratische Kontrolle.“²⁵³ Dadurch kann der Einfluss der Stadt auf das operative Geschäft sichergestellt werden.

Im Zuge des Übergangs von privater zu kommunaler Versorgung konnten beträchtliche Einsparungen erzielt werden. Der Wegfall der Konzessionszahlungen von 35 Mio. Euro sowie ein einheitlicher Aufbau von EP (Vereinheitlichung von drei verschiedenen Führungsebenen zu einer) führten zu Kostenreduktionen.²⁵⁴ Diese Einsparungen ermöglichten es, den Wasserpreis im Jahr nach der Rekommunalisierung erstmals wieder zu senken. So konnte der Wasserpreis je Kubikmeter für Privatverbraucher im Jahr 2011 um immerhin 8 Prozent reduziert werden. Seitdem stieg der Wasserpreis durch die zunehmenden Kosten der Abwasseraufbereitung auf derzeit 3,49 Euro.²⁵⁵ Die steigenden Kosten der Abwasseraufbereitung sind allerdings kein für Paris spezifisches Problem, sondern betreffen die meisten Wasserdienstleister in Frankreich und Europa.²⁵⁶

Durch die Rekommunalisierung werden die Gewinne nun wieder in das Unternehmen investiert. Dadurch ist eine langfristige Planung der Investitionen möglich, was die Qualität der Wasserversorgung insgesamt verbessert. Bei der Rekommunalisierung wurde auch auf die Bedürfnisse der MitarbeiterInnen Rücksicht genommen. In einem sechs Monate dauernden Prozess wurde mit



VertreterInnen aller zuvor involvierten Firmen (Suez, Veolia, MitarbeiterInnen der Stadt und von Eau de Paris) eine Einigung über Gehaltsbezüge und Arbeitsbedingungen getroffen. Viele der Führungspositionen mussten allerdings mit externem Personal besetzt werden, da die Erfahrung im operativen Geschäft eines Wasserunternehmens durch die lange Privatisierungsphase fehlte.²⁵⁷

Budapest



KEY FACTS

-  RWE, Suez - teilprivatisiert
-  Fővárosi Vízművek Zrt
-  2012
-  Reibungsloser Wechsel von privatem zu öffentlichem Betreiber
-  Einsparung der „Servicegebühr“



Budapest ist mit 1,7 Mio. EinwohnerInnen die größte Stadt Ungarns. Im Jahr 1994 begannen die Verhandlungen über die Teilprivatisierung der Budapester Wasserwerke (Fővárosi Vízművek Zrt). Im Rahmen einer öffentlichen Ausschreibung erhielt 1997 ein Konsortium aus RWE und Suez den Zuschlag für eine Konzession über 25 Jahre. Für 56,60 Mio. Euro (16,5 Mrd. Forint) bekam das Konsortium einen Anteil von 25 Prozent plus einer Aktie. Weitere 1,4 Prozent der Anteile befanden sich im Besitz von Verwaltungen von Umlandgemeinden, die durch die Budapester Wasserwerke mitversorgt werden. 73,6 Prozent der Gesellschaft hielt die Stadt Budapest.²⁵⁸

Im Laufe der Zeit wurde Kritik an den beiden privaten Unternehmen laut. Ihnen wurde vorgeworfen, ihre dominante Marktposition auszunützen und überteuerte Preise für ihre Angebote zu verlangen. Der Wasserpreis ist zwischen 1997 und 2012, bereinigt nach Inflation und Kursverlust des Forint, um mehr als das Doppelte angestiegen. Die Wartung und Instandhaltung des Netzes wurden vernachlässigt. Aber mehr als 100 Mio. Euro an Erfolgsprämien sind an Suez und RWE geflossen.²⁵⁹

Im Jahr 2010 bekam Budapest mit Istvan Tarlos (Fidesz) einen neuen Oberbürgermeister, der bereits kurz nach seiner Wahl den Rückkauf der Anteile ankündigte. Im Frühjahr 2012 hat der Budapester Stadtrat schließlich den Rückkauf von 25 Prozent plus einer Aktie an den Budapester Wasserwerken beschlossen.²⁶⁰

Nach anfänglichen Streitigkeiten und monatelangen Verhandlungen über die Höhe der Verkaufssumme wurde im Mai 2012 eine vorläufige Vereinbarung zwischen der Stadt Budapest und den Anteilseignern RWE und Suez über den Rückkauf getroffen. Als Kaufpreis wurden etwa 52 Mio. Euro (15,1 Mrd. Forint) angegeben, also knapp weniger als man im Jahr 1997 für den Verkauf erhalten hatte. Als potenzielle Einsparungsmöglichkeit wurden vor allem die über 100 Mio. Euro an „Servicegebühren“ angeführt. Diese wären bis zum Vertragsende im Jahr 2022 von der Stadt an die beiden Unternehmen zu zahlen gewesen. Durch den Rückkauf entfallen diese Gebühren nun.²⁶¹



Nizza



KEY FACTS

-  Veolia
-  Eau d'Azur
-  2013

-  Reibungsloser Wechsel von privatem zu öffentlichem Betreiber
-  Senkung des Wasserpreises für KleinverbraucherInnen um 30%
-  Tarifierhöhung für Großverbraucher



Die südfranzösische Metropolregion Nizza besteht aus 42 Gemeinden und hat rund 540.000 EinwohnerInnen. Im Jahr 2013 kam es durch den Beschluss, die Wasserversorgung erstmals seit ihrer Errichtung im Jahr 1864 unter öffentliche Verwaltung zu stellen, zu einem historischen Kurswechsel. Seit dem 19. Jahrhundert war Veolia für die Wasserversorgung verantwortlich. Der letzte Vertrag zwischen den Gemeinden und Veolia wurde 1952 abgeschlossen.²⁶²

Nizza hat in den vorangegangenen Jahren bereits Erfahrungen mit Rekommunalisierungen gesammelt. So holte die Stadt das öffentliche Nahverkehrssystem, das Schulkantinentensystem, ein Schwimmbad, das Jazzfestival und einen landesweit bedeutenden Agrarmarkt zurück in öffentliche Verantwortung.²⁶³ Der Weg der Kommunalisierung sollte nach den guten Erfahrungen nun auch bei der Wasserversorgung beschritten werden.


Die treibende Kraft hinter der Rekommunalisierung war der Präsident der Metropolregion und Nizzaer Bürgermeister Christian Estrosi mit seiner konservativen Stadtregierung. Bereits im Jahr 2008 kommunalisierten drei kleinere Gemeinden der Metropolregion ihre Wasserversorgung. In Nizza kämpfte die Stadtverwaltung schon länger mit überhöhten Wasserpreisen von Veolia. Durch Verhandlungen mit Veolia gelang es der Stadt, den Wasserpreis zwischen 2009 und 2013 sukzessive um 30 Prozent zu senken. Zudem bestand in der Metropolregion der Wunsch nach einer Stärkung territorialer Solidarität. Vor allem in den ländlich-alpinen Gebieten, wo die Kontrolle über Wasser ein sehr sensibles Thema ist, war die Nachfrage nach einer öffentlichen Verwaltung des Wassers groß. Die Rekommunalisierung in der Metropolregion Nizza war also in erster Linie eine politische Entscheidung, die nicht nur größere Kontrolle über die Wasserversorgung schaffen, sondern auch den spezifischen versorgungstechnischen Herausforderungen der Region gerecht werden sollte.²⁶⁴

Für die Umsetzung des Vorhabens wurde 2013 das öffentliche Unternehmen Eau d'Azur gegründet. Schrittweise ließen 42 der insgesamt 49 Gemeinden der Metropolregion die Verträge mit privaten Firmen auslaufen und übertrugen die Wasserversorgung Eau d'Azur. Die Stadt Nizza, die bei weitem einwohnerstärkste Kommune der Region trat im Jahr 2015 bei. Das Unternehmen Eau d'Azur führte ein neues, sozialeres Preissystem ein. Der Wasserpreis für KleinverbraucherInnen wurde um weitere 30 Prozent gesenkt. Um den Gesamtumsatz stabil zu halten wurden die Preise für Großverbraucher (z.B. Hotels) erhöht.²⁶⁵







In der Metropolregion Nizza verlief der Wechsel von privater zu öffentlicher Wasserversorgung reibungslos. Veolia wurde öffentlich von der Politik nicht angeprangert. Es wurden sogar Verträge über Teilbereiche der Wasserversorgung mit Veolia geschlossen, bis Eau d'Azur ganz eigenständig agieren kann. Veolia hat den Wechsel ohne öffentlichen Widerstand akzeptiert.²⁶⁶




Montpellier



KEY FACTS

-  Veolia
-  Régie des Eaux de la Métropole de Montpellier
-  2016
-  BürgerInneninitiative hat Rekommunalisierung vorangetrieben
-  Senkung des Wasserpreises um 10%
-  Sanierung der Infrastruktur



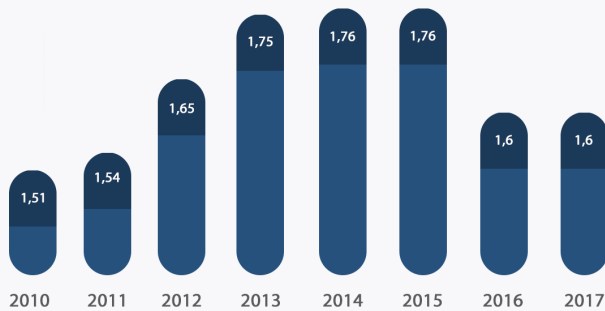
Montpellier ist eine südfranzösische Stadt an der Mittelmeerküste mit rund 280.000 EinwohnerInnen. Im Jahr 1989 wurde die Trinkwasserversorgung von Montpellier für 25 Jahre an Veolia übertragen. Mit dem von Veolia entrichteten Eintrittsgeld errichtete die Stadt ein neues Kongresszentrum, ein Prestigeprojekt des damaligen Bürgermeisters.²⁶⁷

Infolge der Privatisierung stieg der Wasserpreis. Veolia konnte durch überhöhte Tarife das Dreifache der Einmalzahlung einnehmen.²⁶⁸ Zudem wurde kritisiert, dass Veolia zu wenig auf die Nachhaltigkeit bei der Wasseraufbereitung achtete und die Qualität der Wasserversorgung vernachlässigt wurde.²⁶⁹ Diese Probleme führten zu starkem zivilgesellschaftlichem Engagement für eine Rückübertragung der Wasserversorgung und zur Gründung der BürgerInneninitiative Eau Secours 34.²⁷⁰ Trotz großem Engagement der BürgerInnenbewegung reagierte die Politik verhalten. Erst im Jahr 2014 machte der linksgerichtete, parteiunabhängige Bürgermeisterkandidat Philippe Saurel die Wasserversorgung zu einem seiner zentralen Wahlkampfthemen.

Nach gewonnener Wahl wollte er die Rekommunalisierung der Wasserversorgung in die Tat umsetzen. Veolia versuchte dies mit dem Angebot einer 50-prozentigen Preisreduktion zu verhindern.²⁷¹ Die Frage, warum eine solche Preisreduktion nicht früher möglich war, blieb unbeantwortet.²⁷² Der Gemeinderat beschloss (mit 77 Ja-Stimmen und 14 Enthaltungen) trotzdem die Rekommunalisierung, die mit 1. Jänner 2016 rechtskräftig wurde.²⁷³

Im Jahr 2015 wurde die Régie des Eaux de la Métropole de Montpellier gegründet, die ab 2016 die Wasserversorgung der Stadt übernahm. Die Zusammensetzung des Verwaltungsrats (14 gewählte Mitglieder, 4 RepräsentantInnen der Zivilgesellschaft (einschließlich Eau Secours 34) und ein/e ExpertIn) zeigt die partizipative Vorgehensweise. Um die Wasserversorgung noch demokratischer zu gestalten, folgte die Gründung des Observatoire Montpellier Métropole (OMME) de l'Eau (OMME). Diese Kontrollinstitution besteht aus vier Teilen: gewählte Mitglieder, Institutionen, VerbraucherInnen und ForscherInnen. Die OMME dient dazu, die Verantwortlichen für die Wasserversorgung zu beraten und eine breitere Partizipation zu gewährleisten.²⁷⁴

Der Wasserpreis wurde nach der Rückübertragung wie angekündigt um 10 Prozent gesenkt.²⁷⁵ Eine größere Tarifsenkung wäre möglich gewesen, doch mussten die stark vernachlässigte Infrastruktur saniert und Investitionen für die Zukunft getätigt werden. 14 Trinkwasserbecken wurden für insgesamt 3,4 Mio. Euro saniert und eine Wasseraufbereitungsanlage für 25 Mio. Euro errichtet.²⁷⁶ Diese Investitionen zeigen die Stärke öffentlicher Unternehmen, die zukunftsorientiert arbeiten und nicht an kurzfristige Gewinninteressen der AnteilseignerInnen gebunden sind. Auch wenn weitere große Investitionen in die vernachlässigte Infrastruktur nötig sind, zeigt die Rekommunalisierung der Wasserversorgung in Montpellier, dass sich langjähriges Engagement von Zivilgesellschaft und progressiven PolitikerInnen auszahlt.

**MONTPELLIER: TRINKWASSERPREIS (pro m³)**

Q: Eau France: Services

Terrassa**KEY FACTS**

- Mina d'Aigües de Terrassa S.A.
- Terrassa Cicle de l'Aigua
- 2018
- Starke BürgerInneninitiative
- Demonstration mit 4.000 TeilnehmerInnen



Terrassa ist eine spanische Stadt in Katalonien mit 217.000 EinwohnerInnen. Im Jahr 1941 hat die Stadt die Wasserversorgung für 75 Jahre (also bis 2016) an Mina d'Aigües de Terrassa S.A. vergeben. Das Unternehmen gehört zu 35 Prozent der Agbar Group (Tochtergesellschaft von Suez).²⁷⁷

In Terrassa bildeten sich, aufgrund der überhöhten Wasserpreise, eine Reihe von Bewegungen, Organisationen und Einzelakteure der Zivilgesellschaft heraus, die sich 2014 zur Taula de l'aigua de Terrassa (Wassertisch Terrassa) zusammenschlossen.²⁷⁸ Die Initiative setzt sich für eine Rekommunalisierung der Wasserversorgung ein, von der sie sich mehr Kontrolle durch die BürgerInnen und eine ökologische höhere Nachhaltigkeit erwarten.²⁷⁹ Die im Jahr 2017 von Taula de l'Aigua organisierte Demonstration für die Rückkehr des Wassers in öffentliche Hand, an der 4.000 Menschen teilnahmen, erregte überregionale Aufmerksamkeit.

Vor dem Auslaufen des Konzessionsvertrages begann die Stadtverwaltung ihre Möglichkeiten für die zukünftige Erbringung der Wasserversorgung zu prüfen. Die Stadt trat in einen enttäuschend verlaufenden Dialog mit Mina d'Aigües de Terrassa. Das Unternehmen weigerte sich Informationen (z.B. Kostenaufschlüsselungen) bereitzustellen.²⁸⁰ Darüber hinaus legte Mina Berechnungen vor, wonach die Übernahme der Wasserversorgung der Stadt 60 Mio. Euro und nicht wie von der Stadt angegeben 2 Mio. Euro kosten soll. Zu guter Letzt versuchte das private Unternehmen zu einer Mischform von privaten und öffentlichen Management zu überzeugen.²⁸¹

Trotz dieser Schwierigkeiten wurde am 22. März 2018, dem Internationalen Tag des Wassers, im Stadtparlament mit 20 zu 7 Stimmen für die Rekommunalisierung der Wasserversorgung gestimmt. Das kommunale Unternehmen Terrassa Cicle de l'Aigua, EPEL (Entidad Pública Empresarial) hat am 10. Dezember 2018 die Wasserversorgung von Terrassa übernommen.²⁸²



Potsdam



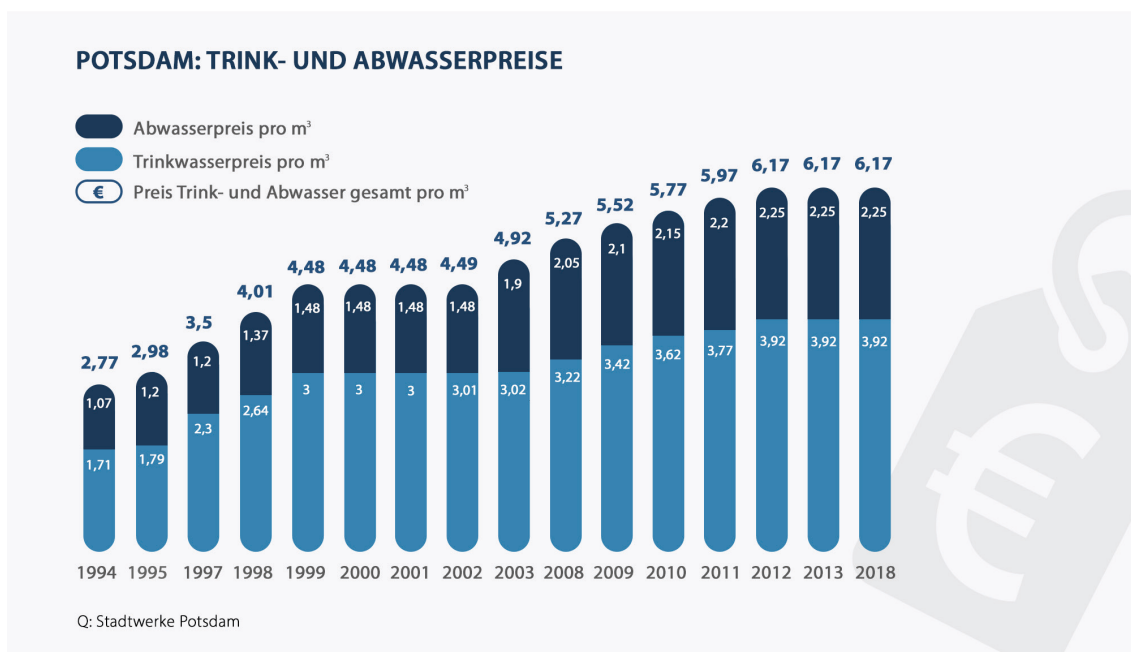
KEY FACTS

- Eurawasser (Tochter von Suez und Thyssen Krupp)
- Wasserwerke Potsdam GmbH
- 2000
- Teilprivatisierung hat Einfluss der Stadt minimiert
- Rekommunalisierung trotz komplizierter Verträge
- Wassertarif in den letzten Jahren stabil



Die deutsche Stadt Potsdam südwestlich von Berlin im Bundesland Brandenburg hat ca. 172.000 EinwohnerInnen. Im Zuge des allgemeinen Privatisierungsbooms in der ehemaligen DDR in den 1990er-Jahren hat sich die Stadt zur Teilprivatisierung der Wasserver- und Abwasserentsorgung entschlossen. Am 17. Dezember 1997 stimmten die Stadtverordneten von Potsdam einer Kooperation mit Eurawasser, einem Tochterunternehmen der beiden Großkonzerne Thyssen Krupp und Suez, zu. Eurawasser kaufte 49 Prozent der Wasserbetriebe Potsdam GmbH zu einem Kaufpreis von etwa 85 Mio. Euro. Die Geschäftsführung ging dabei faktisch an Eurawasser über.²⁸³

Die Motive waren die gleichen wie in anderen Städten auch: „Entlastung des Haushalts, Anlockung privater Investoren, Flexibilisierung der Personalstrukturen, Erschließung privaten Know-hows und privater Innovationskraft, Gewährleistung sicherer Wasserver- und Abwasserentsorgung, Kostenminimierung, Verbesserung der Servicequalität usw.“²⁸⁴ Die Erwartungen konnten jedoch nicht erfüllt werden: Die Folgen waren Preiserhöhungen, Personalabbau und ein geringerer Einfluss der Stadt auf das Unternehmen.²⁸⁵



Die Entwicklung der Wasserpreise war ein wesentlicher Grund für das baldige Ende der Public Private Partnership. Im Jahr 1997 betrug der Gesamtpreis für Trink- und Abwasser noch 3,49 Euro/m³. Im Jahr der Teilprivatisierung 1998 stieg er auf 4,01 Euro/m³ und 1999 auf 4,49 Euro/m³. Das entsprach einer Preissteigerung von 29 Prozent. Für das Jahr 2000 war eine Erhöhung auf



5,19 Euro/m³ geplant und „für das Jahr 2017 wiesen die von Eurawasser vorgelegten Unterlagen eine Gesamtgebühr für Trink- und Abwasser von²⁸⁶ 8,36 Euro aus. Das hätte einen Anstieg der Wassergebühren um 140 Prozent im Vergleich zu 1997 bedeutet.

Eurawasser versuchte sich schließlich über Vereinbarungen der gleichberechtigten Partnerschaft hinwegzusetzen. Im Jahr 1999 kam es zu einem folgenschweren Konflikt, als sich der neue städtische Geschäftsführer weigerte, Vorhaben zuzustimmen, die zum Nachteil der Stadt gewesen wären. „Dies betraf unter anderem Beschlüsse über Auftragsvergaben zu Gunsten von Eurawasser und die Verbuchung von Ausgaben: Eurawasser hatte ein Interesse daran, Ausgaben nicht als Betriebskosten, sondern als Investitionen auszuweisen, da diese allein von der Stadt hätten getragen werden müssen.“²⁸⁷


Die Stadt begann hinter verschlossenen Türen eine Rekommunalisierung vorzubereiten. Dies dauerte aufgrund der komplizierten Vertragskonstruktion fünf Monate. Dabei kam folgendes ans Licht: Der Kaufpreis von 85 Mio. Euro wurde bei der Privatisierung gar nicht von Eurawasser bezahlt, sondern „über eine Forfaitierung von einer Bank eingebracht, als Gegenleistung erhielt die Bank Anspruch auf Einnahmen aus den Wassergebühren über eine Laufzeit von mehr als 20 Jahren.“²⁸⁸ Die Stadt, die bisher den Rückkaufpreis nur schwer hätte aufbringen können, kam zu dem Schluss, dass sie nichts für einen Rückkauf zu zahlen hat.

„Die tatsächliche Rekommunalisierung erfolgte dann für Eurawasser überraschend auf der Sitzung der Gesellschafterversammlung des Wasserbetriebs am 19.6.2000.“²⁸⁹ Eurawasser war überumpelt, protestierte zunächst und stellte schließlich Regressforderungen. Anfang des Jahres 2001 konnte man sich nach diversen Gesprächen einigen. Es kam zu einem Vergleich, „der Eurawasser in einer geschätzten Höhe von [...] rund 12,8 Millionen Euro [...] eine finanzielle Entschädigung zusprach.“²⁹⁰ Die Stadt Potsdam wurde wieder alleiniger Eigentümer der Stadtwerke Potsdam GmbH.²⁹¹






Potsdam ist es durch geschicktes Agieren gelungen, eine Rekommunalisierung einzuleiten, denn „eine Stadt [kann sich] trotz eines komplizierten und zu ihren Lasten gestrickten Vertragswerks gegen einen privaten Investor wehren.“²⁹² Die negativen Effekte der Teilprivatisierung waren jedoch nicht mehr abzuwenden. Der Hauptgrund für die Rekommunalisierung waren die hohen prognostizierten Wasserpreise, die jedoch auch nach der Rekommunalisierung bestehen blieben. Die Rekommunalisierung konnte die Erwartungen in diesem Fall nicht erfüllen, denn die „Hauptursache der Preissteigerung liegt in der Forfaitierungsfinanzierung, die im Ergebnis eine teure Kreditaufnahme für die Stadt darstellt, deren Tilgung über die Gebühren von den WassernutzerInnen zu tragen sind.“²⁹³ Die Preise sind deshalb auch nach der Rekommunalisierung gestiegen, wenn auch nicht in dem Ausmaß wie zur Zeit der Public-Private-Partnership von Eurawasser prognostiziert. Der Wasserpreis wurde bis zum Jahr 2012 um 52 Prozent erhöht, jener des Abwassers um 31 Prozent. Seit 2012 konnten die Tarife jedoch stabil gehalten werden und liegen 2018 noch auf demselben Niveau.²⁹⁴ Die Erhöhung liegt damit klar unter den 140 Prozent, die Eurawasser in ihren Unterlagen für das Jahr 2017 vorgesehen hatte. Trotzdem verlangt Potsdam bis heute deutschlandweit eine der höchsten Wassergebühren von ihren KundInnen.²⁹⁵




Grenoble



KEY FACTS

-  COGESE (Tochterfirma Suez)
-  Régie des Eaux de Grenoble
-  2000
-  starke BürgerInneninitiative
-  Stabilisierung der Wasserpreise



Grenoble ist eine Stadt im Südosten Frankreichs und hat derzeit etwa 160.000 EinwohnerInnen. Im November 1989 vergab die konservative Stadtregierung, unter maßgeblichem Einfluss des damaligen Bürgermeisters Alain Carignon, die Wasserver- und Abwasserentsorgung der Stadt an COGESE (Compagnie de Gestion des Eaux du Sud-Est), einer Tochterfirma von Suez. Die Konzession hatte eine Laufzeit von 25 Jahren und wurde gegen den Widerstand von Zivilgesellschaft, politischer Opposition und Gewerkschaften vergeben.²⁹⁶

Der Konzessionsvertrag übertrug COGESE den Betrieb der Wasserversorgung, die Infrastruktur blieb formal in öffentlicher Hand. Die Vertragskonstruktion enthielt dabei für die private Seite vorteilhafte Bedingungen. So musste COGESE den Preis für die Betriebsrechte in der Höhe von 23 Mio. Euro (150 Mio. Francs) nicht sofort, sondern über einen Zeitraum von 15 Jahren bezahlen. Dadurch schmälerte sich der Privatisierungserlös für die Stadtkasse wesentlich. Die Kosten für die Betriebsrechte wurden zudem über höhere Wasserpreise auf die KonsumentInnen abgewälzt. Als profitabel erwies sich für das Unternehmen außerdem die Vergabe lukrativer Aufträge an andere Teile des Suez-Konzerns. Der lokale Rechnungshof bezifferte den Schaden dieser Geschäftspraktiken damals mit knapp einer Milliarde Franc (ca. 150 Mio. Euro).²⁹⁷

Mitte der 1990er-Jahre wurden die Hintergründe der Privatisierung bekannt, die zu einem Aufruhr in Politik und Bevölkerung führten. Der Bürgermeister Alain Carignon, der den Deal eingefädelt hatte, war für seine Mühe von COGESE entsprechend entlohnt worden: Er erhielt Wahlkampfunterstützung, Freiflüge, eine Wohnung und andere Geschenke im Wert von 2,7 Mio. Euro.²⁹⁸ Sowohl der Bürgermeister als auch die verantwortlichen Manager wurden wegen Korruption und Bestechung zu mehrjährigen Haft- und Geldstrafen verurteilt. An dem Deal selbst änderte das jedoch nichts.

Im Jahr 1995 verloren die Konservativen, auch aufgrund der Korruptionsaffäre, bei den Kommunalwahlen die Mehrheit und eine Mitte-Links Koalition übernahm die Stadtregierung. Einer ihrer Schwerpunkte war die Rückgewinnung der öffentlichen (Dienst-)Leistungen, insbesondere der Wasserversorgung. „Aus Angst vor befürchteten Entschädigungszahlungen wurde die Rekommunalisierung vom neuen Stadtsenat zuerst jedoch nur zaghaft angegangen.“²⁹⁹ Im Jahr 1996 die Société des Eaux de Grenoble (SEG) als neuer öffentlich-privater Wasserversorger gegründet. Die Stadt behielt 51 Prozent des Unternehmens, die restlichen 49 Prozent wurden an Suez vergeben. Das operative Geschäft wurde an eine Tochterfirma der Suez, SGEA (Société Grenobloise de l'Eau et de l'Assainissement) ausgelagert.³⁰⁰ „Auch übernahm die Stadt 30 Mio. Franc (4,6 Mio. Euro) Schulden der COGESE, stimmte einer disproportionalen Gewinnverteilung und der Übernahme von Verlusten der SGEA zu, die vor allem aus weiteren Subcontaining-Verträgen dieser Gesellschaft mit anderen Suez-Töchtern resultierten.“³⁰¹ Außerdem wurden dem Unternehmen Veto-Rechte in maßgeblichen Entscheidungen eingeräumt. Das Ergebnis dieser öffentlich-privat-




ten Gesellschaft war: Keine Wasserpreissenkung und noch höhere Profite für Suez.

Zur vollständigen Rekommunalisierung der Wasserversorgung kam es schließlich im Jahr 2000. Die Kehrtwende brachte eine Reihe von Gerichtsentscheiden (die Annullierung der mit COGESE geschlossenen Konzessionsverträge wegen Korruption, Erklärung der Illegalität der Tarifgestaltung von COGESE, Annullierung der Entscheidung der Überführung der Wasserversorgung in die öffentlich-private SEG), begleitet von der Kampagne einer BürgerInneninitiative (Eau secours). Dies führte letztlich zu einem Kurswechsel des Stadtsenates, der am 20. März 2000 beschloss, die Wasserversorgung zu rekommunalisieren.³⁰²






Der Betrieb der Wasserwerke und die Infrastruktur werden nun durch eine autonome Gesellschaft öffentlichen Rechts im Besitz der Stadt Grenoble abgewickelt (Régie des Eaux de Grenoble). Der operative Betrieb der Abwasserklärwerke wurde an einen Verband kommunaler Unternehmen in der Region Grenoble vergeben.³⁰³


Die Rekommunalisierung in Grenoble ist ein Vorbild für den Einsatz der Zivilgesellschaft. Die BürgerInneninitiative hat die Bevölkerung aufgeklärt, informiert und mit Lobbying aktiv auf eine Rekommunalisierung hingearbeitet. Und der Erfolg der Rekommunalisierung blieb nicht aus: „Die neue Rechtsform hat zu einer Stabilisierung der Wasserpreise und zu einem deutlichen Anstieg der Investitionsleistungen geführt. Durch die Ersetzung von Fremdvergaben durch Eigenleistungen wurden Kosten eingespart, und das Unternehmen ist nicht mehr darauf ausgerichtet, Profite zu erwirtschaften.“³⁰⁴

Rekommunalisierung eines deutschen Wasserriesen: Gelsenwasser AG



KEY FACTS

-  E.ON (80,5%)
-  Gas und Wasser Westfalen GmbH
-  2003
-  Anteilseigner an deutschen Stadtwerken und Mitbesitzer von Stromnetzen
-  Zahlreiche nationale und internationale Beteiligungen



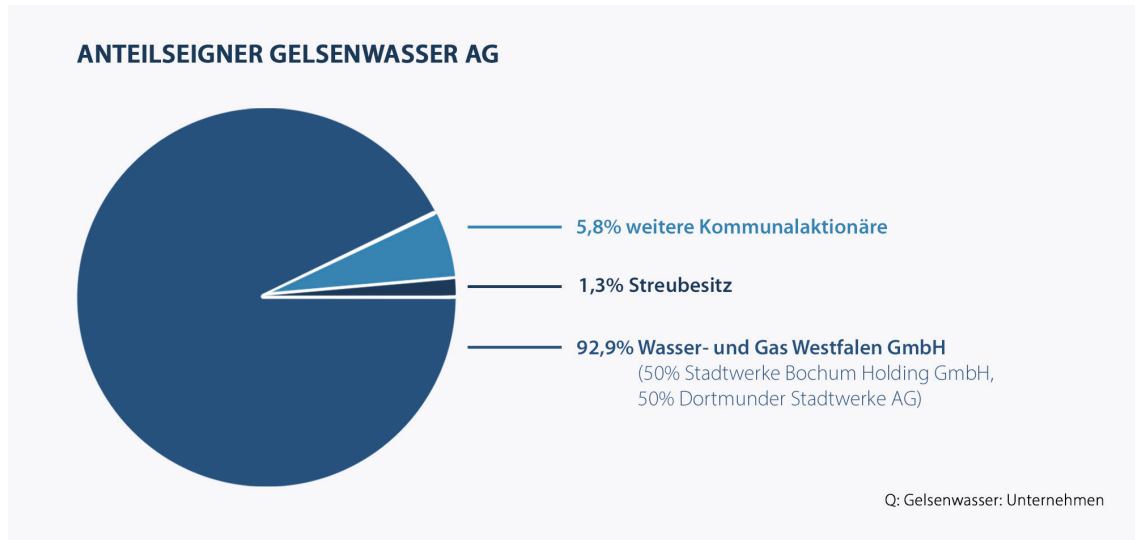
Die Gelsenwasser AG mit Sitz in Gelsenkirchen im Ruhrgebiet (250.000 EinwohnerInnen) wurde im Jahr 1887 unter dem Namen Wasserwerk für das nördliche westfälische Kohlenrevier gegründet, welches vor allem die Wasserversorgung der ehemaligen Kohlebergwerke in der Region sicherstellen sollte. Hervorgegangen aus einem industriellen Infrastrukturbetrieb, notierte das Unternehmen bereits 1895 an der Börse. Im Jahr 1891 wandelte sich das Unternehmen zum Regionalversorger. Das Unternehmen war stets ein Mischbetrieb aus privatem und öffentlichem Eigentum.³⁰⁵

Im Jahr 1973 wurde das Unternehmen zur Gelsenwasser AG umfirmiert. Durch die Betätigung des Unternehmens über seine ursprüngliche Wirkungsstätte hinaus, gehört der Konzern heute zu den größten Trinkwasserversorgungsunternehmen Deutschlands und ist auch international ein bedeutender Dienstleister für Wasser, Abwasser und Energie.³⁰⁶

Die E.ON AG war bis zum Jahr 2003 Mehrheitseigentümer der Gelsenwasser AG, musste ihre Mehrheitsanteile an Gelsenwasser jedoch verkaufen, um den angestrebten Kauf der Ruhrgas AG durchführen zu können. Um eine unlautere Marktverzerrung zu verhindern, wollte das Bundes-



kartellamt dem Kauf der Ruhrgas AG nur nach einem vorherigen Verkauf der Anteile an Gelsenwasser zustimmen.³⁰⁷ Mehrere nationale (Rethmann, Konsortium Mannheimer Versorger MVV und Hamburger Wasserwerke) wie internationale Konzerne (Veolia, Suez) zeigten Interesse an den Anteilen von E.ON.³⁰⁸ Den Zuschlag erhielten schließlich die Stadtwerke Bochum GmbH und die Stadtwerke Dortmund, die sich zur Gas und Wasser Westfalen GmbH formierten und E.ON ihre Anteile von 80,5 Prozent an Gelsenwasser für einen Preis von 835 Mio. Euro abkauften.³⁰⁹ Mittlerweile besitzen die beiden Stadtwerke 92,9 Prozent der Anteile an der Gelsenwasser AG, weitere 5,8 Prozent befinden sich in kommunaler Hand.³¹⁰



Der Kauf der Anteile durch die beiden finanziell angeschlagenen Kommunen war stark umstritten. In Bochum und Dortmund war die Finanzlage derart prekär, dass die beiden Städte ohne Genehmigung der Landesbehörden keine weiteren Ausgaben mehr tätigen durften. Möglich wurde der Deal durch die staatsnahe Westdeutsche Landesbank, die „als Führer eines Bankenkonsortiums den Kaufpreis zunächst vollständig über einen Kredit“ finanzierte. „Nach sechs Monaten sollen rund 40 Prozent des Darlehens abgelöst werden, Zinsen und Tilgungen für die gepumpten Millionen sollen aus den Gelsenwasser-Gewinnen bezahlt werden.“³¹¹

Heftige Kritik erntete der Deal bereits zu Beginn, denn die Gelsenwasser AG ist mehr als nur ein lokaler oder regionaler Versorgungsbetrieb. In Deutschland besitzt das Unternehmen zahlreiche Beteiligungen im Wasser-, Abwasser- und Energiesektor, ist Anteilseigner an Stadtwerken und Mitbesitzer von Stromnetzen. Zudem ist sie im Besitz einiger Tochterunternehmen und ist in mehreren deutschen Kommunen Konzessionsnehmer im Wasser- und Gassektor.

Beteiligungen von Gelsenwasser in Deutschland	
Wasserver- und Abwasserentsorgung	
GELSENWASSER Dresden Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Dresden	100%
GELSENWASSER Entwicklungsgesellschaft Dresden mbH, Dresden	100%
Stadtentwässerung Dresden GmbH, Dresden	49%
AWS GmbH, Gelsenkirchen	100%
GELSENWASSER Service GmbH, Hamburg	100%
Brauco Rohr- und Umweltservice GmbH & Co. Dienstleistungen KG, Berlin	25,10%
Brauco Rohr- und Umweltservice Ruhr GmbH, Bochum	80%
Brauco Rohr- und Umweltservice Ruhr GmbH, Bochum	20%
Westfälische Wasser- und Umweltanalytik GmbH, Gelsenkirchen	60%
Abwassergesellschaft Gelsenkirchen mbH, Gelsenkirchen	51%



GSW Wasser-plus GmbH, Kamen	50%
hertenwasser GmbH, Herten	50%
Wassergewinnung Essen GmbH, Essen	50%
Wasserversorgung Herne GmbH & Co. KG, Herne	50%
Wasserwerke Westfalen GmbH, Dortmund	50%
Westfälische Wasser- und Umweltanalytik GmbH, Gelsenkirchen	40%
WBDU Wasserbeschaffungsgesellschaft Duisburg mbH, Duisburg	50%
WMR Wasserbeschaffung und Energieerzeugung Mittlere Ruhr GmbH, Bochum	50%
Technische Werke Emmerich am Rhein GmbH, Emmerich am Rhein	49,90%
Hansewasser Ver- und Entsorgungs-GmbH, Bremen	49%
Intrapore GmbH, Essen	20%
Vertrieb/ Handel	
NGW GmbH, Duisburg	100%
WESTFALICA GmbH, Bad Oeynhausen	100%
Nahwärme Bad Oeynhausen-Löhne GmbH, Bad Oeynhausen	26%
energiehoch3 GmbH, Hamburg	100%
Netz/ Infrastruktur	
GELSENWASSER Energienetze GmbH, Gelsenkirchen	100%
NSG Netzservicegesellschaft Niederrhein mbH, Wesel	50%
Gasnetz Bad Oeynhausen GmbH & Co. KG, Bad Oeynhausen	49%
Gasnetz Löhne GmbH & Co. KG, Löhne	49%
MN Münsterland Netzgesellschaft mbH & Co. KG, Lüdinghausen	49%
MNG Stromnetze GmbH & Co. KG, Lüdinghausen	74,90%
Netzgesellschaft Espelkamp mbH & Co. KG, Espelkamp	49%
Netzgesellschaft Rehburg-Loccum mbH & Co. KG, Rehburg-Loccum	49%
NiersGasNetze GmbH & Co. KG, Kevelaer	49%
GELSENWASSER 5. Projektbeteiligungsgesellschaft mbH, Hamburg	100%
eBZ GmbH, Bielefeld	49%
Bodenmanagement Rhein-Herne GmbH, Herne	50%
GENREO - Gesellschaft zur Nutzung regenerativer Energien in Olfen mbH, Olfen	50%
GWM - Gesellschaft zur Weiterverwendung von Mineralstoffen mbH, Unna	50%
niceTaget GmbH, Gelsenkirchen	50%
Energiepark Styrumer Ruhrbogen GmbH, Mülheim an der Ruhr	49,90%
Windpark Hünxer Heide GmbH, Hünxe	33,33%
KGE - Kommunale Gasspeichergesellschaft Epe mbH & Co. KG, Gronau	25%
Trianel Gasspeicher Epe GmbH & Co. KG, Aachen	8,68%
Stadtwerke	
GELSENWASSER Magdeburg GmbH, Magdeburg	100%
Chemiepark Bitterfeld-Wolfen GmbH, Bitterfeld-Wolfen	94%
Städtische Werke Magdeburg GmbH & Co. KG, Magdeburg	19,33%
Stadtwerke – Altmärkische Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke GmbH Stendal, Stendal	37,45%
GELSENWASSER Stadtwerkedienstleistungs-GmbH, Hamburg	100%
Stadtwerke Zehdenick GmbH, Zehdenick	74,90%
Stadtwerke – Altmärkische Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke GmbH Stendal, Stendal	37,45%
Stadtwerke Eilenburg GmbH, Eilenburg	35%
Stadtwerke Eilenburg GmbH, Eilenburg	14%
Stadtwerke Delitzsch GmbH, Delitzsch	30,50%
Stadtwerke Holzminden GmbH, Holzminden	24,90%
Vereinigte Gas- und Wasserversorgung GmbH, Rheda-Wiedenbrück	100%
Gas- und Wasserversorgung Höxter GmbH, Höxter	50%



Stadtentwässerung Höxter GmbH, Höxter	100%
Netzgesellschaft Erwitte mbH & Co. KG, Erwitte	49%
Stadtwerke Geseke GmbH, Geseke	49%
Erdgasversorgung Schwalmatal GmbH & Co. KG, Viersen	50%
PVU Prignitzer Energie- und Wasserversorgungsunternehmen GmbH, Perleberg	50%
Stadtwerke Voerde GmbH, Voerde	50%
Stadtwerke Castrop-Rauxel GmbH, Castrop-Rauxel	49,90%
Gemeindewerke Finnentrop GmbH, Finnentrop	49%
Gemeindewerke Hünxe GmbH, Hünxe	49%
Stadtwerke Burg GmbH, Burg	49%
Stadtwerke Kaarst GmbH, Kaarst	49%
Stadtwerke Kalkar GmbH & Co. KG, Kalkar	49%
Stadtwerke Haltern am See GmbH, Haltern am See	25,10%
Stadtwerke Weißenfels GmbH, Weißenfels	24,50%
Stadtwerke Zeitz GmbH, Zeitz	24,50%
Stadtwerke Wesel GmbH, Wesel	20%
Stadtwerke Göttingen AG, Göttingen	1%

Für einen kommunalen Anbieter fragwürdig ist auch das Auslandsengagement des Unternehmens. So besitzt Gelsenwasser beispielsweise Beteiligungen an Wasserver- und Abwasserentsorgungsbetriebe in Tschechien und Frankreich, an Fernwärmeunternehmen in Tschechien oder an der Verwaltung kommunaler Wohnungsbestände in Tschechien. Löste dies schon bei der Rekommunalisierung deutscher Energieriesen heftige Kritik aus, so stellt sich die Situation bei einem kommunalen Wasserunternehmen noch einmal verschärft dar.

Beteiligung von Gelsenwasser im Ausland	
GELSENWASSER Projektgesellschaft mbH, Hamburg	100%
KMS KRASLICKÁ MĚSTSKÁ SPOLEČNOST s.r.o., Kraslice, Tschechische Republik	50%
TEREA Cheb s.r.o., Cheb, Tschechische Republik	50%
Przedsiębiorstwo Wodociągów i Kanalizacji w Głogowie sp. z o.o., Głogów, Polen	46%
CHEVAK Cheb, a.s., Cheb, Tschechische Republik	28%



26

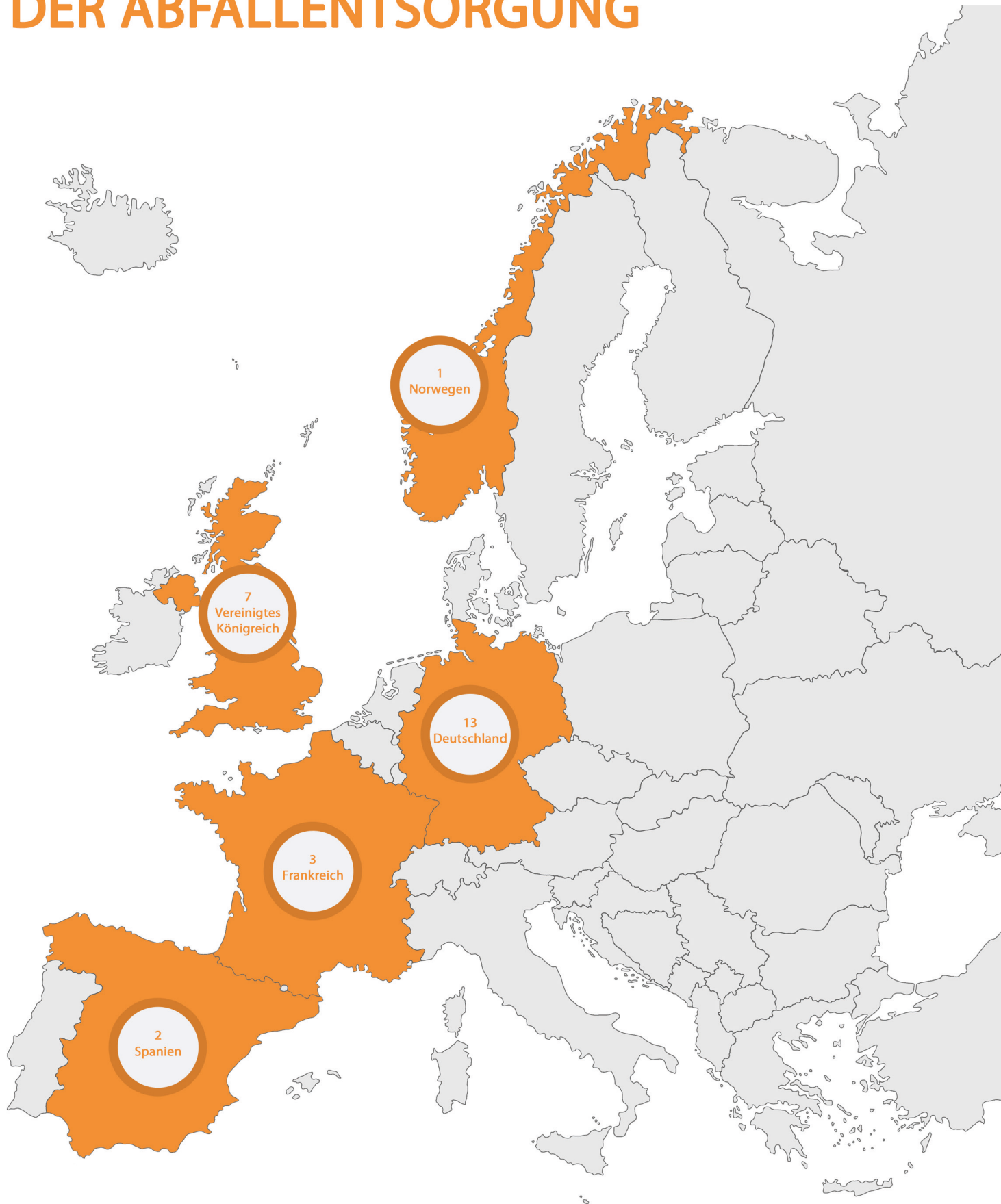
Rekommunalisierungen

5

L ä n d e r

TEIL 5

REKOMMUNALISIERUNG DER ABFALLENTSORGUNG



Zusammenfassung

Seit dem Jahr 2000 gab es 26 Rekommunalisierungen in der Abfallwirtschaft in Europa. Die Hälfte davon (13) fanden in Deutschland statt. Hier gibt es seit über einem Jahrzehnt einen zunehmenden Anteil kommunaler Erzeuger, der von 39% (2006) auf 56% (2018) gestiegen ist. Die meisten Rekommunalisierungen in Deutschland sind Fälle von interkommunaler Zusammenarbeit, da Entsorgungsaufgaben in vielen deutschen Bundesländern auf Ebene der Landkreise angesiedelt sind.

Die anderen Rekommunalisierungen entfallen auf Großbritannien, Frankreich, Spanien und Norwegen.



Liberalisierung und Privatisierung im Abfallsektor

Die Abfallwirtschaft wurde ebenso wie die Energie- und Wasserversorgung von der Privatisierungswelle erfasst. In den meisten EU-Mitgliedsstaaten ist die Abfallwirtschaft ähnlich organisiert: „Zumeist liegt die Kompetenz für die Hausmüllsammmlung bei den Gemeinden, die entweder selbst Sammel- und Entsorgungsbetriebe unterhalten oder private Unternehmen mit dieser Aufgabe betrauen.“³¹² Häufig kommt es zu einer organisatorischen Trennung bei Sammlung und Verwertung von Restmüll bzw. wiederverwertbaren Abfällen. Daher werden die Aufgaben oft zwischen öffentlichen und privaten Anbietern aufgeteilt.

Die Europäische Union hat in den vergangenen Jahren versucht, die Liberalisierung des Abfallsektors voranzutreiben. So wird etwa im „Grünbuch zu Dienstleistungen von allgemeinem Interesse“ gefordert, die weitere Liberalisierung der Abfallwirtschaft zu forcieren und marktwirtschaftliche Rahmenbedingungen zu schaffen. Gleichzeitig gibt es auf EU-Ebene das Bekenntnis zu nachhaltiger Entwicklung und öffentlichen Dienstleistungen zu erschwinglichen Kosten, zu denen jede/r BürgerIn und jedes Unternehmen Zugang hat.³¹³

Das EU-Recht erzwingt keine Privatisierungen. Aber erst 2017 hat der Europäische Gerichtshof nach einem Prozess von Remondis gegen die Region Hannover festgestellt, dass sogenannte In-House-Vergaben in der Abfallwirtschaft grundsätzlich rechtmäßig sind.³¹⁴ Bei In-House-Vergaben handelt es sich um „die ausschreibungsfreie Vergabe an eigene Gesellschaften bzw. ausgelagerte Unternehmen“.³¹⁵

Die Privatisierungserfahrungen in der Abfallwirtschaft waren nicht überall positiv, da die Erwartungen bezüglich Kosten und Qualität in vielen Fällen nicht erfüllt werden konnten. So können die versprochenen Kostenvorteile der privaten Erbringung im Abfallsektor empirisch nicht belegt werden. Eine Analyse der Universität Barcelona, die bereits vorhandene Studien über die Kosten der Abfallentsorgung vergleicht³¹⁶, kommt zu dem Ergebnis: „no systematic support for lower costs with private production. [...] We do not find a genuine empirical effect of cost savings resulting from private production.“³¹⁷ Eine weitere Studie zeigt sogar, dass in ländlichen Regionen die interkommunale Zusammenarbeit Kosten reduziert, während dies beim Outsourcing nicht feststellbar ist: „small towns that cooperate incur lower costs for their waste collection service. Cooperation also raises collection frequency and improves the quality of the service in small towns. By contrast, the form of production, whether it is public or private, does not result in systematic differences in costs.“³¹⁸

Die privaten Entsorger konnten zudem die geforderten Qualitätsaspekte in vielen Fällen nicht erfüllen. So mussten die Kommunen die Aufgabenerledigung der Privaten kontrollieren oder ihnen



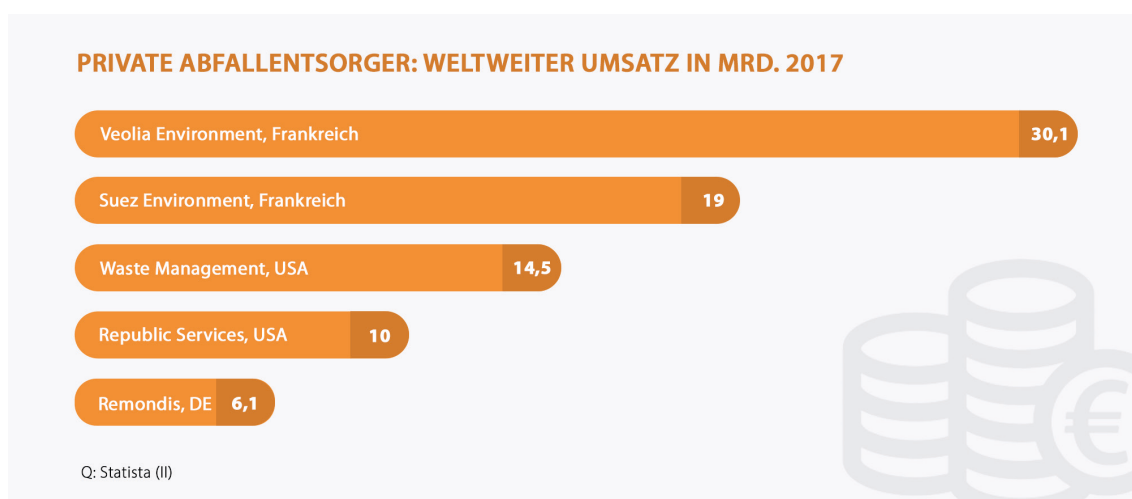
gar hinterherfahren, um die Abfuhr sicherzustellen (siehe etwa Böblingen).

Für die Kommunen ergibt sich durch die Auslagerung der Abfallentsorgung ein noch viel größeres Problem. Die notwendigen, aber unprofitablen Dienstleistungsbereiche verbleiben häufig den Kommunen, dann aber bei ausbleibenden Gewinnen aus den profitablen Bereichen. Denn obwohl die Kommunen die Abfallentsorgung auf private Akteure übertragen haben, fallen „extra“ Dienstleistungen an, die von den Privaten nicht übernommen werden. So verbleiben Aufgaben wie die Reinigung nach Straßenfesten oder Littering (Reinigung von auf öffentlichem Grund liegengelassenem oder weggeworfenem Abfall) häufig bei der Kommune.³¹⁹ Neben der immer noch vorhandenen Verantwortung der Kommunen bedeutet das vor allem Kosten- und Personalaufwand. Dieses „Rosinenpicken“ bedeutet eine Gefahr für die Zukunft der Daseinsvorsorge. Erhöhter Verwaltungsaufwand entsteht auch für Regulierungsbehörden, Kontrollorgane und Ausschreibungsspezialisten, wenn Ausschreibungen statt In-House-Vergaben durchgeführt werden.³²⁰

Im Zuge des demografischen Wandels könnten durch vermehrte Privatisierung der Abfallwirtschaft ländliche Regionen von der Grundversorgung ausgeschlossen werden. „In vielen ländlichen Regionen sind schon heute die Entfernungen zwischen den einzelnen Abfallbehältern aufgrund einer geringen Bevölkerungsdichte relativ groß.“³²¹ Während die Kommunen dem „Postulat der Gleichwertigkeit ländlicher Gebiete“³²² unterliegen, ist die Entsorgung abgelegener Gebiete für die privaten Unternehmen ökonomisch nicht interessant bzw. nur dann, wenn die KundInnen höhere Preise bezahlen. Das ist ein erheblicher Einschnitt in die soziale Fairness, der bei einer kommunal geführten Abfallwirtschaft nicht denkbar wäre. Dies müsste z.B. auch in Österreich befürchtet werden, wo die Zersiedelung eine immer größere Herausforderung für jegliche Versorgung darstellt.

Big Player der Abfallentsorgung³²³

In der Abfallwirtschaft haben sich mehrere weltweit operierende Konzerne gebildet. Einige der größten Unternehmen in dieser Branche kommen aus Europa und machen hier auch einen beträchtlichen Teil ihrer Umsätze.



Die beiden führenden privaten Anbieter in der Abfallwirtschaft sind Veolia und Suez. Veolia ist für die Abfallentsorgung von 40 Millionen Menschen verantwortlich und konnte zuletzt (2017) einen weltweiten Umsatz von 30,7 Mrd. Euro erwirtschaften.³²⁴ Suez, die die Abfallentsorgung für weltweit 32 Millionen Menschen (davon rund zwei Drittel in Europa) übernimmt, konnte einen



Umsatz von 19 Mrd. Euro verbuchen.³²⁵ Neben den beiden französischen Unternehmen hat in Europa Remondis einen hohen Marktanteil. Am stärksten ist Remondis in seinem Heimatland Deutschland vertreten. Insgesamt verfügt der Konzern über rund 800 Standorte auf vier Kontinenten und erreichte 2017 einen Umsatz von 6 Mrd. Euro.³²⁶

Rekommunalisierungen im Abfallsektor in Europa

In einigen europäischen Staaten kam es in den letzten Jahren zu Rekommunalisierungen in der Abfallwirtschaft. Seit dem Jahr 2000 sind insgesamt 26 Fälle bekannt.³²⁷

Die Hälfte der Rekommunalisierungen (13) gab es in Deutschland. Die tatsächliche Zahl von Rekommunalisierungen dürfte noch um einiges höher liegen und bis dato nicht erfasst sein. Denn selbst Remondis-Chef Ludger Rethmann sprach im April 2018 von einer „Rekommunalisierungswelle der letzten Jahre“.³²⁸ Ein weiteres Indiz ist, dass in Deutschland der Anteil beteiligter Privatunternehmen an der Hausmüllsammlung zwischen 2006 und 2018 von 61,3 auf 44,1 Prozent gesunken ist, jener der Kommunen, samt hinzugerechneter öffentlich-privaten Partnerschaften, hingegen von 38,7 auf 55,9 Prozent zunahm. Besonders stark sind die öffentlichen Dienstleister in den Großstädten vertreten: „In 63 Großstädten mit über 100.000 Einwohnern und damit zu 82 Prozent sind die Kommunen selbst aktiv; nur in 17 Großstädten werden private Entsorgungsunternehmen tätig, darunter 15 im Rahmen einer PPP.“³²⁹ Zudem sind die Marktanteile der drei größten privaten Entsorger zwischen 2003 und 2018 um fast 10 Prozent zurückgegangen: Während die drei größten Unternehmen im Jahr 2003 (Sulo/RWE/Suez) zusammen noch einen Marktanteil von 31,2 Prozent hatten, kamen die drei größten Privaten (Remondis/Veolia/Suez) 15 Jahre später - 2018 - zusammen nur mehr auf 21,5 Prozent.³³⁰

Die meisten Rekommunalisierungen in Deutschland sind Fälle von interkommunaler Zusammenarbeit, da Entsorgungsaufgaben in vielen deutschen Bundesländern auf Ebene der Landkreise angesiedelt sind. Bei der interkommunalen Zusammenarbeit schließen sich mehrere Kommunen mit dem Ziel zusammen, gemeinsam eine Dienstleistung zur Sicherung der Daseinsvorsorge zu erbringen. Häufig geschieht dies in Form der Gründung von interkommunalen Betrieben. Sinn macht interkommunale Zusammenarbeit auch, weil kleinere Kommunen oft nicht in der Lage wären, kostenintensive Aufgaben wie die Abfallentsorgung alleine zu übernehmen.³³¹

Im Vereinigten Königreich sind sieben Kommunen bekannt, die in den letzten Jahren die Abfall-sammlung wieder rekommunalisiert haben.³³²

In Frankreich dominieren die beiden Konzerne Veolia und Suez nicht nur die private Wasserversorgung, sondern auch den privaten Abfallsektor. Bekannt sind bisher drei Kommunen, die ihre Entsorgung rekommunalisiert haben. Darunter sind die Städte Briançon und Arcachon, wo vormals Veolia und Suez für die Abfallentsorgung verantwortlich waren.³³³

Weitere Einzelfälle von Rekommunalisierungen sind aus Spanien (2) und Norwegen (1) bekannt.³³⁴

Rekommunalisierungsbeispiele aus der Praxis

Düren und Aachen



KEY FACTS

-  Verschiedene Betreiber
-  RegioEntsorgung
-  2006
-  Erfolgreiche interkommunale Zusammenarbeit
-  Kostenreduktion für Gemeinden
-  Verlässliche Qualität



Der Kreis Düren und die Städteregion Aachen liegen im Westen von Nordrhein-Westfalen und verfügen zusammen aktuell etwa 820.000 EinwohnerInnen. Im Jahr 2009 wurde im Zuge einer regionalpolitischen Umstrukturierung der Kreis Aachen aufgelöst und die Gemeinden des Kreises (310.000 EinwohnerInnen) gingen in die Städteregion Aachen über, die nun aus neun Gemeinden und der kreisfreien Stadt Aachen besteht. Zum Zeitpunkt der Rekommunalisierung, die in den Jahren 2006 bis 2009 stattfand, befanden sich die Gemeinden und Städte noch im Kreis Aachen.

Die Abfallwirtschaft in den beiden Kreisen zeichnete sich lange Zeit durch eine Quasi-Monopolstellung der privaten Abfallentsorger aus. So war die Abfallentsorgung im Kreis Düren in zwölf von vierzehn und im Kreis Aachen in sieben von neun Gebietskörperschaften an ein privates Unternehmen ausgelagert. Diese Situation veranlasste im Jahr 2005 drei Gebietskörperschaften des Kreises Düren (Inden, Langerwehe, Linnich) sowie eine des Kreises Aachen (Würselen) sich zu einem kommunalen Zweckverband, der RegioEntsorgung, zusammenzuschließen. Die Verträge mit dem privaten Entsorger wurden gekündigt und die Entsorgungsleistung auf den Zweckverband übertragen. Zu Beginn des Jahres 2006 wurde der operative Betrieb aufgenommen.

Die Ziele³³⁵ der RegioEntsorgung lagen in der Erhöhung der Transparenz, „Gebührensicherheit, der Sicherung von Abfallmengen für die eigenen Behandlungsanlagen und von zuverlässigen Sozial- und Umweltstandards sowie in der Schaffung neuer Handlungsflexibilität und Wirtschaftlichkeit.“³³⁶ Ebenso war „die Schaffung von Arbeitsplätzen in der Region, die Reduzierung der Kosten sowie Unzufriedenheit mit EU-weiten Ausschreibungen“³³⁷ maßgebend für die Entscheidung.

Das neue Konzept stieß in der Region auf reges Interesse, sodass sich bis zum Jahr 2009 acht weitere Kommunen dem Zweckverband anschlossen. Seit 2015 wird auch die Gemeinde Nideggen von der RegioEntsorgung bedient, zuletzt kamen 2017 Monschau und Vettweiß hinzu. In Monschau wurde der Wechsel zur RegioEntsorgung von CDU, SPD und Grünen gemeinsam beschlossen. Die CDU pries das System der RegioEntsorgung als „bewährt“, die Gebührensituation sei „verlässlich und günstig“. Die SPD verwies auf „Schwierigkeiten mit dem bisherigen Entsorger“ Schönackers, mit der RegioEntsorgung werde Transparenz geschaffen.³³⁸

Mittlerweile übernimmt RegioEntsorgung somit die gesamte Sammlung und Transport des Abfalls in vierzehn Kommunen, in einer weiteren Kommune nur die Papierentsorgung. Der Zweckverband bedient sechs der fünfzehn Gemeinden des Kreises Düren und neun von zehn Städten und Gemeinden der Städteregion Aachen (alle außer Stadt Aachen).³³⁹ Die versorgten 15 Gemeinden haben zusammen etwa 328.000 EinwohnerInnen. Mittlerweile beschäftigt RegioEntsorgung 134 MitarbeiterInnen (davon 3 Auszubildende), die alle nach Tarif bezahlt werden.³⁴⁰

Die Gemeinden und Städte, deren Abfallentsorgung durch RegioEntsorgung erledigt wird, sind mit der Rekommunalisierung und mit der Aufgabenerledigung durch den Zweckverband zufrieden und planen keine erneute Privatisierung. Insgesamt konnte durch die Rekommunalisierung „die Transparenz und der politische Einfluss zur Durchführung abfallwirtschaftlicher Maßnahmen deutlich verbessert“³⁴¹ werden. „Soziale Komponenten konnten besser berücksichtigt werden. Die Dienstleistungen wurden [...] optimiert und die Bürgerfreundlichkeit erhöht. Durch Bündelung von Stoffströmen werden höhere Erlöse erzielt, die an Kommunen zurückfließen.“³⁴² Vor allem für kleinere Kommunen hat sich der Zweckverband besonders positiv ausgewirkt, „da sie auf übergeordnete Strukturen zurückgreifen können.“³⁴³ Das Ziel der Kostensenkung konnte ebenfalls erreicht werden und wurde an die BürgerInnen weitergegeben: „Alle Kommunen, die dem Zweckverband beigetreten sind, konnten ihre Kosten um 20 bis 30 Prozent reduzieren und die Abfallgebühren senken.“³⁴⁴


Oslo



KEY FACTS

-  Veireno
-  Stadtverwaltung Oslo
-  2017



-  Kurzzeitiger Kostenanstieg durch Konkurs des privaten Betreibers
-  Funktionierende Abfallentsorgung wiederhergestellt
-  Verbesserte Arbeitsbedingungen

Die norwegische Hauptstadt Oslo hat rund 670.000 Einwohner. Durchschnittlich fallen pro EinwohnerIn ca. 426 Kilogramm Abfall pro Jahr an,³⁴⁵ was um etwa 50 kg unter dem europäischen Durchschnitt liegt.

Anfang der 1990er-Jahre beschloss die Stadtverwaltung, Teile der städtischen Müllabfuhr in die Hände von privaten Anbietern zu legen. Bis 2003 wurde schließlich die gesamte Abfallentsorgung privatisiert. Das Ziel dieser Privatisierungskampagne war eine Effektivitätssteigerung sowie eine daraus resultierende Kostensenkung.³⁴⁶

Die erhofften Effekte traten jedoch nicht ein. Die Gebühren für die Abfallentsorgung stiegen im Vergleich zu Gemeinden mit städtischen Müllabfuhr drastisch an. Zwischen 2004 und 2014 erhöhte der private Betreiber die Entsorgungsgebühren von umgerechnet 153 auf 367 Euro pro Jahr. Dies entspricht den zweieinhalbfachen Müllgebühren der Stadt Bergen, die ihre Abfallentsorgung nicht privatisiert hat.³⁴⁷

Von Privatisierungsgegnern bereits länger gefordert, beschloss die Stadtregierung schließlich 2017 die Rekommunalisierung der Abfallentsorgung. Ausschlaggebend war ein Skandal des privaten Betreibers Veireno. Im Oktober 2016 unterzeichnete die konservative Stadtregierung zuletzt einen Vertrag mit Veireno. Bereits bei Vertragsunterzeichnung äußerten die Oppositionsparteien Bedenken. Die Firma Veireno unterbreitete der Stadtverwaltung mit umgerechnet rund 44 Millionen Euro ein Angebot, welches jene ihrer Mitbewerber um 8,5 Millionen Euro unterbot. Dies war jedoch nur durch drastische Unterbesetzung im Betrieb möglich.³⁴⁸ Die Folgen waren einerseits grobe Verstöße gegen das norwegische Arbeitsrecht, andererseits schwerwiegende Probleme in der Erledigung der Abfallentsorgung.

Bereits ab Dezember 2016 konnte die Firma Veireno ihren Pflichten nicht mehr vollständig nachkommen. In weiten Teilen der norwegischen Hauptstadt konnte der entstandene Abfall nicht mehr abgeholt werden. Bis Mitte Jänner 2017 wurden bereits mehr als 30.000 Beschwerden bei der Stadtverwaltung eingereicht.³⁴⁹

Die neue rot-grüne Stadtregierung kündigte Konsequenzen an. Die Aufkündigung des Vertrags mit dem privaten Anbieter wurde beschlossen als bekannt wurde, dass Veireno über 2.000 Verstöße gegen das norwegische Arbeitsrecht begangen hatte. Durch die viel zu niedrige Belegschaft von 89 ArbeiterInnen wurden die gesetzlichen Bestimmungen bezüglich Höchstarbeitszeiten und Ruhezeiten zwischen den Schichten von Veireno weitgehend ignoriert. Nach Erhebungen des Arbeitsinspektorats mussten ArbeiterInnen bis zu 90 Wochenstunden leisten, mit Arbeitszeiten von sechs Uhr morgens bis zehn Uhr abends.³⁵⁰

Nahezu zeitgleich mit der Aufkündigung des Vertrags durch die Stadt Oslo meldete Veireno Konkurs an. Dies zwang die Stadtverwaltung, zumindest temporär, die Abfallentsorgung selbst zu übernehmen. Das zuständige Stadtamt stellte insgesamt 170 ArbeiterInnen an, viele davon wurden von Veireno übernommen. Auch sämtliche Fahrzeuge der Firma gingen auf die Stadt über. Kurzfristig kam dies die Stadt teuer, da sie nun für Gehälter sowie für Pensionsvorsorge der Angestellten aufkommen muss. Im Budgetvoranschlag 2018 rechnete man mit Mehrkosten durch die Rekommunalisierung von 4,6 Millionen Euro. Die Folge war ein Anstieg der Müllgebühren um 10,4 Prozent.³⁵¹ Betrachtet man den Erfolg anderer Kommunen in Norwegen mit kommunaler Abfallentsorgung, bleibt die Hoffnung, dass dieser Anstieg nur temporär ist.

Profitieren konnten von der städtischen Leistungsübernahme die Angestellten. Die Arbeitsbedingungen haben sich enorm verbessert. Die Arbeitszeiten entsprechen nun den rechtlichen Vorschriften.³⁵²

Böblingen (Landkreis)



KEY FACTS

-  Verschiedene Betreiber
-  Abfallwirtschaftsbetrieb des Landkreises Böblingen
-  2004/2009
-  Öffentliche Erbringung günstiger als private
-  Dualer Weg: Vergleich zwischen privater und öffentlicher Erbringung durch Wettbewerb zwischen Bezirken



Der Landkreis Böblingen liegt im deutschen Bundesland Baden-Württemberg, südwestlich der Landeshauptstadt Stuttgart. Zum 372.000 EinwohnerInnen zählenden Landkreis gehören 26 Städte und Gemeinden. Die einwohnerreichsten Städte sind die großen Kreisstädte Böblingen (ca. 47.000 EinwohnerInnen), Herrenberg (ca. 31.000), Leonberg (ca. 45.000) und Sindelfingen (ca. 60.000).³⁵³

Im Jahr 1972 beschloss das Land Baden-Württemberg ein Gesetz, das die Pflicht zur Abfallbeseitigung in die Verantwortung der Landkreise übertrug. Im Jahr 1977/78 ging die Abfallentsorgung in Herrenberg und Leonberg auf den Landkreis über. In Böblingen, Sindelfingen und Schönbuchlichtung³⁵⁴ verblieb die Aufgabe zunächst „in eigener Zuständigkeit mit eigener Satzungshoheit, eigenem Personal und eigenem Fuhrpark“³⁵⁵ und wurde erst Mitte der 1990er Jahre schrittweise

an den Landkreis übertragen. Im Jahr 1994 übernahm der landkreiseigene Abfallbetrieb die Abfallsammlung in Schönbuchlichtung, 1995 in Böblingen und Sindelfingen.

Mit der „Übernahme der kommunalen Abfallabfuhr in eigener Regie bot sich für den Landkreis Böblingen die Möglichkeit eines dualen Wegs: Vergabe von Abfuhrleistungen an private Unternehmen und Aufbau einer schlagkräftigen öffentlichen Abfallabfuhr im Wettbewerb.“³⁵⁶ Um den direkten Vergleich von öffentlicher und privater Erbringung zu ermöglichen, wurde der Landkreis in drei Abfallbezirke aufgeteilt: Bezirk I (Herrenberg), Bezirk II (Leonberg) und Bezirk III (Böblingen, Sindelfingen, Schönbuchlichtung). In den Abfuhrbezirken Herrenberg und Leonberg³⁵⁷ wurde die Abfallentsorgung ausgeschrieben und an private Anbieter vergeben.

Im Abfuhrbezirk Böblingen blieb sie, zunächst befristet bis Ende 1999, in öffentlicher Hand. Bis dahin sollte festgestellt werden, ob sich der öffentliche Betrieb mit privaten Anbietern messen kann. Denn das Ziel dieses dualen Weges bestand darin „die Leistungsfähigkeit der öffentlichen Abfallabfuhr im Vergleich mit den Privaten zu überprüfen.“³⁵⁸

Der Abfallwirtschaftsbetrieb des Landkreises, der die Abfallentsorgung im Abfuhrbezirk III bestritt, besteht seit 1992 als Eigenbetrieb. Im Zuge der neuen Aufgabe wurde die Organisation optimiert, denn die Abfallwirtschaftsbetriebe „standen vor der Herausforderung, eine moderne Aufbauorganisation für die Müllabfuhr zu schaffen, wobei flexible Strukturen mit einem variablen Mitarbeiterinsatz eingeführt wurden.“³⁵⁹ Weiters wurde die Fahrzeugausstattung des Fuhrparks reduziert und die zurückzulegenden Wege mittels Umstrukturierung verkürzt. So wurde der Betriebshof bereits 1999 auf das Gelände des Restmüllheizkraftwerks in Böblingen verlegt, um die „Zeiten und Wege für die Zu- und Abfahrten vom Betriebshof zur Entsorgungsanlage im Restmüllbereich auf das absolute Minimum zu reduzieren.“³⁶⁰ Die Verlagerung des Betriebshofes hatte eine Kostenersparnis von jährlich 85.000 Euro zur Folge.

Vor dem Fristende der öffentlichen Müllabfuhr, Ende des Jahres 1999, ließ der Landkreis einen Leistungsvergleich von einer Unternehmensberatung erstellen. Beim Kostenvergleich der Anbieter erwies sich die öffentliche Müllabfuhr als deutlich kosteneffizienter: der Kostenvorteil betrug etwa 286.000 Euro. Der Kreistag beschloss deshalb den Bezirk III nicht zu privatisieren und „die öffentliche Abfallabfuhr im bisherigen Umfang über das Jahr 2000 hinaus bestehen“³⁶¹ zu lassen.

Grundlage für diesen Kostenvorteil waren die bis dahin erzielten Einsparungen durch die oben genannten Modifizierungen. Dem folgten weitere Maßnahmen. So wurde bei der Neuanschaffung von Fahrzeugen darauf geachtet, dass diese universell einsetzbar sind. Der Fuhrpark wurde ausgebaut und konnte deshalb „die Wertstofftourabfuhr von den 31 Wertstoffhöfen zu den Schnittstellen der Dualen Systeme“³⁶² sukzessive übernehmen. Weiters wurden neue normgerechte Restmüllgefäße und eine elektronische Leerguterfassung eingeführt. Im Personalbereich wurde umstrukturiert und ab dem Jahr 2003 ein 2-Schicht-Betrieb installiert, „um die Zahl der benötigten Abfuhrfahrzeuge zu verringern und die Fahrzeugauslastung deutlich zu verbessern.“³⁶³ Das führte dazu, dass der Abfallwirtschaftsbetrieb „ab 1.1.2004 ohne zusätzlichen Personalbedarf und mit dem vorhandenen Fuhrpark den Abfuhrbezirk I und die hausmüllähnlichen gewerblichen Siedlungsabfälle im gesamten Landkreis“³⁶⁴ abfahren konnte. Damit übernahm der Abfallwirtschaftsbetrieb fortan auch die Entsorgung des Abfuhrbezirks Herrenberg. Das bedeutete für den Abfuhrbezirk eine Kostenersparnis von 210.000 Euro.

In der Folge wurden auch andere an Private ausgelagerte Aufgaben sukzessive an die Kommune zurückgeführt: die Papiersammlung, die Bewirtschaftung der Sammelplätze für Baum- und Heckenschnitt und der Gärrestetransport wurden ab 1999 schrittweise wieder vom Abfallwirtschaftsbetrieb durchgeführt.



Ende des Jahres 2007 ließ der Landkreis eine mögliche Rückübertragung des letzten ausgelagerten Abfuhrbezirks (Leonberg) von einem Wirtschaftsberatungsinstitut überprüfen. Die Auswertung ergab, dass sich die Kosten bei einer Vergabe der Abfuhrleistung auf 1,06 Mio. Euro belaufen würden, wohingegen sie bei der Erbringung durch die landkreiseigene Müllabfuhr nur 729.000 Euro betragen würden. Das wäre eine errechnete Kostenersparnis von 330.000 Euro. In Leonberg war die Überlegung einer Rückübertragung auch eine Reaktion auf die mangelhafte Qualität der privaten Erbringung. Denn „teilweise [mussten] die öffentlichen Entsorger den Privaten hinterherfahren, um nicht ausgeführte Tätigkeiten zu erledigen. Zudem wurde im Frühjahr 2006 die Abfuhr von Abfällen durch Private aufgrund starken Schneefalls eingestellt, wohingegen die öffentlichen Fahrzeuge noch fuhren.“³⁶⁵ Anfang des Jahres 2009 wurde auch die Rest- und Biomüllabfuhr im Abfuhrbezirk Leonberg rekommunalisiert.

Der Landkreis Böblingen hat also einen eigenen Weg beschritten, um die optimale Lösung für die BewohnerInnen zu erzielen. Dies gelang durch die direkte Gegenüberstellung von privater und öffentlicher Leistungserbringung. Die landkreiseigene Abfallentsorgung konnte derart optimiert werden, dass sie dem Wettbewerb mit den privaten Anbietern standhalten und preislich sogar unterbieten konnte. Grundlage für diesen Kostenvorteil waren die erzielten Einsparungen durch Standortverlagerung, effektivere Fahrzeugnutzung, variabler MitarbeiterInneneinsatz, Vereinheitlichung des Fahrzeugparks, elektronische Leerguterfassung, 2-Schicht-Betrieb, neue Restmüllbehälter usw. Im Endeffekt ergaben sich daraus Vorteile für die Kommune und die KundInnen: „Mit der Rekommunalisierung und der damit verbundenen besseren Kostentransparenz wurden die ökonomischen Zielstellungen erreicht. (...) Positiv hervorgehoben wurden die tarifliche Bezahlung der Mitarbeiterschaft, die politischen Gestaltungsmöglichkeiten sowie zufriedener Kundinnen und Kunden. Ein ökologischer Vorteil wurde erzielt, da Wege eingespart wurden.“³⁶⁶

Im aktuellen Abfallwirtschaftskonzept 2014 hat sich der Landkreis Böblingen dazu bekannt, „sämtliche Aufgaben einer modernen Abfallwirtschaft weitestgehend in Eigenregie, sprich mit eigenem Personal und Fuhrpark, zu erledigen.“³⁶⁷ Das bedeutet, dass nicht nur die Sammlung von privatem und gewerblichem Abfall selbst erledigt wird, sondern auch dessen Verwertung nach modernsten ökologischen Standards. Nach den guten Erfahrungen der vergangenen Jahre hat sich der Kreistag 2014 dazu bekannt, auch in den kommenden Jahren auf den landkreiseigenen Abfallwirtschaftsbetrieb zu setzen: „Der Erhalt und Ausbau eines in Eigenregie geführten Betriebs wird auch künftig im Zentrum stehen und Erfolgsbasis sein, Ziel ist nicht die höchstmögliche Rendite, sondern die Verpflichtung zum Gemeinwohl und zur Daseinsvorsorge. Im Interesse der Bürgerinnen und Bürger wird er sich für eine servicegerechte und sozial ausgewogene Dienstleistungsstruktur einsetzen.“³⁶⁸

North Tyneside



KEY FACTS

-  nicht bekannt
-  North Tyneside Council
-  2009
-  Verbesserung des Abfuhrmanagements
-  Vermüllung öffentlicher Plätze wurde verringert
-  Erhöhte Zufriedenheit der KundInnen



North Tyneside ist ein Verwaltungsbezirk in der englischen Grafschaft Tyne and Wear mit ca. 200.000 EinwohnerInnen nahe Newcastle im Nordwesten Englands. Die Kommune ist für die Müllentsorgung der rund 90.000 Haushalte zuständig. Das Sammeln von Abfallmaterial für Recyclingzwecke wurde jedoch an einen externen Anbieter ausgelagert, der diese Dienstleistung auch für die Nachbargemeinden erbringt. Zunehmend kam es in North Tyneside und den umliegenden Gemeinden zu Problemen mit dem privaten Betreiber. Im Jahr 2008 endete der Vertrag mit dem Unternehmen und das Council entschied sich für eine schrittweise Rückführung der Dienstleistung, die zwischen Jänner und Juni 2009 abgewickelt wurde. Um Synergieeffekte zu nutzen, wurde die Sammlung von Recyclingmüll in die örtliche Müllabfuhr reintegriert. „The authority now provides directly delivered integrated weekly refuse collection and fortnightly recycling.“³⁶⁹

Mit der Rückübertragung wurden Verbesserungen im Abfuhrmanagement vorgenommen. So wurden die Fahrtrouten optimiert, die bisherigen Recyclingcontainer durch Container mit größerem Volumen ersetzt und die Bandbreite der gesammelten Materialien vergrößert. Durch diese Maßnahmen hat sich die Menge des gesammelten Recyclingmaterials auf 1.400 Tonnen pro Monat verdoppelt, die Recyclingquote stieg von 28 auf 38 Prozent und der öffentliche Anteil am Recycling wurde von 50 auf 94 Prozent erhöht. Gleichzeitig konnte die Vermüllung der öffentlichen Plätze und Straßen (Littering) deutlich verringert werden. Das alles führte zu einer Senkung der CO₂-Emissionen von 5.000 Tonnen auf 1.700 Tonnen: „In terms of our carbon footprint the more materials we recycle, the greater the reduction carbon footprint.“³⁷⁰

Insgesamt kann die Rekommunalisierung als Erfolg bezeichnet werden und wurde auch von der Bevölkerung positiv aufgenommen. Die Zufriedenheit der BürgerInnen mit dieser Dienstleistung ist seit der Rückführung auf 92 Prozent gestiegen (plus 18 Prozent). Denn die Rückführung eröffnete dem Council die Möglichkeit, verstärkt auf Bürgerwünsche einzugehen: „As well as improving the quality of the service, bringing it in-house means there is greater flexibility in responding to changes that are required as a result of policy or service users' need.“³⁷¹

Uckermark (Landkreis)



KEY FACTS

-  Remondis und RWE
-  Uckermärkische Dienstleistungsgesellschaft
-  2006
-  Anzahl der MitarbeiterInnen wurde verdreifacht
-  Geringere Kosten für den Landkreis
-  Auszeichnung mit dem europäischen Umweltgütesiegel EMAS



Uckermark ist ein Landkreis in Nordostdeutschland südwestlich von Stettin im Bundesland Brandenburg mit rund 122.000 EinwohnerInnen und war eine der ersten Regionen in den neuen Bundesländern, die ihre Abfallentsorgung wieder in die eigenen Hände genommen hat. In den Jahren 1990/1991 schloss der Landkreis Uckermark Verträge mit Remondis und RWE über die Abfallentsorgung der Region. In den Folgejahren erwirtschafteten die privaten Betreiber mit der Erbringung dieser Dienstleistung zweistellige Renditen. Der Landkreis wollte nicht länger zusehen, wie private Firmen mit einer eigentlich öffentlichen Aufgabe so hohe Gewinne erzielten. Deshalb beschloss der Kreistag im Jahr 2000, die Verträge fristgerecht mit Ende des Jahres 2005 zu kündigen und einen günstigeren Anbieter zu suchen. Die bei der öffentlichen Ausschreibung ein-



gelangten Angebote waren für die Kommunalpolitik aber nicht zufriedenstellend. Einige waren so teuer, dass der Landkreis draufzahlen hätte müssen. Andere waren billiger, aber nur weil sie ihre MitarbeiterInnen so schlecht bezahlt hätten, dass diese wiederum Anspruch auf Lohnzuschüsse oder Wohngeld gehabt hätten – aus öffentlichen Kassen. „Die privaten Firmen hätten weiterhin die Gewinne gemacht, während das finanzielle Risiko bei uns geblieben wäre“, so der damals zuständige Landrat.³⁷²

Als Alternative entschloss man sich zur Rekommunalisierung der Abfallentsorgung. Der Landkreis gründete die Uckermärkische Dienstleistungsgesellschaft (UDG), die ab 2006 zunächst die Sammlung und den Transport des Haus- und Sperrmülls übernahm. Die kommunale Erbringung der Dienstleistung bewirkte eine Reihe an positiven Effekten, vor allem im Bereich der Kosteneffizienz. „Trotz neu eingestellter, tariflich bezahlter Mitarbeiter liegen die dem Kreis entstehenden Kosten signifikant unterhalb derer, die zu Zeiten anfielen, als die Müllabfuhr [...] in privaten Händen lag.“³⁷³ Startete man 2006 zunächst mit 48 Vollzeitbeschäftigten, hat die Zahl der MitarbeiterInnen in den folgenden Jahren nahezu verdreifacht.³⁷⁴ Sie werden nun auch nach Tarif bezahlt.³⁷⁵ Parallel dazu konnten die Gebühren gesenkt werden. Bereits im ersten Jahr kam es zu einer Reduktion der Gebühren von 6,5 Prozent, was „eine spürbare Entlastung für die Menschen“³⁷⁶ bedeutete. Durch Optimierungen im Ablauf konnte auch mit 1. Januar 2012 erneut eine Gebührensenkung umgesetzt werden³⁷⁷. Bis 2015 wurden die Gebühren stabil gehalten.³⁷⁸ Erst im Jahr 2016 wurde eine erste Gebührenerhöhung für die Leerung der Abfallbehälter durchgeführt. Für die haushaltsüblichen Größen beträgt die Anpassung 15 Prozent.³⁷⁹ Bis mindestens 2019 gibt es keine weiteren Erhöhungen.³⁸⁰

Die UDG engagiert sich für eine ökologische Abfallwirtschaft und wurde dafür mit dem europäischen Umweltgütesiegel EMAS ausgezeichnet.³⁸¹ Das jüngste Vorzeigeprojekt ist die Erweiterung der Deponie Pinnow. Das Areal wurde zuvor von einem privaten Recycling-Dienstleister betrieben, der nach einem Brand insolvent ging. Die Folge waren über mehrere Hektar verteilte Abfallberge in der freien Landschaft. Das Areal der Deponie wird nun durch die UDG saniert. Am Standort entsteht dafür eine neue Deponie für industrielle Abfälle, die modernsten Standards des Umweltschutzes entspricht.³⁸²

Rhein-Hunsrück-Kreis



KEY FACTS

-  nicht bekannt
-  Rhein-Hunsrück-Entsorgung
-  2006
-  Stabile Abfallgebühren
-  Erhöhte Zufriedenheit der MitarbeiterInnen
-  Projekte zur Verarbeitung des Abfalls für Nahwärmeversorgung



Der Rhein-Hunsrück-Kreis ist ein Landkreis (Gemeindeverband) im deutschen Bundesland Rheinland-Pfalz und hat etwa 100.000 EinwohnerInnen. Von 1973 bis zum Jahr 2005 war die Abfallentsorgung des Landkreises an private Unternehmen ausgelagert.³⁸³ Der Landkreis begann seine Strategie zu ändern, als durch verschärfte gesetzliche Rahmenbedingungen bei der Abfallentsorgung ab 2005 eine Erhöhung der Müllgebühren um 15 bis 20 Prozent für die BürgerInnen drohte.³⁸⁴ Bereits im Dezember 2003 veranlasste der Kreistag ein Gutachten über die Möglich-

keiten einer zukünftig eigenständigen Erbringung. „Zunächst wurde mit Hilfe einer externen Marktpotential- und Wettbewerbsanalyse ermittelt, ob die regionalen Marktstrukturen bei einer Ausschreibung ein Marktversagen erwarten lassen.“³⁸⁵ Die Analyse ergab, dass die Preise mit hoher Wahrscheinlichkeit steigen würden. Danach wurde mittels Sollkostenrechnung ermittelt, „zu welchen Kosten die bisher fremd vergebenen Leistungen in eigener Regie erbracht werden können.“³⁸⁶ Das Ergebnis war ein prognostiziertes Einsparungsvolumen von einer Million Euro. Daraufhin entwickelten die Vorstandsmitglieder der zukünftigen Rhein-Hunsrück-Entsorgung (RHE) zusammen mit einem Beratungsunternehmen ein Logistik- und Leistungskonzept für die Rekommunalisierung der Abfallentsorgung im Landkreis.

Im Frühjahr des Jahres 2004 beschloss der Kreistag nahezu einstimmig, die Abfallentsorgung wieder in Eigenregie zu erbringen. Im ersten Schritt wurde, mit den beiden Landkreisen Neuwied und Bad Kreuznach, ein Projekt mit dem Titel „Interkommunale Zusammenarbeit statt Kirchturnmdenken“ initiiert, wodurch bei der Restabfallbeseitigung Millionenbeträge eingespart werden konnten.³⁸⁷ Im zweiten Schritt wurde die bis dato ausgelagerte Abfuhrlogistik mit 1. Jänner 2006 rekommunalisiert. Seither betreibt die Rhein-Hunsrück-Entsorgung „als sogenannte Anstalt des öffentlichen Rechts“³⁸⁸ die Abfallentsorgung im Landkreis.

Die RHE wurde von politischer Seite mit einer Reihe von Zielvorgaben bzgl. Einsparungen, Gebührenentwicklung, Personalgewinnung und Bezahlung versehen. Diese Vorgaben konnte RHE erfüllen. Bereits im ersten Jahr konnte über eine Million Euro eingespart werden.³⁸⁹ Diesen finanziellen Erfolg gab RHE auch an die KundInnen weiter: „Seit im Jahr 2006 die Abfuhrlogistik in eigener Regie übernommen wurde, konnten die Abfallgebühren stabil gehalten werden. Weit mehr sogar, die Gebühren wurden in den letzten Jahren mehrmals gesenkt.“³⁹⁰ Und dies „alles trotz verbessertem Bürgerservice. So wurden beispielsweise die Papiertonne und die Elektroschrottannahme eingeführt, dazu eine Tauschbörse für gebrauchte Haushaltsgeräte auf der Internetseite installiert.“³⁹¹

Eine Zielvorgabe war, dass bei der Personalgewinnung das bisherige Personal des privaten Anbieters berücksichtigt werden sollte. „Aufgrund des vorhandenen Erfahrungsschatzes der Müllwerker und vor dem Hintergrund eines möglichst reibungslosen Überganges, hat der Vorstand dies [...] umgesetzt.“³⁹² Die Angestellten werden bei RHE nach Tarif (TVöD – Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst) bezahlt. „Ein niedriger Krankenstand belegt die Zufriedenheit der Mitarbeiter, die nach Tarif entlohnt werden.“³⁹³ Durch das neue Gehaltssystem ist die bisherige Überstundenpraxis weggefallen, womit fünf neue Arbeitsplätze geschaffen werden konnten.³⁹⁴

RHE hat die sich durch die Rekommunalisierung gebotene Möglichkeit auch genutzt, um ihren Spielraum bei der Weiterverarbeitung des Abfalls auszuweiten. So werden „heute in vielen Bereichen, wie zum Beispiel dem Altpapier, Erlöse erzielt“³⁹⁵, die letztendlich die BürgerInnen bei den Gebühren entlasten. Mittlerweile geht die RHE aber über ihre Rolle als Entsorger hinaus und betätigt sich auch als Versorger. Denn mit ihren Heizzentralen, die mit Baum- und Strauchschnitt aus heimischen Gärten betrieben werden, werden seit 2010 drei Schulzentren (Kirchberg, Simmern, Emmelshausen) mit Wärme versorgt.³⁹⁶ „Dadurch können ca. 1.200 Mg Kohlendioxid pro Jahr eingespart werden. Bei der Aufbereitung fallen zudem rund 350 Tonnen Kompost an, der in der Landwirtschaft und im Weinbau eingesetzt werden.“³⁹⁷ Das ist „ein Vorzeigeprojekt, das bundesweit auf Anerkennung stößt.“³⁹⁸ Ein weiteres Projekt ist die Stromerzeugung aus Sonnenenergie mittels Fotovoltaikanlagen auf der Deponie. Seit dem Jahr 2012 wird damit für 350 Haushalte in der Kommune Strom erzeugt.³⁹⁹

Mit diesen Projekten im Bereich der Nahwärmeversorgung ist die RHE ein Puzzlestein in der Gesamtstrategie der Region. Durch zahlreiche Einzelprojekte wird sie immer mehr zum Vorreiter im

Bereich erneuerbare Energien. In den vergangenen Jahren wurden tausende Windkraftwerke und Solaranlagen errichtet. Als einer der ersten Landkreise Deutschlands kann der Rhein-Hunsrück-Kreis seinen gesamten Strombedarf mit selbst hergestellter erneuerbarer Energie selbst decken.⁴⁰⁰

Das Beispiel Rhein-Hunsrück-Kreis zeigt, wie erfolgreiche Rekommunalisierung funktionieren kann. Wesentlich für den Erfolg war die gezielte Vorbereitung der Rekommunalisierung. Zwei Jahre wurden dafür investiert, die Idee durch genaue Analysen überprüft und unterstützt. Die wirtschaftlichen Erwartungen haben sich erfüllt und die politischen Zielvorgaben konnten erreicht werden. Nach Tarif bezahlte ArbeitnehmerInnen, vier Gebührensenkungen innerhalb von sechs Jahren und große KundInnenzufriedenheit belegen den Erfolg dieses Modells. Die Qualität der Dienstleistungserbringung konnte gleichzeitig noch gesteigert werden.⁴⁰¹

Bergkamen



KEY FACTS

-  Remondis
-  EntsorgungsbetriebBergkamen
-  2006
-  Verbesserungen des Serviceangebotes
-  Moderate Gebührenentwicklung
-  Spezielle Leistungen (Laub-Sammelbox, Windeltonnen, ...)



Bergkamen ist eine etwa 50.000 EinwohnerInnen zählende Stadt in Nordrhein-Westfalen, gelegen im östlichen Ruhrgebiet zwischen Dortmund und Hamm. Seit dem Jahr 1994 kam es in Bergkamen schrittweise zu Rekommunalisierungen in verschiedenen Bereichen der Daseinsvorsorge, etwa der Strom- und Wasserversorgung und der Straßenreinigung. Damit verbunden war der Versuch, die jeweils vorteilhafteste Lösung für die BürgerInnen zu finden. Dabei wurden sowohl die öffentliche als auch die private Leistungserbringung in den verschiedenen Bereichen angedacht.⁴⁰² In vielen Fällen stellte sich die Rückführung zur kommunalen bzw. interkommunalen Leistungserbringung als die effizienteste Variante heraus. Stark verbunden ist diese Entwicklung mit Roland Schäfer (SPD), der ab 1989 Stadtdirektor war und seit 1998 Bürgermeister von Bergkamen ist und für sein Engagement in verschiedene kommunale Spitzenverbände Deutschlands gewählt wurde.

So hat Bergkamen im Jahr 1995 mit zwei weiteren Kommunen die interkommunalen Gemeinschaftsstadtwerke Kamen-Bönen-Bergkamen GmbH (GSW) gegründet. Diese übernahmen schrittweise die Stromversorgung (1996), die Erdgasversorgung (1999) und die Fernwärmeverversorgung (2003). Seit dem Jahr 2010 wird auch die Wasserversorgung von den GSW erbracht. Die Stadtwerke wirtschaften gut und können defizitäre städtische Bereiche wie den Betrieb von Schwimmbädern und anderen Sport- und Freizeitanlagen finanzieren.⁴⁰³

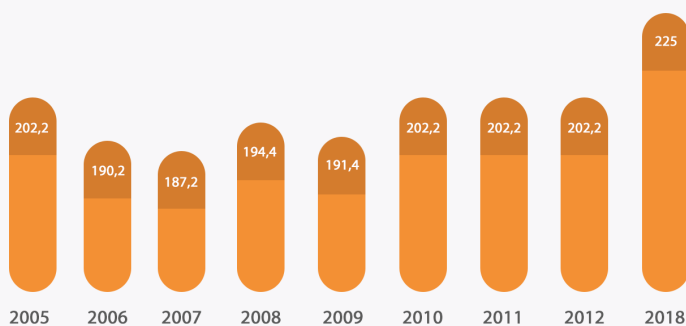
Als Vorbildprojekt gilt die Rekommunalisierung der Abfallentsorgung in Bergkamen. Im Bundesland Nordrhein-Westfalen sind die kreisangehörigen Kommunen für das Einsammeln und den Transport des Hausmülls (Siedlungsabfälle) verantwortlich,⁴⁰⁴ der Landkreis ist hingegen für die eigentliche Entsorgung (Verbrennung, Deponierung und Kompostierung) zuständig. Der Kommune bleibt überlassen, ob sie die Müllabfuhr kommunal erbringt oder an Private auslagert. Bergkamen hatte sich bis dahin stets dazu entschieden, die Müllsammlung auszuschreiben. Bei der letzten Vergabe im Jahr 1994 erhielt der Branchenriese Remondis eine Konzession bis 2005.

Ende des Jahres 2003 begannen die Überlegungen der Stadt über die erneute Ausschreibung der Konzession.⁴⁰⁵ Obwohl die Zusammenarbeit mit Remondis als „angenehm und konstruktiv“ eingestuft wurde, sah es die Verwaltungsführung als Pflicht „im Interesse der Bürgerinnen und Bürger der Stadt mögliche Alternativen [...] ernsthaft zu untersuchen.“⁴⁰⁶ Es wurden unterschiedliche Möglichkeiten der Leistungserbringung (automatische Vertragsverlängerung, europaweite Ausschreibung, interkommunale Abfallentsorgung, Einbeziehung in GSW, alleinige Eigenerbringung in Eigenbetrieb) ausgelotet. Dies geschah mittels Erfahrungsaustausch mit Entsorgungsbetrieben aus Nachbarstädten, einer Kostenkalkulation und der Beauftragung einer Unternehmensberatung für ein vergleichendes Wirtschaftlichkeitsgutachten. Das Gutachten kam zu dem Ergebnis, dass mit einer Eigenerbringung der Leistung eine Kostenreduktion um 30 Prozent möglich sei.

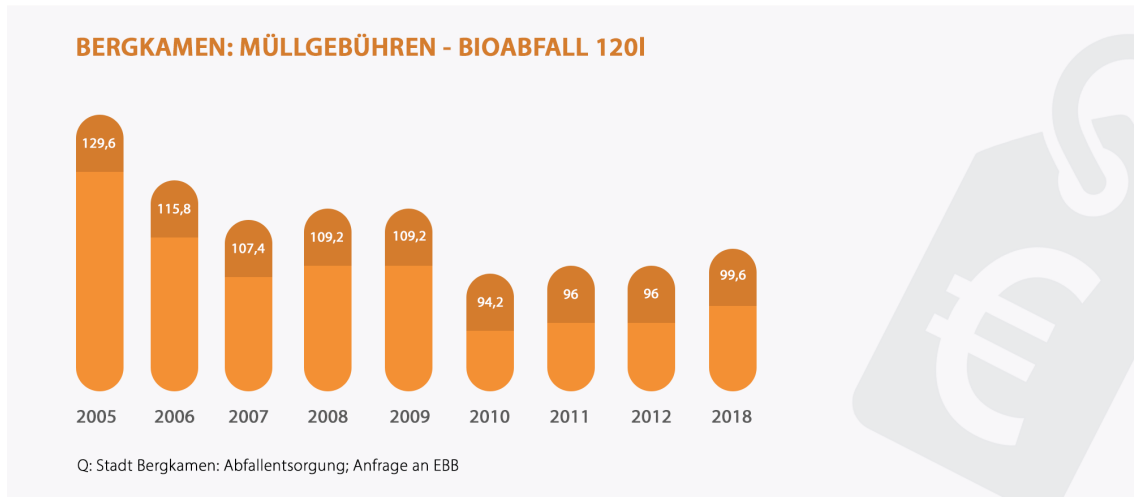
Nach langen Diskussionen beschloss der Stadtrat im Mai 2005 schließlich die Rekommunalisierung der Müllabfuhr. Kurz darauf wurde eine Vertragsverlängerung um ein halbes Jahr sowie eine Einigung über den Kauf der Müllgefäße im Stadtgebiet mit dem privaten Betreiber vereinbart.⁴⁰⁷ Danach sollte der Entsorgungsbetrieb Bergkamen (EBB) den Betrieb übernehmen. „Im Herbst 2005 wurde vom Stadtrat die Satzung zur Gründung des ‚EBB‘ [...] als eigenbetriebsähnliche Einrichtung der Stadt zum 01.01.2006 beschlossen.“⁴⁰⁸ In den Betrieb sollte auch die Straßenreinigung, die bis dahin vom städtischen Baubetriebshof durchgeführt wurde, eingebunden werden. Seine operative Tätigkeit nahm der EBB am 3. Juli 2006 auf. „Die Gesamtinvestition zur Gründung des EBB belief sich auf 1,6 Mio. €: neben den neuen Fahrzeugen gehörte dazu u.a. der Erwerb des Gefäßbestandes vom bisherigen Entsorger, Ersatzgefäßbeschaffung für 1 ½ Jahre, Arbeitskleidung, Büroeinrichtung, EDV-Software und der Bau von zwei Fahrzeugunterständen.“⁴⁰⁹

Der Übergang vom privaten Entsorger auf die städtische EBB verlief reibungslos. Die Übernahme von EBB führte wie prognostiziert zu einer Kostenreduktion von 30 Prozent bei der städtischen Müllabfuhr. Diese verursacht etwa ein Drittel der Gesamtkosten für die Abfallentsorgung (zwei Drittel verursacht der Kreis für die Verbrennung usw.).⁴¹⁰ Die Kostenreduktion wurde auch an die KundInnen weitergegeben. Die Müllgebühren wurden nach der Rekommunalisierung um etwa 12 Prozent gesenkt.⁴¹¹ Möglich waren diese Kostensenkungen für die Bevölkerung auch dadurch, dass die EBB „als gebührenfinanzierte, kostenrechnende Einrichtung der Stadt [...] – abgesehen von der Eigenkapitalverzinsung – lediglich kostendeckend“⁴¹² arbeiten muss. Profitiert haben davon auch die Angestellten der EBB, die nach Tarif (TVÖD) bezahlt werden.

BERGKAMEN: MÜLLGEBÜHREN - RESTABFALL 120l



Q: Stadt Bergkamen: Abfallentsorgung; Anfrage an EBB



Nach der Preissenkung im Jahr 2006 sind die Müllgebühren für Restabfall bis 2018 ziemlich genau der Inflation entsprechend um 18 Prozent erhöht worden. Günstiger geworden ist hingegen die Entsorgung von Bioabfall. Die Entsorgung einer 120l-Tonne kostet 2018 selbst in absoluten Zahlen um 14 Prozent weniger als 2006 und sogar um 23 Prozent weniger als vor der Rekommunalisierung.⁴¹³

Verbesserungen konnten auch im Serviceangebot erzielt werden. Der Abfuhr-Rhythmus konnte vereinheitlicht werden, für die Sperrmüllabfuhr wurden zusätzliche Angebote (Express-Service, Voll-Service) geschaffen und für spezielle Ereignisse wurden zusätzliche Sammelbehältnisse zur Verfügung gestellt (Veranstaltungstonne, Laub-Sammelbox).⁴¹⁴ Ein spezielles Service sind die Windeltonnen. „Für die Dauer von maximal 3 Jahren bzw. bis zum dritten Geburtstag des Kindes kann den Eltern ein größerer Restabfallbehälter zur Verfügung gestellt werden. Dieses zusätzliche Volumen kostet dann nur 50 % der normalen Gebühr.“⁴¹⁵

Das Beispiel Bergkamen zeigt, wie man mit dem Wunsch, der Bevölkerung die bestmögliche und kostengünstigste Leistung anzubieten, für jeden Sektor eine individuelle und optimale Lösung finden kann. Die GSW beweisen eindrucksvoll, dass die interkommunale Zusammenarbeit einen Weg zu einer zufriedenstellenden Daseinsvorsorge darstellt.

Anhand der EBB lässt sich erkennen, wie mit gezielter Vorbereitung eine erfolgreiche Rekommunalisierung möglich ist. Das Ziel einer kostensenkenden Leistungserbringung bei gleichzeitiger Erweiterung des Serviceangebots wurde erreicht. Dies führte auch zu Zufriedenheit in der Bevölkerung.⁴¹⁶

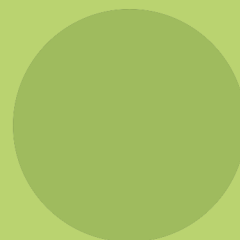


210

Rekommunalisierungen

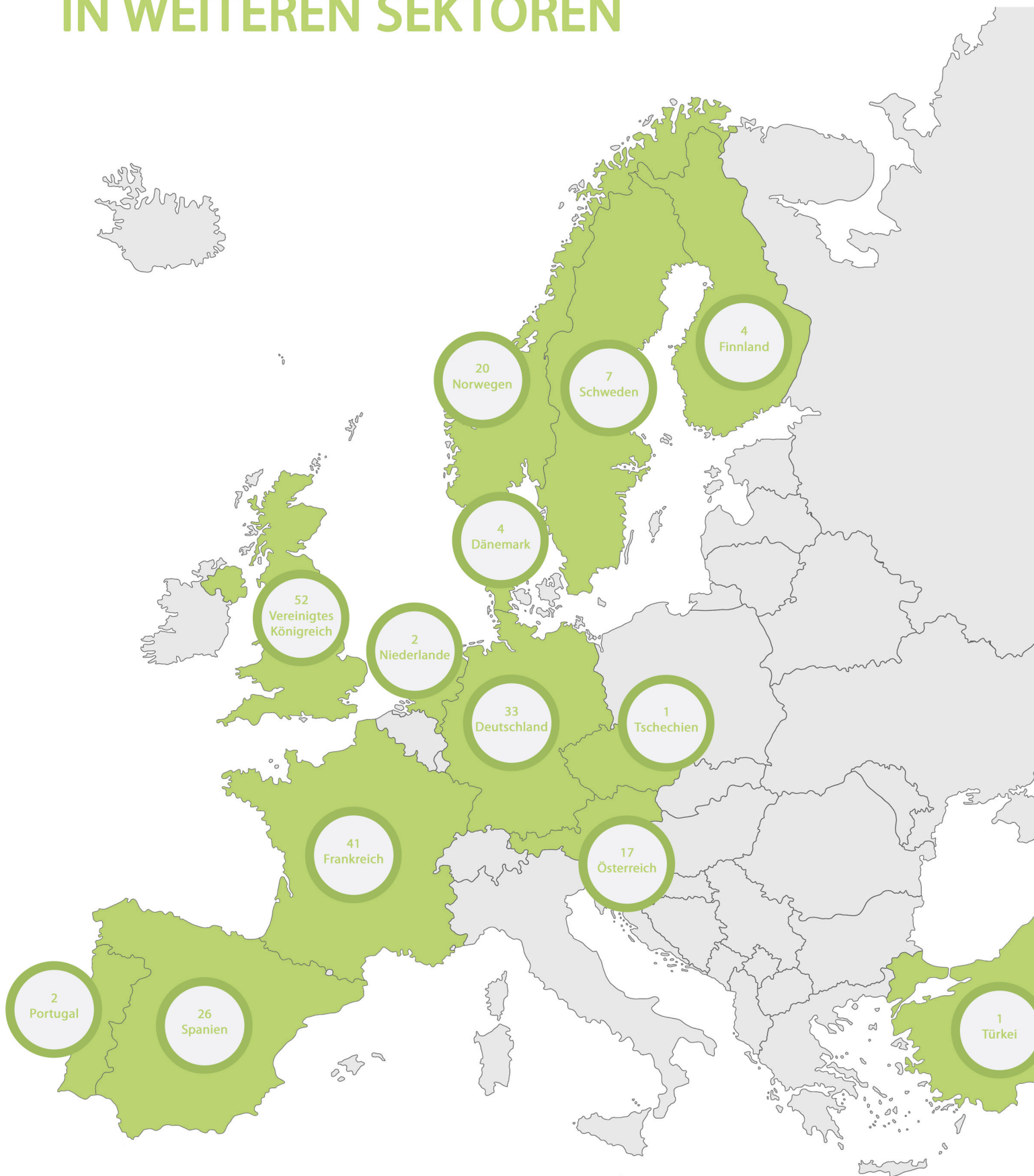
13

L ä n d e r



TEIL 6

REKOMMUNALISIERUNG IN WEITEREN SEKTOREN





Zusammenfassung

Öffentliche Daseinsvorsorge umfasst neben den großen Bereichen Energie, Wasser und Abfall auch andere, teils kleinere Bereiche. Die hier vorgestellten Beispiele zeigen die große Bandbreite der Daseinsvorsorge, die vom Öffentlichen Personennahverkehr über Reinigungsdienste und Pflegeeinrichtungen bis hin zum städtischen Fahrradverleih reicht.

Insgesamt konnten in den letzten 20 Jahren 210 Fälle von Rekommunalisierungen in 13 europäischen Ländern in diesen weiteren Sektoren der Daseinsvorsorge gezählt werden. Fast ein Viertel davon im Vereinigten Königreich, wodurch deutlich wird, dass auch im Mutterland der Privatisierungen ein Umdenken stattfindet.



Einleitung

Privatisierungen und darauf folgende Rekommunalisierungen gab es nicht nur in den Bereichen Energie, Wasser und Abfall, sondern auch in vielen anderen Dienstleistungsbereichen wie dem öffentlichen Verkehr, sozialen Dienstleistungen, Gesundheit, Kultur, Bildung, Grünflächenpflege, Gebäudereinigung, Sicherheit oder Bestattungswesen.







Seit 2000 sind in Europa 210 Fälle von Rekommunalisierungen auch in diesen anderen Sektoren bekannt. Die meisten davon im Vereinigten Königreich (52). Auch in Frankreich (41), Deutschland (33), Spanien (26) und Norwegen (20) gab es einige Fälle. In Österreich waren es 17 (siehe dazu: Teil 7). Vereinzelt Rekommunalisierungen gab es außerdem in Schweden (7), Dänemark (4), Finnland (4), Portugal (2), den Niederlanden (2), der Türkei (1) und in Tschechien (1).⁴¹⁷

Rekommunalisierungsbeispiele aus der Praxis

London: U-Bahn



KEY FACTS

-  Tube Lines - teilprivatisiert
-  Transport for London
-  2008/2010
-  Konkurs der privaten Betreiber
-  PPP hat Versprechungen bei Qualität und Kosten nicht gehalten
-  Hohe Folgekosten für SteuerzahlerInnen



Die London Underground (auch Tube genannt) ist die älteste U-Bahn der Welt, die 1863 gegründet wurde. Sie verfügt mit einer Länge von 402 km über das drittlängste U-Bahnnetz weltweit. Insgesamt benutzten im Geschäftsjahr 2017/18 rund 1,36 Mrd. Menschen die London Underground.⁴¹⁸ Die Londoner U-Bahn ist aber nicht nur eine Erfolgsgeschichte, sie ist gleichzeitig ein Paradebeispiel für eine gescheiterte Public-Private-Partnership.

Im Jahr 2003 wurde die London Underground teilprivatisiert. Vorangetrieben wurde diese Entscheidung durch den damaligen Premierminister Tony Blair und seinem Schatzkanzler und späteren Premierminister Gordon Brown. Gerade für diesen war die Teilprivatisierung der Londoner U-Bahn ein Prestigeprojekt, das er ohne Einwilligung des damaligen Londoner Bürgermeisters



Ken Livingstone durchboxte. „The tube PPP was one of the ideological cornerstones of Gordon Brown’s tenure as chancellor, when he drove through the programme in the face of vociferous opposition from Mayor Ken Livingstone.“⁴¹⁹ Durch die bisherigen Privatisierungserfahrungen in England wäre eine weitere Privatisierung nach Thatcher-Art nicht mehr zu rechtfertigen gewesen. Deshalb entschied man sich für ein PPP-Modell. Das vorrangig damit verbundene Ziel war „die seit Jahrzehnten versäumten Investitionen in die öffentliche Infrastruktur nicht allein aus Staatsmitteln finanzieren zu müssen.“⁴²⁰

Der operative Betrieb blieb weiterhin in den Händen der kommunalen, öffentlichen Gesellschaft Transport for London (TfL) und der London Underground. Die Infrastruktur, Stationen und Züge wurden hingegen an zwei private Bieterkonsortien – Metronet und Tube Lines – verkauft. Das Eigentum wurde den beiden Konsortien im Jahr 2004 für einen Konzessionszeitraum von 30 Jahren, übertragen.⁴²¹

Metronet war ein Konsortium, das sich eigens für dieses PPP-Projekt gebildet hatte. Es bestand aus fünf Partnern: Thames Water (das privatisierte (Ab-)Wasserunternehmen Londons), EdF (einer der weltgrößten Energiekonzerne der Welt), Balfour Beatty (englischer Baukonzern), WS Atkins (englisches Ingenieursunternehmen) und Bombardier (einer der weltweit größten Waggon- und Lokomotivhersteller).⁴²² Das andere Konsortium, Tube Lines, bestand aus den beiden Bauunternehmen Amey (Ferrovia) und Bechtel. Während Tube Lines für drei U-Bahnlinien verantwortlich war, hat Metronet neun U-Bahnlinien übernommen und war laut PPP-Vertrag dazu verpflichtet, den Großteil des U-Bahnnetzes zu sanieren. Insgesamt sollte das Konsortium über die Vertragslaufzeit 17 Milliarden Pfund (25 Milliarden Euro) in die Sanierung der Linien investieren. Metronet erhielt im Gegenzug vom U-Bahnbetreiber London Underground monatliche Zahlungen. Die Einnahmen aus dem operativen Geschäft sollten auf die verschiedenen Vertragsparteien aufgeteilt werden. Die öffentliche TfL mietete sich bei den privaten Anbietern quasi ein.⁴²³ Die Londoner U-Bahn wurde somit in vier Gesellschaften aufgeteilt: zwei kontrolliert durch Metronet, eine durch Tube Lines und eine durch die öffentliche TfL.

Bei der Abwicklung des operativen Betriebes zeigten sich jedoch bald ernsthafte Probleme: erhöhte Fahrpreise, Unpünktlichkeit, technische Probleme und Entgleisungen waren an der Tagesordnung. Schwierigkeiten bereitete auch der PPP-Vertrag an sich. Denn im Laufe der Zeit wurden durch Nachverhandlungen zahlreiche Veränderungen gegenüber der Ausschreibung vorgenommen. Diese gingen überwiegend zu Lasten der öffentlichen Hand.⁴²⁴ Die Konstruktion der Public Private Partnership, vor allem mit dem großen Metronet-Konsortium mit fünf Partnern, war für die öffentlichen Verantwortlichen schwierig zu überwachen, denn „Transport for London and London Underground did not have enough information about project performance to provide oversight and control over the PPP consortiums activities.“⁴²⁵

Im Jahr 2007 meldete Metronet schließlich Konkurs an. Die Zahlungen von London Underground überstiegen die investierten Renovierungskosten. „Kritiker werfen Metronet vor, Unteraufträge zu teuer an die Schwesterunternehmen der Konsortiumsmitglieder vergeben zu haben. [...] Metronet wehrt sich und wirft London Underground vor, mit zusätzlichen Renovierungen den Kostenrahmen gesprengt zu haben.“⁴²⁶ Die britische Regierung musste 2 Mrd. Pfund zuschießen, um die Schulden von Metronet zu begleichen und den operativen Betrieb zu gewährleisten.⁴²⁷ Mit 27.5.2008 wurden die Anteile von Metronet zu 100 Prozent an die öffentlich-kommunale TfL rückübertragen. Im Jahr 2010 ging schließlich auch der andere private Betreiber Tube Lines in Konkurs. „Tube Lines initially wanted £6.8 billion (later reduced to £5.75 billion) for a major programme of renewal on the Piccadilly and Northern Lines, and the arbiter has only granted the company just under £4.4 billion [...]. This shortfall caused the Tubelines consortium to go

bankrupt.“⁴²⁸ London Underground kaufte die Anteile von Tube Lines für eine Summe von 310 Millionen Pfund zurück.

Der spätere konservative Bürgermeister von London (2008-2016) Boris Johnson bezeichnete den Deal zwar als „excellent news for London“,⁴²⁹ die Kosten für den Rückkauf stellen allerdings eine langfristige Belastung für die Finanzen des öffentlichen Betreibers dar. Die Gesamtkosten des PPP-Experiments für die britischen SteuerzahlerInnen werden auf mindestens 2,5 Milliarden Pfund geschätzt.⁴³⁰

Madrid: Bestattungsinstitut

KEY FACTS

- Funespaña
- EMSFC
- 2016
- Vervielfachung der Gewinne
- Sanierung und Modernisierung von Teilen der Friedhöfe und Leichenhäuser

1966 wurde die kommunal geführte Empresa Mixta de Servicios Funerarios de Madrid (EMSFM) gegründet, um Friedhöfe und Bestattungsinstitute in Madrid zu verwalten. Die Statuten der EMSFM sahen eine Lebensdauer des Unternehmens von 50 Jahren (also bis 2016) vor. Laut Artikel 24 des Regelwerks gehen danach alle Aktiva und Passiva wieder in den Besitz Stadt über, egal wie die Besitzverhältnisse zu diesem Zeitpunkt aussehen.⁴³¹ Über lange Zeit war dies aber nicht von Relevanz, da das Unternehmen öffentlich geführt und keine großen Anteile verkauft wurden.⁴³²

Das änderte sich im Jahr 1993, als unter Madrids konservativem Bürgermeister José María Álvarez del Manzano (von 1989 bis 2003 im Amt; Partido Popular) 49 Prozent der Aktien des Bestattungsinstituts an das private Unternehmen Funespaña verkauft wurden. Obwohl im Nachhinein der Wert der verkauften Aktien auf mehr als 7 Mio. Euro geschätzt wurde, gab die Stadtregierung die Hälfte des Unternehmens für einen symbolischen Preis von 100 Peseten (0,60 Euro) aus der Hand. Dies führte zu dem größten Skandal in Álvarez del Manzanos Regierungszeit und zu einem Prozess, bei dem 2009 ein ranghoher Mitarbeiter des Bürgermeisters verurteilt wurde.

Trotz des Skandals blieb die Zukunft des Unternehmens, also was nach dem Auslaufen des Vertrags im Jahr 2016 passieren würde, lange ungewiss. 2013 schloss die konservative Stadtregierung eine Rekommunalisierung noch kategorisch aus.⁴³³ Das änderte sich erst mit dem Wahlen 2015. Manuela Carmena von der linksgerichteten Bürgerbewegung Ahora Madrid wurde zur Bürgermeisterin gewählt und beendete damit die seit 1991 anhaltende Legislatur der Partido Popular.

Die neue Stadtregierung kritisierte, dass Madrid wegen des teilprivaten Unternehmens Gewinne verloren gingen. Zudem stellte das „Zentrum für Material- und Arbeitskontrolle“ (CEMOSA) fest, dass der private Betreiber die Instandhaltungspflichten vernachlässigte.⁴³⁴ Aufgrund dessen entschieden sich die lokalen Behörden für eine Rekommunalisierung. Nach dem Ablauf der in den Statuten festgehaltenen 50 Jahren wurden alle Aufgaben der EMSFM an die neu gegründete kommunale Handelsgesellschaft EMSFC übertragen – die auf unbegrenzte Zeit existieren kann.⁴³⁵ Somit wurde die Verwaltung von 14 Friedhöfen, 2 Bestattungshäusern und 2 Krematorien sowie die Beschäftigung von 529 MitarbeiterInnen wieder zu 100 Prozent in die öffentliche Hand gelegt.⁴³⁶



Die Rekommunalisierung verlief aber nicht reibungslos. Funespaña zog vor Gericht und klagte für den Entzug der Konzession auf Schadensersatz in Höhe von 23 Millionen Euro. Dabei beruft sich der private Betreiber auf das spanische Dienstleistungsreglement der lokalen Körperschaften, welches verlangt, dass sich die Parteien vor Liquidierung eines gemischt-öffentlichen Unternehmens auf einen Modus zur Vermögensabschreibung einigen müssen.⁴³⁷ Die Stadtregierung hingegen beruft sich auf den Bericht von CEMOSA über die verletzten Instandhaltungspflichten von Funespaña. Ein Urteil ist noch ausständig.⁴³⁸

Im ersten Jahr, in dem das Bestattungsinstitut wieder vollständig kommunal durch EMSFC verwaltet wurde, konnten Gewinne in Höhe von 4,1 Millionen Euro verbucht werden. Damit wurden die Gewinne im Vergleich zur Zeit der Teilprivatisierung (etwa 40.000 Euro) – vervielfacht. Für das Jahr 2018 wird eine Steigerung des Gewinns auf 4,8 Millionen Euro prognostiziert. Damit konnte die Stadtregierung dringend notwendige Maßnahmen zur Sanierung und Modernisierung von Teilen der Friedhöfe und Leichenhäuser durchführen.⁴³⁹

Madrid: Städtischer Radverleih



KEY FACTS

-  Bonopark
-  Empresa Municipal de Transportes de Madrid
-  2016

-  Rekord an monatlichen Nutzungen
-  neue Bezirke sollen mit dem Radverleih erschlossen werden
-  Kosten für die Verwaltung des Radverleihs konnten reduziert werden



Die spanische Hauptstadt Madrid gehört mit ihren 3,2 Mio. EinwohnerInnen zu den größten Städten Europas. Die konservative Bürgermeisterin Ana Botella (2011-2015, Volkspartei) hat den im Jahr 2014 gegründeten Radverleih an den privaten Betreiber Bonopark ausgelagert.⁴⁴⁰ Im Jahr 2016 beschloss die neue Kommunalregierung unter Manuela Carmena (Ahora Madrid) die Rekommunalisierung des städtischen Radverleihs.⁴⁴¹ Bonopark verlangte anfänglich eine Summe von 16,7 Millionen Euro, schlussendlich konnte man sich auf einen Kaufpreis von 10,7 Millionen Euro einigen.

Die spanische Volkspartei in Madrid verklagte die zuständige Stadträtin für Mobilität und Umwelt wegen Veruntreuung öffentlicher Gelder, da der Kaufpreis über dem tatsächlichen Wert des Radverleihs liegen würde, da Bonopark mit der Verwaltung des Radverleihs in Madrid Verluste einfahren würde. Das Gerichtsverfahren ist noch nicht abgeschlossen.⁴⁴²

Eine erste Bilanz des Madrider Radverleihs gestaltete sich durchaus positiv. Laut einer 2017 veröffentlichten Statistik konnte ein Rekord an monatlichen Nutzungen verbucht werden. Im Oktober 2016 wurde die bisherige Rekordzahl von 384.072 Leihvorgängen erreicht, das entspricht 12.389 Nutzungen pro Tag. Auch die Kosten für die Verwaltung des Radverleihs konnten reduziert werden.⁴⁴³






Für 2018 wurde eine Ausweitung der Infrastruktur geplant, um auch neue Bezirke mit dem Radverleih zu erschließen. 42 neue Ausleihstationen mit 468 zusätzlichen Fahrrädern sollen dafür in Betrieb genommen, der Gesamtbestand auf 4.000 Fahrräder an mehr als 350 Stationen ausgeweitet werden.⁴⁴⁴



Bergen: Pflegeheim



KEY FACTS

-  Aleris
 -  Stadt Bergen
 -  2016
-
-  Reinvestition der Gewinne in die Einrichtung
 -  Zufriedenheit der Angestellten (erhöhte Gehälter, höherer Beitrag zur Pensionsvorsorge)



Bei den norwegischen Kommunalwahlen im Jahr 2015 mussten konservative Parteien Verluste hinnehmen. Die Stärkung der linken Parteien und der anschließende Regierungswechsel in mehreren Städten ermöglichte die Umsetzung von Rekommunalisierungsprojekten. So auch in Bergen, Norwegens zweitgrößter Stadt (280.000 EinwohnerInnen), wo eine Mitte-Links-Koalition die vormals konservative Stadtregierung ablöste.

Die Alterung der norwegischen Bevölkerung führte in den letzten Jahren auch in diesem Land zu einem Mangel an Pflegefachkräften, welcher sich in den kommenden Jahren weiter zuspitzen wird. Momentan sind ungefähr 180.000 Personen in der norwegischen Alten- und Krankenpflege tätig. Die Agentur Samfunnsøkonomisk analyse kalkuliert, dass im Jahr 2030 zwischen 200.000 und 250.000 Pflegekräfte benötigt werden.⁴⁴⁵

Von den rund 40 Pflegeheimen in Bergen befanden sich bei Amtsantritt der neuen Stadtadministration zwei in den Händen von privaten Unternehmen. Die beiden Pflegeheime Odinsvei Bosenter und Søreide Sykehjem wurden von der Firma Aleris betrieben. Alle anderen Pflegeeinrichtungen wurden entweder von der Kommune oder von privaten gemeinnützigen Organisationen geleitet. Ziel der neuen Stadtregierung war eine Attraktivitätssteigerung der Beschäftigung als AltenpflegerIn und bessere Pensionsvorsorgen für die Angestellten.⁴⁴⁶ Da sich unter diesen Voraussetzungen keine privaten oder gemeinnützigen Anbieter finden ließen, entschloss sich die Stadt zur Rekommunalisierung der beiden Pflegeheime.⁴⁴⁷

Das Projekt erfuhr Widerstand von mehreren Seiten. Die BewohnerInnen der Heime waren verunsichert, da Aleris die Einrichtung zur Zufriedenheit der SeniorInnen geführt hatte. Zudem sprachen sich oppositionelle Parteien und der norwegische Arbeitgeberverband NHO gegen die Rekommunalisierung aus.⁴⁴⁸ Sie rechneten mit Mehrkosten von bis zu 1,1 Mio. Euro pro Jahr. Selbst die Stadtverwaltung prognostizierte jährliche Kosten von ca. 360.000 Euro. Trotz aller Widerstände wurden die zwei Pflegezentren aber im Mai 2016 rekommunalisiert.⁴⁴⁹







Nach fast einem Jahr konnte man im Februar 2017 finanziell eine erstaunlich positive Bilanz ziehen. Die prognostizierten Mehrkosten traten nicht auf. Vor allem die Bilanz des Søreide Sykehjem überraschte, die Ausgaben lagen um 4,7 Millionen Kronen (ungefähr 485.000 Euro) unter den Erwartungen der Stadt.⁴⁵⁰ Durch die Rekommunalisierung ist man nun in der Lage, dieses Geld wieder direkt in die Einrichtung zu investieren. Die Angestellten sind zufrieden mit dem neuen Dienstgeber und den erhöhten Gehältern sowie dem höheren Beitrag zur Pensionsvorsorge.⁴⁵¹ Auch die Bedenken der BewohnerInnen konnten beseitigt werden. Die Stadt arbeitete mit dem Modell von Aleris weiter, wodurch sich am normalen Tagesgeschehen nichts verändert hat. Die Stadtverwaltung plant, in den kommenden Jahren weitere Pflegeheime zu eröffnen und das Pflegepersonal in den bereits bestehenden Einrichtungen weiter aufzustocken.⁴⁵²



Freiburg und Wilhelmshaven: Öffentliche Gebäudereinigung









KEY FACTS - Freiburg

-  Verschiedene Betreiber
-  Stadt Freiburg
-  2003
-  Größere Zufriedenheit der KundInnen
-  Verbesserung von Arbeitsabläufen
-  Höhere Zufriedenheit der MitarbeiterInnen



KEY FACTS - Wilhelmshaven

-  Verschiedene Betreiber
-  Stadt Wilhelmshaven
-  2012
-  Kosteneinsparung
-  Bessere Bezahlung der Beschäftigten
-  Höhere Zuverlässigkeit



Die Privatisierungswelle in Deutschland in den frühen 1990er-Jahren erfasste nicht nur Kernbereiche der Daseinsvorsorge wie den Energiesektor, sondern auch weniger zentrale Bereiche wie die Reinigung öffentlicher Gebäude. Auch in diesem Sektor haben negative Erfahrungen in den letzten Jahren dazu geführt, dass deutsche Gemeinden diesen Bereich wieder in kommunale Verantwortung zurückzuholen.

Musterbeispiele für die Rekommunalisierung von Stadtreinigungen in Deutschland sind die Städte Wilhelmshaven und Freiburg im Breisgau. Wilhelmshaven befindet sich im Nordwesten Deutschland an der Nordeeküste Niedersachsens und hat 76.000 EinwohnerInnen. Freiburg im Breisgau ist eine Stadt im Bundesland Baden-Württemberg mit rund 230.000 EinwohnerInnen. Beide Städte haben große Anteile der öffentlichen Gebäudereinigung an private Anbieter ausgelagert. So wurden 60 Prozent der öffentlichen Gebäude in Freiburg und knapp mehr als 50 Prozent in Wilhelmshaven von Drittanbietern betreut. Der Beweggrund war bei beiden Kommunen derselbe: Man wollte effizienter und kostengünstiger arbeiten.

In Freiburg im Breisgau hatte die Teilprivatisierung der Stadtreinigung bereits im Jahr 1993 begonnen. In den folgenden zehn Jahren wurden 200 Stellen bei der Stadtverwaltung abgebaut und stattdessen Aufträge an kommerzielle Unternehmen vergeben. Im Jahr 2003 befasste sich der Gemeinderat mit der Zukunft der öffentlichen Gebäudereinigung. Es stand zur Debatte, sie vollständig an private Dienstleister abzugeben oder sie wieder vermehrt in öffentliche Eigenverantwortung zu bringen: „Die einen waren für eine vollkommene Privatisierung. Die anderen sagten, auch aus der sozialen Verantwortung heraus, wir müssen uns einen eigenen Stamm an Reinigungskräften bewahren.“⁴⁵³

Der Gemeinderat entschied sich für mehr Eigenbetrieb, allerdings unter der Bedingung, 10 bis 15 Prozent der Kosten einzusparen. Das Gebäudemanagement erarbeitete zusammen mit einem Beratungsunternehmen und den Reinigungskräften ein Konzept, das die Anschaffung moderner



Arbeitsgeräte und ein stärker am Bedarf orientiertes Arbeitszeitmodell umfasste. Allerdings stieg auch die pro MitarbeiterIn zu reinigende Fläche um 20 Prozent.⁴⁵⁴

Die Bemühungen des Gebäudemanagements lohnten sich: Die Kosteneinsparung übertraf sogar die Forderung des Gemeinderates. Außerdem konnten durch eine „Verbesserung von Arbeitsabläufen und der Reinigungsmaschinen [...] 1325 Arbeitsstunden pro Woche eingespart werden. Anders als andere Kommunen baute Freiburg die Stellen nicht ab, sondern nutzte die Kapazitäten um Aufträge, die an Private vergeben worden waren, in die Kommune zurück zu holen.“⁴⁵⁵ Trotz der geforderten Mehrleistung stieg die Zufriedenheit der MitarbeiterInnen. Das neue Konzept der Freiburger Gebäudereinigung setzt stärker als früher auf Mitsprache und Eigenverantwortung der Mitarbeiterinnen: „Das motiviert. Man hat mehr Verantwortung jetzt auch gekriegt. Man versucht das mit den Kolleginnen, alles unter einen Hut zu kriegen, versucht das Beste draus zu machen“,⁴⁵⁶ so eine Mitarbeiterin.

Mittlerweile putzt die Stadt Freiburg wieder rund 55 Prozent der öffentlichen Gebäude in Eigenregie, 15 Prozent mehr als noch vor vier Jahren. 190 städtische, nach dem Tarif des öffentlichen Diensts bezahlte Arbeitsplätze konnten gesichert werden. Und auch die Schulen, Kindergärten und Büros sind mit der städtischen Reinigung zufriedener als mit der privaten, berichtet der Leiter des Freiburger Gebäudemanagements: „Es sind immer die gleichen Damen in einem Haus. Die Identifikation mit dem Gebäude ist gegeben, die Reinigung ist dadurch ziemlich gut. Bei den Privaten ist es ganz anders. Da wird im Akkord gearbeitet, dort ist der Profit wichtig, dort müssen die Damen sehr viel arbeiten, und sie arbeiten immer an anderen Orten. Sie können sich gar nicht mit dem Gebäude identifizieren. Und somit haben wir die Rückmeldung von den Schulen und von unseren anderen Nutzern, die Reinigungsleistung bei den Privaten war einfach wesentlich schlechter.“⁴⁵⁷

In Wilhelmshaven wurden in den Jahren 2003 und 2004 im Stadtrat Beschlüsse gefasst, öffentliche Reinigungsarbeiten an Drittanbieter auszulagern. Eine Verteilungsquote sah vor, dass die Hälfte aller Gebäudereinigungsaufträge an private Anbieter gehen sollte. In der Folge reduzierte der private Dienstleister die Zahl der MitarbeiterInnen von 120 auf 80.⁴⁵⁸ Nachdem sich auch mehrere Schulleiter über die schlecht erbrachte Dienstleistung beschwert haben, schuf die Stadtverwaltung 16 befristete Stellen, um einige Schulen wieder kommunal zu reinigen. Nach einem Jahr sollte verglichen werden, ob in puncto Kosten und Qualität die kommunalen oder die privaten Dienstleister besser abschneiden würden. „Das Ergebnis erstaunte den Personalrat nicht, wohl aber die Verwaltung. Denn es zeigte sich: Die kommunalen Reinigerinnen und Reiniger putzten nicht nur gründlicher und zuverlässiger, sie kamen der Stadtverwaltung auch noch deutlich günstiger als die Privaten – obwohl die Stadt die Beschäftigten nach den Tarifstandards des öffentlichen Dienstes bezahlte und damit weit besser, als die private Konkurrenz ihre Beschäftigten entlohnte.“⁴⁵⁹ Durch ein effektiveres System als bei den privaten Anbietern konnte sowohl der Zustand der betreuten Gebäude als auch die Kosteneffektivität verbessert werden. Zwar werden die öffentlichen Gebäudereinigungskräfte nur mehr nach Entlohnungsgruppe 1 und nicht nach Entlohnungsgruppe 2 wie vor der Privatisierungswelle bezahlt, erfuhren jedoch trotzdem eine Aufwertung ihrer Arbeit. Nach diesem Erfolg beschloss der Stadtrat im Jahr 2012, keine weiteren Aufträge an private Anbieter mehr zu vergeben. Weiters erklärte man eine Zwei-Drittel-Quote der Eigenreinigung zum mittelfristigen Ziel.⁴⁶⁰



Kiel: Öffentlicher Personennahverkehr



KEY FACTS

-  NBB (49%) - teilprivatisiert
-  Eigenbetrieb der Landeshauptstadt Kiel
-  2009

-  Durch Eigenbetrieb keine Ausschreibung nötig
-  Gestiegene Kundenzufriedenheit
-  Mehr Arbeitsplätze



Kiel ist die Hauptstadt des nördlichsten deutschen Bundeslandes Schleswig-Holstein und hat rund 245.000 EinwohnerInnen. Nachdem die Stadt im Jahr 1999 die Kieler Wohnbau Gesellschaft und im Jahr 2000 die Kieler Stadtwerke privatisiert hatte, verkaufte sie im Jahr 2003 auch 49 Prozent der Kieler Verkehrsgesellschaft (KVG) an die Norddeutsche Busbeteiligungsgesellschaft (NBB).⁴⁶¹ An der NBB sind unter anderem die Hamburger Hochbahn AG, die Verkehrsbetriebe Hamburg-Holstein, die Pinneberger Verkehrsgesellschaft und die Vineta Verkehrsgesellschaft aus Kiel beteiligt.⁴⁶² Der Verkaufspreis lag bei lediglich 12.450 Euro.⁴⁶³ Das Ziel der Teilprivatisierung war, der KVG einen strategischen Partner mit privatwirtschaftlichem Know-how zur Seite zu stellen, um im Wettbewerb bestehen zu können.

Es kam jedoch schnell Kritik an der eingegangenen Public Private Partnership auf. Die Gewerkschaft Ver.di kritisierte bereits 2006 die Zusammenarbeit mit dem privaten Betreiber und forderte einen Rückkauf der Anteile.⁴⁶⁴ Auch von politischer Seite wurde dies gefordert, da sich die Kieler Verkehrsgesellschaft auf Grund der neuen Eigentümerstruktur am 1. Jänner 2011 einer europaweiten Ausschreibung des Öffentlichen Personennahverkehrs in Kiel hätte stellen müssen. Dabei wäre die Kieler Verkehrsgesellschaft anderen Anbietern wohl unterlegen, was den Verlust von rund 560 Arbeitsplätzen bedeutet hätte. Befände sich die KVG jedoch im vollkommenen Eigentum der Stadt, wäre eine Ausschreibung nicht notwendig.⁴⁶⁵ Im Fokus standen auch die finanziellen Einnahmen für die Kommune, da durch die Reintegration der Kieler Verkehrsgesellschaft wieder 100 Prozent der Einnahmen durch Ticketverkäufe in den vollständigen Besitz der Stadt fließen würden. Deshalb beschloss die rot-grüne Mehrheit im Stadtrat den vollständigen Rückkauf der privatisierten Anteile, was von der CDU-Oberbürgermeisterin auch unterstützt wurde.⁴⁶⁶


Im Jahr 2009 wurde die Kieler Verkehrsgesellschaft schließlich rekommunalisiert. Der Rückkauf kam der Stadt allerdings teuer zu stehen, da man ein Vielfaches des ursprünglichen Verkaufspreises bezahlen musste – mehr als eine Million Euro.⁴⁶⁷


Der Rückkaufsumme stellte eine gewisse Belastung für das Haushaltsbudget der Stadt dar, weshalb die „Haushälter von Kiel [...] eine Einsparsumme von zwei Millionen Euro bei den Personalkosten für unausweichlich“⁴⁶⁸ hielten. „Ohne niedrigere Personalkosten [...] werde der KVG dauerhaft Verluste machen.“⁴⁶⁹ Tatsächlich wurde die Rekommunalisierung nur möglich, weil mit der Belegschaft ein Kompromiss ausgehandelt wurde. „Mit einer Einmalzahlung von mehreren Millionen Euro erkaufte die Stadt den Verzicht“⁴⁷⁰ der MitarbeiterInnen auf Urlaubsgeld und Zuschläge, erhielten jedoch im Gegenzug eine Arbeitsplatzgarantie bis zum Jahr 2020.⁴⁷¹

In den vergangenen Jahren hat sich die Zufriedenheit der KundInnen mit dem öffentlichen Verkehr in Kiel messbar verbessert. Jährlich werden Befragungen der KundInnenzufriedenheit durch-




geführt. Im Jahr 2010 wurden die KVG nach dem Schulnotensystem noch mit 2,22 bewertet. Im Jahr 2017 erreichte man bereits 2,03.⁴⁷² Gestiegen ist auch die Zahl der Arbeitsplätze. Im Jahr 2017 beschäftigten die KVG 634 MitarbeiterInnen, 86 mehr als im Jahr 2008.⁴⁷³ Mit 1.1.2012 wurde in Kiel auch die Müllabfuhr mit dem Ziel, die Gebühren stabil zu halten und entsprechend entlohnte und sichere Arbeitsplätze im öffentlichen Dienst zu schaffen, rekommunalisiert.⁴⁷⁴


Islington: Gebäudereinigung







KEY FACTS

-  nicht bekannt
-  Islington Council
-  2010



-  Höhere Löhne und erhöhte Motivation der MitarbeiterInnen
-  Spezielle Berücksichtigung von Menschen, die vom Arbeitsmarkt ausgeschlossen waren

Islington (London Borough of Islington) ist ein etwa 210.000 EinwohnerInnen fassender Stadtbezirk nördlich des Standzentrums von London. Im September 2010 hat die Islington Council's Executive beschlossen, den Vertrag für die Gebäudereinigung mit dem privaten Betreiber nicht mehr zu verlängern und die Dienstleistung stattdessen wieder im Eigenbetrieb zu erbringen. Ziel der Rekommunalisierung war, den Bezirk Islington durch eine bessere Bezahlung der MitarbeiterInnen zu einem sozial faireren Ort zu machen. Islington ist ein Viertel Londons mit einem hohen Anteil an Kinderarmut, AlleinerzieherInnen und NiedrigsteinkommensbezieherInnen.

Ein wesentlicher Antrieb zur Rekommunalisierung der Gebäudereinigung waren die Kosten der ausgelagerten Erbringung: „It costs money to manage an external contract. Both sides will have a contract manager, and the council ends up paying for both. One advantage of bringing it back-in-house is that the council can save both of these costs.“⁴⁷⁵ Die Einsparung durch die Rekommunalisierung eröffnete dem Council die Möglichkeit, „to pay the staff a better wage, improve the service and generate efficiency savings“.⁴⁷⁶ Vor allem die Bezahlung der ArbeiterInnen durch die private Firma sorgte für Unmut. Die ArbeiterInnen waren entweder Angestellte des privaten Unternehmens oder aber LeiharbeiterInnen, deren Arbeitsverträge weder eine unbefristete Beschäftigung, noch das Recht auf Krankenstand beinhalteten und eine Bezahlung unterhalb des London Living Wage⁴⁷⁷ bedeutete. Der Council hat den ArbeiterInnen mit der Rückübertragung einen Vertrag angeboten, welcher „London Living Wage and local authority terms and conditions“⁴⁷⁸ garantierte. So will der Bezirk dazu beitragen, die Armutsgefährdung in zu senken und als gutes Beispiel vorzugehen.

Das Anheben der Löhne hatte nicht nur Auswirkungen auf die Lebensumstände der Menschen. Es führte auch zu erhöhter Motivation und einem Anstieg der Produktivität. „Good public services depend on front-line staff who are well motivated and the fact that we have saved money on this service while paying our cleaners a living wage shows that in-sourcing can save money for local taxpayers as well as being fairer to staff.“⁴⁷⁹


Um möglichst vielen Menschen die Chance zu bieten, einer bezahlten Arbeit nachzugehen, hat der Council einen speziellen Datenpool eingerichtet, der Leute berücksichtigt, die sonst vom Arbeitsmarkt ausgeschlossen sind. Die Personen können sich dazu auf einer Plattform anmelden








und werden kurzfristig zu den von ihnen angegeben Zeiten berücksichtigt. Das eröffnet etwa Müttern, die aufgrund von Betreuungsaufgaben sonst kaum Chancen am Arbeitsmarkt haben, einen Zuverdienst.


Der Londoner Bezirk Islington hat aus der Rekommunalisierung der Gebäudereinigung folgenden Schluss gezogen: „It is possible to respect employment rights and pay a decent living wage to cleaning staff and have a cost effective and high quality service.“⁴⁸⁰ Aufgrund der Erfolge hat Islington im Jahr 2012 außerdem die Müllsammlung, das Recycling und die Straßenreinigung, die an die Privatfirma Enterprise ausgelagert waren, rekommunalisiert.

Cádiz: Dienstleistungen am Strand



KEY FACTS

-  verschiedene Betreiber
-  Cádiz 2000
-  2017
-  Einsparungen
-  Effizienzgewinne durch Zusammenlegung von Dienstleistungen



Cádiz ist eine andalusische Stadt mit knapp 120.000 EinwohnerInnen. In der am Atlantik gelegenen Stadt wurden Dienstleistungen und Einrichtungen am Strand (Reinigung, Infrastruktur, medizinische Versorgung/Sanitätsdienst etc.) von verschiedenen privaten Betreibern erbracht. Im Mai 2017 beschloss die Stadtregierung von Cádiz mit den Stimmen zweier kommunaler Wahlplattformen (Por Cádiz Sí Se Puede, Ganar Cádiz en Común) und der PSOE (Sozialistische Partei Spaniens) die Kommunalisierung dieser Leistungen, die in Zukunft von der Gesellschaft Cádiz 2000 verwaltet werden sollten.⁴⁸¹ Durch die Bündelung der Dienstleistungen sollen etwa 308.000 Euro pro Jahr eingespart werden.⁴⁸² Die Bilanz nach dem ersten Jahr fällt positiv aus. Die lokale Regierung betont die erhöhte Effizienz durch die Zusammenlegung der Dienstleistungen am Strand.⁴⁸³

Die Kommunalisierung war, ähnlich wie im Fall des Madrider Radverleihs, begleitet vom Gegenwind der oppositionellen Parteien in der Stadtregierung. Die Spanische Volkspartei (PP), zuvor Regierungspartei in Cádiz, lehnte eine Übertragung mit dem Argument der Ineffizienz entschieden ab. Die PP und die rechtsliberale Partei Ciudadanos stellten einen Antrag auf ein juristisches Verfahren gegen Álvaro de la Fuente, Regierungsmitglied und Präsident von Cádiz 2000. Sie warfen ihm Rechtsbrüche bei der Vorgehensweise der Kommunalisierung vor.⁴⁸⁴ Der Rechnungshof überprüfte den Fall und kam im April 2018 zum Urteil, dass keine Rechtswidrigkeiten feststellbar sind und die Kommunalisierung ordnungsgemäß durchgeführt wurde.⁴⁸⁵



Düren: Straßenbeleuchtung



KEY FACTS

- ↻ Stadtwerke Düren - teilprivatisiert
- ↻ Dürener Service Betrieb
- 📅 2012
- ✓ Modernisierung der Technik
- ✓ Umweltschonenderer Betrieb
- ✓ Kosteneinsparung



Düren ist eine deutsche Stadt im Bundesland Nordrhein-Westfalen südwestlich von Köln mit etwa 90.000 EinwohnerInnen. Mit 1. Jänner 2012 wurden Betrieb und Wartung der Straßenbeleuchtung der Stadt Düren rekommunalisiert. Der Dürener Service Betrieb (DSB), ein Eigenunternehmen der Stadt, hat Straßenbeleuchtung und Netz von den Stadtwerken Düren (SWD), die sich nur zum Teil im Besitz der Stadt befinden, zurückgekauft. Über die Kaufsumme wurde Stillschweigen vereinbart, es wird jedoch ein Preis von etwa 5 Millionen Euro geschätzt.⁴⁸⁶

Der Dürener Service Betrieb ist ein kommunaler Komplettanbieter, der für die Straßenreinigung, Abfallbeseitigung, Gebäudereinigung, Forst-, Straßen-, Kanal-, Grünflächen- und Friedhofunterhaltung verantwortlich ist. Weiters wird seit Jahren der Dürener Badesee wie auch das im März 2012 ebenfalls rekommunalisierte örtliche Hallenbad vom DSB betrieben.⁴⁸⁷

Im Jahr 2008 haben die Dürener Service Betrieb ein Gutachten zur Übernahme der Straßenbeleuchtung in Auftrag gegeben. Dieses kam zu dem Ergebnis, dass die Übernahme der Straßenbeleuchtung ein Einsparungspotenzial von mehreren hunderttausend Euro bringen kann. Geknüpft war diese Analyse an die Umrüstung der veralteten Beleuchtung auf die kostengünstigere Leuchtdiodentechnik (LED),⁴⁸⁸ denn die teils „über 30 Jahre alten energiefressenden 10500 Straßenlampen [...] waren sehr wartungsanfällig und verursachten unnötig hohe Energiekosten aufgrund überalterter Technologien.“⁴⁸⁹ Durch eine internationale Ausschreibung, bei der die Stadt von einem Ingenieurbüro begleitet wurde, fand man schließlich den richtigen Hersteller für die LED-Leuchten. Innerhalb von nur drei Monaten wurden 6.500 der alten Leuchten gegen LED-Leuchten getauscht. Damit werden zukünftig rund 60 Prozent der bisherigen Energiekosten gespart, denn der Energieaufwand wird um 2,8 Mio. kWh reduziert. Das bedeutet eine jährliche Kohlendioxideinsparung von 1.500 Tonnen. Gleichzeitig können die Wartungsintervalle durch eine höhere Lebensdauer der LED-Leuchten ausgedehnt werden.⁴⁹⁰ Neben umweltschonenden und kostensenkenden Effekten konnte auch eine Qualitätssteigerung erzielt werden: „Im Zuge des Projekts wurde deutlich, wie wertvoll die variablen lichttechnischen Einstellmöglichkeiten der Leuchte und der LED-Einheit sind, um bei hoher Standardisierung die verschiedensten lichttechnischen Anforderungen individuell zu erfüllen.“⁴⁹¹

Da die finanziellen Möglichkeiten der Kommunen begrenzt sind, werden in Deutschland derartige kommunale Initiativen vom Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit unterstützt. Der Bund förderte die Stadt Düren im Rahmen der Klimaschutzinitiative mit rund 1,5 Millionen Euro, was etwa 40 Prozent der Investitionssumme entsprach.⁴⁹² „Diese vorzeigbare Erfolgsstory in Düren sollte Kommunen [...] aufmerksam machen, wie Kommunen Energie einsparen und damit ihre Betriebskosten langfristig senken können.“⁴⁹³ Denn letztlich kann damit auch ein Mehrwert für die BürgerInnen und zukünftige Generationen geschaffen werden.

17

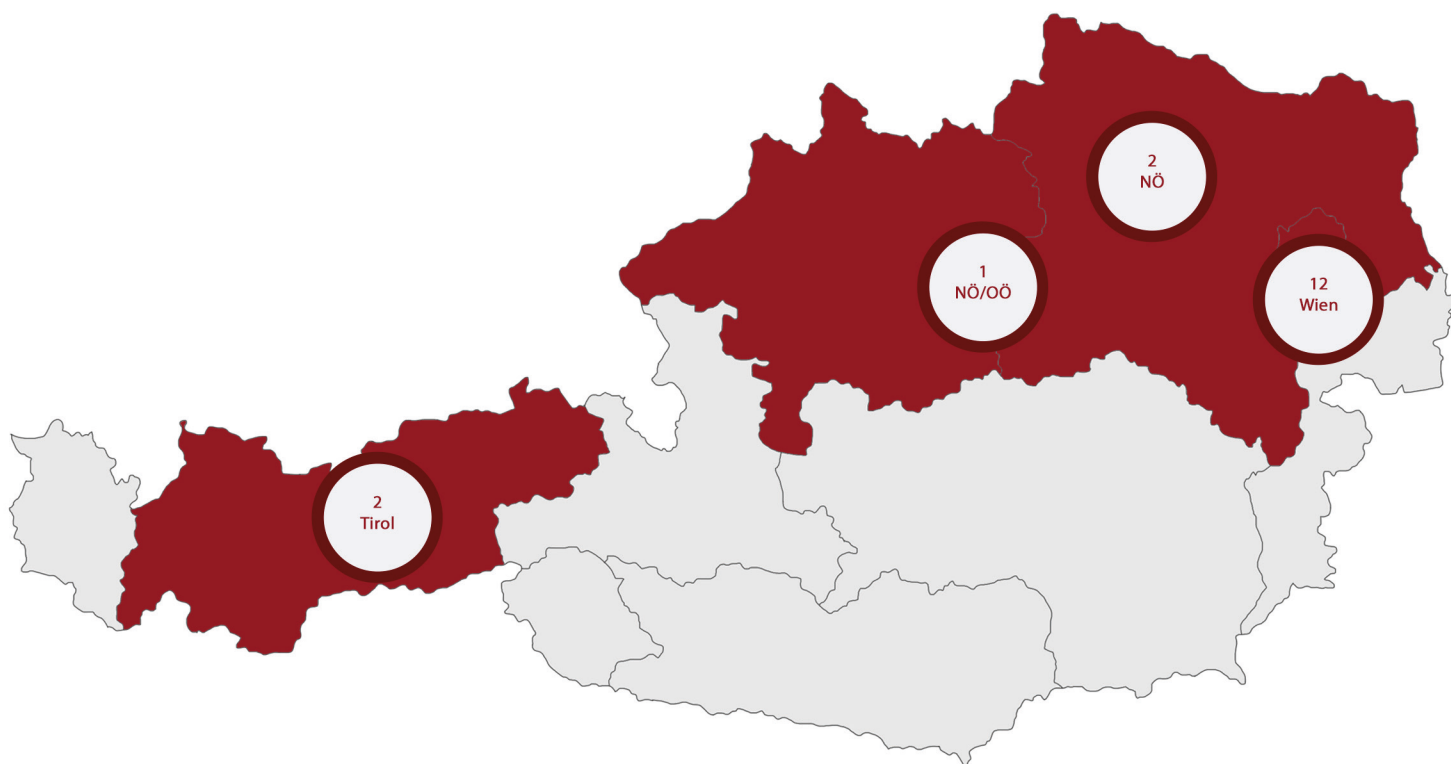
Rekommunalisierungen

4

**B u n d e s -
l ä n d e r**

TEIL 7

REKOMMUNALISIERUNG IN ÖSTERREICH





Zusammenfassung

Österreich ist nach wie vor ein Land mit hohem öffentlichem Engagement in der Daseinsvorsorge. Der Privatisierungstrend setzte später als in anderen europäischen Ländern ein und erreichte nur ein geringes Ausmaß. Besonders auf kommunaler Ebene sind die meisten Aufgabenbereiche nie privatisiert worden. Dies betrifft insbesondere die Sektoren Energie und Wasser, wo sich nach wie vor alle großen Versorger zumindest überwiegend in öffentlichem Besitz befinden. Wien als einzige Millionenstadt Österreichs gilt international als Hochburg der Kommunalwirtschaft. Neben der Energie- und Wasserversorgung sind öffentlicher Verkehr, Abfallentsorgung, kommunale Wohnungen, öffentliche Spitäler, Pflegewohnhäuser, Bäder, Friedhöfe und Bestattung nur einige der öffentlichen Dienstleistungen, die von der Stadt selbst erbracht werden.

17 Fälle von Rekommunalisierungen und Kommunalisierungen seit dem Jahr 2000 konnten dennoch auch in Österreich gezählt werden. Sie sind meist sehr kleinräumig und verteilen sich auf unterschiedliche Regionen und Branchen, wie etwa Tourismus, Kultur und öffentlicher Verkehr.



Einleitung

In Österreich wurde in den letzten 30 Jahren im Vergleich zu anderen europäischen Ländern wenig privatisiert. Die Sozialdemokratie als die längste Zeit führende Regierungspartei hat sich nie so stark am sogenannten „Dritten Weg“ orientiert wie etwa ihre Schwesterparteien in Deutschland und Großbritannien. Dort wurden in den 1990er-Jahren auch unter sozialdemokratischen Regierungen Liberalisierungen und Privatisierungen vorangetrieben. Während der „privatisierungsfreundlichen“ Ära unter Kanzler Wolfgang Schüssel waren es die starken sozialdemokratisch dominierten Interessensvertretungen der ArbeitnehmerInnen, Arbeiterkammer und Österreichischer Gewerkschaftsbund, die sich Privatisierungen widersetzen.

Als Land mit verhältnismäßig hohen Steuern und geringer Verschuldung waren Bund, Länder und Kommunen in Österreich aus finanziellen Gründen weniger akutem Privatisierungsdruck ausgesetzt.⁴⁹⁴

Zudem gab und gibt es nach wie vor in der Bevölkerung eine sehr hohe Zufriedenheit mit der Qualität der Daseinsvorsorge.⁴⁹⁵ ÖBB, MA 48 (Wiener Abfallwirtschaft und Straßenreinigung), Wiener Linien oder die Wiener Wasserversorgung sind nur einige der Dienstleister in öffentlichem Eigentum, die bei KundInnenbefragungen regelmäßig Bestnoten erhalten. Vor diesem Hintergrund wäre angesichts der internationalen Privatisierungsbilanz mit erheblichem Widerstand zu rechnen.

Organisation der Daseinsvorsorge in Österreich

Bis heute ist Österreich ein Land mit starker staatlicher und kommunaler Wirtschaft. Die Privatisierungswelle setzte später und in viel geringerem Ausmaß ein. Besonders auf kommunaler Ebene sind die meisten Aufgabenbereiche nie privatisiert worden.

Anfang der 1980er-Jahre besaßen Republik, Länder und Kommunen nicht nur zahlreiche Dienstleistungsunternehmen – wie Energieversorger, Wasserversorger, Bahn oder Post – sondern auch Banken und große industrielle Betriebe. Diese Situation war damals nicht ungewöhnlich im Vergleich zu anderen westeuropäischen Ländern. Anstoß für die ersten Privatisierungen war, neben

dem internationalen ideologischen Umschwung hin zu mehr privatem Wirtschaften, die „Verstaatlichtenkrise“ 1985/86. Sie wurde ausgelöst durch einen Skandal um schwere Spekulationsverluste eines Tochterunternehmens des VÖEST-Konzerns. Nachdem schon in den Jahren zuvor die staatliche Industrie nur durch hohe Zuschüsse am Leben erhalten werden konnte, wurde durch die Krise das Vertrauen in die Managementfähigkeiten des Staats weiter erschüttert.

Die Privatisierungen während der rot-schwarzen Regierungen unter Bundeskanzler Franz Vranitzky in den späten 1980er- und 1990er-Jahren betrafen vorwiegend die industriellen Beteiligungen der Republik. Beispiele für Privatisierungen und Teilprivatisierungen sind die Verkäufe von VA Technologie, Simmering-Graz-Pauker und Österreichische Salinen.⁴⁹⁶

Die schwarz-blauen Regierungen unter Bundeskanzler Wolfgang Schüssel (2000-2007) traten offensiv mit dem Motto „mehr privat, weniger Staat“ auf.⁴⁹⁷ Neben weiteren Privatisierungen in der Industrie (z.B. Vollprivatisierung der Voestalpine), kam es nun auch zu Verkäufen im Dienstleistungssektor. Betroffen waren etwa große Anteile der Post, die gesamte Postsparkasse und die Mehrheit an der Telekom Austria. Doch nicht alle Pläne konnten umgesetzt werden. So scheiterte der damals intensiv diskutierte Verkauf der ÖBB.

Auch auf Ebene der Länder und Kommunen kam es in den 1980er- bis 2000er-Jahren zu Privatisierungen, in Wien etwa von Anteilen an der Bank Austria und der Gewista.⁴⁹⁸ Interessant ist allerdings ein näherer Blick auf jene Branchen, in denen es in anderen europäischen Ländern zu massiven Privatisierungen und späteren Rekommunalisierungen kam: Energie- und Wasserversorgung. Sie sind in Österreich bis heute weitestgehend unter der Regie von Ländern und Kommunen.

Wasserversorgung wird in Österreich heute zu „mehr als 90 Prozent (...) von kommunalen Anbietern bewerkstelligt.“⁴⁹⁹ Im Jahr 2013 hatten lediglich 92 Gemeinden ihre Wasserversorgung an (teil-)privatisierte Unternehmen ausgelagert. Selbst dabei handelt es sich aber oft um Unternehmen in überwiegend öffentlichem Eigentum, wie die EVN in Niederösterreich. Ein Versuch des französischen Wasserkonzerns Veolia, in die Kärntner Wasserversorgung einzusteigen, scheiterte nach wenigen Jahren. Inzwischen hat sich Veolia ganz vom österreichischen Markt zurückgezogen. Neben den kommunalen Anbietern gibt es in manchen Bundesländern lokal noch kleinere private Wassergenossenschaften, die aber nicht gewinnorientiert arbeiten.⁵⁰⁰

Unter den großen Energieversorgern spielen private Unternehmen in Österreich eine Rolle, wenn auch ausschließlich als Minderheitseigentümer. Die bedeutendsten unter ihnen sind die deutschen Konzerne Energie Baden-Württemberg AG (EnBW) und RWE. Die EnBW hält 32,5 Prozent an der niederösterreichischen EVN. RWE hält direkt 12,85 Prozent am Kärntner Energieversorger KELAG und übt außerdem Einfluss als Minderheitseigentümer der Kärntner Energieholding (die wiederum Mehrheitseigentümer der KELAG ist) aus. Zudem ist der australische Infrastruktur-Finanzkonzern Macquarie mit 25,1 Prozent an der Energie Steiermark beteiligt. Die anderen großen Energieversorger befinden sich zu mindestens 75 Prozent in öffentlichem Eigentum durch Bund, Länder oder Städte.⁵⁰¹

Wien als einzige Millionenstadt Österreichs gilt international als Hochburg der Kommunalwirtschaft. Energieversorgung, Wasserversorgung, Abwasserentsorgung, öffentlicher Verkehr, Abfallentsorgung, Friedhöfe und Bestattung sind nur einige der öffentlichen Dienstleistungen, die von der Stadt erbracht werden. Auch der soziale Wohnbau wurde (bis auf einzelne Wohnhäuser) nie privatisiert. 220.000 Gemeindewohnungen machen „Wiener Wohnen“ nach eigenen Angaben zur „größten kommunalen Hausverwaltung Europas“.⁵⁰²




große Energieversorger in Österreich ⁵⁰³		
Stromversorger	Eigentümer	Besitzverhältnisse
Energie Burgenland AG	51% Burgenländische Landesholding GmbH	
	49% Burgenland Holding AG	73,63% EVN AG > 10% Verbund AG 5-10% Wien Energie <4% Streubesitz
Energie Steiermark	75% Land Steiermark	
	25% SEU Holdings Sarl (Luxemburg)	
Vorarlberger Kraftwerke AG	100% Illwerke	95,50% Land Vorarlberg 4,50% Wertpapiererwerbsgesellschaft mbH (Bregenz)
EVN AG	51% NÖ Landesbeteiligungsholding GmbH	
	29,99% Energie Baden-Württemberg AG	46,75% Neckarpri Beteiligungsgesellschaft 46,75% OEW Energie-Beteiligungs GmbH
	17,96% Streubesitz	
	1,05% eigene Aktien	
Salzburg AG	42,56% Land Salzburg	
	31,31% Stadt Salzburg	
	26,13% Energie AG Oberösterreich	
Energie AG Oberösterreich	52,66% OÖ Landesholding GmbH	
	13,97% Raiffeisenlandesbank OÖ AG	
	10,35% Linz AG	Stadt Linz
	8,28% TIWAG	Land Tirol
	5,20% Verbund AG	siehe Übersicht
	5,17% Oberbank AG (Konsortium)	
	4,43% Streubesitz	
KELAG	51,06% Kärntner Energieholding	51% Land Kärnten 49% Innogy (Tochter von RWE)
	35,17% Verbund AG	siehe Übersicht
	12,85% Innogy (Tochter von RWE)	86% Institutionelle Aktionäre
	0,93% Streubesitz	
Verbund AG	51% Republik Österreich	
	25% EVN und Wiener Stadtwerke	siehe Übersicht
	5% TIWAG	Land Tirol
	20% Streubesitz	
Linz AG	100% Stadt Linz	
Wien Energie	100% Wiener Stadtwerke Holding	Stadt Wien
TIWAG	100% Land Tirol	
Energie Graz	51% Energie Graz Holding	100% Holding Graz Kommunale Dienstleistungen
	49% Energie Steiermark AG	siehe Übersicht







Rekommunalisierungsbeispiele aus der Praxis


Einzelne Fälle von (Re-)Kommunalisierungen gibt es auch in Österreich, die sich auf mehrere unterschiedliche Branchen und Regionen verteilen. 17 Fälle von Rekommunalisierungen und Kommunalisierungen können seit dem Jahr 2000 auf Ebene der Gemeinden oder Bundesländer gezählt werden.⁵⁰⁴ Davon verteilen sich zwölf Fälle auf Wien, zwei auf Tirol, zwei auf Niederösterreich und einer auf Nieder- und Oberösterreich (länderübergreifende interkommunale Kooperation). Neun Fälle von (Re-)Kommunalisierungen im engeren Sinn, also auf kommunaler oder interkommunaler Ebene, werden im Folgenden dargestellt.

Linienbuskonzessionen (Wien)



KEY FACTS

-  Verschiedene private Busunternehmen
-  Wiener Linien
-  2007-2015
-  Besser abgestimmte Fahrpläne
-  Einheitliche Qualität des Angebots
-  Reibungslose Betriebsabläufe



In Wien gibt es über 100 Autobuslinien. Der überwiegende Teil des Kraftfahrlinienverkehrs wird von der Wiener Linien GmbH & Co KG (Tochterunternehmen der Wiener Stadtwerke AG) betrieben. Zusätzlich gibt es Linien, die von privaten Busunternehmen wie Dr. Richard, Blaguss, Gschwindl und anderen geführt werden. Zwischen den Wiener Linien und den privaten Busunternehmen bestand seit langem eine enge Kooperation. Ihre Linien waren gemeinsam im Verkehrsverbund Ost-Region integriert, Verbundtickets wurden also unabhängig vom Betreiber anerkannt, ebenso Zeitkarten der Wiener Linien. Die privaten Busunternehmen waren jedoch selbst Inhaber der Konzessionen für die von ihnen betriebenen Linien. Sie boten auch eigene Haustarife an und waren selbst für die Fahrplangestaltung verantwortlich.

Im Dezember 2007 beschloss der Wiener Gemeinderat, mit den Stimmen von SPÖ, FPÖ und Grünen, alle freiwerdenden und neu zu erteilenden Konzessionen für Kraftfahrlinien innerhalb der Stadtgrenzen an die Wiener Linien zu übertragen.⁵⁰⁵ Gleichzeitig wurde festgelegt, dass der im Auftrag der Wiener Linien von anderen Busunternehmen gefahrene Kraftfahrlinienverkehr mindestens das damalige Ausmaß aufweisen müsse. Das Verkehrsmanagement sollte hingegen ausschließlich von den Wiener Linien vorgenommen werden.⁵⁰⁶

In den folgenden Jahren wurde der Gemeinderatsbeschluss umgesetzt. Die Wiener Linien beantragten Schritt für Schritt die auslaufenden Konzessionen der privaten Busunternehmen. Die Verkehrsdienstleistungsverträge für die betroffenen Linien wurden in der Folge ausgeschrieben. Mit dem jeweiligen Bestbieter wurde ein Vertrag geschlossen, in der Regel über einen Zeitraum von fünf Jahren. Im Verkehrsdienstleistungsvertrag ist festgehalten, dass auch der Fremdbetrieb der Kraftfahrlinie unter voller Einbindung in die Verkehrsplanung, Verkehrsleitung und Verkehrsorganisation des gesamten Netzes der Wiener Linien erfolgen soll. Es gibt auch genaue Vorgaben betreffend Fassungsvermögen, Ausstattung und Abgasnormen der einzusetzenden Fahrzeuge.⁵⁰⁷


Im Oktober 2015 wurde die letzte private Linienbuskonzession von den Wiener Linien erworben. Die Kommunalisierung der Konzessionen führte aber nicht dazu, dass private Busunternehmen









im Betrieb zurückgedrängt wurden – im Gegenteil: Wurden 2007 nur 30 Prozent der Platzkilometer von Privaten erbracht, waren es 2015 bereits 41 Prozent. Diese Steigerung geht aber nur in sehr geringem Maß darauf zurück, dass Eigenbetrieb der Wiener Linien reduziert wurde. Vielmehr gab es in dem Zeitraum große Angebotsausweitungen, die vorwiegend an private Busunternehmen vergeben wurden.⁵⁰⁸


Die Wiener Linien sehen in der aktuellen Lösung spürbare Vorteile. Sie können nun „über Fahrpläne und Betriebszeiten bestimmen oder in die Fahrgastzahlen Einsicht nehmen, selbst wenn der laufende Betrieb wieder an ein privates Busunternehmen vergeben wird.“⁵⁰⁹ Die Fahrgäste profitieren „durch reibungslose Betriebsabläufe, durch ein einheitliches und übergreifendes Informationssystem und durch Anschlussicherung beim Umsteigen“. Weitere Vorteile sind ein „zentraler Kundinnen- bzw. Kundendienst“, „bedarforientierte Intervallgestaltung aus der Sicht eines integrierten Verkehrsunternehmens mit mehreren Verkehrsträgern“ sowie „eine zeitgemäße Ausrüstung der Bushaltestellen mit einem gut organisierten Winterdienst.“⁵¹⁰

Sicherheitsteam der Wiener Linien (Wien)



KEY FACTS

-  Securitas Sicherheitsdienstleistungen GmbH
-  Wiener Linien
-  2017
-  Mehr MitarbeiterInnen
-  Ausweitung der Aufgaben
-  Betrieb und Aufsicht der Stationen aus einer Hand



Im April 2016 beauftragten die Wiener Linien (Tochterunternehmen der Wiener Stadtwerke AG) den privaten Sicherheitsdienstleister Securitas mit der Aufsicht in U-Bahn-Stationen. Die MitarbeiterInnen von Securitas sollten in 2er-Gruppen durch die Stationen patrouillieren und Verstöße gegen die Hausordnung melden. Über jene von Privatpersonen hinausgehenden Befugnisse verfügten die Securitas-Mitarbeiter nicht.⁵¹¹

Bereits ein halbes Jahr nach der Auftragsvergabe an Securitas gründeten die Wiener Linien mit dem Wiener Linien Sicherheits- und Bewachungsdienst einen eigenen Sicherheits- und Service-dienstes. Der Entscheidung lag „weder ein Anstieg bei Übergriffen noch Unzufriedenheit mit dem bisherigen Auftragnehmer zugrunde. Im Gegenteil sei die Arbeit der Sicherheitskräfte so gut angekommen, dass man das Mandat nun innerhalb des Unternehmens institutionalisieren will.“⁵¹²

Im Juli 2017 begann die Ausbildung der neuen Sicherheits-MitarbeiterInnen, im August 2017 nahmen sie ihre Tätigkeit auf. Das Sicherheitsteam ist dafür verantwortlich, „auf die Einhaltung der Hausordnung zu achten und in schwierigen Situationen deeskalierend einzugreifen.“⁵¹³ Die Aufgaben und Kompetenzen sind damit dieselben wie jene der Securitas-Mitarbeiter zuvor.

Die Anzahl der MitarbeiterInnen des Wiener Linien Sicherheits- und Bewachungsdienst wird bis zum Jahr 2019 auf 120 erhöht. Zusätzlich werden 210 mobile ServicemitarbeiterInnen (zuständig für Auskünfte zu Fahrplänen, Tickets, etc.) die Aufgaben der bisherigen Stationswarte übernehmen.⁵¹⁴

Theater an der Gumpendorfer Straße (Wien)



KEY FACTS

-  Verein Theater an der Gumpendorfer Straße
-  Theaterverein Wien
-  2013
-  Langfristige Bestandssicherung des Theaters
-  Bessere Finanzierung
-  Ausschreibung der Leitung ermöglicht



Im Jahr 1983 wurde von der Theatergruppe „Gruppe 80“ ein Kellertheater gegründet.⁵¹⁵ Es wurde 22 Jahre lang von Helga Illich und Helmut Wiesner geleitet. Schwerpunkt waren zeitgenössische Dramatik und österreichische Klassiker. Im Jahr 2005 legten Illich und Wiesner die Leitung zurück. Die Theaterkooperative HIGHTHEA gründete den Verein Theater an der Gumpendorfer Straße und eröffnete es unter diesem Namen neu. Das Konzept der Kooperative war ein Koproduktionsmodell, bei dem ein heterogenes Programm mit anderen Theatern gemeinsam produziert wurde. Laut einem Bericht des Kontrollamts der Stadt Wien basierte die Finanzierung in den „Jahren 2006 und 2007 zu rd. 94% auf Förderungen der Stadt Wien, die restlichen 6% resultierten aus Eigenleistungen des Vereines.“⁵¹⁶ Die Finanzierung wurde von der Stadt Wien bis 2013 sichergestellt.

2013 wurde das Theater an der Gumpendorfer Straße kommunalisiert, indem es als eigene GmbH in den Theaterverein Wien eingegliedert wurde. Der Theaterverein Wien wurde 1989 von der Stadt Wien selbst gegründet. Bei den insgesamt fünf Gesellschaften des Theatervereins Wien handelt es sich um eine spezielle Zwischenform zwischen Bühnen in unmittelbar kommunalem Eigentum und von der Stadt geförderten Vereinen. Zweck war, „insbesondere Freie Gruppen bei der Durchführung von Produktionen und bei der Ausformung im künstlerischen Bereich“⁵¹⁷ zu unterstützen und die dafür nötigen Präsentationsmöglichkeiten zu schaffen. Im Vorstand des Vereins sind Personen aus städtischen Institutionen. Der Theaterverein genehmigt die Budgets der einzelnen GmbHs.⁵¹⁸

Die Motive der Kommunalisierung stehen in Zusammenhang mit der Wiener Theaterreform 2003-2006. Ihr Ziel war unter anderem die Möglichkeit einer künstlerischen Erneuerung der Off-Theater. Statt der „Intendanz auf Lebenszeit“ wird jungen KünstlerInnen und neuen Inszenierungen eine Chance gegeben. „Längere Vorlaufzeiten und längerfristige Fördervereinbarungen, mehr Transparenz“ sowie „Einheitlichkeit im Vergabeverfahren und eine insgesamt Erhöhung der Fördermittel“ sollen die Szene stärken und modernisieren.⁵¹⁹ Künstlerische und kaufmännische Leitung der Theater wird getrennt, ebenso die Besitz- bzw. Mietverhältnisse der Wiener Privattheater, um diese öffentlich ausschreiben zu können. Förderungen werden nicht mehr nach dem „Gießkannen-Prinzip“, sondern nach dem Motto „ganz oder gar nicht“ vergeben.⁵²⁰ Wichtig war der Stadt eine diversifizierte inhaltliche und geografische Schwerpunktsetzung, was insbesondere durch eine Stärkung der Theaterszene außerhalb der Innenstadt erreicht werden soll.

Vor dem TAG wurde bereits im Jahr 2009 eine teilweise Kommunalisierung des Ensemble Theaters am Petersplatz durchgeführt. Der Theaterverein Wien übernahm den 30 Prozent-Anteil des künstlerischen Leiters. Der kaufmännische Leiter behielt seinen 70 Prozent-Anteil. Hintergrund war, dass der Mietvertrag für die Spielstätte auf die Person des kaufmännischen Leiters abgeschlossen war. Bei einem Eigentümerwechsel wären neue, teurere Mietkonditionen entstanden.




Nach der 30 Prozent-Übernahme wurde die Organisation des Hauses verändert. Gemeinsam mit dem Werk X, Meidling tritt nun auch das ehemalige Ensemble Theater am Petersplatz unter der Marke Werk X auf. Beide Theater bekamen eine gemeinsame Leitung.⁵²¹

Für die Beschäftigten hat sich durch die (Teil-)Kommunalisierung wenig verändert. Es soll jedoch unter der neuen kommunalen Verantwortung besonders darauf geachtet werden, dass Mindeststandards der Entlohnung und Arbeitsplatzqualität gesichert werden.⁵²²





Die Ergebnisse der Theaterreform werden unterschiedlich beurteilt. Kritik kam vor allem von jenen Theatern, deren Förderung durch die Reform wegfiel. Mehrere Kleinbühnen waren durch die finanziellen Einbußen von der Schließung bedroht.⁵²³ Positiv war die Resonanz hingegen von Seiten jener Theater, deren Existenz gesichert wurde. Auch die Stadtregierung sowie die damaligen Oppositionsparteien ÖVP und Grüne resümierten positiv: Die Reform hätte „neue Impulse, eine Öffnung festgefahrener Strukturen, die Aufbrechung der Spartenentrennungen, bessere Planbarkeit für die Theaterschaffenden und generell mehr Geld (...) für die Off-Theater-Szene gebracht“.⁵²⁴


Heute würden sich manche Theater, die derzeit in privatem Eigentum sind, selbst eine Kommunalisierung wünschen und wurden bereits der Stadt zur Übernahme angetragen. Kommunalisierungen gelten als Sicherung für den Fortbestand und für eine stabile finanzielle Situation. Bis dato sind jedoch wegen der budgetären Situation der Stadt keine weiteren Kommunalisierungen geplant.⁵²⁵

Wipark Garagen (Wien)



KEY FACTS

-  Immoeast
-  Wipark (Wiener Stadtwerke)
-  2009
-  Übernahme nach finanziellen Troubles des privaten Betreibers



Die Immofinanz ist ein börsennotierter, international tätiger Immobilienkonzern. Das Unternehmen ist vor allem in der Entwicklung und Bewirtschaftung von Büroimmobilien tätig, aber auch in den Bereichen Wohnen und Logistik. Im Zuge der Wirtschaftskrise geriet die Immofinanz im Jahr 2008 in eine akute Liquiditätskrise. Das Unternehmen „musste zur ‚Sicherung der Liquidität‘ Immobilien um 800 Mio. Euro verkaufen“.⁵²⁶ Von diesen Notverkäufen waren auch die Wipark Garagen betroffen. Ihre Veräußerung „sei Teil der neuen Strategie der Immofinanz-Gruppe, den Fokus auf die Segmente Büro, Retail, Logistik und Wohnen zu legen“, teilte die Immofinanz in einer Aussendung mit. Gleichzeitig leiste der Verkauf „einen wesentlichen Beitrag zur notwendigen Stabilisierung der Liquidität in der Immofinanz-Gruppe“.⁵²⁷

Als Käufer fanden sich die Wiener Stadtwerke. Ihre Tochterunternehmen STPM Städtische Parkraummanagement GmbH und Parkraum Wien Management GmbH sind als Bestbieter aus dem Bieterverfahren hervorgegangen. Der Kaufpreis wurde nicht kommuniziert.⁵²⁸

Die Wipark verfügte zum Zeitpunkt des Verkaufs über 30 Garagenstandorte in Wien, Graz und Budapest mit insgesamt 10.600 Stellplätzen.⁵²⁹ Die Standorte in Budapest wurden 2010 an die List Group weiterverkauft.⁵³⁰ Heute werden Standorte in Wien, Brunn am Gebirge und Mödling von den Wiener Stadtwerken betrieben, nach wie vor unter dem Markennamen Wipark.⁵³¹

Skigebiet Forsteralm (Oberösterreich)



KEY FACTS

-  Forsteralm Skilifte GmbH (Franz Forster)
-  Ennstal-Ybbstal Infrastruktur GmbH
-  2017
-  Rettung des Skigebiets
-  Interkommunale Kooperation über Bundesländergrenzen
-  Erfolgreiche Crowdfunding-Kampagne



Das Skigebiet „Forsteralm“ südlich von Waidhofen an der Ybbs an der oberösterreichisch- niederösterreichischen Landesgrenze wurde 1979 von Franz Forster gegründet und durch seine Firma Forsteralm Skilifte GmbH 37 Jahre lang betrieben. Es liegt im Gemeindegebiet von Gaflenz (OÖ), unmittelbar an der Grenze zu Waidhofen/Ybbs (NÖ). Die Forsteralm ist konzipiert als kleines Skigebiet, das Familien und Kinder ansprechen soll.

Die Pisten der Forsteralm sind in 720 bis 1.078 Meter Höhenlage gelegen. In den Jahren vor 2016 hatte das Skigebiet mit warmen Wintern zu kämpfen. Da es keine moderne Beschneiungsanlage gab, kam es auf nur eine Handvoll Betriebstage. Zusätzlich zu den wirtschaftlichen Schwierigkeiten verschlechterte sich 2016 der Gesundheitszustand des Betreibers Franz Forster.⁵³² Es drohte die Einstellung des Betriebs.

Der Politik in der Region war sehr stark am Erhalt des Skigebiets gelegen. Motiv war vor allem die emotionale Bedeutung des Skigebiets für die Bevölkerung. Doch auch standortpolitische Gründe wie die Förderung der Tourismuswirtschaft spielten eine Rolle, ebenso der Erhalt der ca. 15-20 (saisonalen) Arbeitsplätze sowie jener Arbeitsplätze, die mittelbar vom Skigebiet abhängig sind, wie z.B. in der Hotellerie.⁵³³

Man prüfte, ob sich ein anderer privater Unternehmer finden würde, der Interesse an einer Übernahme des Skigebiets hätte. Da allen privaten Interessenten das wirtschaftliche Risiko letztlich zu hoch war, versuchten die regionalen PolitikerInnen eine alternative Lösung zu finden. Von Anfang an beteiligt waren insbesondere die Nationalratsabgeordneten Andreas Hanger und Johann Singer (beide ÖVP) sowie die lokalen Bürgermeister.

Als einzige Lösung zur Erhaltung des Skigebiets erwies sich die Übernahme der Infrastruktur des Skigebiets durch die öffentliche Hand. Die spezielle Herausforderung bei diesem Projekt war, dass durch die grenznahe Lage des Skigebiets eine Zusammenarbeit über Bundeslandgrenzen gefordert war. Für eine Gemeinde wie Gaflenz wäre dieses Projekt nicht alleine zu stemmen gewesen.

Im Sommer 2016 wurde von vier niederösterreichischen Kommunen (Waidhofen/Ybbs, Ybbsitz, Opponitz, Hollenstein/Ybbs) und vier Gemeinden im oberösterreichischen Ennstal (Gaflenz, Weyer, Maria Neustift, Großraming) der Entschluss gefasst, das Skigebiet zu übernehmen. Gegenstand des Kaufs war das gesamte Anlagevermögen der Forsteralm Skilifte GmbH. Dies umfasste v.a. die Lifte und Pistengeräte.⁵³⁴ Nicht inkludiert waren die Pisten selbst, diese pachtete auch Franz Forster zuvor von mehreren lokalen Grundeigentümern.⁵³⁵

Bis zur Gründung einer bundesländerübergreifenden interkommunalen Gesellschaft wurde die Wirtschaftspark Ybbstal GmbH zum Projektträger.⁵³⁶ Die Gemeinden entschlossen sich, die Infrastruktur zu übernehmen, den Betrieb aber weiterhin in private Hände zu legen. Als neue Betreiber wurden noch 2016 zwei regionale Unternehmer und ein Verein gefunden: Die Ski- und Snowbo-



ardschule Manfred Großberger, die Sportunion Waidhofen an der Ybbs und Unternehmer Wolfgang Resch (Sport Ginner). Die Gemeinden als Infrastruktureigentümer und die drei neuen Betreiber erarbeiteten gemeinsam einen Plan zur Modernisierung des Skigebiets.

Erster Schritt war Anfang 2017 ein wissenschaftliches Gutachten, das Aufschluss geben sollte, wie die Schneesicherheit durch Beschneiungsanlagen erhöht werden könnte.⁵³⁷ In dieser von der Universität Innsbruck erstellten Studie wurde prognostiziert, dass mit modernisierten Beschneiungsanlagen voraussichtlich noch für mindestens 10 Jahre ein wirtschaftlicher Betrieb möglich wäre.⁵³⁸

Auf Basis des Gutachtens wurde beschlossen, in eine neue Beschneiungsanlage zu investieren. Die Kosten betragen rund 1,6 Mio. Euro. Es gab zwar Förderzusagen der Länder Oberösterreich und Niederösterreich, aber diese deckten nur etwa zwei Drittel der Kosten ab. Projektkoordinator Thomas Wagner machte den Vorschlag, den restlichen Betrag mittels einer Crowdfunding-Kampagne von Unternehmen und Privatpersonen aus der Region zu lukrieren.⁵³⁹

Für die Idee des Crowdfundings sprach aus Sicht der Beteiligten neben dem finanziellen Aspekt ein weiterer: Über dieses Instrument kann man „aus Betroffenen Beteiligte machen“, wie es NR-Abg. Hanger ausdrückte.⁵⁴⁰ Die Resonanz in Bevölkerung und Medien war überwiegend positiv. Bis zum 7. Juli 2017 gelang es, rund 1.000 Privatpersonen, Unternehmen und Vereine zu Spenden zu motivieren. Auch einige Gemeinden trugen im Rahmen des Crowdfundings etwas bei, am meisten Waidhofen (40.000 Euro) und Ybbsitz (9.000 Euro). Letztlich betragen die Einnahmen über 460.000 Euro. Man lag damit um gut 50 Prozent über dem selbst gesteckten Ziel.⁵⁴¹ Mit der gesicherten Finanzierung wurde im September 2017 mit der Modernisierung der Beschneiungsanlage durch lokale Bauunternehmen begonnen. Bis zum Saisonstart Anfang Dezember war die Anlage fertiggestellt.

Am 14. Dezember 2017 wurde die endgültige rechtliche Konstruktion für die Kommunalisierung der Forsteralm fixiert. Die Ennstal-Ybbstal Infrastruktur GmbH wurde als erste interkommunale Gesellschaft zwischen Oberösterreich und Niederösterreich gegründet. Hinter der Gesellschaft stehen die sieben Gemeinden der oberösterreichischen Ennstal Infrastruktur GmbH (Gaflenz, Weyer, Großraming, Maria Neustift, Reichraming, Losenstein und Laussa) sowie die fünf Gemeinden der niederösterreichischen Wirtschaftspark Ybbstal GmbH (Waidhofen, Ybbsitz, Opponitz, Hollenstein und St. Georgen/Reith). Die Liftanlagen werden wie gehabt an das Betreiberkonsortium aus Sportunion Waidhofen, Skischule Manfred Großberger und Wolfgang Resch verpachtet. „In erster Linie hat diese neue Gesellschaft den langfristigen Erhalt der Forsteralm zum Ziel.“ Es sei „aber nicht ausgeschlossen, dass über diese Gesellschaft bei anderen touristischen Projekten über die Landesgrenze zusammengearbeitet wird.“⁵⁴²

Rein betriebswirtschaftlich gesehen ist die Kommunalisierung des Skigebiets Forsteralm für die öffentliche Hand ein Verlustgeschäft. Für die Modernisierung haben die Länder Oberösterreich und Niederösterreich insgesamt über 1 Million Euro an nicht rückzahlbaren Förderungen ausgeschüttet. Sollte die Revitalisierung des Skigebiets scheitern, müsste der Rückbau der Infrastruktur außerdem durch die Gemeinden finanziert werden. Die Lifte könnten zwar abgebaut und verkauft werden, sie verlieren jedoch von Jahr zu Jahr an Wert.⁵⁴³ Die drei privaten Betreiber zahlen an die Ennstal-Ybbstal Infrastruktur GmbH eine Pacht, die lediglich kostendeckend sein soll. Seitens der Gemeinden gibt es kein Gewinninteresse.⁵⁴⁴ Laut Bürgermeister Krammer arbeitet auch die private Betreiber-GmbH nicht unmittelbar gewinnorientiert, sondern lediglich auf Kostenabdeckung abzielend. Jedoch haben insbesondere Skischulbetreiber Großberger und Sportgeschäftsinhaber Resch ein wirtschaftliches Interesse an einem gut besuchten Skigebiet.⁵⁴⁵

Andreas Hanger und Werner Krammer ziehen als beteiligte Akteure eine äußerst positive Bilanz

der Kommunalisierung. Alle Beteiligten (Politik, Unternehmen, Bevölkerung) hätten an einem Strang gezogen, was für das Gelingen sehr wichtig gewesen sei. Es gebe eine hohe Identifikation der Menschen in der Region mit dem Projekt. Vor allem das Crowdfunding sei ein großer Erfolg gewesen, da es gelungen sei, „Menschen zu involvieren“.⁵⁴⁶ Das Instrument des Crowfundings sei aber dennoch nicht auf viele andere Projekte anwendbar. Es sei ein großer Aufwand und funktioniere nur bei „emotionalen Projekten wie diesem“.⁵⁴⁷ Nun mache man sich bereits an Pläne für eine Ganzjahresnutzung des Gebiets.⁵⁴⁸

Die finanzielle Nachhaltigkeit des Projekts ist zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht zu beurteilen. Die kommenden Jahre werden zeigen, ob das Skigebiet wie prognostiziert für mindestens 10 Jahre weiterbetrieben werden kann. Wenn nicht, kommen auf die Gemeinden zusätzlich zum Wegfall des Skigebiets Kosten für den Rückbau der Infrastruktur hinzu. Wenn der Plan hingegen aufgeht und ein kostendeckender Betrieb für längere Zeit gesichert werden kann, wird man wohl von einer erfolgreichen Kommunalisierung sprechen.

Patscherkofelbahnen Innsbruck (Tirol)



KEY FACTS

-  Peter Schröcksnadel
-  Patscherkofelbahn Betriebs GmbH
-  2014
-  Betriebseinstellung verhindert
-  Neubau der Bahn, aber Verkleinerung des Skigebiets
-  Finanzielle Schwierigkeiten für Stadt durch Übernahme



Der Patscherkofel ist seit 1928 durch die Patscherkofelbahn, eine Luftseilbahn, mit dem Innsbrucker Stadtteil Igls verbunden. Die Patscherkofelbahn wurde lange Zeit durch die Innsbrucker Verkehrsbetriebe, ein Tochterunternehmen der Stadt Innsbruck, betrieben. Im Jahr 1996 verkaufte man die Bahn samt dem dazugehörigen Skigebiet an ein Unternehmen von Peter Schröcksnadel (seit 1990 Präsident des Österr. Skiverbandes). Er tätigte in den 18 Jahren seines Eigentums einige größere Investitionen ins Skigebiet. Dazu zählen die Errichtung des Sessellifts „Panoramalift“, die Eröffnung eines Restaurants und die Modernisierung der Beschneiungsanlagen.

Im Jahr 2012 wäre ein hoher Investitionsbedarf für die Modernisierung der betagten Bahn notwendig gewesen. Schröcksnadel drohte der Stadt mit der Einstellung des defizitären Betriebs und sah gleichzeitig die Stadt Innsbruck finanziell am Zug. Die vertraglich vereinbarte Betriebspflicht bis 2016 gelte nicht mehr: „Im Vertrag ist klar geregelt, wenn der Betrieb wirtschaftlich nicht mehr vertretbar ist, dann kann ich den Betrieb der Bahn einstellen.“⁵⁴⁹

Der Stadtpolitik lag viel an der Erhaltung des Patscherkofel als wichtigem Freizeitareal für die Innsbrucker Bevölkerung. Nach langen Verhandlungen beschloss der Gemeinderat im Mai 2014 mit 38:1 Stimmen den Rückkauf der Patscherkofelbahnen sowie des dazugehörigen Skigebiets (Gesamtbetrieb und Gesellschaften). Konkret wurde festgelegt, im ersten Schritt „sämtliche Seilbahnanlagen und Zubehör in eine eigene Infrastrukturgesellschaft“⁵⁵⁰ zu übernehmen. „Die Gesellschaftsanteile dieser Infrastrukturgesellschaft sollen dann zu 100% durch die Stadt Innsbruck übernommen werden.“⁵⁵¹ Im zweiten Schritt sollte die Patscherkofelbahnen GesmbH & Co KG als Betriebsgesellschaft übernommen werden. „In dieser Gesellschaft sind sämtliche Rechte und



Konzessionen enthalten, aber auch das Personal, das benötigt wird, um die Anlagen zu betreiben.⁵⁵² Der vereinbarte Kaufpreis betrug 10,7 Mio. Euro. Als Stichtag für die Übernahme wurde der 1. Oktober 2014 festgelegt.

Noch nicht geklärt war zum Zeitpunkt der Übernahme, wie es konkret mit dem Skigebiet und der Bahn weitergehen sollte. Im Gemeinderat gab es Stimmen für Einstellung, Beibehaltung des Status Quo und Ausbau des Skibetriebs, ebenso wie für Renovierung und Neubau der Seilbahn.⁵⁵³ Auf Basis einer Studie eines Schweizer Tourismusberatungsunternehmens wurde im Herbst 2015 im Gemeinderat die Entscheidung getroffen, die alte Pendelbahn und die kleineren Lifte, die Schröcksnadel bauen ließ, abzureißen. Eine neue Umlaufseilbahn sollte stattdessen das gesamte Gebiet versorgen. Die Sommernutzung sollte gestärkt werden, etwa indem der dortige Speicherteich als Badesee genutzt werden können sollte. Die veranschlagten Investitionen beliefen sich auf rund 41 Millionen Euro. Die Entscheidung wurde von der Stadtregierung aus „Für Innsbruck“ (FI), SPÖ und Grünen sowie der ÖVP mitgetragen. Die FPÖ stimmte gegen das Konzept.⁵⁵⁴

Während die Rekommunalisierung der Patscherkofelbahn wenig Widerstand hervorrief, lösten die neuen Nutzungskonzepte der Stadt heftige öffentliche Diskussionen aus. In Igls bildete sich eine Bürgerinitiative, die sich gegen den Neubau samt Verlegung der Talstation stemmte und die Kosten des Projekts kritisierte. Eine weitere heftige Kontroverse entstand, nachdem im März 2016 das Siegerprojekt für den Neubau der Patscherkofelbahn vorgestellt wurde. Eine Bürgerinitiative und der Alpenverein leisteten heftigen Widerstand gegen das Projekt, da durch die neue Bergstation der Ausblick des Alpenvereins-Restaurants beeinträchtigt würde. Außerdem entsteht dem Alpenverein durch das geplante neue Gastronomieangebot bei der Bergstation Konkurrenz. Im Juni 2017 gab es eine Volksabstimmung über die vom Alpenverein eingebrachte Bürgerinitiative. Sie scheiterte an der geringen Wahlbeteiligung von nur 4,3 Prozent.⁵⁵⁵

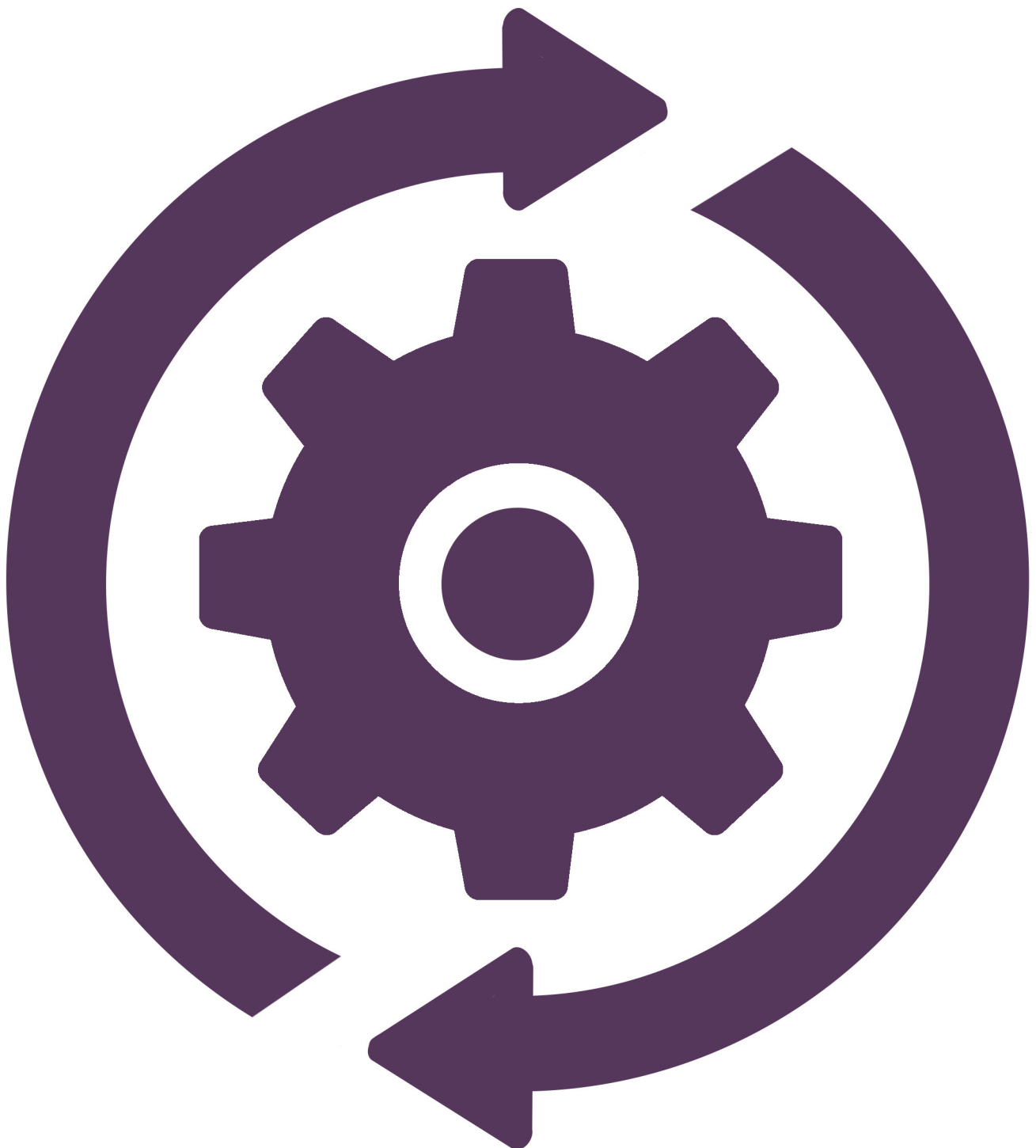
Im April 2017 wurde mit dem Bau der neuen Seilbahn begonnen. Die alte Pendelbahn wurde durch eine Einseilumlaufbahn mit 10er-Kabinen ersetzt. Zum Start der Wintersaison im Dezember 2017 nahm sie ihren Betrieb auf. Gleichzeitig wurde das restliche Skigebiet aus wirtschaftlichen Gründen redimensioniert, mehrere alte Schleplifte wurden außer Betrieb genommen.

Andere Teile des Projekts sind bisher noch nicht realisiert. Die Rodelbahn etwa soll erst ausgeschrieben werden. Nach Abschluss des Gesamtprojekts sei es Ziel der Stadt, den Betrieb mit einer schwarzen Null zu führen. 2015/16 habe man noch ein Minus von 950.000 € geschrieben.⁵⁵⁶

Der Freude, dass die neue Patscherkofelbahn nun fertig ist, steht in Innsbruck auch viel Kritik über den Ablauf des Projekts gegenüber. Gemeinderätin Angela Eberl (SPÖ), die Aufsichtsrätin der nun kommunalen Patscherkofelbahnen GmbH, kritisierte den „Schnellschuss“ beim Ankauf der Bahn, man habe sich von Schröcksnadel zu sehr drängen lassen. Der Preis von 10,7 Mio. Euro sei überteuert gewesen. Man hätte nicht mehr benötigte Liftanlagen nachher mit Verlust weiterverkaufen müssen. Es sei richtig gewesen, die Bahn zu rekommunalisieren, jedoch hätte man bei so einem Projekt aus heutiger Sicht langsamer vorgehen und ExpertInnen stärker miteinbeziehen sollen. Auch das Nutzungskonzept sei nicht optimal, die gewonnenen politischen Steuerungsmöglichkeiten nicht gut genutzt worden. Bei einem kommunalen Projekt müsse man ganz besonders auf die Leistbarkeit für einkommensschwächere Gruppen achten. Stattdessen sei der Plan des für alle zugänglichen Badesees wieder verworfen worden und die Tarife für die Seilbahn gestiegen.⁵⁵⁷

TEIL 8

AKTUELLE ENTWICKLUNGEN IM BEREICH DER DASEINSVORSORGE



Zusammenfassung

Die aktuelle Entwicklung der Daseinsvorsorge bewegt sich zwischen Rekommunalisierung durch die Kommunen einerseits und einem weiteren Vorantreiben von Liberalisierung und Privatisierung durch die Europäische Kommission.

Die Austeritätspolitik der Europäischen Union und vieler Nationalstaaten schränkt die finanziellen Spielräume der Kommunen ein, welche für Rekommunalisierungen notwendig sind.

Die Europäische Kommission versucht durch neue Maßnahmen wie das 4.Eisenbahnpaket die Liberalisierung in den einzelnen Bereichen voranzutreiben. Zudem enthalten die verhandelten Freihandelsabkommen (CETA, TTIP, TISA) große Hürden für die Möglichkeit der Rückübertragung nach Privatisierungen.

Herausforderungen stellen sich auch unmittelbar für die Stadtwerke. Sie müssen um konkurrenzfähig zu bleiben mit den Entwicklungen und Anforderungen der Zeit Schritt halten. Eine Herausforderung, der sich die Stadtwerke in den nächsten Jahren stellen müssen, ist die Digitalisierung. Sie bietet allerdings auch eine Reihe von Chancen wie Sparten-übergreifende KundInnenlösungen, neue Geschäftsfelder und eine Weiterentwicklung der Daseinsvorsorge.



Austeritätspolitik

Die Zukunft der Daseinsvorsorge in den europäischen Ländern scheint von gegensätzlichen Entwicklungen auf der lokalen und der transnationalen Ebene geprägt zu sein. Einerseits konnte die vorliegende Studie mit zahlreichen Rekommunalisierungsbeispielen den Trend zur Stärkung der gemeinwohlorientierten Daseinsvorsorge illustrieren. Andererseits schreiten die Bestrebungen der Europäischen Union zur Öffnung der öffentlichen Dienstleistungen für den internationalen Wettbewerb und Handel weiter voran.

Der Liberalisierungskurs der Europäischen Union wird durch die restriktive Fiskalpolitik bzw. Austeritätspolitik, die seit der Finanzmarktkrise forciert wird, weitergeführt. Unter dem Begriff der Austeritätspolitik wird eine rigide Sparpolitik, die auch in Krisenzeiten die Staatsschulden senken soll, verstanden. Dadurch ergaben sich Programme wie das Europäische Semester und der Fiskalpakt, wodurch die Ausgaben der EU-Mitgliedsstaaten durch Sparmaßnahmen und Strukturreformen stärker reguliert werden. Der Druck auf die öffentlichen Dienstleistungen verschärfte sich dadurch besonders für die Staaten, die mit der Troika (bestehend aus EU-Kommission, Europäischer Zentralbank und Internationalem Währungsfonds) Bedingungen für die Auszahlung von Finanzmitteln aus dem Rettungsschirm verhandeln mussten. Zu diesen Bedingungen gehörten weitreichende Privatisierungen öffentlicher Dienstleistungen und von Versorgungsunternehmen, Gehaltskürzungen im öffentlichen Dienst und finanzielle Einschnitte in den sozialen Bildungs- und Gesundheitssystemen.⁵⁵⁸ In Griechenland stehen in Folge der europäischen Austeritätspolitik nicht nur einzelne Sektoren der Daseinsvorsorge zum Verkauf, sondern nahezu alle, einschließlich der Wasserver- und Abfallentsorgung, die zumeist eine eher gesonderte Rolle in Privatisierungsbestrebungen spielen.

Die rigiden Sparprogramme haben allerdings eine stärkere Rezessionswirkung entfaltet als erwartet wurde und positive Effekte durch die Privatisierungen sind kaum eingetreten – vielmehr kam es zu einer Destabilisierung des Sozialen, was sich wiederum weiter negativ auf die Wirtschaftsleistung der Länder auswirkte. Nichtsdestotrotz bleiben die Austeritätspolitik, die verstärkte Liberalisierung der öffentlichen Dienstleistungen und die Wettbewerbsorientierung (im EU-Bin-



nenmarkt) der allgemeine Konsens in der Europäischen Union. Das zeigt sich nicht nur bei den angestrebten bi- oder multilateralen Freihandelsabkommen, sondern auch bei EU-internen Maßnahmen wie dem 4. Eisenbahnpaket.

4. Eisenbahnpaket

Mit dem 4. Eisenbahnpaket werden die nationalen Eisenbahnmärkte der Mitgliedstaaten für Unternehmen aus den Nachbarländern geöffnet. Bereits ab dem Jahr 2020 haben die Eisenbahnunternehmen in der EU das Recht, Schienenverkehrsdienstleistungen in allen Mitgliedsstaaten anzubieten. Drei Jahre später, 2023, stehen dann auch ausgeschriebene öffentliche Dienstleistungsaufträge allen Eisenbahnunternehmen in der EU offen. Bei nur kleinen Strecken unter 500.000 Zugkilometern und einem Auftragsvolumen unter 3,2 Millionen Euro ist eine Direktvergabe erlaubt. Umstritten bleibt unter den Expert*innen ob nach 2023 die Direktvergabe von größeren Aufträgen weiterhin möglich ist. Laut österreichischem Verkehrsministerium sei dies der Fall, solange bestimmte Leistungskriterien erfüllt werden können.⁵⁵⁹ Deklariertes Ziel des Eisenbahnpakets ist neben der Vereinheitlichung von Zulassungsverfahren für Schienenfahrzeuge und der Interoperabilität der Eisenbahnsysteme, die Attraktivierung des Schienenverkehrs in der Europäischen Union. Durch die Liberalisierung des Sektors sollen die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Eisenbahnunternehmen gegenüber anderen Verkehrsträgern steigen, Investitionen erhöht und das Dienstleistungsangebot für KundInnen vielfältiger und billiger werden.⁵⁶⁰

Offen bleibt, wie sich dieses Paket konkret auf den Schienenverkehr in den Mitgliedstaaten auswirken wird. Die Erfahrung zeigt allerdings, dass Marktöffnungen, Privatisierungen und provozierte Wettbewerbssteigerungen zumeist nicht die propagierten Vorteile bringen. Im Gegenteil führen sie, wie die zahlreichen angeführten Länderbeispiele belegen, oftmals zu sinkenden Investitionen, Qualitätseinbußen, Preissteigerungen und Verlusten in der Versorgungssicherheit. Beispiele der Liberalisierung und Privatisierung des Eisenbahnverkehrs in Großbritannien belegen das, wo es nach zahlreichen schweren Unfällen mit über 40 Toten und rund 700 Verletzten wieder zu einer Verstaatlichung der Schieneninfrastruktur gekommen ist. Gerade im Bereich der Mobilität wären diese negativen Effekte durchaus fatal, da sie vor allem eine ohnehin mobilitätsarme Bevölkerung stärker betreffen und wichtige regionale Entwicklungschancen stören. Denn eine Einschränkung in der Mobilität bedeutet gleichzeitig Einbußen in anderen Lebensbereichen, wie der sozialen Teilhabe und am Arbeitsmarkt.

Freihandelsabkommen: CETA, TTIP, TiSA

Zur Verwirklichung des freien Warenverkehrs strebt die Europäische Union zusätzlich den Abschluss von bi- oder multilateralen Freihandelsabkommen, wie CETA, TTIP und TiSA, an. Auch diese bergen Gefahren für die Erbringung, Finanzierung und Organisation öffentlicher Dienstleistungen und können angestrebte Rekommunalisierungen erschweren.

Wie sich die verschiedenen Freihandelsabkommen auf die Erbringung der Daseinsvorsorge in den Ländern tatsächlich auswirken, hängt von den Verpflichtungen ab, die sich aus den jeweiligen Abkommen für die Länder und Kommunen ergeben. Bedeutsam für die kommunale Daseinsvorsorge sind der Grundsatz der Inländerbehandlung, die Verpflichtung zu Marktzugang und der Investitionsschutz.

Nach dem Grundsatz der Inländerbehandlung darf nicht zwischen ausländischen Dienstleistungen und Leistungserbringern und inländischen diskriminiert werden. Das bedeutet, dass regula-



tive und finanzielle Maßnahmen, die inländische Leistungserbringer bevorzugen (z.B. Ausschluss ausländischer Unternehmen von der Erbringung einer Dienstleistung oder Ausschluss von Subventionen) nicht erlaubt sind. Möchte nun die kommunale Verwaltung einen lokalen oder regionalen Leistungsanbieter mit der Erbringungen der Daseinsvorsorge betrauen, um sicher zu gehen, dass im besten Interesse der lokalen Bevölkerung gehandelt wird, steht das in Konflikt mit dem Grundsatz der Inländerbehandlung.⁵⁶¹

Mit der Verpflichtung den Marktzugang zu garantieren, wird jegliche Möglichkeit zur qualitativen oder mengenmäßigen Marktzugangsbeschränkung ausgeschlossen. Dazu gehören nicht nur etwaige Ausschließlichkeitsrechte privater Leistungserbringer, sondern auch die klassischen Instrumente der öffentlichen Daseinsvorsorge wie die öffentlichen Monopole, wirtschaftliche Bedarfsprüfungen und Rechtsformerfordernisse.⁵⁶²

Inwiefern diese Verpflichtungen jedoch relevant für die lokale Daseinsvorsorge werden, hängt von der Struktur des Freihandelsabkommens ab, das mit Positiv- oder Negativlisten geführt werden kann. Zwar können sie die gleichen Ausnahmen und Verpflichtungen festschreiben, allerdings erhöht der Negativlistenansatz den Druck, mehr Liberalisierungsverpflichtungen einzugehen. Bemühungen, die staatliche Autonomie sicherzustellen, werden bei den Negativlisten als Handelshemmnisse wahrgenommen und Regierungen müssen diese unter einem gewissen Rechtfertigungsdruck für sich aushandeln.

Bisherige Handelsabkommen der Europäischen Union, wie das GATS, beruhen auf dem Positivlistenansatz, das bedeutet, dass nur jene Branchen, die ausdrücklich in den Verträgen genannt werden, den Liberalisierungspflichten unterliegen. CETA und TTIP folgen jedoch dem Negativlistenansatz, TiSA einer Hybridform aus beiden Ansätzen. Beim Negativlistenansatz müssen jene Branchen, die nicht unter den Privatisierungszwang fallen sollen, und Maßnahmen, die bereits bestehen bzw. von der Regierung in Zukunft angewandt werden sollen, aufgelistet werden. Da bei CETA grundsätzlich nur Maßnahmen getroffen werden können, die weniger restriktiv als die bereits bestehenden sind (sofern sie nicht in der Negativliste aufgeführt sind), ist es wichtig, auch mögliche Szenarien zukünftiger Rekommunalisierungen nach einer Liberalisierung mitzudenken, damit diese nicht vom sogenannten Sperrklingenmechanismus verunmöglicht werden.⁵⁶³

In der Praxis bedeutet das, dass ein bereits bestehendes öffentliches Monopol, z.B. in der lokalen Wasserversorgung, trotz Verstoß gegen die Marktzugangspflicht bestehen bleiben kann, wenn es in der Negativliste aufgeführt ist. Wird jenes Monopol später aufgegeben und privatisiert, kann es allerdings in Folge nicht wieder in seine ursprüngliche Form zurückversetzt werden. Außer es ist auch die zukünftige Rekommunalisierung dieses Sektors in der Negativliste aufgeführt.

Die nordamerikanischen Regierungen sind in diesen Negativlisten juristisch geübt, da sie dort standardmäßig angewandt werden, die Herausforderung für die europäischen Staaten ist es, hier mit präzisen Formulierungen sicherzustellen, dass die kommunale/staatliche Autonomie für die öffentliche Daseinsvorsorge nicht durch Liberalisierungsverpflichtungen der Freihandelsabkommen eingeschränkt wird.⁵⁶⁴

Eine weitere Einschränkung der regulatorischen Autonomie der Staaten und Kommunen kann durch das im CETA und TTIP aufgenommene Kapitel zum Investitionsschutz und den (öffentlich besonders kritisierten) Investor-Staat-Schiedsgerichtsverfahren entstehen. Problematisch für die öffentliche Daseinsvorsorge können hier die Prinzipien der gerechten Behandlung und die Verpflichtung, indirekte Enteignungen zu entschädigen, werden. Möchte nun beispielsweise die kommunale Verwaltung einem ausländischen Investor eine Gemeinwohlverpflichtung oder Preisobergrenze auferlegen, kann das als ungerechte Behandlung und indirekte Enteignung bewertet



werden und ist damit nicht mit dem Investitionsschutz vereinbar.⁵⁶⁵ Sozialpolitische und umwelttechnische Mindeststandards, die es in einigen Ländern der Europäischen Union gibt, könnten somit Anlass für eine Klage werden. Dies betrifft auch den Fall, dass lokale Stadtregierungen und kommunale Verwaltungen privaten ausländischen Betreibern Konzessionen frühzeitig entziehen. Darüber hinaus haben private ausländische Investoren mit den Investor-Staat-Schiedsgerichtsverfahren (kurz ISDS) die Möglichkeit, staatliche Maßnahmen vor einem internationalen Ad-hoc Schiedsgericht zu bekämpfen und dabei den innerstaatlichen Rechtsweg zu umgehen.⁵⁶⁶ Es sind bereits zahlreiche Fälle solcher internationalen Schiedsgerichtsverfahren bekannt, die durch angestrebte Rekommunalisierungen (oder Regulierungen) vor allem im Wasser- und Energiesektor ausgelöst wurden.

Für die europäischen Staaten wird es bei den Verhandlungen der Abkommen wichtig sein sicherzustellen, dass ihr Recht auf Regulierung, vor allem in der öffentlichen Daseinsvorsorge, nicht durch die Verpflichtungen der Freihandelsabkommen eingeschränkt wird und genügend klare Mechanismen zu ihrem Schutz eingeräumt werden. Dabei muss auch ein zukünftiger Wandel der öffentlichen Dienstleistungen mitbedacht werden.

Herausforderungen für die Stadtwerke

Die Zukunft der Daseinsvorsorge ist jedoch nicht ausschließlich durch die rechtlichen Rahmenbedingungen finanzpolitischer Spielregeln der Europäischen Union und die internationalen Freihandelsabkommen beeinflusst. Der Begriff der Daseinsvorsorge umfasst je nach historischem, lokalem und sozialpolitischem Kontext unterschiedliche Leistungen und ist gesellschaftlichen Wandlungsprozessen unterworfen. Diese entstehen durch neue lokale, regionale und globale Herausforderungen, wie beispielsweise die zunehmende Urbanisierung, die demographische Alterung, die Digitalisierung und die zunehmenden negativen Folgen von Umweltschäden. Daraus ergeben sich auch veränderte Bedürfnisse in der Bevölkerung, die von den lokalen Versorgern adressiert werden müssen, um das Gemeinwohl aufrecht zu erhalten. Öffentliche Dienstleistungsanbieter – die Stadtwerke – müssen hier ebenfalls die Rolle der Innovatoren einnehmen um im Sinne der Bevölkerung mit den Entwicklungen und Anforderungen der Zeit Schritt zu halten.

Die Kommunen spielen seit ihrem Aufstieg im Mittelalter über das in ihnen gebundene (öffentliche) Kapital eine wichtige Rolle für das Wachstum und die organische Entwicklung von Volkswirtschaften (siehe Teil 1). Durch überkritische Prozesse der räumlichen Konzentration im Zuge der (1.) Industriellen Revolution hat diese Rolle weiter an Bedeutung gewonnen. Sie stehen an der Wiege neuer wirtschaftlicher Institutionen, die den gestiegenen lokalen Bedarf an zentralen Diensten bedienen sollten. Diese "Utilities" waren explizit auf die Bedürfnisse der Bevölkerung in den Agglomerationen ausgerichtet und von ihr über Steuern finanziert und getragen. Organisiert wurden sie entlang der einzelnen abgrenzbaren Anforderungen an die Kommunen (Leistungsparten), die durch die ökonomisch-technologische Entwicklung der Gesellschaft immer weiter zunahmen; ausgehend von den ursprünglichen, auf Seuchenvermeidung ausgerichteten Diensten wie z.B. Wasserversorgung, Kanalisation, Badehäuser, Krankenhäuser oder Bestattung, entwickelten speziell größere Kommunen jene breiten Leistungsportfolios (Multi Utilities) wie wir sie heute kennen.

Am Grundkonzept der kommunalen Wirtschaft bzw. des Stadtwerks hat sich seit über 150 Jahren kaum etwas verändert. Dies gilt speziell auch für den Blick, den die öffentliche Hand auf das Geschäft hat (Geschäftsmodell). Die letzten Jahrzehnte haben den Druck auf die Kommunen allerdings erhöht. Die Marktliberalisierung im für Stadtwerke entscheidenden Energiebereich



(beginnend mit Elektrizität Ende der 1990er Jahre), die damit verbundene Trennung von Netz- und Energiegeschäft (Unbundling), das reformierte Haushaltsrecht der EU („Maastricht-Kriterien“), das quer über alle Sparten zahlreiche Ausgründungen angestoßen hat, der Investitionsstau in zentralen Infrastrukturbereichen, der nach neuen Finanzierungsstrategien verlangte (Verkauf, Sale-and-Lease-Back-Varianten oder Kooperation mit anderen Gemeinden) und letztlich die intensiv geführte Diskussion über Leistungen der Daseinsvorsorge, haben das Management im öffentlichen Bereich immer wieder zu Anpassungen gezwungen. Relativ unbeeindruckt davon geblieben ist allerdings die grundlegende innere Organisation der kommunalen Wirtschaft, eine Organisation ausgerichtet entlang einzelner Sparten bzw. Leistungen. Diese Organisation des Geschäfts steht jedoch heute zunehmend im Widerspruch zu den Anforderungen moderner Märkte und eines leistungsfähigen Vertriebs im Rahmen von Mehrprodukt-Unternehmen.

Auch wenn an dieser Stelle die wichtige soziale Rolle kommunaler Unternehmen betont werden soll, müssen Ertragsaspekte berücksichtigt werden, um die Versorgung der lokalen Bevölkerung mit grundlegenden Leistungen langfristig finanzierbar zu halten. Nachdem sich nun die Nachfrage immer stärker an Bedürfniskomplexen ausrichtet, wird die thematische und funktionale Integration vieler der traditionellen und der über den technologischen Wandel neu hinzutretenden Leistungen für die Rentabilität der Unternehmen immer wichtiger.

Digitalisierung als Chance für Sparten-übergreifende KundInnenlösungen

Öffentlich organisierte Mobilität bedeutet heute nicht mehr allein den physischen Transport von Personen mit öffentlichen Verkehrsmitteln zwischen zwei Punkten, sondern umfasst längst viele Varianten des motorisierten und nicht-motorisierten Individualverkehrs, u.a. den großen Bereich der E-Mobility.

Unter moderner Mobilität zu fassen sind auch all unsere „Bewegungen“ in den neu entstehenden virtuellen Räumen des Internets, ein Bereich mit überaus großem Potenzial für öffentliche Versorger und ihre KundInnen. Schon heute verdichten sich z.B. moderne Smart Grid-Konzepten gemeinsam mit Energiedienstleistungen zu neuen kommunalen Leistungsangeboten.

Speziell anhand der Themen Internet bzw. Online-Services oder Vertrieb im Allgemeinen wird jedoch auch der zur Hebung dieses Potenzials notwendige Anpassungsbedarf in der Organisation des Geschäfts deutlich. In der Praxis zeigt sich heute nämlich noch immer ein stark fragmentiertes System an Einzelauftritten und isolierten Aktivitäten einzelner Sparten innerhalb der Unternehmen der Kommune. Die (horizontale) Zusammenarbeit quer über die Geschäftsfelder, z.B. im Rahmen von Cross Selling-Aktivitäten (Sparten-übergreifenden KundInnenlösungen), ist noch immer nur schwer durchsetzbar und die innere Solidarität der einzelnen Bereiche im Zusammenhang mit Sparten-übergreifenden Finanzierungslösungen (steuerlicher Querverbund) gering. Dies zeigt sich in der Produktentwicklung, im Teilen von Ressourcen, in der Implementierung gemeinsamer technischer Lösungen und in der Preisgestaltung (Preisbundling). Damit beobachten wir im Bereich der kommunalen Wirtschaft, in den Stadtwerken bzw. in den zahlreichen ausgelagerten Konzernunternehmen, weiterhin das Phänomen operativ weitgehend von einander isolierter Geschäftsbereiche, wodurch wichtige Anpassungsprozesse auf der Ebene der kommunalen Betriebe verlangsamen und die erfolgreiche Weiterentwicklung des Konzepts Kommunaler Services gefährdet.

Vor diesem Hintergrund entfaltet ein neues disruptives Set an Technologien seine Wirkung, das über die Digitalisierung die Lokalisation (Standortgebundenheit) von Daten endgültig auflöst und sie mehr oder minder zur ubiquitären Ressource macht. Der neue Grad der Verfügbarkeit von Information ist dabei nicht allein eine große Herausforderung für den Datenschutz, sondern auch



ein "Game-Changer" im Bereich der Wirtschaft. Informationen verändern Märkte im großen Stil, sie sorgen für größere Transparenz und erhöhen ihre Leistungsfähigkeit als Allokationsmechanismen. Für die Kommunen bedeutet dies neue Chancen in der Beziehung zu den KundInnen in den lokalen bzw. regionalen Märkten und – damit verbunden – eine bessere Absicherung der Stellung ihrer Unternehmen als dominanter Anbieter zentraler Versorgungsdienstleistungen. Voraussetzung dafür ist jedoch die Überwindung der angesprochenen "Sparten-Denkens" im Bereich der kommunalen Betriebe und strategische Investitionen in die digitale Infrastruktur vor Ort.

Best practice: Upstream Mobility

Die kommunale und digitale Plattform „Upstream Mobility“ der Wiener Linien und Wiener Stadtwerke ist ein in diesem Zusammenhang gutes und aktuelles Beispiel. Die kommunale Plattform, als App erhältlich, vernetzt verschiedene urbane Verkehrsmittel und ermöglicht damit die kombinierte Nutzung öffentlicher, kollektiver und individueller Mobilitätsangebote. Sie stellt damit eine wichtige Infrastruktur für eine Bevölkerung zur Verfügung, die zunehmend "online" ist und deren Mobilitätsbedürfnisse immer flexibler werden. Speziell in Großstädten wie Wien verliert der automobiler Individualverkehr durch die steigende Nachfrage nach nachhaltigen Verkehrslösungen im Verein mit attraktiven Sharing-Konzepten weiter an Bedeutung. Durch den sukzessiven Wandel der urbanen Mobilität und der fortschreitenden Urbanisierung sind kommunale Mobilitätsanbieter bzw. die durch sie organisierten und gesteuerten Mobilitätssysteme in besonderem Maße gefordert.

Während sich die horizontale Kooperation innerhalb der öffentlichen Unternehmen nur langsam entwickelt, scheint das Management die Bedeutung der Digitalisierung für die Zukunft der kommunalen Wirtschaft erkannt zu haben. Darauf deuten zumindest zahlreiche Erhebungen im Bereich von Stadtwerken hin.⁵⁶⁷ Beispiele aus Österreich (u.a. Wien und Graz) und Deutschland (u.a. München und Hamburg)⁵⁶⁸ zur Digitalisierung von Stadtwerken stützen diesen Befund, auch wenn die strategische Stoßrichtung und die Prioritätensetzung zwischen Kommunen durchaus unterschiedlich sein können. Ein zentrales Element einer erfolgreichen Strategie scheint jedoch in jedem Fall die Netzabdeckung des öffentlichen Raums (WLAN-Verfügbarkeit in definierten Bereichen des Stadt- bzw. Gemeindegebiets) durch kommunale Infrastruktur zu sein. Sie bildet die Grundlage für viele Entwicklungen in der Zukunft. Dabei geht es vor allem um den friktionsfreien Zugang zum/r BürgerIn (die Smartphone-Penetration lag 2018 in Österreich bei 96%, die mobile Web-Nutzung bei 94%)⁵⁶⁹ in seinen zwei Rollen, einmal als Stakeholder im demokratischen Prozess auf lokaler Ebene und andererseits als KonsumentIn öffentlicher Dienstleistungen. In Bezug auf seine zweite Rolle ermöglicht die Digitalisierung speziell die Optimierung im Bereich der traditionellen Services. Einmal kann die stärkere digitale Vernetzung zwischen den Sparten die Kooperation zwischen den Utilities (u.a. Produktentwicklung, Cross-Selling und interne Leistungsverrechnung) unterstützen, andererseits der verstärkte Datenaustausch zwischen KonsumentIn und Versorger die Preissetzung im Bereich der (marktgängigen) öffentlichen Services auf neue Grundlagen stellen. Als Beispiel kann hier (neben dem Smart Metering im Energiebereich) vor allem der Öffentliche Verkehr gelten, wo die Digitalisierung (speziell auch über den Ausbau der WLAN-Verfügbarkeit in öffentlichen Räumen) neue Möglichkeiten in der Tarifierung von Mobilitätsleistungen schafft. In Zukunft kann damit- auf Basis strategischer Überlegungen (z.B. Modal Split-Ziele) - vermehrt über digital verfügbare Information (Geo-Daten) zielgenauer, nutzungsgebunden und fairer (Dauer, Strecke, Zeitpunkt, Frequenz) abgerechnet werden. Diese und andere durch Digitalisierung angestoßene Prozess- und Produkt-Innovationen bilden die Basis einer nachhaltigen Finanzierung der wichtigen kommunalen Dienstleistungen.

Erschließung neuer Geschäftsfelder durch Apps

Weitere Chancen eröffnet die Digitalisierung und der strategische Ausbau der kommunalen digitalen Infrastruktur auch in Bezug auf die perspektivische Erweiterung des traditionellen kommunalen Leistungsportfolios. Über die in den mobilen Endgeräten der Konsumenten (Hardware- und/oder Software-seitig) implementierten aktivierbaren Dienste (App-Push-Funktionen) können in Zukunft, Standort-abhängig, Realtime-Marketinginformationen an Konsumenten gebracht werden. Damit wird sich ein Geschäftsbereich eröffnen, der das Potenzial hat, in der Zukunft entscheidend zur Finanzierung kommunaler Leistungen beizutragen. Effektiv zu heben sind Potenziale dieser Art u.a. über eine verstärkte Kooperation der kommunalen Unternehmen mit externen Partnern, die intern (aktuell) oft nicht verfügbares technologisches Knowhow im Rahmen der Leistungserstellung einbringen. Nicht zu vernachlässigen sind in diesem Zusammenhang auch lokalisierte Wachstumsimpulse, die von Services dieser Art ausgehen können.

Daseinsvorsorge im Internet-Zeitalter

Im Rahmen der Entwicklung des Bereichs der Daseinsvorsorge spielt der Ausbau der Breitband-Infrastruktur (siehe oben) eine entscheidende Rolle, ein Umstand, der der Forderung, diese Assets in der öffentlichen Hand zu bündeln, Nachdruck verleiht. Denkt man an klassische gemeinwirtschaftliche Leistungen, wie z.B. Wasser, Abfallentsorgung oder Energie, so wurde der Zusammenhang zwischen kommunaler Dienstleistung und dem Internet allerdings lange Zeit nicht gesehen. Es zeigt sich jedoch, dass mit fortschreitender technologischer Entwicklung jene Dienstleistungen, die als grundlegend und existenziell wichtig gelten können, in Menge und Umfang zunehmen und damit neue herausfordernde Aufgabenbereiche für Kommunen bzw. ihre Unternehmen schaffen. Schnelles und leistungsfähiges Internet ist heute immer mehr auch eine Frage der gesellschaftlichen Teilhabe und Existenz, dennoch ist die Versorgung in Österreich aktuell nicht flächendeckend. Speziell in ländlichen Gebieten ist (mit wenigen Ausnahmen) die Verfügbarkeit von hohen Bandbreiten noch immer zu gering, da sich der private Ausbau an Rentabilitäten orientiert und damit die lukrativen Ballungsräume bevorzugt. Schnelles Internet wäre jedoch vor allem auch für kleiner Gemeinden in peripheren Regionen eine neue entscheidende Voraussetzung für den Erfolg des kommunalen Leistungsangebots und der lokalen bzw. regionalen Wirtschaft. Digitale Infrastruktur ist in diesem Zusammenhang der entscheidende Standortfaktor, der Arbeitsplätze in ländlichen Gebieten sichert und schafft, und so auch Abwanderung potenziell hemmt.⁵⁷⁰

In ihrer Wirkung auf die Qualität des politischen Prozesses auf lokaler Ebene und auf die Möglichkeiten der Partizipation sind (kostenlose) digitale Dienste perspektivisch ebenfalls nicht zu unterschätzen, ebenso wenig in Bezug auf den gleichberechtigten uneingeschränkten Zugang zu Information als gesellschaftspolitisches Ziel. Sie sind geeignet, den demokratischen Prozess (nicht zuletzt auch im Zusammenhang mit der Entwicklung des kommunalen Leistungskatalogs) auf ein neues Niveau zu heben und die Beziehung zwischen der Kommune und ihren BewohnerInnen nachhaltig zu vertiefen.

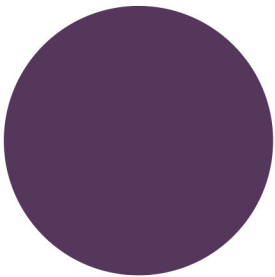
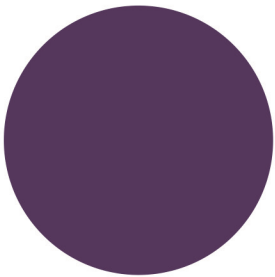
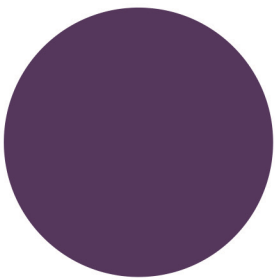
Die Chance nutzen

Die Erhöhung der Leistungsfähigkeit der Kommune als Anbieter zentraler Leistungen im Bereich der Daseinsvorsorge und darüber hinaus, und eine hohe Identifikation der BürgerInnen mit ihrer Gemeinde sind dabei ein Garant für die erfolgreiche Zukunft der kommunalen Unternehmen. Voraussetzungen dafür sind allerdings die Lösung der organisatorischen Probleme im Bereich der kommunalen Wirtschaft, die verstärkte Kooperation mit externen PartnerInnen und die Risiko-



nahme im Zusammenhang mit der Digitalisierung. Damit ist die Frage nicht mehr, wie Kommunen verhindern können, aus traditionellen Geschäftsfeldern gedrängt zu werden, sondern welche Wege beschritten bzw. welche Maßnahmen getroffen werden müssen, um die Rolle der kommunalen Unternehmen im lokalen System entscheidend zu stärken und das Portfolio der öffentlichen Hand nachhaltig zu entwickeln.

ZUSAMMENFASSUNG



In den vergangenen vier Jahrzehnten wurde die Liberalisierung und Privatisierung von öffentlichen Dienstleistungen auch in Europa propagiert. Diese Wirtschaftssektoren sollten dem Wettbewerb geöffnet werden, um mehr Angebot und Vorteile für die KonsumentInnen zu schaffen. Die Europäische Kommission hat diese Entwicklung maßgeblich durch zahlreiche Liberalisierungsrichtlinien befördert. Nationale bzw. lokale Monopole sollten abgebaut und neue Anbieter zugelassen werden. Die Entwicklung ging in den Sektoren unterschiedlich schnell und in unterschiedlichem Ausmaß voran. Jedoch blieb kaum ein Bereich der Daseinsvorsorge verschont. Energie, Wasser, Abfall, öffentlicher Personennahverkehr, Gesundheitsdienste, Post, Telekommunikation, Pflegeeinrichtungen und anderes mehr wurde auf nationaler und kommunaler Ebene an private Unternehmen übertragen oder verkauft. Oftmals übernahmen private Eigentümer bislang öffentliche Versorgungsmonopole, neue zusätzliche Anbieter am Markt gab es nur in wenigen Fällen. Für die Kommunen schien es ein gutes Geschäft zu sein, Budgetlöcher durch den Verkauf von Dienstleistungsunternehmen oder die Übertragung des Betriebes zu stopfen.

Schon zu Beginn des Jahrtausends war die Privatisierungseuphorie in Europa weitgehend abgeebbt. Zu oft wurden die Versprechen von besserer Leistung zu günstigeren Preis nicht gehalten. Stattdessen gab es Preiserhöhungen, mangelnde Investitionen in die Infrastruktur, massiven Arbeitsplatzabbau und eine Verschlechterung der Arbeitsbedingungen in den Unternehmen. Die Kommunen hatten die Steuerungshoheit über die Dienstleistungen verloren, waren aber dennoch Adressaten des wachsenden Unmuts der Bevölkerung. In einzelnen Fällen kam es zu so großen Qualitätsmängeln, dass Gemeinden kurzfristig als Retter in der Not einspringen mussten.

Viele Kommunen hatten daher den Wunsch, die privatisierten Leistungen wieder in die öffentliche Verantwortung zu bringen. Die Leistungen waren und sind über Konzessionen an Private vergeben, die eine festgesetzte Laufzeit (normalerweise mehrere Jahrzehnte) haben. Nach Ablauf der Konzession bietet sich den Kommunen die Möglichkeit, die Leistung bzw. das Unternehmen wieder zu übernehmen. In einigen Fällen, in denen die private Leistungserbringung desaströs war, wurde bereits vor Ablauf der Konzession, meist um viel Geld, die Leistung wieder rückgekauft. Der (Rück)Kauf der Unternehmen durch Kommunen oder auch die Wiederübernahme des Betriebes wird als Rekommunalisierung bezeichnet.

Städte und Gemeinden haben ebenso wie europäische Metropolen wie London, Paris, Berlin und Madrid, haben die Chance ergriffen und unterschiedliche Leistungen der Daseinsvorsorge in den letzten knapp zwei Jahrzehnten rekommunalisiert. Seit der Jahrtausendwende sind europaweit 700 Fälle von Rekommunalisierungen auf nationaler und regionaler Ebene in 20 europäischen Ländern bekannt. Im Energiesektor ist der Rekommunalisierungstrend mit 298 Fällen in 8 verschiedenen Ländern bisher am stärksten. 284 davon fanden in Deutschland statt. Durch das Auslaufen von in den 1990er Jahren geschlossenen Konzessionen bot sich den Kommunen die Möglichkeit, die Stromerzeugung wieder in eigene Hand zu nehmen. Deutsche Großstädte wie Hamburg ergriffen die Chancen ebenso wie kleine Kommunen. In anderen europäischen Städten gibt es bisher nur vereinzelte Rekommunalisierungen von Stromunternehmen.

Im Wassersektor gab es 166 Rekommunalisierungen in 12 Ländern. Die meisten davon fanden in Frankreich statt, wo es eine lange Tradition privater Wasserversorgung gibt. Auch hier haben in den letzten 20 Jahren durch auslaufende Konzessionen die Kommunen, von Paris bis Nizza, aufgrund der Unzufriedenheit mit der privaten Leistungserbringung diese wieder in öffentliche Verantwortung rückgeführt. Der private Anteil an der französischen Wasserversorgung ist seit 1970 von 82 auf 61% (2015) zurückgegangen. In Spanien wurden in den letzten Jahren 27 Wasserversorger rekommunalisiert. In Deutschland, wo sich die Wasserversorgung größtenteils in kommunaler Hand befindet, können dennoch auch 17 Fälle von Rekommunalisierung gezählt werden.

Im Abfallsektor konnten bisher 26 Rekommunalisierungsfälle in 5 europäischen Ländern gezählt werden. Die Hälfte davon in Deutschland. Die anderen Rekommunalisierungen entfallen auf Großbritannien, Frankreich, Spanien und Norwegen.

210 Rekommunalisierungen in 20 Ländern gab es in weiteren Bereichen der Daseinsvorsorge. Fast ein Viertel davon im Vereinigten Königreich. Auch im Mutterland der Privatisierungen ist also ein Umdenken zu beobachten.

17 Rekommunalisierungen gab es in den letzten Jahren auch in Österreich. In unterschiedlichen Regionen wurden Leistungen in verschiedenen Branchen wie dem Tourismus, der Kultur und dem öffentlichen Verkehr rückübertragen. Die geringe Zahl meist kleiner Rekommunalisierungen in Österreich liegt am hohen öffentlichen Engagement in der Daseinsvorsorge. Hierzulande wurde weitaus weniger privatisiert als in anderen europäischen Ländern. Auf kommunaler Ebene befinden sich die großen Energie- und Wasserversorger in (überwiegend) öffentlicher Hand. Die Bundeshauptstadt Wien gilt gar als eine europäische Vorzeigestadt der Kommunalwirtschaft.

Das Versagen privater Anbieter ist einer der Hauptgründe für Rekommunalisierungen. Gerade im Hinblick auf die Tarifgestaltung haben Privatisierungen ihre Versprechen oft nicht gehalten. Enorme Preisanstiege sind jedoch gerade für einkommensschwache Haushalte eine Belastung. Ein kommunales Unternehmen kann dem entgegenwirken. So hat etwa der Wasserversorger in der Metropolregion Nizza nach der Rückübertragung in öffentliche Hand ein soziales Preissystem eingeführt und die Preise für KleinverbraucherInnen gesenkt, während die Preise für Großverbraucher erhöht wurden, um den Umsatz des Unternehmens stabil zu halten. Wie sehr Stadtwerke die Tarife gestalten können, zeigt auch Berlin. Vor der Rekommunalisierung zählten die Wasserpreise zu den höchsten in Deutschland, mittlerweile zählen sie zu den günstigsten. Hauptgrund dafür ist ein beschlossener Gewinnverzicht der Stadt Berlin. Alle Einnahmen werden direkt ins Unternehmen reinvestiert.

Auch die Qualität ist durch private Anbieter oft nicht gestiegen oder hat sich sogar verschlechtert. Investitionen in die Infrastruktur wurden von Privaten zugunsten höherer Gewinne vernachlässigt. Das führte etwa bei der Teilprivatisierung der Londoner U-Bahn zu technischen Problemen und Entgleisungen von Zügen. Bei der Wasserversorgung führen fehlende Investitionen zu lecken Leitungen und Rohrbrüchen. In Paris haben die privaten Versorger die Investitionen vernachlässigt, es kam zu vielen Rohrbrüchen. Erst auf Drängen der Stadt wurden die Investitionen getätigt, die Kosten dafür aber an die KundInnen weitergegeben. Die Wasserpreise explodierten.

Für die Kommunen entstehen durch eine Rekommunalisierung große Chancen. Stadteigene Betriebe können einen wichtigen Beitrag zu übergeordneten Zielen für nachhaltige Entwicklung leisten. Mit der durch Rekommunalisierung zurückgewonnenen Steuerungshoheit kann Daseinsvorsorge wieder gemeinwohlorientiert statt ausschließlich gewinnorientiert erbracht werden. Dabei spielen Aspekte wie Ver- und Entsorgungssicherheit, Nachhaltigkeit, Transparenz, Leistbarkeit sowie Erhalt von Qualitäts-, Umwelt- und Sozialstandards eine Rolle. Dies hat etwa die Stadt Bergkamen verstanden. Nach den guten Erfahrungen mit der Rekommunalisierung der Stromversorgung wurden später auch Wasserversorgung, Straßenreinigung und Abfallentsorgung wieder in eigene Verantwortung zurückgeholt – mit Erfolg. Verbunden damit waren Verbesserungen der Arbeitsbedingungen der MitarbeiterInnen, Tarifsenkungen, erhöhter politischer Gestaltungsspielraum und Investitionen in ökologische Nachhaltigkeit.

Kommunen tragen im Allgemeinen entscheidend zum Wachstum der lokalen Wirtschaft bei. Eine Input-Output-Analyse für Österreich zeigt die positiven Effekte der Ausgaben der Kommunen auf den volkswirtschaftlichen Output, die Wertschöpfung im System, die Einkommen und die

Beschäftigungssituation. Der Gemeindesektor stellt sich dabei als entscheidender Akteur der heimischen Wirtschaft heraus und trägt entscheidend zu Wachstum und Entwicklung bei. Ein Befund, der nicht nur für Österreich gilt, sondern die bedeutende Rolle von öffentlichen Infrastrukturinvestitionen zeigt. Kommunen heben über lokale Infrastruktur und Infrastruktur-gebundene Services die Produktivität von Faktormärkten und die Wettbewerbsfähigkeit des Standorts. Es ist wichtig, dass die öffentliche Hand weiter als "sozialer Unternehmer" im Bereich der Grundversorgung der Bevölkerung mit Investitionen präsent ist.

Regionale arbeitsmarktpolitische Ziele können mit kommunalen Unternehmen einfacher implementiert und umgesetzt werden. In eigenen Unternehmen können Kommunen prekäre Beschäftigungsformen verhindern und reguläre, fair entlohnte, sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze schaffen. Ebenso können benachteiligte Gruppen (z.B. MigrantInnen oder Menschen mit Behinderung) in den Arbeitsmarkt integriert werden. In Oslo beispielsweise führte die Privatisierung der Müllentsorgung zu einem Chaos. Der private Betreiber sparte nach der Privatisierung massiv Personal ein. Wegen der viel zu niedrigen Belegschaft wurde gegen die gesetzlichen Höchstarbeitszeiten verstoßen. ArbeiterInnen mussten bis zu 90 Wochenstunden leisten. Nach der Rekommunalisierung wurde die Anzahl der ArbeiterInnen fast verdoppelt und gesetzliche Arbeitszeiten wieder eingehalten. Der akute Mangel an Pflegekräften hat die norwegische Stadt Bergen zur Rekommunalisierung eines Pflegeheims veranlasst. Durch die Attraktivierung der Beschäftigungsbedingungen konnte dafür gesorgt werden, dass für das Pflegesystem der Stadt auch in Zukunft ausreichend MitarbeiterInnen zur Verfügung stehen. Der englische Bezirk Islington zeigt das Potenzial von stadteigenen Betrieben, am Arbeitsmarkt schwer vermittelbare Menschen zu integrieren. Nach der Rekommunalisierung der Gebäudereinigung wurde ein spezieller Datenpool eingerichtet, der Leute berücksichtigt, die sonst vom Arbeitsmarkt ausgeschlossen sind. Zudem hat die Kommune die Löhne erhöht und so die Motivation der MitarbeiterInnen gesteigert.

Auch umweltpolitische Ziele können durch stadteigene Betriebe einfacher umgesetzt werden. Gerade im Energiesektor spielen ökologische Fragen eine wichtige Rolle. Stadtwerke investieren in Windparks, Solaranlagen und Geothermie aus der Region. Die Energiewende spielte bei vielen Rekommunalisierungen im deutschen Energiesektor eine entscheidende Rolle. So verankerte die Stadt Hamburg im Gründungsmanifest des neuen Stadtwerks Hamburg Energie, die Energieerzeugung unter dem besonderen Aspekt des Umweltschutzes, der ökologischen Nachhaltigkeit und der sozialen Preisgestaltung zu gewährleisten. 100% des Stroms werden erneuerbar hergestellt. Auch Wolfhagen gilt als Musterbeispiel in der Förderung erneuerbarer Energie. Ein zentrales Projekt für die lokale Energiewende ist etwa der Solarpark, der rund 42.000 Solarmodule umfasst. Auch in anderen Bereichen wie etwa der Abfallwirtschaft kann ökologisch nachhaltig gearbeitet werden.

Die Politik ist in den letzten Jahren immer wieder durch eine starke Zivilgesellschaft unter Zugzwang geraten. BürgerInneninitiativen hatten bei vielen Rekommunalisierungen einen entscheidenden Einfluss. In Hamburg konnte eine breite BürgerInnenbewegung aus rund 50 zivilgesellschaftlichen Organisationen einen Volksentscheid über den Rückkauf der Energienetze erreichen. Dieser war trotz finanzkräftigen Widerstands erfolgreich. In der spanischen Stadt Terrassa bildete sich aufgrund der überhöhten Wasserpreise eine zivilgesellschaftliche Initiative für die Rekommunalisierung, die eine Demonstration mit tausenden TeilnehmerInnen organisierte. Nach jahrelangem Kampf mündete die Initiative im Rückkauf der Wassernetze. Auch in Frankreich war die Zivilgesellschaft in mehreren Kommunen maßgeblich an Rekommunalisierungen beteiligt. So etwa in Grenoble, wo die BürgerInneninitiative viel Aufklärungsarbeit bei der Bevölkerung geleistet und mit Lobbying aktiv auf eine Rekommunalisierung der Wasserversorgung hingearbeitet hat.

Stadtwerke können in der Führung des Unternehmens eine Beteiligung der Zivilgesellschaft ermöglichen. Ein Musterbeispiel für einen partizipativen und demokratischen Ansatz ist die Rekommunalisierung der Wasserversorgung in Montpellier, wo dem Verwaltungsrat des neu gegründeten kommunalen Wasserversorgers auch RepräsentantInnen der Zivilgesellschaft angehören.

Finanzielle Motive können auch ein Grund für eine Rückübertragung sein. Gemeinwohlorientierung steht zwar im Widerspruch zum Ziel reiner Profitmaximierung, nicht aber zu verantwortungsvollem betriebswirtschaftlichem und gesellschaftlichem Handeln. Zahlreiche Kommunen haben es durch Verwaltungsreformen geschafft, dass ihre Leistungen nicht teurer sind als die von privaten Anbietern – im Gegenteil: Vielfach wurden nach Rekommunalisierungen deutliche Preissenkungen für die KundInnen realisiert. Außerdem werden Tarife auch nach politischen Zielvorgaben gestaltet (z.B. Sozialtarife). Kommunale Unternehmen müssen heute den Wettbewerb mit privaten Konkurrenten nicht scheuen und beweisen, dass sie ihre Betriebe wirtschaftlich erfolgreich führen können. In Dresden schrieb etwa der Energieversorger seit der Rekommunalisierung durchwegs schwarze Zahlen. 2017 lag der Gewinn bei 80 Mio. Euro – bei einem Grundtarif für die KundInnen, der unter dem sächsischen Durchschnitt liegt. Im deutschen Landkreis Böblingen wurde durch einen direkten Vergleich von öffentlicher und privater Leistungserbringung der Abfallentsorgung die höhere Wirtschaftlichkeit des landkreiseigenen Betriebs gezeigt, der nicht nur bessere, sondern auch günstigere Leistungen erbrachte.

Eine Rekommunalisierung ist aber kein Selbstläufer und automatisch von Erfolg gekrönt. Sie ist mit Risiken verbunden und kann nur erfolgreich sein, wenn der Prozess gut vorbereitet ist und sich die kommunalen EntscheidungsträgerInnen rechtzeitig das notwendige rechtliche, wirtschaftliche und branchenspezifische Know-How aneignen. Private Betreiber überlassen die einst privatisierten Unternehmen nur ungern wieder den Kommunen. Schadensersatzklagen und hohe Kaufpreisforderungen sollen dabei Kommunen finanziell überlasten und von einer Rekommunalisierung abhalten. Wenn dieser private Betreiber ein international agierender Konzern ist, können zudem Investitionsschutzabkommen ein ernstzunehmendes Problem darstellen. So geschah es der litauischen Hauptstadt Vilnius, die ihr Fernwärmenetz rekommunalisierte, nachdem der private Versorger jahrelang überhöhte Preise verlangte. Der private Betreiber zog vor ein Schiedsgericht, das weitere Verfahren nach sich zog, die noch nicht abgeschlossen sind. Der Stadt Vilnius drohen dabei Strafzahlungen in dreistelliger Millionenhöhe.

Die 700 Beispiele von Rekommunalisierungen in Europa zeigen den Wunsch der Kommunen nach Eigenverantwortung. Dieser Trend steht jedoch dem Vorantreiben von Liberalisierung und Privatisierung durch die privaten Big Player der Daseinsvorsorge und der Europäischen Kommission gegenüber. Die finanziellen Spielräume der Kommunen werden eingeschränkt, PPP-Modelle sind in vielen Fällen die einzige Möglichkeit, Projekte zu finanzieren. Damit wird die Türe für Private immer weiter geöffnet. Staaten mit hoher Verschuldung werden durch die Troika zu weitreichenden Privatisierungen gezwungen. Und auch die verhandelten sogenannten Freihandelsabkommen enthalten Hürden für eine Rückübertragung nach Privatisierungen.

Die Daseinsvorsorge ist einem Wandel unterworfen. Die Stadtwerke müssen sich heute, um konkurrenzfähig zu bleiben, neuen Herausforderungen stellen. Die Digitalisierung ermöglicht neue Chancen wie Sparten-übergreifende KundInnenlösungen und neue Geschäftsfelder. Daseinsvorsorge muss sich weiterentwickeln und mit der Zeit gehen. So wird etwa diskutiert, ob die Versorgung mit und der Zugang der Bevölkerung zu Breitbandinternet in der heutigen mobilen Welt eine Aufgabe der Daseinsvorsorge ist oder privaten Anbietern überlassen werden soll? Oder ob Stromtankstellen für Elektroautos durch Kommunen oder private Anbieter bereitgestellt werden sollen.



Die Erfahrung der vielen erfolgreichen Beispiele zeigen, dass Rekommunalisierung für kleine wie für große Gemeinden in unterschiedlichsten Sektoren eine ernst zu nehmende Option sein kann. Es lohnt sich daher jedenfalls, Rekommunalisierung in Betracht zu ziehen, um eine qualitätsvolle und sozial orientierte Daseinsvorsorge langfristig zu sichern.

ENDNOTEN





- 1 vgl. Transnational Institute (2017): 5; Terzic (2018): 66
- 2 Auch intangible (immaterielle) Assets, wie z.B. das Rechtssystem (u.a. Regulierungsregime) oder das Bildungswesen, zählen zu öffentlichen "Kapital" und können als Infrastrukturteile interpretiert werden. Ihr Einfluss auf Produktion und Wachstum ist jedoch mittelbar bzw. indirekt, so dass sie hier nicht weiter behandelt werden sollen.
- 3 In der Folge werden die Begriffe Öffentlicher Kapitalstock, öffentliches Kapital, öffentliche Assets und Infrastruktur synonym verwendet.
- 4 vgl. Aschauer (2000)
- 5 vgl. Prud'Homme (2004)
- 6 vgl. Ratner (1983); Eberts (1986); Aschauer (1989)
- 7 Die Output-Elastizität des öffentlichen Kapitalstocks gibt an, wie stark der volkswirtschaftliche Output (Y) auf eine (marginale) Ausdehnung des öffentlichen Kapitalstocks (Cp) reagiert, d.h. $(\Delta Y/Y)/(\Delta C_p/C_p)$.
- 8 Basis sind hier 68 ausgewählte internationale Studien zur volkswirtschaftlichen Bedeutung des öffentlichen Kapitalstocks
- 9 vgl. De Jong, Ferdinand, Funda (2018)
- 10 Komponenten der öffentlichen (und privater) Nachfrage wirken grundsätzlich systemisch in dieselbe Richtung. Der Multiplikatoreffekt ist dabei jedoch im Detail davon beeinflusst, welche volkswirtschaftlichen Sektoren durch die zusätzliche Nachfrage aktiviert werden. Dies hängt wiederum von der Art der geplanten öffentlichen Infrastrukturteile ab.
- 11 Nachhaltigkeit des Effekts bzw. die Wirkungsdauer der Investitionen hängt dabei in empirischen Studien vom eingesetzten theoretischen Wachstumsmodell ab (z.B. exogenes oder endogenes Wachstum).
- 12 vgl. IMF (2014)
- 13 Sicherungsmaßnahmen und Sparpolitik im Zuge der Krisenbewältigung hatten (haben) damit hohe Opportunitätskosten, indem Infrastrukturausgaben gekürzt bzw. in die Zukunft verschoben wurden (werden).
- 14 Treten im Gleichschritt mit der Errichtung der Infrastrukturprojekte auf.
- 15 vgl. Seitz (2000): 260
- 16 Bis 2050 wird gemäß Prognose des Bevölkerungsfonds der Vereinten Nationen (United Nations Population Fund/UNFPA) wird dieser Anteil auf fast 70% (2030: 60%) ansteigen. 1950 lebten rd. 750 Mio. Menschen in urbanen Räumen, für 2050 werden 5 Mrd. Menschen in Agglomerationen erwartet.
- 17 vgl. UNPFA et al. (2013); UNPFA (2016); UNPFA (2018)
- 18 vgl. Kurier (2018)
- 19 Der Einsatz von sozialen Kosten-Nutzen-Analysen als primäres Instrument der Wohlfahrtsökonomie ist hier unverzichtbar. Das ökonomische Kalkül in diesem Zusammenhang: der soziale Nutzen muss die sozialen Kosten übersteigen (Berechnung von sozialen Barwerten)
- 20 In diesem Zusammenhang hat die Ausdehnung des öffentlichen Kapitals dieselbe Wirkung wie technischer Fortschritt.
- 21 Standardmodell der Preisbildung ist in den meisten Unternehmen (noch immer) das Cost-Up-Pricing. Dabei werden auf die ermittelten Bereitstellungskosten pro Stück Gewinnanteile (Margen) aufgeschlagen.
- 22 Steigende und abnehmende Skalenerträge beschreiben das Phänomen, dass der Zusammenhang zwischen dem Niveau des Produktionsprozesses (fixe Input-Relationen) und dem damit verbundene Output nicht-linear ist. Bei steigenden Skalenerträgen ist mit der Ausdehnung der Produktion eine Produktivitätssteigerung des eingesetzten Prozesses (z.B. über Spezialisierung) verbunden, die sich in überproportionalen Output-Zuwächsen niederschlägt. Gleichzeitig bedeutet dies kostenseitig, dass die Durchschnittskosten mit steigendem Prozess-Niveau fallen.
- 23 materiell und immateriell
- 24 An dieser Stelle sei festgehalten, dass es prominente Beispiele von Industriegebieten ("Industrial Districts") gibt, die nicht unmittelbar in Verbindung zu urbanen Räumen stehen (z.B. Silicon Valley und Route 128 in den USA, Sophia-Antipolis in Frankreich, oder Jutland in Dänemark). Sie sind und bleiben Ausnahmereisnerungen und erklären sich teilweise aus der Vorgeschichte des Standorts (z.B. militärische Nutzung im Falle des Silicon Valley) oder eben über die Gegenwart von Lokalisationsvorteilen.
- 25 vgl. Capello (2007): 176f
- 26 vgl. Prud'Homme (2004): 19f
- 27 Es sei hier festgehalten, dass die Marktgängigkeit von Infrastrukturleistungen grundsätzlich keinen Einfluss auf ihren Charakter als gemeinwirtschaftliche Leistung (Daseinsvorsorge) hat. Relevant ist vielmehr die Beziehung zwischen formulierten Grundbedürfnissen in der Gesellschaft und der betreffenden Leistung. Aus diesem Grund gibt es z.B. in den regulierten Einzelhandelsmärkten für Energie auch festgeschriebene Versorgungspflichten und die Rückfalloption Lokaler Versorger.
- 28 vgl. IMF (2014)
- 29 vgl. Prud'Homme (2004): 29
- 30 In vielen Fällen ist zum Zeitpunkt der Übernahme der konkrete Investitionsbedarf nicht vollständig geklärt. Auch können aktuelle öffentliche Tarife zum Zeitpunkt einer Übernahme (in der Regel) nicht als Referenzwert für die Kosten des Systems herangezogen werden.
- 31 Wir sprechen hier stets von einer reinen privaten Lösung, die auch keine Zugeständnisse an die öffentliche Hand machen muss.
- 32 Elastizität entlang der Nachfragekurve des relevanten "Marktes" (relevante Nutzergruppe)
- 33 Da die Einkommen nur einen geringeren Teil des Produktionswertes ausmachen und sie auch nur zum Teil (Konsum-Quote) auf Konsum verwendet werden, versiegt der Induktionseffekt nach einigen "Runden".
- 34 In der partiell-geschlossenen Variante werden Teile des exogenen Sektors (Endnachfrage) "endogenisiert". Im vorliegenden Fall handelt es sich um die privaten Haushalte, die über ihren Konsum, den größten Teil der Endnachfrage repräsentieren.
- 35 Wollmann (2013): 38
- 36 Matecki, Schulten (2013): 10
- 37 vgl. Röber (2012): 84
- 38 Streissler (2012): 20
- 39 vgl. Schäfer (2012): 75
- 40 Bauer (2012): 23
- 41 vgl. Schäfer (2012): 75
- 42 Röber (2012): 84
- 43 vgl. Röber (2012): 84
- 44 Bauer (2012): 23
- 45 Libbe (2012)
- 46 vgl. Libbe (2012)
- 47 Edeling (2006), zit. nach Röber (2012): 86
- 48 vgl. Bauer (2012): 23

- 49 vgl. Libbe (2012)
- 50 vgl. Difu-Papers (2009); 18; Friedrich Ebert Stiftung (2009): 2f
- 51 Libbe (2013): 19
- 52 Aden, Martin (2013): 92
- 53 vgl. Libbe (2012)
- 54 Aden, Martin (2013): 84f.
- 55 vgl. Röber (2012): 85
- 56 vgl. Röber (2012): 84; Arbeiterkammer (2012)
- 57 Tagesspiegel (2009)
- 58 vgl. Röber (2012): 85
- 59 Bauer (2012): 19
- 60 vgl. Dipartimento per gli Affari Interni e Territoriali; Attac (2014)
- 61 Matecki/Schulten (2013): 14
- 62 Schäfer (2012): 75
- 63 Röber (2009): 82
- 64 Gecon (2007), zit. nach Röber (2012): 85
- 65 vgl. Schäfer (2012): 75
- 66 vgl. Bauer (2012): 23
- 67 vgl. Streissler (2012): 20; Avenir Suisse (2012)
- 68 vgl. Bauer (2012): 23
- 69 Libbe (2013): 20
- 70 vgl. Lobina (2018): 5
- 71 vgl. Bauer (2012): 23
- 72 vgl. Libbe (2012)
- 73 ÖGPP (2008): 8
- 74 SWR (2018)
- 75 vgl. EE News (2018)
- 76 Die Wochenzeitung (2017)
- 77 ebd.
- 78 ebd.
- 79 Schwab (2012): 8
- 80 GEO
- 81 vgl. Statista (I)
- 82 vgl. Transnational Institute (2017): 6
- 83 vgl. Tesche, Otto (2011)
- 84 GEO
- 85 vgl. Stromauskunft
- 86 vgl. Becker (2017): 120f
- 87 vgl. ebd.
- 88 vgl. ebd.
- 89 vgl. Hall, Terhorst (2011)
- 90 vgl. Transnational Institute (2017): 6
- 91 vgl. Hall/Hobbs (2017): 136f
- 92 vgl. Transnational Institute (2017): 6
- 93 vgl. Die Welt (2012)
- 94 Deutschlandfunk (2010)
- 95 vgl. Hamburg Energie
- 96 Wuppertaler Institut (2013): 4
- 97 vgl. Hamburg Energie: Aktueller Geschäftsbericht
- 98 vgl. Finanznachrichten.de (2013)
- 99 vgl. Transnational Institute (2017): 127
- 100 Stromnetz Hamburg GmbH (2014): 3
- 101 vgl. Stromnetz Hamburg GmbH (2016): 57; Zeitung für kommunale Wirtschaft (2018)
- 102 vgl. Hamburg Zwei
- 103 vgl. Zeit (2018)
- 104 Beckereit
- 105 vgl. Transnational Institute (2017) : 49
- 106 ebd.
- 107 vgl. Reuters (2017)
- 108 vgl. The Baltic Course (2018)
- 109 vgl. Vilniaus šilumos tinklai
- 110 vgl. The Baltic Course (2018)
- 111 vgl. New Internationalist (2018)
- 112 Meißener Stadtwerke: 49 Prozent; Stadtwerke Elbtal: 30 Prozent; Freitaler Strom + Gas: 30 Prozent; Stromversorgung Pirna: 49 Prozent; Gasversorgung Pirna: 10,6 Prozent; Stadtwerke Zittau: 25,1 Prozent; Energie- und Wasserwerke Bautzen: 49 Prozent.
- 113 vgl. N24 (2010)
- 114 vgl. Erneuerbare Energie Verbraucherportal (2010)
- 115 vgl. Drewag (2017)
- 116 vgl. Sächsische (2018)
- 117 vgl. Enso
- 118 vgl. Berliner Wassertisch
- 119 Blickpunkt WiSo (2012)
- 120 Berliner Wassertisch
- 121 Stadt Solingen
- 122 ebd.
- 123 Stadt Solingen (2012)
- 124 vgl. Stadtwerke Solingen: Klimafreundliche Stromerzeugung
- 125 vgl. Stadtwerke Solingen: Standortförderung
- 126 vgl. Stadtwerke Solingen: Sponsoring
- 127 vgl. Stadtwerke Solingen: Auszeichnungen
- 128 vgl. Aden, Martin (2013): 85
- 129 vgl. Stadtwerke Springe
- 130 Aden, Martin (2013): 86
- 131 Aden, Martin (2013): 87
- 132 vgl. Avacon (2017)
- 133 Aden, Martin (2013): 90
- 134 vgl. ebd.
- 135 vgl. Stadtwerke Springe: Grüner Strom für Springe
- 136 vgl. Stadtwerke Springe: Bio-Wärme für Springe Süd
- 137 vgl. Stadtwerke Springe
- 138 ebd.
- 139 vgl. Aden, Martin (2013): 89
- 140 Stadtwerke Springe: Engagement für Springe
- 141 vgl. Stadtwerke Springe
- 142 Aden, Martin (2013): 85
- 143 Stadtwerk am See: Der Weg zum Stadtwerk
- 144 vgl. Stadtwerk am See: Portrait
- 145 vgl. Stadt+Werk (2013)
- 146 vgl. B4B (2016)
- 147 vgl. Stadt+Werk (2014)
- 148 vgl. Stadt+Werk (2015)
- 149 vgl. Stadt+Werk (2016); Stadt+Werk (2018/II)
- 150 vgl. Stadt+Werk (2017)
- 151 vgl. Stadt+Werk (2018/I)
- 152 vgl. Stadtwerk am See: Unternehmensdaten
- 153 vgl. Engartner (2010)
- 154 Frankfurter Allgemeine Zeitung (2007/I)
- 155 vgl. Gemeindewerke Nümbrecht: Geschichte
- 156 Gemeindewerke Nümbrecht: die GWN
- 157 ebd.
- 158 Frankfurter Allgemeine Zeitung (2007/I)
- 159 Gemeindewerke Nümbrecht: aktuell
- 160 Gemeindewerke Nümbrecht: 20 Jahre GWN
- 161 vgl. Luzie Newsletter
- 162 Gemeindewerke Nümbrecht: aktuell
- 163 Frankfurter Allgemeine Zeitung (2007/I)
- 164 Gemeindewerke Nümbrecht: die GWN
- 165 ebd.
- 166 Gemeindewerke Nümbrecht: Geschichte



- 167 ebd.
 168 ursprünglich Energie-Aktiengesellschaft Mitteldeutschland (heute E.ON Mitte)
 169 vgl. Verband kommunaler Unternehmen e.V.: Stadtwerke der Zukunft IV: 31f
 170 vgl. Stadtwerke Wolfhagen
 171 vgl. Verband kommunaler Unternehmen e.V.: Stadtwerke der Zukunft IV: 31f
 172 Verband kommunaler Unternehmen e.V.: Stadtwerke der Zukunft IV: 32
 173 vgl. Verband kommunaler Unternehmen e.V.: Stadtwerke der Zukunft IV: 31f
 174 Stadtwerke Wolfhagen: Energie für den Klimaschutz
 175 Rühl, Martin (2011)
 176 ebd.
 177 ebd.
 178 Verband kommunaler Unternehmen e.V.: Stadtwerke der Zukunft IV: 34
 179 vgl. Stadtwerke Wolfhagen: Wind
 180 Verband kommunaler Unternehmen e.V.: Stadtwerke der Zukunft IV: 33
 181 ebd.
 182 Handelsblatt (2010)
 183 Handelsblatt (2010)
 184 ebd.
 185 vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung (2013)
 186 vgl. Steag: Die Eigentümer von STEAG
 187 vgl. Westfälische Rundschau (2018)
 188 vgl. Handelsblatt (2010)
 189 Steag: Zahlen + Fakten 2017
 190 vgl. ebd.
 191 RP Online (2015)
 192 Handelsblatt (2012)
 193 vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung (2013); Handelsblatt (2012)
 194 vgl. WDR (2018)
 195 WDR (2018/II)
 196 vgl. ebd.
 197 Die E.ON AG bildet eine Fusion der beiden bis dahin (2000) staatlich dominierten Mehrheitseigentümer von VIAG und VEBA.
 198 vgl. Die Welt (2009)
 199 vgl. Handelsblatt (2009)
 200 vgl. Spiegel (2009)
 201 vgl. Hall, Terhorst (2011)
 202 vgl. Die Thüga
 203 vgl. energate messenger (2017)
 204 Hachfeld (2009): 87
 205 ebd.
 206 ebd.
 207 vgl. Veolia: Key Figures
 208 vgl. Transnational Institute (2017): 6
 209 Wollmann (2013): 42
 210 vgl. Pigeon et al. (2012): 25f
 211 Wollmann (2013): 42
 212 ebd.
 213 Wollmann (2013): 43
 214 vgl. AK Wien (2018): 135
 215 Libbe (2013): 26
 216 vgl. Transnational Institute (2017): 6
 217 vgl. . AK Wien (2018): 122
 218 vgl. . AK Wien (2018): 121
 219 vgl. . AK Wien (2018): 122
 220 vgl. Transnational Institute (2017): 6
 221 Mit einem abrogativen Referendum kann ein Gesetz oder ein Teil davon aufgehoben werden, wenn 50 Prozent der Stimmberechtigten daran teilnehmen und die Mehrheit dafür stimmt.
 222 Hall, Lobina (2012): 29
 223 vgl. Water Remunicipalisation Tracker: Naples
 224 vgl. Transnational Institute (2017): 6
 225 vgl. AK Wien (2018): 224
 226 vgl. Water Remunicipalisation Tracker: Pecs; Hall, Lobina (2012): 30
 227 vgl. Hall, Lobina (2012): 30
 228 vgl. Transnational Institute (2017): 6
 229 vgl. Wasserkolloquium (2008): 61
 230 vgl. Wasserkolloquium (2008): 59
 231 Wolf (2013): 95
 232 vgl. Wolf (2013): 100
 233 Wolf (2013): 98
 234 vgl. Wolf (2013): 103
 235 vgl. TAZ (2010)
 236 Wolf (2013): 104
 237 vgl. TAZ Rechercheblog (2010)
 238 Wolf (2013): 105
 239 vgl. Berliner Morgenpost (2012)
 240 Wolf (2013): 106
 241 vgl. Spiegel (2013)
 242 vgl. Stadt Berlin
 243 vgl. Wolf (2013): 103
 244 vgl. Wolf (2013): 95
 245 ebd.
 246 vgl. Der Tagesspiegel (2018)
 247 vgl. Berliner Zeitung (2018)
 248 vgl. Water Remunicipalisation Tracker: Paris
 249 vgl. Le Strat, Hitchman (2010)
 250 ebd.
 251 Pigeon et al. (2012): 38
 252 vgl. Pigeon et al. (2012): 24ff
 253 Forum für Berlin
 254 vgl. Pigeon et al. (2012): 35; Frankfurter Rundschau (2011)
 255 vgl. Eau de Paris: Une eau au juste prix
 256 vgl. Petitjean (2015): 80
 257 vgl. Water Remunicipalisation Tracker: Paris
 258 vgl. Wirtschaftsblatt (2012)
 259 vgl. Water Remunicipalisation Tracker: Budapest
 260 vgl. Wirtschaftsblatt (2012)
 261 vgl. Wirtschaftsblatt (2012); Pester Lloyd (2012); Water Remunicipalisation Tracker: Budapest
 262 vgl. Water Remunicipalisation Tracker: Nice
 263 vgl. Petitjean (2015)
 264 vgl. Water Remunicipalisation Tracker: Nice
 265 vgl. Petitjean (2015)
 266 vgl. Water Remunicipalisation Tracker: Nice
 267 vgl. La ville an parole (2018)
 268 ebd.
 269 vgl. Water Remunicipalisation Tracker: Montpellier
 270 vgl. European Water Movement
 271 vgl. Actu environnement (2014)
 272 vgl. Midi Libre (2014)
 273 vgl. Le parisien (2014)
 274 vgl. European Water Movement
 275 vgl. Eau France: Services
 276 vgl. La ville an parole (2018)
 277 vgl. Asia Europa People's Forum (2018)
 278 vgl. Planas (2017): 150

- 279 vgl. Taula de l'aigua de Terrassa (2107)
- 280 vgl. Planas (2017): 150
- 281 vgl. Observatorio del Derecho Humano al Agua y al Saneamiento
- 282 vgl. Nacio digital (2018)
- 283 vgl. Bauer (2012):13; Hachfeld (2009): 90f
- 284 Bauer (2012): 14
- 285 vgl. Die Zeit (2006/II); Bauer (2012): 13ff
- 286 Bauer (2012): 15
- 287 Hachfeld (2009): 91
- 288 ebd.
- 289 ebd.
- 290 Bauer (2012): 15
- 291 vgl. Bauer (2012): 13ff, Hachfeld (2009): 91
- 292 Hachfeld (2009): 95
- 293 Hachfeld (2009): 92
- 294 vgl. Stadtwerke Potsdam
- 295 vgl. Bauer (2012): 13ff
- 296 vgl. Wasserkolloquium (2008): 92f
- 297 ebd.; Hachfeld (2009): 93
- 298 vgl. Die Zeit (1995)
- 299 Hachfeld (2009): 93
- 300 vgl. Water Remunicipalisation Tracker: Grenoble; Paffhausen (2010): 128ff
- 301 Hachfeld (2009): 93f
- 302 vgl. Hachfeld (2009): 94
- 303 vgl. Water Remunicipalisation Tracker: Grenoble
- 304 Hachfeld (2009): 94
- 305 vgl. Gelsenwasser: Meilensteine
- 306 vgl. Die Zeit (2006/I); Gelsenwasser: Meilensteine
- 307 vgl. Manager Magazin (2003)
- 308 vgl. Die Zeit (2003/I); Manager Magazin (2003)
- 309 vgl. Die Zeit (2003/I)
- 310 vgl. Gelsenwasser: Unternehmen
- 311 Die Zeit (2003/I)
- 312 ÖGPP (2008): 22
- 313 vgl. Wiener Umwelthanwaltschaft
- 314 vgl. Kommunal (2017)
- 315 ebd.
- 316 Diese Analyse hat den Vorteil, einen Überblick über zahlreiche zuvor erstellte Studien zu geben und so unabhängig von möglichen Einflüssen der Auftraggeber oder Eigeninteressen die Gesamtwirkung der Privatisierung zu analysieren.
- 317 Bel, Fageda, Warner (2008)
- 318 Bel, Mur (2009): 1
- 319 vgl. Difu-Papers (2009): 16
- 320 vgl. Wiener Umwelthanwaltschaft
- 321 Difu-Papers (2009): 18
- 322 ebd.
- 323 vgl. Statista (II)
- 324 vgl. Veolia: Veolia in brief
- 325 vgl. Suez: Our global footprint
- 326 vgl. Remondis: Standorte
- 327 vgl. Transnational Institute (2017): 6
- 328 EU Recycling (2018)
- 329 ebd.
- 330 vgl. ebd.
- 331 vgl. Verband kommunaler Unternehmen (2011): 5
- 332 vgl. Transnational Institute (2017): 6
- 333 ebd.
- 334 ebd.
- 335 vgl. RegioEntsorgung: Ziele und Grundsätze
- 336 Difu-Papers (2009): 12
- 337 ebd.
- 338 vgl. Aachener Zeitung (2016)
- 339 RegioEntsorgung: RegioEntsorgung AöR
- 340 vgl. RegioEntsorgung: Daten und Fakten
- 341 Difu-Papers (2011): 11
- 342 ebd.
- 343 ebd.
- 344 ebd.
- 345 vgl. Statistisk Sentralbyrå
- 346 vgl. Fagbladet (2015)
- 347 ebd.
- 348 vgl. Dagbladet (2017)
- 349 ebd.
- 350 vgl. Petterson, Monsen (2017): 69f
- 351 vgl. E24 (2017)
- 352 vgl. Petterson, Monsen (2017): 69f
- 353 vgl. Eisenmann (2012); Sendersky (2011)
- 354 Die Schönbuchlichtung ist eine Region nördlich des Naturparks Schönbuch zu der mehrere Orte auch außerhalb des Landkreises Böblingen gehören. Im Landkreis Böblingen umfasst die Region Schönbuchlichtung mehrere Orte mit zusammen etwa 57.000 EinwohnerInnen.
- 355 Sendersky (2011)
- 356 Eisenmann (2012)
- 357 vgl. ebd.
- 358 Difu-Papers (2009): 10
- 359 ebd.
- 360 Sendersky (2011)
- 361 Eisenmann (2012)
- 362 ebd.
- 363 Sendersky (2011)
- 364 Eisenmann (2012)
- 365 Difu-Papers (2009): 11
- 366 Difu-Papers (2011): 10
- 367 Landkreis Böblingen: Abfallwirtschaftskonzept
- 2014
- 368 ebd.
- 369 UNISON (2011): 29
- 370 UNISON (2011): 30
- 371 UNISON (2011): 29
- 372 vgl. Der Tagesspiegel (2008)
- 373 Engartner (2010)
- 374 vgl. Kommunalpolitisches Forum Land Brandenburg (2010)
- 375 vgl. Der Tagesspiegel (2008)
- 376 Engartner (2010)
- 377 vgl. Landkreis Uckermark Beteiligungbericht
- 2012
- 378 vgl. Uckermärkische Dienstleistungsgesellschaft mBH (2011)
- 379 vgl. Uckermärkische Dienstleistungsgesellschaft mBH (2015)
- 380 vgl. Uckermärkische Dienstleistungsgesellschaft mBH (2017)
- 381 vgl. Uckermärkische Dienstleistungsgesellschaft mBH
- 382 vgl. MOZ (2018)
- 383 vgl. Rhein-Zeitung (2012)
- 384 vgl. Arenz (2010)
- 385 Forumromanum (2006)
- 386 ebd.
- 387 vgl. EPSA (2011); Forumromanum (2006)
- 388 Rhein-Zeitung (2012)
- 389 vgl. Rhein-Zeitung (2011)
- 390 Rhein-Zeitung (2016)



- 391 Rhein-Zeitung (2012)
- 392 Forumromanum (2006)
- 393 Rhein-Zeitung (2011)
- 394 vgl. Forumromanum (2006)
- 395 Rhein-Zeitung (2012)
- 396 vgl. RheinHunsrück Entsorgung: Wir über uns
- 397 ebd.
- 398 Rhein-Zeitung (2011)
- 399 vgl. Rhein-Zeitung (2012); RheinHunsrück Entsorgung: Wir über uns
- 400 vgl. Deutsche Welle
- 401 vgl. Rhein-Zeitung (2011)
- 402 vgl. Schäfer (2012): 76
- 403 vgl. Deutscher Gewerkschaftsbund (2012)
- 404 Zur Müllabfuhr gehörte die Sammlung und der Transport von Restmüll („graue Tonne“), Biomüll („grüne Tonne“) und Altpapier („blaue Tonne“) sowie die Sperrmüll- und Grünschnittabfuhr.“ (Schäfer)
- 405 vgl. Peters (2010); vgl. Schäfer
- 406 Schäfer
- 407 vgl. Peters (2010)
- 408 Schäfer
- 409 ebd.
- 410 vgl. Peters (2010)
- 411 vgl. Schäfer (2012): 76
- 412 Peters (2010)
- 413 vgl. Stadt Bergkamen: Abfallentsorgung; Anfrage an EBB
- 414 vgl. Peters (2010)
- 415 Stadt Bergkamen: Windeltonne
- 416 vgl. Schäfer
- 417 vgl. Transnational Institute (2017): 6
- 418 vgl. Transport for London (2018)
- 419 Guardian (2007)
- 420 Frankfurter Allgemeine Zeitung (2007/II)
- 421 vgl. Williams (2010): 2
- 422 vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung (2007/II)
- 423 vgl. Williams (2010): 1-3
- 424 vgl. Williams (2010): 2
- 425 Williams (2010): 7
- 426 Frankfurter Allgemeine Zeitung (2007/II)
- 427 vgl. Inthenews.co.uk (2008)
- 428 Williams (2010): 3
- 429 BBC News (2010)
- 430 vgl. Centre for Public Impact (2018)
- 431 vgl. Ayuntamiento de Madrid (2016)
- 432 vgl. El pais (2008)
- 433 vgl. El pais (2013)
- 434 vgl. Eldiaro (2018/I)
- 435 vgl. Estatutos de la Empresa Municipal de Servicios Funerarios y Cementerios de Madrid, S.A o.J.
- 436 vgl. Ayuntamiento de Madrid (2016)
- 437 vgl. Eldiaro (2018/II)
- 438 vgl. ebd.
- 439 vgl. Eldiaro (2018/I)
- 440 vgl. Diagonal (2016)
- 441 vgl. Serrano 2017
- 442 vgl. Eldiaro (2017/I)
- 443 vgl. Eldiaro (2017/II)
- 444 ebd.
- 445 vgl. Samfunnsøkonomisk analyse (2018)
- 446 vgl. Fagbladet (2016)
- 447 vgl. NRK (2016)
- 448 vgl. NRK (2015)
- 449 vgl. NRK (2017)
- 450 ebd.
- 451 vgl. Petterson, Monsen (2017): 71f
- 452 vgl. Fagbladet (2016)
- 453 Deutschlandfunk (2008)
- 454 vgl. ebd.
- 455 Die Linke (2009)
- 456 Deutschlandfunk (2008)
- 457 ebd.
- 458 vgl. Verdi: Wilhelmshaven
- 459 ebd.
- 460 vgl. Wilhelmshavener Zeitung (2012)
- 461 vgl. TAZ (2008)
- 462 vgl. Kieler Nachrichten (2009/II); Kieler Nachrichten (2009/III)
- 463 vgl. Kieler Nachrichten (2009/I)
- 464 vgl. TAZ (2008)
- 465 vgl. Kieler Nachrichten (2009/I); TAZ (2008)
- 466 vgl. TAZ (2009)
- 467 vgl. Kieler Nachrichten (2009/I)
- 468 TAZ (2009)
- 469 ebd.
- 470 Kieler Nachrichten (2009/I)
- 471 vgl. TAZ (2009)
- 472 vgl. Kieler Verkehrsgesellschaft (2017)
- 473 ebd.; Kieler Nachrichten (2008)
- 474 vgl. SPD Kiel (2011)
- 475 UNISON (2011): 26
- 476 UNISON (2011): 27
- 477 Unter einem “living wage“ wird ein existenzsichernder Lohn verstanden. Die Höhe, die als existenzsichernd angenommen wird, orientiert sich dabei an den Lebensbedingungen des jeweiligen Landes bzw. der jeweiligen Region.
- 478 UNISON (2011): 26
- 479 UNISON (2011): 27
- 480 UNISON (2011): 28
- 481 vgl. Lavanguardia (2017)
- 482 vgl. Diario de Cadiz (2017)
- 483 vgl. Teleprensa (2018)
- 484 vgl. Diario Bahia de Cadiz (2017)
- 485 vgl. Lavanguardia (2018)
- 486 vgl. Aachener Zeitung (2012)
- 487 vgl. Dürener Service Betrieb (I)
- 488 vgl. ebd.
- 489 Dürener Service Betrieb (II)
- 490 vgl. Dürener Service Betrieb (I)
- 491 Dürener Service Betrieb (II)
- 492 vgl. Aachener Zeitung (2012)
- 493 Dürener Service Betrieb (III)
- 494 vgl. Der Tagesspiegel (2014)
- 495 vgl. Arbeiterkammer (2013)
- 496 vgl. ORF (2015)
- 497 vgl. Die Zeit (2003/II)
- 498 vgl. Mosaik-Blog (2015)
- 499 Verband kommunaler Unternehmen Österreichs (2017)
- 500 vgl. Der Standard (2013)
- 501 vgl. Arbeiterkammer Wien (2017): 16
- 502 Wiener Wohnen
- 503 vgl. Burgenland Holding AG; Energie AG Oberösterreich; Energie Graz; Energie Steiermark; EVN: Aktionärsstruktur; EVN: EnBW Eigentümerstruktur; Illwerke; Kelag; Salzburg AG
- 504 vgl. Transnational Institute (2017); Terzic (2018)
- 505 vgl. Gemeinderat der Bundeshauptstadt Wien



- (2007)
- 506 vgl. Stadtrechnungshof Wien (2017)
- 507 ebd.
- 508 ebd.
- 509 Wiener Zeitung (2014)
- 510 vgl. Stadtrechnungshof Wien (2017)
- 511 vgl. Der Standard (2016/I)
- 512 Der Standard (2016/II)
- 513 Wiener Linien (2017/I)
- 514 vgl. Wiener Linien (2017/II)
- 515 vgl. Wien Geschichte Wiki (2017)
- 516 Kontrollamt der Stadt Wien (2008/II)
- 517 Kontrollamt der Stadt Wien (2006)
- 518 vgl. Pronay/Stöphl Interview (2016)
- 519 Stadt Wien (2006)
- 520 vgl. Boyer Interview (2016)
- 521 vgl. Pronay/Stöphl Interview (2016)
- 522 vgl. Boyer Interview (2016)
- 523 vgl. Wiener Zeitung (2005)
- 524 Stadt Wien (2006)
- 525 vgl. Boyer Interview (2016)
- 526 Die Presse (2008)
- 527 Der Standard (2009)
- 528 vgl. ebd.
- 529 vgl. ebd.
- 530 Der Standard (2010/I)
- 531 vgl. Wipark
- 532 vgl. Oberösterreichische Nachrichten (2016)
- 533 vgl. Hanger Interview (2018); Krammer Interview (2018)
- 534 vgl. Hanger Interview (2018)
- 535 vgl. ORF Niederösterreich (2016)
- 536 vgl. Niederösterreichische Nachrichten (2017/I)
- 537 vgl. ORF Niederösterreich (2016)
- 538 vgl. Hanger Interview (2018)
- 539 vgl. Krammer Interview (2018)
- 540 vgl. Hanger Interview (2018)
- 541 vgl. ORF Niederösterreich (2017); Niederösterreichische Nachrichten (2017/II)
- 542 Niederösterreichische Nachrichten (2017/III)
- 543 vgl. Krammer Interview (2018)
- 544 vgl. Hanger Interview (2018)
- 545 vgl. Krammer Interview (2018)
- 546 Hanger Interview (2018)
- 547 Krammer Interview (2018)
- 548 vgl. Hanger Interview (2018)
- 549 Tiroler Tageszeitung (2012)
- 550 Gemeinderat der Landeshauptstadt Innsbruck (2014)
- 551 ebd.
- 552 ebd.
- 553 vgl. Tiroler Tageszeitung (2014)
- 554 vgl. Der Standard (2015)
- 555 vgl. ORF Tirol (2017)
- 556 vgl. Tiroler Tageszeitung (2014)
- 557 vgl. Eberl Interview (2018)
- 558 vgl. AK Wien (2018): 38
- 559 vgl. Die Presse (2017)
- 560 vgl. Europäisches Parlament (2016)
- 561 vgl. Krajewski (2015): 24f
- 562 vgl. ebd.: 25
- 563 vgl. ebd.: 26ff
- 564 vgl. Wiener Zeitung (2014)
- 565 ebd.
- 566 vgl. Krajewski (2015): 43
- 567 vgl. PWC (2017); Ernst&Young (2018)
- 568 vgl. PWC (2015)
- 569 vgl. Mobile Marketing Association Austria (2018)
- 570 vgl. Gemeindebund
- 571 vgl. Upstream Mobility; Scienc APA (2018)
- Teil 7: Gekürztes und überarbeitetes Kapitel der Diplomarbeit „(Re-)Kommunalisierung in Österreich“ (2018, Technische Universität), Verfasser: Laurentius Terzic
- Coverfoto ©Fotolia/moquai86

QUELLEN





Aachener Zeitung (2012): Auf die Übernahme folgt die LED-Umrüstung. <http://www.aachener-zeitung.de/lokales/dueren/auf-die-ubernahme-folgt-die-led-umruestung-1.413284> (Stand: 12/2018)

Aachener Zeitung (2016): Regioentsorgung holt ab 2017 Müll in Monschau https://www.aachener-zeitung.de/lokales/eifel/regioentsorgung-holt-ab-2017-muell-in-monschau_aid-25167555v (Stand: 12/2018)

Actu environnement (2014): Eau potable : Montpellier agglomération choisit un retour en régie <https://www.actu-environnement.com/ae/news/eau-potable-montpellier-agglomeration-choisit-retour-regie-21724.php4> (Stand: 12/2018)

Aden, Herman; Martin, Ruth (2013): Rekommunalisierung der Stadtwerke in Springe. In: Matecki, Claus; Schulten Thorsten (Hrsg): Zurück zur öffentlichen Hand? Chancen und Erfahrungen der Rekommunalisierung. VSA-Verlag, Hamburg. 84-94.

AK Wien (2018): Vergleich europäischer Systeme der Wasserversorgung und Abwasserentsorgung. https://www.arbeiterkammer.at/interessenvertretung/umweltundverkehr/umwelt/klimawasserluft/Wasserstudie_Langfassung.pdf?fbclid=IwAR3Zawaa1OLlJohZhZIdZDwCCEGoYhwgx-5a79r1wU65l-1HX8SQYeCsxfcA (Stand: 12/2018)

Arbeiterkammer (2013): Volkswirtschaftliche Effekte der Liberalisierung des Eisenbahnpersonenverkehrs in Österreich. <https://emedien.arbeiterkammer.at/viewer/!fulltext/AC10910227/55/> (Stand: 12/2018)

Aschauer, David A. (1989): Is public expenditure productive? In: Journal of Monetary Economics 23, 177-200.

Aschauer, David A. (2000): Do states optimize? Public capital and economic growth. In: The Annals of Regional Science 34, 343-363.

Asia Europa People's Forum (2018): A citizen wave to reclaim public and democratic water in Catalan municipalities <https://www.aepf.info/single-post/2018/04/05/A-citizen-wave-to-reclaim-public-and-democratic-water-in-Catalan-municipalities> (Stand: 12/2018)

Attac (2014): Thessaloniki wehrt sich gegen Wasserprivatisierung <https://www.attac.de/kampagnen/finanzmarktkrise/g20-proteste/detailsicht/news/thessaloniki-wehrt-sich-gegen-wasserprivatisierung/> (Stand: 12/2018)

Avacon (2017): Stadtwerke Springe und Avacon einigen sich außergerichtlich <https://www.avacon.de/de/ueber-uns/newsroom/pressemitteilungen/Stadtwerke-Springe-und-Avacon-einigen-sich.html> (Stand: 12/2018)

Avenir Suisse (2012): Privatisierung braucht Wettbewerb <http://www.avenir-suisse.ch/16523/privatisierung-braucht-wettbewerb/#!prettyPhoto> (Stand: 12/2018)



Ayuntamiento de Madrid (2016): El reto de la nueva Empresa Municipal de Servicios Funerarios. <https://www.madrid.es/portales/munimadrid/es/Inicio/Actualidad/Noticias/El-reto-de-la-nueva-Empresa-Municipal-de-Servicios-Funerarios/?vgnnextfmt=default&vgnnextoid=cbf714cd-4cef6510VgnVCM1000001d4a900aRCRD&vgnnextchannel=a12149fa40ec9410VgnVCM-100000171f5a0aRCRD> (Stand: 12/2018)

B4B (2016): Gemeinde Hagenau beteiligt sich am Stadtwerk am See https://www.b4bschwaben.de/b4b-nachrichten/lindau-bodenseeregion_artikel,-gemeinde-hagenau-beteiligt-sich-am-stadtwerk-am-see-_arid,160886.html (Stand: 12/2018)

Bauer, Hartmut (2012): Von der Privatisierung zur Rekommunalisierung. Einführende Problem-skizze. In: Bauer, Büchner, Hajasch (Hrsg.): Rekommunalisierung öffentlicher Daseinsvorsorge. KWI Schriften 6. Universitätsverlag Potsdam. 11-32.

BBC News (2010): Tube maintenance back ,in house' as new deal is signed. http://news.bbc.co.uk/2/hi/uk_news/england/london/8669823.stm (Stand: 12/2018)

Beckereit, Michael: Marktvorteil Wertorientierung: Wie Hamburg Energie mit kommunaler Verantwortung punktet. http://www.vku.de/fileadmin/get/?21841/2012_HamburgEnergie-Neugr%C3%BCndung.pdf (Stand: 03/2014)

Bel, Germa; Fageda, Xavier; Warner, Mildred E. (2008): Is Private Production of Public Services Cheaper than Public Production? A meta-regression analysis of solid waste and water services. <http://de.scribd.com/doc/116871422/Is-Private-Production-of-Public-Services-Cheaper-Than-Public-Production-A-Meta-Regression-Analysis-of-Solid-Waste-and-Water-Services-Forschungsberic> (Stand: 12/2018)

Bel, Germà; Mur, Melanie (2009): Intermunicipal cooperation, privatization and waste management costs: Evidence from rural municipalities. http://www.ub.edu/gim/articles%20web/2009/10_BEL_MUR_WM.pdf (Stand: 12/2018)

Berliner Morgenpost (2012): Berlin beschließt Rückkauf der Wasserbetriebe. <http://www.morgenpost.de/berlin-aktuell/article108305657/Berlin-beschliesst-Rueckkauf-der-Wasserbetriebe.html> (Stand: 12/2018)

Berliner Wassertisch: Stadtwerke Solingen – erst teilprivatisiert, jetzt wieder vollständig rekommunalisiert! <http://berliner-wassertisch.info/stadtwerke-solingen-erst-teilprivatisiert-jetzt-wieder-vollstaendig-rekommunalisiert/> (Stand: 12/2018)

Berliner Zeitung (2018): Geschäft mit dem Wasser. Bundesweit steigen die Preise – aber nicht in Berlin <https://www.berliner-zeitung.de/berlin/geschaeft-mit-dem-wasser-bundesweit-steigen-die-preise---aber-nicht-in-berlin-30166830#> (Stand: 12/2018)

Blickpunkt WiSo (2012): Werner Rügemer: „Die Rekommunalisierung ist immer mehr gestoppt worden“ <http://www.annotazioni.de/post/911> (Stand: 12/2018)

Blog - Daniel Kosak (2017): Kinderbetreuung rekommunalisieren?: <http://www.danielkosak.com/kinderbetreuung-rekommunalisieren/> (Stand: 12/2018)



Bom, P. R. D. und Ligthart., J. E. (2014): What Have We Learned from Three Decades of Research on the Productivity of Public Capital? In: Journal of Economic Surveys 28 (5), 889–916.

Burgenland Holding AG: Aktionärsstruktur

<http://www.buho.at/Burgenland-Holding-AG/Burgenland-Holding-Aktie/Aktionarsstruktur.aspx> (Stand: 12/2018)

Capello, Roberta (2007): Regional Economics. London: Routledge (Routledge advanced texts in economics and finance, 5).

Centre for Public Impact (2018): The London Underground's failed PPP

<https://www.centreforpublicimpact.org/case-study/london-undergrounds-failed-ppp/> (Stand: 12/2018)

Dagbladet (2017): Ansvaret for søppelkaos

<https://www.dagbladet.no/kultur/ansvaret-for-soppelkaos/66710013> (Stand: 12/2018)

De Jong, J. F. M.; Ferdinandusse, M.; Funda, J. (2018): Public capital in the 21st century: as productive as ever? In: Applied Economics 50 (51), 5543–5560

Der Standard (2009): Wiener Stadtwerke-Firmen kaufen Wipark-Garagen

<https://derstandard.at/1237228504451/Immoeast-Wiener-Stadtwerke-Firmen-kaufen-Wipark-Garagen> (Stand: 12/2018)

Der Standard (2010/I): Garagenbetreiber List kauft Wipark Hungaria

<https://derstandard.at/1293369496919/Garagenbetreiber-List-kauft-Wipark-Hungaria> (Stand: 12/2018)

Der Standard (2013): Auch in Österreich haben Private Hände im Spiel: <https://derstandard.at/1358305116986/90-Gemeinden-beziehen-ihr-Wasser-von-Privaten> (Stand: 12/2018)

Der Standard (2015): Abriss der Patscherkofelbahn: Hader um Innsbrucks Hausberg

<https://derstandard.at/2000024758114/Abriss-der-Patscherkofelbahn-Hader-um-Innsbrucks-Hausberg> (Stand: 12/2018)

Der Standard (2016/I) Privatsecurity patrouilliert im U- Bahn-Netz Wiens

<https://derstandard.at/2000034212232/Privatsecurity-patrouilliert-mit-Hunden-im-Wiener-U-Bahn-Netz> (Stand: 12/2018)

Der Standard (2016/II): Wiener Linien gründen eigene Sicherheitstochter

<https://derstandard.at/2000047728816/Wiener-Linien-gruenden-eigene-Sicherheitstochter> (Stand: 12/2018)

Der Tagesspiegel (2008): Der Landkreis holt den Müll – und die Bürger zahlen weniger

<https://www.tagesspiegel.de/themen/brandenburg/uckermark-der-landkreis-holt-den-muell-und-die-buerger-zahlen-weniger/1145822.html> (Stand: 12/2018)

Der Tagesspiegel (2009): Die Renaissance des Staates

<https://www.tagesspiegel.de/wirtschaft/kommunen-die-renaissance-des-staates/1504000.html> (Stand: 12/2018)



- Der Tagesspiegel (2014): Wie die Troika in den Krisenländern Wasser zu Geld macht.
<https://www.tagesspiegel.de/politik/europoly-wasserprivatisierung-in-der-eu-wie-die-troika-in-den-krisenlaendern-wasser-zu-geld-macht/10963574.html> (Stand: 12/2018)
- Der Tagesspiegel (2018): Warum Wasser in Berlin so billig ist
<https://www.tagesspiegel.de/wirtschaft/trinkwasser-warum-wasser-in-berlin-so-billig-ist/21287132.html> (Stand: 12/2018)
- Deutsche Welle: Energievorreiter Rhein-Hunsrück
<https://www.dw.com/de/energievorreiter-rhein-hunsr%C3%BCck/a-41169935> (Stand: 12/2018)
- Deutscher Gewerkschaftsbund (2012): Zurück zur öffentlichen Hand - Chancen und Formen der Rekommunalisierung.
<http://www.dgb.de/themen/++co++0cdc8e5e-053d-11e1-534b-00188b4dc422> (Stand: 12/2018)
- Deutschlandfunk (2008): Auf einen Schlag schuldenfrei
https://www.deutschlandfunkkultur.de/auf-einen-schlag-schuldenfrei.1001.de.html?dram:article_id=156464 (Stand: 12/2018)
- Deutschlandfunk (2010): Stadteigener Energieversorger.
<http://www.dradio.de/dlf/sendungen/firmen/1317410/> (Stand: 12/2018)
- Diagonal (2016) : Muere atropellado un usuario de BiciMad
<https://www.diagonalperiodico.net/global/29645-muere-atropellado-usuario-bicimad.html>
- Diario Bahia de Cadiz (2017): El proceso de remunicipalización de los servicios de playas en Cádiz supera la enésima « piedra » en el camino puesta pr la derecha. <https://www.diariobahia-decadiz.com/noticias/cadiz/la-remunicipalizacion-los-servicios-playas-cadiz-supera-la-enesima-piedra-camino-puesta-la-derecha/> (Stand: 12/2018)
- Diario de Cadiz (2017): La municipalización de los servicios de playa ahorrará 308.000 de euros.
https://www.diariodecadiz.es/cadiz/municipalizacion-servicios-playa-ahorrara-euros_0_1098790499.html (Stand: 12/2018)
- Die Linke (2009): Für Starke Kommunen mit leistungsfähigen Betrieben in öffentlicher Hand
http://www.konni-wehlan.de/fileadmin/wehlan/images/themen/Leitfaden_Rekommunalisierung.pdf (Stand: 12/2018)
- Die Presse (2008): Immofinanz schlittert in Liquiditätskrise:
https://diepresse.com/home/wirtschaft/finanzkrise/415939/Immofinanz-schlittert-%20in-Liquiditaetskrise?_vl_backlink=/home/index.do (Stand: 12/2018)
- Die Presse (2017): Die Westbahn unterbietet die ÖBB
<https://diepresse.com/home/wirtschaft/economist/5153107/Die-Westbahn-unterbietet-die-Oe-BB> (Stand: 12/2018)
- Die Thüga. <https://www.thuega.de/die-thuega/> (Stand: 12/2018)
- Die Welt (2009): Geschäft perfekt: Stadtwerke kaufen E.on-Tochter Thüga.
http://www.welt.de/welt_print/wirtschaft/article4957445/Geschaeft-perfekt-Stadtwerke-kaufen-E-on-Tochter-Thuega.html (Stand: 12/2018)



Die Welt (2012): Hamburg kehrt zur Staatswirtschaft zurück.
<http://www.welt.de/regionales/hamburg/article106153496/Hamburg-kehrt-zur-Staatswirtschaft-zurueck.html> (Stand: 12/2018)

Die Wochenzeitung (2017): Liberalisierung oder Energiewende? <https://www.woz.ch/-828d>
(Stand: 12/2018)

Die Zeit (1995): Der Patron von Grenoble.
http://www.zeit.de/1995/41/Der_Patron_von_Grenoble (Stand: 12/2018)

Die Zeit (2003): Der Schöne und das Biest
<https://www.zeit.de/2003/45/Grasser> (Stand: 12/2018)

Die Zeit (2003/I): Versorger zu versorgen.
http://www.zeit.de/2003/39/Versorger_zu_versorgen (Stand: 12/2018)

Die Zeit (2006/I): Wasserversorgung: Zusammenarbeit mit Konzernen.
http://www.zeit.de/2006/26/Wasserversorgung_Zusammenarbeit_mit_Konzernen;
(Stand: 12/2018)

Die Zeit (2006/II): Privatisierung. Alles muss raus.
<http://www.zeit.de/2006/26/Priv-Flucht-ins-Private> (Stand: 12/2018)

Die Zeit (2018): Heiß umkämpft
<https://www.zeit.de/2018/09/fernwaermetz-hamburg-rueckkauf-vattenfall-kartellrecht-monopol>
(Stand: 12/2018)

Difu-Papers (2009): Rückübertragung operativer Dienstleistungen durch Kommunen am Beispiel der Abfallwirtschaft.

Difu-Papers (2011): Rekommunalisierung - Eine Bestandsaufnahme.

Dipartimento per gli Affari Interni e Territoriali: Referendum
<https://elezionistorico.interno.gov.it/index.php?tpel=F&dtel=12/06/2011&tpa=Y&type=A&lev0=0&levsut0=0&es0=S&ms=S> (Stand: 12/2018)

Drewag (2017): Geschäftsbericht
<https://www.drewag.de/wps/wcm/connect/drewag/9d64faf2-2898-429d-9ac9-459ffde10a5e/Geschaeftsbericht-DREWAG-2017.pdf?MOD=AJPERES&CVID=mfUoAWx> (Stand: 12/2018)

Dürener Service Betrieb (I)
<https://dn-sb.de/index.htm> (Stand: 12/2018)

Dürener Service Betrieb (II): Düren setzt auf umweltfreundliche LED-Lichtlösung. http://dn-sb.de/upload/pdf/Presseartikel_kurz-PDF.pdf (Stand: 03/2014)

Dürener Service Betrieb (III): Durch Rekommunalisierung der Straßenbeleuchtung 650.000€ jährliches Einsparungspotenzial aktiviert. http://dn-sb.de/upload/pdf/Presseartike_lang_PDF.pdf (Stand: 03/2014)



- E24 (2017): Oslo-budsjettet: Foreslår økt søppelgebyr etter Veireno-konkursen
<https://e24.no/makro-og-politikk/oslo/oslo-budsjettet-foreslaar-oekt-soeppegebyr-etter-veireno-konkursen/24150829> (Stand: 12/2018)
- Eau de Paris: Une eau au juste prix
<http://www.eaudeparis.fr/leau-au-quotidien/une-eau-au-juste-prix/> (Stand: 12/2018)
- Eau France: Services
<http://www.services.eaufrance.fr/donnees/commune/34172> (Stand: 12/2018)
- Eberts, Randall W. (1986): Estimating the contribution of urban public infrastructure to regional economic growth. Hg. v. Federal Reserve Bank of Cleveland (Working Paper, 8610).
- EE News (2018): EU-Strommarkt: Liberalisierung machte Weg frei für nur Anbieter und Erneuerbare
<https://www.ee-news.ch/de/erneuerbare/kommentare/article/38436/eu-strommarkt-liberalisierung-machte-weg-frei-fur-neue-anbieter-und-erneuerbare> (Stand: 12/2018)
- Eisenmann, Wolf (2012): Kommunales Insourcing als Weg zur Effizienzsteigerung – Seit 20 Jahren kommunal erfolgreich. In: VKU Verband kommunaler Unternehmen e.V. 100 Jahre kommunale Abfallwirtschaft.
- El pais (2008): ‘Caso Funeraria’: el Ayuntamiento ‘regaló’ la empresa por 0,6 euros. https://elpais.com/diario/2008/06/03/madrid/1212492255_850215.html (Stand: 12/2018)
- El pais (2013): Botella reduce el sector público y disolverá la empresa mixta funeraria. https://elpais.com/ccaa/2013/06/12/madrid/1371039759_148190.html (Stand: 12/2018)
- Eldiaro (2017/I): Carmena pagó 6 millones menos por la remunicipalización de Bicimad de lo que pedía la empresa.
https://www.eldiario.es/madrid/empresa-concesionaria-Bicimad-servicio-millones_0_781122678.html (Stand: 12/2018)
- Eldiaro (2017/II): Los costes de BiciMad se reducen y el servicio mejora un año después de su remunicipalización.
https://www.eldiario.es/madrid/BiciMad_0_712879764.html (Stand: 12/2018)
- Eldiaro (2018/I): La funeraria de Madrid que se privatizó por 100 pesetas: una remunicipalización de “éxito” con 4,1 millones de beneficios.
https://www.eldiario.es/madrid/Funeraria_0_793370900.html (Stand: 12/2018)
- Eldiaro (2018/II): España envejece: se registra el mayor número de muertes desde la posguerra, según la funeraria de Mapfre.
https://www.eldiario.es/economia/funeraria-Mapfre-pronostica-fallecimientos-Espana_0_745776212.html (Stand: 12/2018)
- energate messenger (2017): Thüga mit Bilanz „mehr als zufrieden“
<https://www.energate-messenger.de/news/176089/thuega-mit-bilanz-mehr-als-zufrieden->
(Stand: 12/2018)
- Energie AG Oberösterreich: Die Eigentümerstruktur der Energie AG
<http://news.energieag.at/Info.aspx?menueid=1124> (Stand: 12/2018)



Energie Graz: Beteiligungen & Partner

<https://www.energie-graz.at/egg/unternehmen/organisation/beteiligungen-partner>

(Stand: 12/2018)

Energie Steiermark: Zahlen & Fakten

<https://www.e-steiermark.com/ueber-uns/unternehmen/zahlen-fakten/> (Stand: 12/2018)

Engartner, Tim (2010): Das Comeback der Kommunen. In: Blätter für deutsche und un-

ternationale Politik 2/2010. http://www.google.at/url?sa=t&rct=j&q=n%C3%BCm-brecht+strom+r%C3%BCckkauf&source=web&cd=25&cad=rja&ved=0CEQQFjAE-OBQ&url=http%3A%2F%2Fwww.axel-troost.de%2FserveDocument.php%3Fid%3D1193%26file%3D9%2F0%2Ff3c.pdf&ei=C5luUd0Ck_jhBJvhgNAK&usg=AFQjC-NG8pF4BQ7arMW18033MU8QYqSSwDg&bvm=bv.45368065,d.ZWU (Stand: 12/2018)

(Stand: 12/2018)

Enso: Zahlen und Fakten

https://enso.de/wps/portal/enso/cms/menu_main/enso/gesellschaften (Stand: 12/2018)

(Stand: 12/2018)

EPSA (2011): Rekommunalisierung der Abfallwirtschaft statt Privatisierung und interkommu-

nale Kooperation statt Kirchturmdenken: Besser und billiger unter kommunalen Dach!

https://www.epsa-projects.eu/index.php?title=Rekommunalisierung_der_Abfallwirtschaft_statt_Privatisierung_und_interkommunale_Kooperation_statt_Kirchturmdenken:_Besser_und_billiger_unter_kommunalen_Dach! (Stand: 12/2018)

(Stand: 12/2018)

Ernst&Young (2018): Stadtwerkstudie 2018. Digitalisierung in der Energiewirtschaft – quo

vadis?

[www.ey.com/Publication/vwLUAssets/ey-stadtwerkstudie-2018/\\$FILE/ey-stadtwerkstudie-2018.pdf](http://www.ey.com/Publication/vwLUAssets/ey-stadtwerkstudie-2018/$FILE/ey-stadtwerkstudie-2018.pdf) (Stand: 12/2018)

(Stand: 12/2018)

Erneuerbare Energie Verbraucherportal (2010): Dresden kauft EnBW Tochter Geso

<http://www.solar-und-windenergie.de/blog/?p=608> (Stand: 12/2018)

Estatutos de la Empresa Municipal de Servicios Funerarios y Cementerios de Madrid, S.A.

<https://sede.madrid.es/UnidadWeb/UGNormativas/Normativa/2016/ficheros/EstatutosServiciosFunerariosMod.pdf> (Stand: 12/2018)

(Stand: 12/2018)

EU Recycling (2018): Rekommunalisierung oder Reprivatisierung: Wohin geht der Trend?

<http://eu-recycling.com/Archive/19770> (Stand: 12/2018)

(Stand: 12/2018)

Europäisches Parlament (2016): Viertes Eisenbahnpaket: Alles, was Sie darüber wissen müssen

<http://www.europarl.europa.eu/news/de/headlines/economy/20160425STO24586/viertes-eisenbahnpaket-alles-was-sie-daruber-wissen-mussen> (Stand: 12/2018)

(Stand: 12/2018)

European Water Movement: Le long chemin vers la participation du public dans la gestion de

l'eau à Montpellier

<http://europeanwater.org/fr/actions/focus-par-pays-et-ville/739-le-long-chemin-vers-la-participation-du-public-dans-la-gestion-de-l-eau-a-montpellier> (Stand: 12/2018)

(Stand: 12/2018)

EVN: Aktionärsstruktur

<https://www.evn.at/EVN-Group/Investor-Relations/Aktie/Aktionarsstruktur.aspx>

(Stand: 12/2018)



EVN: EnBW Eigentümerstruktur

<https://www.evn.at/EVN-Group/Investor-Relations/Aktie/Aktionarsstruktur/Eigentumerstruktur-der-EnBW.aspx> (Stand: 12/2018)

Fagbladet (2015): Du betaler ekstra for avfakksekskapenes profitt

<https://fagbladet.no/du-betaler-ekstra-for-avfallselskapenes-profitt-6.91.309894.dc7af6378b> (Stand: 12/2018)

Fagbladet (2016): Trives som kommuneansatt

<https://fagbladet.no/nyheter/trives-som-kommuneansatt-6.91.409748.9e3d1babb3> (Stand: 12/2018)

Finanznachrichten.de (2013): Vattenfall: Berliner Stromnetz wirft Gewinn von 80 Millionen Euro ab. <http://www.finanznachrichten.de/nachrichten-2013-09/28123191-vattenfall-berliner-stromnetz-wirft-gewinn-von-80-millionen-euro-ab-003.htm> (Stand: 12/2018)

Forum für Berlin: Rekommunalisierung der Berliner Wasserbetriebe: Keine Geschenke für Wassermulti Veolia! <http://forumfuerberlin.wordpress.com/2013/08/27/rekommunalisierung-der-berliner-wasserbetriebe-keine-geschenke-fur-wassermulti-veolia/> (Stand: 12/2018)

Forumromanum (2006): Rhein-Hunsrück Entsorgung (RHE) übernimmt ab 1. Januar 2006 die Abfallsammellogistik.

http://382168.forumromanum.com/member/forum/forum.php?action=ubb_show&entry-id=1096059292&mainid=1096059292&USER=user_382168&threadid=1152532716 (Stand: 12/2018)

Frankfurter Allgemeine Zeitung (2007): Eine Kommune kauft ihr Stromnetz.

<http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/wirtschaftspolitik/energie-eine-kommune-kauft-ihr-stromnetz-1464483.html> (Stand: 12/2018)

Frankfurter Allgemeine Zeitung (2007/II): Skandal um Londoner U-Bahn.

<http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/wirtschaftspolitik/grossbritannien-skandal-um-londoner-untergrundbahn-1464182.html> (Stand: 03/2014)

Frankfurter Allgemeine Zeitung (2013): Das Verlangen, am ganz großen Rad zu drehen.

<http://m.faz.net/aktuell/politik/energiewende/energiewende-das-verlangen-am-ganz-grossen-rad-zu-drehen-12123504.html> (Stand: 12/2018)

Frankfurter Rundschau (2011): Wasserversorgung in Paris. Anstoßen mit „Eau de Paris“.

<http://www.fr-online.de/wirtschaft/wasserversorgung-in-paris-anstossen-mit--eau-de-paris-,1472780,7192666.html> (Stand: 03/2014)

Friedrich Ebert Stiftung (2009): WISO direkt. Zwei Jahrzehnte Privatisierung in deutschen Kommunen – Herausforderungen und Argumente für den Erhalt der Stadtwerke.

<http://library.fes.de/pdf-files/wiso/06374.pdf> (Stand: 12/2018)

Gelsenwasser: Meilensteine

<https://www.gelsenwasser.de/unternehmen/unternehmen/meilensteine/> (Stand: 12/2018)

Gelsenwasser: Unternehmen

<https://www.gelsenwasser.de/unternehmen/unternehmen/> (Stand: 12/2018)



Gelsenwasser: Unternehmensübersicht

<https://www.gelsenwasser.de/unternehmen/unsere-unternehmen/beteiligungen/beteiligungsgesellschaften/> (Stand: 12/2018)

Gemeindebund: Breitbandinfrastruktur gehört in die öffentliche Hand

<https://gemeindebund.at/breitbandinfrastruktur-gehört-in-die-öffentliche-hand/>

Gemeinderat der Bundeshauptstadt Wien (2007): Wörtliches Protokoll der 29. Sitzung vom 14. Dezember 2007. Wien.

Gemeinderat der Landeshauptstadt Innsbruck (2014): 5. Sitzung des Gemeinderates der Landeshauptstadt Innsbruck am 06. Mai 2014. Innsbruck.

Gemeindewerke Nümbrecht: 20 Jahre GWN – mit Zuversicht in die Zukunft

<https://www.gwn24.de/die-gwn/gestern/> (Stand: 12/2018)

Gemeindewerke Nümbrecht: aktuell. http://old.gwn24.de/2_aktuell.htm (Stand: 12/2018)

Gemeindewerke Nümbrecht: Geschichte. http://www.gwn24.de/3_g_geschichte.htm (Stand: 12/2018)

Gemeindewerke Nümbrecht: die GWN. http://www.g-w-n.de/2_gwn.htm (Stand: 12/2018)

GEO: Mehrwert für die Bürger

<http://www.geo.de/GEO/natur/green-living/hessen-rekommunalisierung-mehrwert-fuer-die-buerger-69863.html?p=1&eid=68119> (Stand: 12/2018)

Guardian (2007): TfL could take over Metronet's PPP contracts

<http://www.guardian.co.uk/business/2007/aug/24/politics.transportintheuk1> (Stand: 12/2018)

Hachfeld, David (2009): Rekommunalisierung – Lehren aus Potsdam und Grenoble. In: Cadeias, Mario; Rilling, Rainer; Weise Katharina (Hrsg.): Krise der Privatisierung. Rückkehr des Öffentlichen. Karl Dietz Verlag, Berlin. 87-99.

Hall, David; Hobbs, Cat (2017): Public ownership is back on the agenda in UK. In: S. Kishimoto, & O. Petitjean: Reclaiming Public Services. Amsterdam/Paris: Transnational Institute. 131-144.

Hall, David; Lobina, Emanuele (2012): Water companies and trends in Europa 2012. https://www.world-psi.org/sites/default/files/documents/research/2012_water_companies-ewcs.pdf (Stand: 12/2018)

Hall, David; Terhorst, Philipp (2011): Re-municipalisation of the Germany energy sector.

https://www.epsu.org/sites/default/files/article/files/Germany_Energy_Sector_Remunicipalisation.pdf (Stand: 12/2018)

Hamburg Zwei: Die Stadt Hamburg übernimmt zum 1. Januar 2018 das Hamburger Gasnetz vollständig.

https://www.hamburg-zwei.de/Hamburg/Nachrichten/2014/Dezember/Hamburg-kauft-Gasnetz-komplett-zurueck-Ab-2018?fbclid=IwAR2sYoe6STUVnBp3W6ZAUtm9wSt-7gfDr-6Qc-n6I-zf8gox_Tlaymg4_QI (Stand: 12/2018)



Hamburg Energie

<https://www.hamburgenergie.de> (Stand: 12/2018)

Hamburg Energie: Aktueller Geschäftsbericht

<https://www.hamburgenergie.de/ueber-uns/unternehmen/aktueller-geschaeftsbericht/>
(Stand: 12/2018)

Handelsblatt (2009): Versorger. Eon verkauft Thüga an Kommunen.

<http://www.handelsblatt.com/unternehmen/industrie/versorger-eon-verkauft-thuega-an-kommunen-seite-all/3236896-all.html> (Stand: 12/2018)

Handelsblatt (2010): Kommunen schaffen Stromriesen.

<http://www.handelsblatt.com/unternehmen/industrie/steag-verkauf-kommunen-schaffen-stromriesen-seite-all/3676120-all.html> (Stand: 12/2018)

Handelsblatt (2012): Kraftwerk in Kolumbien statt Kitas im Pott.

<http://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/nrw-wahl-2012/nrw-kommunen-kraftwerke-in-kolumbien-statt-kitas-im-pott-seite-all/6473428-all.html>

Illwerke: Unsere Energie in einem Bericht 2017

https://www.vkw.at/media/illwerkevkw_GB2017_Online.pdf (Stand: 12/2018)

International Monetary Fund/IMF (2014): Is it time for an infrastructure push? The macroeconomic effect of public investment. In: World Economic Outlook “Legacy, Clouds, Uncertainties”, 75-114

Inthenews.co.uk (2008): Govt in £2bn Metronet bail-out.

[http://www.inthenews.co.uk/news/transport/govt-in-2bn-metronet-bail-out-\\$1197787.htm](http://www.inthenews.co.uk/news/transport/govt-in-2bn-metronet-bail-out-$1197787.htm)
(Stand: 03/2014)

Kelag: Eigentümer & Beteiligungen

<https://www.kelag.at/corporate/beteiligungen-835.htm#> (Stand: 12/2018)

Kieler Nachrichten (2008): Kauft die Stadt die Kieler Verkehrsgesellschaft zurück?

<http://www.kn-online.de/Kiel/Kauft-die-Stadt-die-Kieler-Verkehrsgesellschaft-zurueck> (Stand: 12/2018)

Kieler Nachrichten (2009/I): Rot-Grün freut sich über 100 Prozent KVG.

<http://www.kn-online.de/Kiel/Rot-Gruen-freut-sich-ueber-100-Prozent-KVG> (Stand: 12/2018)

Kieler Nachrichten (2009/II): KVG-Rückkauf mit Verspätung.

<http://www.kn-online.de/Kiel/KVG-Rueckkauf-mit-Verspaetung> (Stand: 12/2018)

Kieler Nachrichten (2009/III): KVG auf schwierigem Kurs.

<http://www.kn-online.de/Kiel/KVG-auf-schwierigem-Kurs> (Stand: 12/2018)

Kieler Verkehrsgesellschaft (2017): Der Kieler ÖPNV 2017. Zahlen, Daten und Fakten

<https://www.kvg-kiel.de/pdf/OEPNV-Kennzahlen2017.pdf> (Stand: 12/2018)

Kommunal (2017): EuGH bestätigt freie Vergabe, setzt aber Grenzen

<https://kommunal.at/node/30760> (Stand: 12/2018)



- Kommunalpolitisches Forum Land Brandenburg (2010): Rekomunalisierung in der Praxis. http://www.kf-land-brandenburg.de/kommunalpolitik/kopo_mai2010.pdf
- Landkreis Uckermark Beteiligungbericht 2012 https://www.uckermark.de/PDF/BR_125_2013.PDF?ObjSvrID=1897&ObjID=1137&ObjLa=1&Ext=PDF&WTR=1&_ts=1383115308,%2049 (Stand: 12/2018)
- Kontrollamt der Stadt Wien (2006): Theaterverein Wien, Prüfung der Gebarung in den Jahren 2001 bis 2004 <http://www.stadtrechnungshof.wien.at/berichte/2006/lang/2-15-KA-I-7-2-6.pdf> (Stand: 12/2018)
- Kontrollamt der Stadt Wien (2008/I): Kitsch & Kontor - Theaterverein, Prüfung der Gebarung der Jahre 2005 bis 2007 <http://www.stadtrechnungshof.wien.at/berichte/2008/lang/02-09-KA-I-7-3-8.pdf> (Stand: 12/2018)
- Kontrollamt der Stadt Wien (2008/II). Verein Theater an der Gumpendorfer Straße, Prüfung der Gebarung in den Jahren 2006 und 2007 <http://www.stadtrechnungshof.wien.at/berichte/2008/lang/02-11-KA-I-7-5-8.pdf> (Stand: 12/2018)
- Krajewski, Markus (2015): Öffentliche Dienstleistungen in EU-Freihandelsabkommen. In: ZögU Zeitschrift für öffentliche und gemeinwirtschaftliche Unternehmen. 21 – 50.
- Kurier (2018): Urbanisierung: Zeitalter der Megastädte. <https://kurier.at/wirtschaft/immobiz/urbanisierung-zeitalter-der-megastaedte/400040953>
- La ville an parle (2018): Eau: À Montpellier, an a échappé au scandale <http://eau34.ouvaton.org/files/Gazette-1553.pdf> (Stand: 12/2018)
- Landkreis Böblingen: Abfallwirtschaftskonzept 2014 https://www.lrabb.de/site/LRA-BB-Desktop/get/params_E785655933/7563049/AWI-Konzept%20für%20Web%20RZ%20-%20203371.pdf (Stand: 12/2018)
- Lavanguardia (2017): Pleno del Ayuntamiento Cádiz aprueba municipalizar los servicios de playa. <https://www.lavanguardia.com/politica/20170526/422957123906/pleno-del-ayuntamiento-cadiz-aprueba-municipalizar-los-servicios-de-playa.html> (Stand: 12/2018)
- Lavanguardia (2018): Archivada la denuncia contra la remunicipalización servicios playa de Cádiz. <https://www.lavanguardia.com/politica/20180406/442258664287/archivada-la-denuncia-contra-la-remunicipalizacion-servicios-playa-de-cadiz.html> (Stand: 12/2018)
- Le parisien (2014): Montpellier adopte une régie publique de l'eau <http://www.leparisien.fr/montpellier-34000/montpellier-adopte-une-regie-publique-de-l-eau-07-05-2014-3824333.php> (Stand: 12/2018)
- Le Strat, Anne; Hitchman, Judith (2010): Paris: local authorities regain control of water management <https://www.tni.org/en/article/paris-local-authorities-regain-control-of-water-management> (Stand: 12/2018)



Libbe, Jens (2013): Rekommunalisierung in Deutschland – eine empirische Bestandsaufnahme. In: Matecki, Claus; Schulten Thorsten (Hrsg): Zurück zur öffentlichen Hand? Chancen und Erfahrungen der Rekommunalisierung. VSA-Verlag, Hamburg. 18-36.

Lobina, Emanuele (2018): Commentary on the European Commission's "Study on Water Services in Selected Member States". https://www.epsu.org/sites/default/files/article/files/PSIRU%20Commentary%20on%20EC%20Study%20on%20Water%20Services_FINAL%20final.pdf (Stand: 12/2018)

Luzie Newsletter: <http://www.luzie24.de/aktuell/> (Stand: 12/2018)

Manager Magazin (2003): Gelsenwasser verkauft. <http://www.manager-magazin.de/unternehmen/artikel/a-259379.html> (Stand: 12/2018)

Matecki, Claus; Schulten Thorsten (2013): Zwischen Privatisierung und Rekommunalisierung. Zur Entwicklung der öffentlichen Daseinsvorsorge. In: Matecki, Claus; Schulten Thorsten (Hrsg): Zurück zur öffentlichen Hand? Chancen und Erfahrungen der Rekommunalisierung. VSA-Verlag, Hamburg. 8-17.

meinbezirk.at (2016): Volkshilfe weicht neuem Verein: <https://www.meinbezirk.at/wienerwald-neulengbach/lokales/volkshilfe-weicht-neuem-verein-d1817065.html> (Stand: 12/2018)

Midi Libre (2014): Agglo de Montpellier : Veolia promettait une baisse de 50 % du prix de l'eau <https://www.midilibre.fr/2014/05/06/eau-veolia-promettait-une-baisse-de-50,857456.php> (Stand: 12/2018)

Mobile Marketing Association Austria (2018): Mobile Communications Report 2018. <https://www.mmaaustria.at/201>

Moreno, J. D. J.; Zorzona, C. C.; Romero, J. M.; Castillo, L. L. (2015): Effects of Public Capital on Economic Growth and Productivity in Spain During the Period 1980-2007. In: Journal of Economic Development 40 (4), 67–89.

Mosaik-Blog (2015): Bank Austria in der Krise: Was wir draus lernen können <https://mosaik-blog.at/bank-austria-in-der-krise-was-wir-draus-lernen-koennen/> (Stand: 12/2018)

MOZ (2018): Das Abfall-Wunder von Uckermark <https://www.moz.de/landkreise/uckermark/schwedt-und-angermuende/artikel90/dg/0/1/1649938/> (Stand: 12/2018)

N24 (2010): Stadt Dresden kauft EnBW-Tochter Geso. <http://www.n24.de/n24/Nachrichten/Wirtschaft/d/939848/stadt-dresden-kauft-enbw-tochter-geso.html> (Stand: 03/2014)

Nacio digital (2018): L'aigua serà pública a Terrassa a partir del 10 de desembre <https://www.naciodigital.cat/noticia/151092/aigua/sera/publica/terrassa/partir/10/desembre> (Stand: 12/2018)

New Internationalist (2018): The almighty investor <https://newint.org/features/2018/05/21/the-almighty-investor> (Stand: 12/2018)



Niederösterreichische Nachrichten (2017/I) Schulterchluss für Forsteralm <http://www.noen.at/ybbstal/waidhofen-ybbs-schulterchluss-fuer-forsteralm/70.768.503> (Stand: 12/2018)

Niederösterreichische Nachrichten (2017/II): 81 Skitage und 155 Skier für Forsteralm-Unterstützer
<http://www.noen.at/ybbstal/crowdfunding-81-skitage-und-155-skier-fuer-forsteralm-unterstuetzer/66.963.928> (Stand: 12/2018)

Niederösterreichische Nachrichten (2017/III): Pioniertat: Forsteralm planmäßig in Saison gestartet
<http://www.noen.at/ybbstal/ybbstal-ennstal-pioniertat-forsteralm-planmaessig-in-saison-gestartet/71.558.750> (Stand: 12/2018)

NRK (2015): Private kastes ut av sykehjem: – Ingen har spurt hvordan vi har det
<https://www.nrk.no/hordaland/sykepleiere-fortviler-over-avprivatisering-1.12669255> (Stand: 12/2018)

NRK (2016): Brukar fire millionar i året på å ta styringa over sjukeheimar
<https://www.nrk.no/hordaland/brukar-fire-millionar-i-aret-pa-a-styra-sjukeheim-sjolv-1.12782748> (Stand: 12/2018)

NRK (2017): Sjukeheimen gjekk i pluss sjølv om kommunen tok over
<https://www.nrk.no/hordaland/sjukeheim-i-pluss-etter-at-kommunen-tok-over-1.13351394> (Stand: 12/2018)

Núñez-Serrano, Juan A.; Velázquez, Francisco J. (2017): Is Public Capital Productive? Evidence from a Meta-analysis. In: Applied Economic Perspectives and Policy 39 (2), 313–345.

Oberösterreichische Nachrichten (2016): Rettungsschirm für die Forsteralm
<https://www.nachrichten.at/oberoesterreich/steyr/Rettungsschirm-fuer-die-Forsteralm;art68,2340214> (Stand: 12/2018)

Observatorio del Derecho Humano al Agua y al Saneamiento: Agbar feels the heat in its own back yard
<http://www.observatorioderechoalagua.org/documentos/agbargroup.pdf> (Stand: 12/2018)

ORF (2015): Von Verkauf von „Familiensilber“ hat Tradition
<http://orf.at/stories/2261030/2260960/> (Stand: 12/2018)

ORF Niederösterreich (2016): Von Skigebiet Forsteralm gerettet <http://noe.orf.at/news/stories/2804990/> (Stand: 12/2018)

ORF Niederösterreich (2017): Forsteralm-Crowdfunding brachte 450.000 Euro: <http://noe.orf.at/news/stories/2853747> (Stand: 12/2018)

ORF Tirol (2017): Patscherkofel: Schlappe für den Alpenverein
<http://tirol.orf.at/news/stories/2848440> (Stand: 12/2018)

Österreichische Gesellschaft für Politikberatung und Politikentwicklung (ÖGPP) (2008): Privatisierung und Liberalisierung kommunaler Dienstleistungen in der EU.
http://politikberatung.or.at/fileadmin/_migrated/media/Privatisierung-und-Liberalisierung-kommunaler-Dienstleistungen-in-der-EU.pdf (Stand: 12/2018)



- Paffhausen, Peter (2010): Entscheidung über eine Öffentlich Private Partnerschaft. Universität Potsdam.
http://opus.kobv.de/ubp/volltexte/2011/5243/pdf/paffhausen_diss.pdf (Stand: 12/2018)
- Pester Lloyd (2012): Budapest kauft Wasserwerke zurück. <http://pesterlloyd.net/html/1212wasserwerke.html> (Stand: 12/2018)
- Peters, Hans-Joachim (2010): „Privat vor Staat hat ausgedient!“ (Re)kommunalisierung in Bergkamen, NRW. 4. Netzwerk21Kongress: „Kommunale Nachhaltigkeit in Zeiten der Krise.“ http://www.netzwerk21kongress.de/papers/10_ref_peters.pdf (Stand: 03/2014)
- Petitjean, Olivier (2015): Nice: building a public water company after 150 years of private management.
<https://www.tni.org/en/article/nice-building-a-public-water-company-after-150-years-of-private-management> (Stand: 12/2018)
- Petterson, Bjørn; Monsen, Nina (2017): Norwegian municipalization bringing social services back into public hands. In: S. Kishimoto, & O. Petitjean: Reclaiming Public Services. Amsterdam/Paris: Transnational Institute. 68-80.
- Pigeon, Martin; McDonald, David A.; Hoedeman, Olivier; Kishimoto, Satoko (2012): Remunicipalisation. Putting Water Back into Public Hands.
<http://www.corporateeurope.org/sites/default/files/publications/remunicipalisation%20web%20final.pdf> (Stand: 12/2018)
- Planas, Míriam (2017): A citizen wave to reclaim public and democratic water in Catalan municipalities. In: S. Kishimoto, & O. Petitjean: Reclaiming Public Services. Amsterdam/Paris: Transnational Institute. 145-156.
- Prud'homme, Remy (2004): Infrastructure and Development. Working Paper. Development Research Group, World Bank
- PWC (2015): Deutschlands Städte werden digital. Studie.
www.pwc.at/de/publikationen/studien/pwc-studie_deutschlands-staedte-werden-digital.pdf
- PWC (2017): Herausforderungen der Zukunft in der Energieversorgung meistern. Stadtwerke 2030 – Eine empirische Studie zu den strategischen Perspektiven eines Energieversorgers. www.pwc.de/de/energiewirtschaft/stadtwerke-2030.pdf
- Ratner, J. B. (1983): Government Capital and the Production Function for U.S. Private Output. In: Economic Letters 13, 213–217.
- RegioEntsorgung: Daten und Fakten
<http://regioentsorgung.de/index.php?object=1571> (Stand: 12/2018)
- RegioEntsorgung: RegioEntsorgung AöR
<http://www.regioentsorgung.de/index.php?object=1532> (Stand: 12/2018)
- RegioEntsorgung: Ziele und Grundsätze.
<http://regioentsorgung.de/index.php?object=1548> (Stand: 12/2018)



Remondis: Standorte

<http://www.remondis-standorte.de/> (Stand: 12/2018)

Reuters (2017): Veolia seeks compensation from Lithuania for subsidy cuts

<https://www.reuters.com/article/us-veolia-enviro-lithuania-idUSKCN0V52CY> (Stand: 12/2018)

RheinHunsrück Entsorgung: Wir über uns

<http://www.rh-entsorgung.de/de/Unternehmen/Wir-ueber-uns/Wir-ueber-uns.html>

(Stand: 12/2018)

Rhein-Zeitung (2011): Müllentsorger leisten gute Arbeit. http://www.rhein-zeitung.de/region/hunsrueck_artikel,-Muellentsorger-leisten-gute-Arbeit-_arid,260842.html

(Stand: 03/2014)

Rhein-Zeitung (2012): RHE senkt erneut die Müllgebühren

https://www.rhein-zeitung.de/region/lokales/rhein-hunsrueck-zeitung_artikel,-rhe-senkt-erneut-die-muellgebuehren-_arid,522600.html

(Stand: 12/2018)

Rhein-Zeitung (2016): Rhein-Hunsrücker belohnen sich: Müllgebühren bleiben stabil

https://www.rhein-zeitung.de/region/lokales/rhein-hunsrueck-zeitung_artikel,-rhein-hunsruecker-belohnen-sich-muellgebuehren-bleiben-stabil-_arid,1589768.html

(Stand: 12/2018)

Röber, Manfred (2009): Daseinsvorsorge zwischen Privatisierung und Kommunalisierung –

Anmerkungen aus der Perspektive des Public Management. In: Bundesverband Öffentliche

Dienstleistungen (Hrsg.): Zukunft der öffentlichen Wirtschaft. http://www.bvoed.de/assets/files/downloads/Beitraege/Heft_31.pdf

(Stand: 12/2018)

Röber, Manfred (2012): Rekommunalisierung lokaler Ver- und Entsorgung. Bestandsaufnahme

und Entwicklungsperspektiven. In: KWI Schriften 6 - Rekommunalisierung öffentlicher Da-

sainsvorsorge. 81-98

RP Online (2015): Land winkt Steag-Deal mit Bauchschmerzen durch

[https://rp-online.de/wirtschaft/land-winkt-steag-deal-mit-bauchschmerzen-durch_aid-](https://rp-online.de/wirtschaft/land-winkt-steag-deal-mit-bauchschmerzen-durch_aid-21567291)

21567291 (Stand: 12/2018)

Rühl, Martin (2011): Energiewende – Ein Erfahrungsbericht aus Wolfhagen. <http://de.slideshare.net/Metropolsolar2/rekommunalisierung-wolfhagen-20022011martin-rhl>

(Stand: 12/2018)

Sächsische (2018): Drewag senkt den Strompreis

<https://www.sz-online.de/nachrichten/drewag-senkt-den-strompreis-3853450.html>

(Stand: 12/2018)

Salzburg AG: Impressum

<https://www.salzburg-ag.at/servicemenu/impressum.html> (Stand: 12/2018)

Samfunnsøkonomisk analyse (2018): Rapport 1-2018

<https://static1.squarespace.com/static/576280dd6b8f5b9b197512ef/t/5b192856758d46290044836f/1528375388612/Helse-Norge+2040.pdf>

(Stand: 12/2018)

Schäfer, Roland: Kommunal statt Privat – Erfolgreiche Kommunalisierung der Müllabfuhr in

Bergkamen.

<http://www.roland-schaefer.de/muellabfuhr-stug-05-07.pdf> (Stand: 12/2018)



Schäfer, Roland (2012): Rekommunalisierung – Fallstricke in der Praxis. Erfahrungen aus Bergkamen. In: Bauer, Büchner, Hajasch (Hrsg.), Rekommunalisierung öffentlicher Daseinsvorsorge, S. 73-80. KWI Schriften 6. Universitätsverlag Potsdam.

Streissler, Agnes (2012): Der Wert kommunaler Dienstleistungen in Wien. http://www.voewg.at/wp-content/Streissler_Wert-kommunaler-DL.pdf (Stand: 12/2018)

Schwab, Adolf J. (2012): Elektroenergiesysteme. Erzeugung, Übertragung und Verteilung elektrischer Energie. Springer Verlag, Karlsruhe.

Science APA (2018): Mobilität als Daseinsvorsorge
https://science.apa.at/dossier/Mobilitaet_als_Daseinsvorsorge/SCI_20180329_SCI78715058641479338 (Stand: 12/2018)

Seitz, Helmut (2000): Infrastructure, Industrial Development, And Employment in Cities: Theoretical Aspects and Empirical Evidence. In: International Regional Science Review 23 (3), 259–280.

Sendersky, Rudi (2011)
http://www.difu.de/sites/difu.de/files/archiv/extranet/veranstaltungen/berichte/11_rekommunalisierung/sendersky_text.pdf (Stand: 03/2014)

SPD Kiel (2011): Rekommunalisierung der Müllabfuhr: Für alle die beste Lösung!
<http://www.spd-net-sh.de/kiel/ratsfraktion/index.php?mod=article&top=show&nr=11232> (Stand: 03/2014)

Spiegel (2009): Konkurrenz für E.on & Co. Experten feiern Deutschlands neuer Energie-Macht.
<http://www.spiegel.de/wirtschaft/konkurrenz-fuer-e-on-co-experten-feiern-deutschlands-neue-energie-macht-a-642026.html> (Stand: 12/2018)

Spiegel (2013): Einigung mit Veolia: Berlin steht vor Rückkauf der Wasserversorgung
<http://www.spiegel.de/wirtschaft/unternehmen/stadt-berlin-steht-vor-rueckkauf-der-wasserversorgung-von-veolia-a-921510.html> (Stand: 12/2018)

Stadt Bergkamen: Abfallentsorgung
<https://www.bergkamen.de/abfallentsorgung-abfuhrtermine-gebuehren-gefaessgroessen.html> (Stand: 12/2018)

Stadt Bergkamen: Windeltonne
<http://www.bergkamen.de/windeltonne.html> (Stand: 12/2018)

Stadt Berlin: Rückkauf der Berliner Wasserbetriebe abgeschlossen
<https://www.berlin.de/sen/finanzen/vermoegen/nachrichten/artikel.30112.php> (Stand: 12/2018)

Stadt Solingen: Stadtwerke Solingen wieder allein in städtischer Hand. <http://www2.solingen.de/C12572F80037DB19/0/A13065A83B4F9749C1257A67002A6D55?OpenDocument> (Stand: 03/2014)

Stadt Solingen (2012): Ungeteilte Verantwortung für die Stadtwerke ist strategische Prämie wert. <http://www2.solingen.de/C12577D50055FA64/html/5329AE85F103FBB-7C1257A7E0066721A?opendocument> (Stand: 03/2014)



Stadt Wien (2006): Erfolgsbilanz der Wiener Theaterreform <https://www.wien.gv.at/presse/2006/05/12/erfolgsbilanz-der-wiener-theaterreform> (Stand: 12/2018)

Stadtrechnungshof Wien (2017): Wiener Linien GmbH & Co KG, Leistungsvorgaben an die Busverkehrsdienste
<http://www.stadtrechnungshof.wien.at/berichte/2017/lang/03-18-StRH-V-9-16.pdf>
(Stand: 12/2018)

Stadtwerk am See: Der Weg zum Stadtwerk
<https://www.stadtwerk-am-see.de/de/ueber-uns/portrait/weg-zum-stadtwerk/weg-zum-stadtwerk.php> (Stand: 12/2018)

Stadtwerk am See: Portrait
<https://www.stadtwerk-am-see.de/de/ueber-uns/portrait/portrait/portrait.php> (Stand: 12/2018)

Stadtwerk am See: Unternehmensdaten
<https://www.stadtwerk-am-see.de/de/ueber-uns/portrait/unternehmensdaten/unternehmensdaten.php> (Stand: 12/2018)

Stadtwerke Potsdam
<https://www.swp-potsdam.de/de/wasser/> (Stand: 12/2018)

Stadt+Werk (2013): Frickingen mit an Bord
https://www.stadt-und-werk.de/meldung_15217_Frickingen+mit+an+Bord.html
(Stand: 12/2018)

Stadt+Werk (2014): Stadtwerk am See übernimmt Stromnetz
https://www.stadt-und-werk.de/meldung_18140_Stadtwerk+am+See+uebernimmt+Stromnetz.html (Stand: 12/2018)

Stadt+Werk (2015): Alles aus seiner Hand
https://www.stadt-und-werk.de/meldung_22470_Alles+aus+einer+Hand.html (Stand: 12/2018)

Stadt+Werk (2016): Neues Nahwärmenetz im Bau
https://www.stadt-und-werk.de/meldung_23282_Neues+Nahwarmenetz+im+Bau.html
(Stand: 12/2018)

Stadt+Werk (2017): Es hagelt weitere Preise
https://www.stadt-und-werk.de/meldung_25929_Es+hagelt+weitere+Preise.html
(Stand: 12/2018)

Stadt+Werk (2018/I): Die Nominierten stehen fest
https://www.stadt-und-werk.de/meldung_29383_Die+Nominierten+stehen+fest.html
(Stand: 12/2018)

Stadt+Werk (2018/II): Weitere Windpark-Beteiligung
https://www.stadt-und-werk.de/meldung_29255_Weitere+Windpark-Beteiligung.html
(Stand: 12/2018)

Stadtwerke Solingen: Auszeichnungen
<https://www.stadtwerke-solingen.de/privat-gewerbekunden/unternehmen/zahlendatenfakten/auszeichnungen/#c1455> (Stand: 12/2018)



Stadtwerke Solingen: Klimafreundliche Stromerzeugung

<https://www.stadtwerke-solingen.de/privat-gewerbekunden/unternehmen/unser-engagement/klimafreundliche-stromerzeugung/> (Stand: 12/2018)

Stadtwerke Solingen: Sponsoring

<https://www.stadtwerke-solingen.de/privat-gewerbekunden/unternehmen/sponsoring/> (Stand: 12/2018)

Stadtwerke Solingen: Standortförderung

<https://www.stadtwerke-solingen.de/privat-gewerbekunden/unternehmen/unser-engagement/standortfoerderung/> (Stand: 12/2018)

Stadtwerke Springe

<http://www.stadtwerke-springe.de> (Stand: 12/2018)

Stadtwerke Springe: Bio-Wärme für Springe Süd

<http://www.stadtwerke-springe.de/biogasprojekt/bhkw-springe-sued/> (Stand: 12/2018)

Stadtwerke Springe: Engagement für Springe

<http://www.stadtwerke-springe.de/engagement-in-springe/> (Stand: 12/2018)

Stadtwerke Springe: Grüner Strom für Springe

<http://www.stadtwerke-springe.de/photovoltaik-anlage/> (Stand: 12/2018)

Stadtwerke Wolfhagen

<http://www.stadtwerke-wolfhagen.de/> (Stand: 12/2018)

Stadtwerke Wolfhagen: Energie für den Klimaschutz

<https://www.stadtwerke-wolfhagen.de/index.php/strom/klimaschutz> (Stand: 12/2018)

Stadtwerke Wolfhagen: Wind

<https://www.stadtwerke-wolfhagen.de/index.php/energiewende/erneuerbare-energie/wind> (Stand: 12/2018)

Statista (I): Größte Energieversorgungsunternehmen weltweit im Jahr 2017 nach Umsatz

<https://de.statista.com/statistik/daten/studie/199641/umfrage/die-groessten-energie-konzerne-weltweit-nach-umsatz/> (Stand: 12/2018)

Statista (II): Wichtige Entsorgungsunternehmen weltweit nach Umsatz im Jahr 2017

<https://de.statista.com/statistik/daten/studie/36679/umfrage/top-5-entsorgungsunternehmen-weltweit-nach-umsatz/> (Stand: 12/2018)

Statistik Austria (2018/I): Input-Output-Tabelle 2014 inklusive Aufkommens- und verwendungstabelle.

Statistik Austria (2018/II): Gebarungsübersichten 2017.

Statistisk Sentralbyrå

<https://www.ssb.no> (Stand: 12/2018)

Steag: Die Eigentümer von STEAG

<https://www.steag.com/de/unternehmen/eigentuemmer/> (Stand: 12/2018)



Steag: Zahlen + Fakten 2017

https://www.steag.com/uploads/pics/STEAG_ZahlenFakten_2017_DE.pdf (Stand: 12/2018)

Stromauskunft: Stromerzeuger in Deutschland

<http://www.stromauskunft.de/stromanbieter/stromerzeuger/> (Stand: 12/2018)

Stromnetz Hamburg GmbH (2014): Bericht über das Rumpfgeschäftsjahr vom 01.01. bis 31.03.2014. <https://www.stromnetz.hamburg/?s=jahresabschluss&search=> (Stand: 12/2018)

Stromnetz Hamburg GmbH (2016): Geschäftsbericht 2016. <https://www.stromnetz.hamburg/download/geschaeftsbericht-2016/> (Stand: 12/2018)

Suez: Our global footprint

<https://www.suez.com/en/Who-we-are/A-worldwide-leader/Our-global-footprint>
(Stand: 12/2018)

SWR (2018): Wer profitiert von einem freien Strommarkt?

<https://www.swr.de/swraktuell/baden-wuerttemberg/suedbaden/20-Jahre-liberalisierter-Energie-markt-Wer-profitiert-vom-freien-Strommarkt,liberalisierung-energiemarkt-100.html>
(Stand: 12/2018)

Taula de l'aigua de Terrassa (2107): La remunicipalización del agua en Terrassa

<https://redaguapublica.files.wordpress.com/2017/04/la-remunicipalizac3b3n-del-agua-en-ter-rassa-taula-del-aigua-enero2017-cast0-6.pdf> (Stand: 12/2018)

TAZ (2008): Kiel will den Nahverkehr zurück

<http://www.taz.de/1/archiv/digitaz/artikel/?ressort=na&dig=2008%2F05%2F07%2Fa0011&cHash=f43b248eff> (Stand: 12/2018)

TAZ (2009): Kommunen bereuen die Privatisierung

<http://www.taz.de/!29838/> (Stand: 12/2018)

TAZ (2010): Die räuberische Wasser-Privatisierung.

<http://www.taz.de/!60523/> (Stand: 12/2018)

TAZ Rechercheblog (2010): Das geheime Wassergutachten.

http://blogs.taz.de/rechercheblog/2010/11/19/das_geheime_wassergutachten/ (Stand: 03/2014)

Teleprensa (2018): Gobierno local dice que „se ha demostrado que el servicio municipalizado de playas es más eficiente“.

<https://www.teleprensa.com/cadiz/gobierno-local-dice-que-se-ha-demostrado-que-el-servicio-municipalizado-de-playas-es-mas-eficiente.html.html> (Stand: 12/2018)

Terzic, Laurentius (2018): (Re-)Kommunalisierung in Österreich. Technische Universität Wien.

Tesche, Christoph; Otto, Sven-Joachim (2011): Kommunale Unternehmen im Spannungsfeld von Rekommunalisierung und strategischer Partnerschaft.

<http://www.derneuekaemmerer.de/veranstaltungen/pdf/dkt2011/Kommunale-Unternehmen-im-Spannungsfeld.pdf> (Stand: 12/2018)



The Baltic Course (2018): Lithuania's energy watchdog: Vilnius Energija's consumers overpaid another EUR 7.5 mln

<https://www.baltic-course.com/eng/energy/?doc=141967> (Stand: 12/2018)

Tiroler Tageszeitung (2012): Schröcksnadel stellt Pendelbahn am Patscherkofel ein

<https://www.tt.com/wirtschaft/standorttirol/4905519/schroecksnadel-stellt-pendelbahn-am-patscherkofel-ein> (Stand: 12/2018)

Tiroler Tageszeitung (2014): Patscherkofel-Kauf: Die Ski-Zukunft bleibt offen

<https://www.tt.com/politik/landespolitik/8354877/patscherkofel-kauf-die-ski-zukunft-bleibt-offen> (Stand: 12/2018)

Transnational Institute (2017): Reclaiming Public Services

https://www.tni.org/files/publication-downloads/reclaiming_public_services.pdf
(Stand: 12/2018)

Transport for London (2018): Annual Report and Statement of Accounts 2017/18

<http://content.tfl.gov.uk/tfl-annual-report-and-statement-of-accounts-2017-18.pdf>
(Stand: 12/2018)

Uckermärkische Dienstleistungsgesellschaft mBH

<https://www.udg-uckermark.de/> (Stand: 12/2018)

Uckermärkische Dienstleistungsgesellschaft mBH (2011): Satzung über die Abfallgebühren des Landkreises Uckermark

<https://udg-uckermark.de/images/assets/satzung/satzung-ueber-die-abfallgebuehren-des-landkreises-uckermark.pdf> (Stand: 12/2018)

Uckermärkische Dienstleistungsgesellschaft mBH (2015): Satzung über die Abfallgebühren des Landkreises Uckermark

<https://udg-uckermark.de/images/assets/satzung/abfallgebuehrensatzung-abfgs-2016-2017.pdf>
(Stand: 12/2018)

Uckermärkische Dienstleistungsgesellschaft mBH (2017): Satzung über die Abfallgebühren des Landkreises Uckermark

<https://udg-uckermark.de/images/assets/satzung/abfallgebuehrensatzung-abfgs-2018-2019.pdf>
(Stand: 12/2018)

UNISON (2011): Insourcing update: The value of returning local authority services in-house in an era of budget constraints.

<https://www.unison.org.uk/content/uploads/2013/06/On-line-Catalogue201223.pdf>
(Stand: 12/2018)

United Nations Population Fund/UNFPA et.al. (2013): Population Dynamics in the Post-2015 Development Agenda. Report of the Global Thematic Consultation on Population Dynamics. [www.unfpa.org/sites/default/files/pub-pdf/Population Dynamics in Post-2015 FINAL.pdf](http://www.unfpa.org/sites/default/files/pub-pdf/Population%20Dynamics%20in%20Post-2015%20FINAL.pdf).

United Nations Population Fund/UNPFA (2016): Urbanization.

www.unfpa.org/urbanization



Upstream Mobility

<https://www.upstream-mobility.at/uber-uns/> (Stand: 12/2018)

Verband kommunaler Unternehmen e.V.: Stadtwerke der Zukunft IV. Konzessionsverträge. Handlungsoptionen für Kommunen und Stadtwerke.

<https://www.kommunen.nrw/mitgliederbereich/download/aktion/download/datei/23194/ident/files.html> (Stand: 12/2018)

Veolia: Key Figures

<http://www.veoliawater.com/about/key-figures/>

Veolia: Veolia in brief

<https://www.veolia.com/en/veolia-group/profile> (Stand: 12/2018)

Verband kommunaler Unternehmen e.V. (VKU) (2011): Kommunale WasserWirtschaft. Interkommunale Kooperation in der Wasserwirtschaft.

Verband kommunaler Unternehmen Österreichs (2017): Wasser

http://www.vkoe.at/?page_id=6704 (Stand: 12/2018)

Verdi: Wilhelmshaven

<https://gemeinden.verdi.de/themen/rekommunalisierung/++co++5644e93e-ceed-11e3-a2cb-525400248a66> (Stand: 12/2018)

Vilniaus silumos tinklai: Apie AB silumos tinklai

<https://www.chc.lt/lt/apie-mus/apie-ab-vilniaus-silumos-tinklus/26> (Stand: 12/2018)

Wasserkolloquium (2008): Wasser. Die Kommerzialisierung eines öffentlichen Gutes. Reihe: Texte/Rosa-Luxemburg-Stiftung, Bd. 41. http://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Texte_41.pdf (Stand: 12/2018)

Water Remunicipalisation Tracker: Budapest

http://www.remunicipalisation.org/#case_Budapest (Stand: 12/2018)

Water Remunicipalisation Tracker: Grenoble

http://www.remunicipalisation.org/front/page/home#case_Grenoble (Stand: 12/2018)

Water Remunicipalisation Tracker: Montpellier

http://www.remunicipalisation.org/#case_Montpellier (Stand: 12/2018)

Water Remunicipalisation Tracker: Naples.

http://www.remunicipalisation.org/#case_Naples (Stand: 12/2018)

Water Remunicipalisation Tracker: Nice

http://www.remunicipalisation.org/#case_Nice (Stand: 12/2018)

Water Remunicipalisation Tracker: Paris

http://www.remunicipalisation.org/front/page/home#case_Paris (Stand: 12/2018)

Water Remunicipalisation Tracker: Pecs.

http://www.remunicipalisation.org/#case_Pecs (Stand: 12/2018)



- WDR (2018/I): Kraftwerksbetreiber Steag trotz Gewinn unter Druck
<https://www1.wdr.de/nachrichten/wirtschaft/steag-bilanz-100.html> (Stand: 12/2018)
- WDR (2018/II): Revier-Städte: Steag soll kommunal geprägt bleiben
<https://www1.wdr.de/nachrichten/ruhrgebiet/kraftwerksbetreiber-steag-100.html>
(Stand: 12/2018)
- Westfälische Rundschau (2018): Eon steigt über Innogy auch beim Kohleverstromer Steag ein
<https://www.wr.de/wirtschaft/eon-steigt-ueber-innogy-auch-beim-kohleverstromer-steag-ein-id214062735.html> (Stand: 12/2018)
- Wien Geschichte Wiki (2017): Gruppe 80
https://www.geschichtewiki.wien.gv.at/Gruppe_80 (Stand: 12/2018)
- Wiener Linien (2017/I): Bis 2019 rund 330 MitarbeiterInnen für Sicherheit und Service im Einsatz
<https://www.wienerlinien.at/eportal3/ep/contentView.do/pageTypeId/66526/programId/74579/contentTypeId/1001/channelId/-48278/contentId/4200009> (Stand: 12/2018)
- Wiener Linien (2017/II): Sima: Positive Zwischenbilanz zum Sicherheitsteam: <https://www.wienerlinien.at/eportal3/ep/contentView.do/pageTypeId/66526/programId/74577/contentTypeId/1001/channelId/-47186/contentId/4200528> (Stand: 12/2018)
- Wiener Umweltschutz: Umweltmanagement
<http://wua-wien.at/umweltmanagement/weiterfhrende-informationen-zum-thema22/liberalisierung-der-abfallwirtschaft> (Stand: 12/2018)
- Wiener Wohnen
<https://www.wienerwohnen.at/ueber-uns/ueber.html> (Stand: 12/2018)
- Wiener Zeitung (2005): Bretter, die nichts bedeuten?:
https://www.wienerzeitung.at/nachrichten/kultur/buehne/290274_Bretter-die-nichts-bedeuten.html (Stand: 12/2018)
- Wiener Zeitung (2014): Bis Ende 2014: Alle Bus-Konzessionen wieder bei Wiener Linien:
https://www.wienerzeitung.at/nachrichten/wien/unterwegs/599766_Bis-Ende-2014-Alle-Bus-Konzessionen-wieder-bei-Wiener-Linien.html (Stand: 12/2018)
- Wiener Zeitung (2014): Freihandel auf der Negativliste
https://www.wienerzeitung.at/nachrichten/europa/europaeische_union/710182_Freihandel-auf-der-Negativliste.html (Stand: 12/2018)
- Wilhelmshavener Zeitung (2012): Rat der Stadt kippt Beschlüsse zur Reinigung
<http://www.wzonline.de/nachrichten/wilhelmshaven/newsdetails-wilhelmshaven/artikel/rat-der-stadt-kippt-beschluesse-zur-reinigung.html> (Stand: 12/2018)
- Williams, Trefor P. (2010): „Analysis of the London Underground PPP Failure“-Engineering Project Organizations Conference South Lake Tahoe, CA November 4-7, 1-3
- Wipark: Standorte <https://www.wipark.at/eportal3/ep/contentView.do/pageTypeId/86850/programId/87043/contentTypeId/1001/channelId/-56777/contentId/81469> (Stand: 12/2018)



- Wirtschaftsblatt (2012): Ungarn macht mit Re-Verstaatlichung ernst. <http://wirtschaftsblatt.at/archiv/1228863/index> (Stand: 03/2014)
- Wolf, Harald (2013): Zähes Ringen um den Rückkauf der Berliner Wasserbetriebe. In: Matecki, Claus; Schulten Thorsten (Hrsg): Zurück zur öffentlichen Hand? Chancen und Erfahrungen der Rekommunalisierung. VSA-Verlag, Hamburg. 95-109.
- Wollmann, Hellmut (2013): Rekommunalisierung in europäischen Nachbarländern. In: Matecki, Claus; Schulten Thorsten (Hrsg): Zurück zur öffentlichen Hand? Chancen und Erfahrungen der Rekommunalisierung. VSA-Verlag, Hamburg. 37-47.
- Wuppertaler Institut für Klima, Umwelt, Energie (2013): Auslaufende Konzessionsverträge für Stromnetze. https://epub.wupperinst.org/frontdoor/deliver/index/docId/4856/file/4856_Konzessionsvertraege.pdf (Stand: 12/2018)
- Zamagni, Stefano (1987): Microeconomic theory. 1. publ. Oxford: Blackwell.
- Zeitung für kommunale Wirtschaft (2018): Stromnetz Hamburg: Rekommunalisierung bringt endlich Gewinn
<https://www.zfk.de/unternehmen/nachrichten/artikel/stromnetz-hamburg-rekommunalisierung-bringt-endlich-gewinn-2018-06-18/> (Stand: 12/2018)



Interviews

Hanger, Andreas (15. Februar 2018): Abgeordneter zum Nationalrat (ÖVP), Geschäftsführer der Ennstal-Ybbstal Infrastruktur GmbH, Obmann der Leaderregion Kulturpark Eisenstraße

Krammer, Werner (1. März 2018): Bürgermeister Waidhofen an der Ybbs (ÖVP)

Pronay, Christian (5. Dezember 2016): Geschäftsführer des Theaterverein Wien

Stöphl, Thomas (5. Dezember 2016): Obmann des Theaterverein Wien

Boyer, Dieter (16. November 2016): Referent und kulturpolitischer Berater des Stadtrates für Kultur, Wissenschaft und Sport in Wien

Interviewleitfaden

- Was genau wurde (re-)kommunalisiert, wo, wann, EigentümerIn vorher/nachher
- Begründung und Ziele
- Art der Umsetzung (Kauf/Konzessionsübernahme; Rechts- und Organisationsform)
- Auswirkungen der (Re-)Kommunalisierung auf:
 - Politische Steuerungsmöglichkeiten
 - Finanziell: Be-/Entlastung des öffentlichen Budgets, wer zahlt Leistungen vorher/nachher bzw. wer macht Gewinn
 - KundInnen
 - Beschäftigte
 - Unternehmenspolitik (rein marktwirtschaftliche Ausrichtung vs. ökologische/soziale Ziele, Transparenz)
 - Mitbestimmungsmöglichkeiten der BürgerInnen
 - Standort (Arbeitsplätze, Lebensqualität, etc.)
 - Sonstige Effekte (ökologisch, ökonomisch, sozial, ...)
- Was genau wurde (re-)kommunalisiert, wo, wann, EigentümerIn vorher/nachher
- AkteurInnen im Projekt
- Branche: Welche Eigentümerstrukturen sind üblich? Wie haben sie sich in den letzten Jahrzehnten verändert, warum?
- Fehler – was würden Sie heute anders machen?
- Kritik – warum, von wem?
- Vorbildcharakter für andere Gemeinden



Österreichische Gesellschaft für **Politikberatung und Politikentwicklung**

Die “Österreichische Gesellschaft für Politikberatung und Politikentwicklung” (ÖGPP) ist ein gemeinnütziger Verein, der 2001 gegründet wurde zur Förderung der Allgemeinheit auf geistigem und politischem Gebiet und sich mit grundsätzlichen Fragen der Politikberatung und Politikentwicklung sowie der Trend- und Zukunftsforschung befasst.

Die ÖGPP veröffentlicht sämtliche Arbeiten kostenlos auf ihrer Internet-Homepage.

Die ÖGPP dankt allen Förderern ihrer Arbeit.



www.politikberatung.or.at



[/oegpp](https://www.facebook.com/oegpp)



[/oegpp_vienna](https://twitter.com/oegpp_vienna)



ÖGPP Vienna